

G 2766 EX



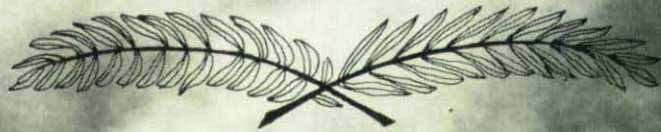
# MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

**6'72** JUNI







Nachruf!

# Herr BERTHOLD KRIMM

Werkmeister

Durch ein tragisches Geschehen während der Brandkatastrophe, die unser Werk vor einer Woche traf, verloren wir einen unserer liebtesten und fähigsten Mitarbeiter.

Herr Berthold Krimm war bei allen Vorgesetzten und Kollegen geschätzt durch seinen Humor, seinen Fleiß und seine Einsatzbereitschaft. Seine hohen menschlichen und fachlichen Qualitäten werden uns allen für immer unvergeßlich bleiben.

Vorstand und Belegschaft  
der  
Berthold Krimm

## Erst Brandrauch, dann Weihrauch.

Durch „ein tragisches Geschehen“ ist bei einer Brandkatastrophe ein Mitarbeiter umgekommen.

Der weihräuchernde Nachruf verschweigt damit vornehm, daß dieser Mitarbeiter an Rauchvergiftung starb.

Denn immer wieder fehlen in Werkhallen ausreichende Rauchabzugsanlagen.

Sie als Brandfachmann kennen die Verqualmungsgefahr.

Tauschen Sie auf der Interschutz „Der Rote Hahn“ mit den Esser-Spezialisten Erfahrungen aus über Brandentlüftung. Informieren Sie sich über das 5-stufige fumilux®-Sicherheitssystem für den Rauchabzug.

Die 5 fumilux-Sicherheitsstufen bieten für alle Anwendungsgebiete die wirksame und wirtschaftliche Rauchabzugsanlage.

Denn es stimmt: im Rauch ersticken kann man schneller als verbrennen.



**Rauch muß raus**



**KLAUS ESSER KG**  
Vorbeugender Brandschutz  
rheinland-Lichtkuppeln®  
Flachdach-Bauelemente  
4 Düsseldorf 1  
Postfach 2909  
Tel. Norf (021 07) 171

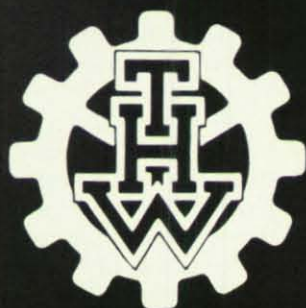
Sie finden uns auf der Interschutz DER ROTE HAHN Frankfurt/Main vom 24. 6. 72 bis 2. 7. 72, Halle 3, Gang A, Stand 3-123

**Anforderungs-Coupon.**

- Bitte senden Sie mir Informationen über Brandentlüftung.
  - Wir hätten gern einen Besprechungstermin.
- Anschrift: \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_



 **MAGAZIN**  
**6'72**



### Aus dem Inhalt

#### Seite 4:

„Kursbuch“ — Das Weißbuch zur zivilen Verteidigung bestimmt die Richtung und das Ziel und ist eine verlässliche Orientierungshilfe



#### Seite 13:

„Was ist eigentlich Selbstschutz?“ — Versuch der Deutung eines oft mißverstandenen Begriffs

#### Seite 18:

„Das Ziel ist noch nicht erreicht“ — Deutscher Städtetag legt Negativkatalog zur zivilen Verteidigung vor



#### Seite 26:

„Jugendlager für 17 Nationen“ — Technisches Hilfswerk im Olympia-Einsatz

#### Seite 28:

„Hilfsbereitschaft war spontan“ — Erfahrungen aus dem Zugunglück bei Radevormwald

#### Seite 70:

„Die Mure vom Riedersteinwald“ — Bericht über eine Naturkatastrophe im Alpachtal bei Tegernsee

#### Seite 74:

„Ein Gigant mit 1000 PS“ — Vierachsiges Großtanklöschfahrzeug für die Berufsfeuerwehr Frankfurt/Main

#### Seite 76:

„Müssen unsere Feuerwehren in die Luft gehen?“ — Auf der Suche nach Lösungen für eine neuzeitlichere Brandbekämpfung



### Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 49 50 71

### Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

### Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

### Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder  
Alfred Kirchner

### Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 49 50 71

### Grafik und Layout:

Gabriele Mintenbeck

### Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,  
599 Altena  
Postfach 137  
Telefon: (0 23 52) 28 21  
Telex: 08 229 311

### Anzeigenverwaltung:

Kontinenta Anzeigenverwaltung GmbH  
4 Düsseldorf, Uhlendstraße 42  
Telefon: (02 11) 66 62 65  
Fernschreiber: 08 586 898

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,  
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete  
Auflage: 106.100 Exemplare  
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.





UMSCHAU

### Fünfte Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz vom Kabinett gebilligt

Den von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher vorgelegten Entwurf eines Fünften Änderungsgesetzes zum Wasserhaushaltsgesetz hat das Kabinett im Umlaufverfahren gebilligt. Der Gesetzentwurf wird nun den parlamentarischen Gremien zur Beratung zugeleitet.

Zum Beschluß des Kabinetts erklärte Minister Genscher, mit dieser Novelle lege die Bundesregierung in Ausführung ihres Umweltprogrammes vom Herbst 1971 ein weiteres, wichtiges Umweltschutzgesetz vor. Bereits in Kraft sei das Bezinbleigesetz; das Abfallbeseitigungsgesetz sei von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Das Bundes-Immissionsgesetz, die Vierte Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz und die erforderliche Grundgesetzänderung zur Übertragung der vollen Gesetzgebungskompetenz für den Wasserhaushalt auf den Bund lägen in den Ausschüssen des Bundestages. Entwürfe für ein Umweltstatistikgesetz und ein Abwasserabgabengesetz werde die Bundesregierung noch in diesem Jahr vorlegen.

Die bereits eingebrachte Vierte Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz enthält vor allem

— die Vereinheitlichung der Vorschriften über das Lagern und Abfüllen wassergefährdender Stoffe, — eine Erweiterung und Verschärfung der Straf- und Bußgeldbestimmungen gegen schädliche Verunreinigungen der Gewässer.

In Ergänzung hierzu geht es bei der vorliegenden Fünften Novelle in erster Linie um den Schutz der Oberflächengewässer vor Verunreinigung durch Abwasser. Die Novelle ermächtigt die Bundesregierung

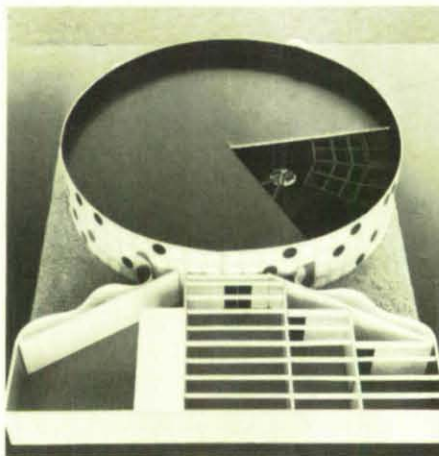
— einheitliche Merkmale festzusetzen, nach denen der Gütezustand eines Gewässers bestimmt werden kann, — Richtlinien darüber zu erlassen, welche Anforderungen an die Einleitung des Abwassers in die Gewässer zu stellen sind.

Die Novelle soll ferner sicherstellen, daß Abwassereinleitungen den sich ändernden Erfordernisse des Umweltschutzes durch nachträgliche Auflagen oder notfalls auch durch Beschränkung oder Aufhebung alter Rechte angepaßt werden. Zugleich soll die Stellung der Wasserbehörden gegenüber den Abwassereinleitern gestärkt werden. Den Ländern soll es überlassen bleiben, an einzelne Gewässer höhere Anforderungen zu stellen.

Nationale Regelungen dieser Art werden maßgebliche Bedeutung für entsprechende europäische Vereinbarungen haben, die derzeit sowohl vom Europarat mit dem Entwurf einer Europäischen Gewässerschutzkonvention als auch von den Europäischen Gemeinschaften vorgeschlagen werden.

### Interschutz „Der Rote Hahn“

Wie bereits mitgeteilt, findet die internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz Interschutz „Der Rote Hahn“ vom 24. Juni bis 2. Juli in Frankfurt statt. Unter vielen anderen werden auch der Bundesverband für den Selbstschutz und das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz mit einer gemeinsamen Sonderschau unter dem Motto „Rund um den Katastrophenschutz“ vertreten sein. Das zentrale Thema des zylinderförmigen Ausstellungsstandes mit



einem Durchmesser von 20 Metern (Bild oben zeigt ein Modell) wird die

Darstellung der Gemeinschaftsaufgabe des Katastrophenschutzes sein, der sich aus Einheiten und Einrichtungen verschiedener Organisationen zusammensetzt.

An sieben unterschiedlichen Schadensmodellen (Bild unten zeigt ein Modell der Herstellung) wird



die Bewältigung der Schadenslage durch sinnvolles Zusammenwirken verschiedener Katastrophenschutz-einheiten deutlich gemacht. Die Ausstellung Interschutz „Der Rote Hahn“ wird auch allen, die freiwillig oder hauptamtlich in den Hilfsorganisationen mitarbeiten, Gelegenheit geben, sich zu informieren. Der Eintrittspreis an der Tageskasse des Messegeländes wird 4,— DM betragen. Beim gruppenweisen Besuch werden die Karten 2,50 DM kosten, wenn die Gruppe mindestens 10 Personen stark ist. Die verbilligten Gruppenkarten sind bei Voreinsendung des Betrages über die Kartenstelle zu beziehen: Messe- und Ausstellungs GmbH, 6000 Frankfurt/Main, Postfach 970 126.

### Brandkatastrophe verhindert

Mehrere Feuerwehren aus dem Rhein-Main-Gebiet konnten am 23. Mai zusammen mit einem Einsatz-Trupp der amerikanischen Streitkräfte eine Brand- und Explosionskatastrophe von unabsehbarem Ausmaß verhindern. In einem Tanklager in Mainz-Kastel hatte ein Tanklastzug beim Beladen Feuer gefangen. Die Flammen drohten auf acht Behälter des Tanklagers übergreifen, in denen mehr als eine Million Liter Treibstoff und Heizöl lagerten.

In wenigen Minuten evakuierte die Polizei die Mieter eines gegenüberliegenden siebenstöckigen Wohnhauses und etwa 300 Bewohner



einer benachbarten amerikanischen Wohnsiedlung. Ein Speziallöschzug mit einem achtköpfigen Einsatztrupp des amerikanischen Militärflughafens bei Wiesbaden traf fast gleichzeitig mit der Wiesbadener Berufsfeuerwehr, die insgesamt 24 Fahrzeuge einsetzte, am Brandort ein.



**Der in Brand geratene Lastzug inmitten der gefüllten Tanks.**

Während die Wehren mit über dreißig Rohren und zahlreichen Wasserkanonen Wasser aus dem nahen Rhein zur Kühlung auf die bedrohten Tanks spritzten, deckten die Amerikaner aus ihrem Spezialfahrzeug — dem modernsten, das die Luftstreitkräfte besitzen — den brennenden Lastzug mit mehr als 3000 Litern Löschschaum ein. Durch das offengebliebene Hauptventil des Tankbehälters erhielten die Flammen jedoch immer neue Nahrung. Zwei amerikanischen Unteroffiziere in Spezialanzügen gelang es schließlich nach zwei Stunden, den Haupthahn zu schließen. Kurz darauf war der Brand gelöscht.

### **BVS-Bundesschule in neuen Räumen**

Zuerst war es nur ein Gerücht, dann kamen viele Kommissionen; schließlich streifte die zentrale Heizungsanlage und beschleunigte damit den Auszugstermin. Fast alle Mitarbeiter des BLSV/BVS, die eine Ausbildung als Fachlehrer, Redner, Fachbearbeiter oder Dienststellenleiter erhielten, haben die Bundesschule in Waldbröl (Oberbergischer Kreis) als die zentrale Ausbildungsstätte des Verbandes kennengelernt. Seit 1956 hat diese Schule in entscheidender Weise dazu beigetragen, den Ruf des Verbandes aufzubauen. Namen wie Frankl, Dr. Helm und Wackerhagen, um einige bereits ausgeschiedene Lehrer zu nennen,

sind ebenso unlösbar mit dem Begriff „Bundesschule Waldbröl“ verbunden, wie die vielen hier entstandenen Lehrfilme über den Selbstschutz.

Als das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes die Aufgaben des Verbandes neu



**Das letzte Umzugsgut verläßt die alte Bundesschule des BVS in Waldbröl.**

durch. Ein eingespielter Lehrkörper und vorzügliches Unterrichtsmaterial machen die Bewältigung der gestellten Aufgaben aller Beteiligten relativ leicht.

Der Umzug der Bundesschule in ein Hotel brachte viele Probleme mit sich. Zunächst hieß es sich trennen von vielen vertrauten Geräten. Die BVS-Schulen und auch zahlreiche Dienststellen waren die Nutznießer dieser „Räumung“. Der Bundeswehr sei an dieser Stelle gedankt für die großzügige Unterstützung bei der Übersiedlung.

Das für den weiteren Betrieb der Bundesschule unbedingt notwendige Gerät ist für die nächsten Monate — bis zu einem neuen Umzug — im Hotel „Haus Aggertal“ untergebracht. Das Haus bietet durch seine moderne architektonische Konzeption für alle Besucher viele



**Die neue Unterkunft der BVS-Bundesschule im Hotel „Haus Aggertal“.**

formulierte, war es notwendig, andere Schwerpunkte in den Aufgaben der Bundesschule zu setzen. So mußte, um der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit zu entsprechen, die Rednerschulung intensiviert werden. Neue Lehrgangstypen wurden geschaffen und für die Bewältigung der immer größer werdenden Fachmaterie mehrere spezielle Arbeitsseminare konzipiert. Neben der Aufgabe, den Mitarbeitern des Verbandes eine einheitliche und solide Ausbildung für ihren örtlichen Wirkungskreis zu vermitteln, führt die Bundesschule seit zwei Jahren für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Zivilverteidigungs-Seminare

Annehmlichkeiten, die in Waldbröl vermißt wurden. So gehört zu jedem Zimmer ein Umkleideraum und ein Duschaum mit WC. Der zentrale Aufenthaltsraum mit dem offenen Kamin lädt in der Freizeit zum Verweilen ein. In der Kellerbar ist eine automatische Kegelbahn. Und wenn das Wetter günstig ist, bieten sich zahlreiche schöne Wege zu Wanderungen an.

Nur wenige Kilometer von der Bundesschule entfernt liegt der Übungsplatz der BVS-Dienststelle Gummersbach, der in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und dem Technischen Hilfswerk ausgebaut wird.



Helmut Freutel

## „Kursbuch“

Das Weißbuch zur zivilen Verteidigung bestimmt die Richtung und das Ziel und ist eine verlässliche Orientierungshilfe

Fotos: Günter Sers

Am 25. Mai stellte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Wolfram Dorn, vor der Bundespressekonferenz in Bonn das Weißbuch zur zivilen Verteidigung vor. Mit diesem Akt wurde das Weißbuch, dessen Erscheinen schon vorher durch die Presse angekündigt worden war, zugleich der Öffentlichkeit übergeben. Das Weißbuch soll eine großangelegte Übersicht über den derzeitigen Stand der Zivilverteidigung geben und Einblick gewähren in die Entwicklung dieses Gebietes während der letzten Jahre sowie in die von der Bundesregierung vorgesehenen Planungen.

In seiner Ansprache vor der Bundespressekonferenz nahm Staatssekretär Dorn u. a. auch zum Termin der Veröffentlichung Stellung. Er sagte: „Der eine oder andere von Ihnen wird vielleicht fragen, weshalb die Bundesregierung gerade jetzt, da ihre Entspannungspolitik sichtbaren Fortschritt macht, mit diesem Weißbuch an die Öffentlichkeit tritt. Ich will dieser Frage nicht ausweichen und dazu zweierlei sagen. Erstens ist die Herausgabe seit längerer Zeit geplant, hat sich aber durch Abstimmung zwischen den verschiedenen beteiligten Stellen etwas verzögert; der jetzige Zeitpunkt der Herausgabe war also nicht geplant oder gezielt. Zweitens besteht aber auch kein Anlaß zu einer Verschiebung. Entspannung und Verteidigungsbereitschaft sind keine Alternativen, sondern die beiden Elemente, die zusammen die moderne Sicherheitspolitik ausmachen. Sie sind — nach Auffassung der Bundesregierung — ein gutes Stück solider Friedenspolitik“.

Bevor Wolfram Dorn auf den Inhalt des Weißbuches einging, gab er seinen Zuhörern einen Überblick über den Kreis, an den sich das



Staatssekretär Dorn stellt das Weißbuch vor.

Werk in erster Linie wendet. Er stellte fest, daß es sich dabei zunächst um einen Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag handele. Dabei äußerte er die Überzeugung, daß sich der Innenausschuß in absehbarer Zeit mit dem Weißbuch befassen und seinen Inhalt eingehend erörtern wird. Darüberhinaus aber richte sich das Weißbuch an diejenigen, die in Behörden und Organisationen hauptberuflich, neben- oder ehrenamtlich im Bereich der zivilen Verteidigung tätig sind, und nicht zuletzt auch an die Öffentlichkeit.

### Der Dank des Bundeskanzlers

In einem Vorwort zum Weißbuch skizziert Bundeskanzler Willy Brandt die Situation der zivilen Verteidigung und dankt allen Mitarbeitern. Wörtlich heißt es: „Die Bundesregierung hat wiederholt auf die Bedeutung der zivilen

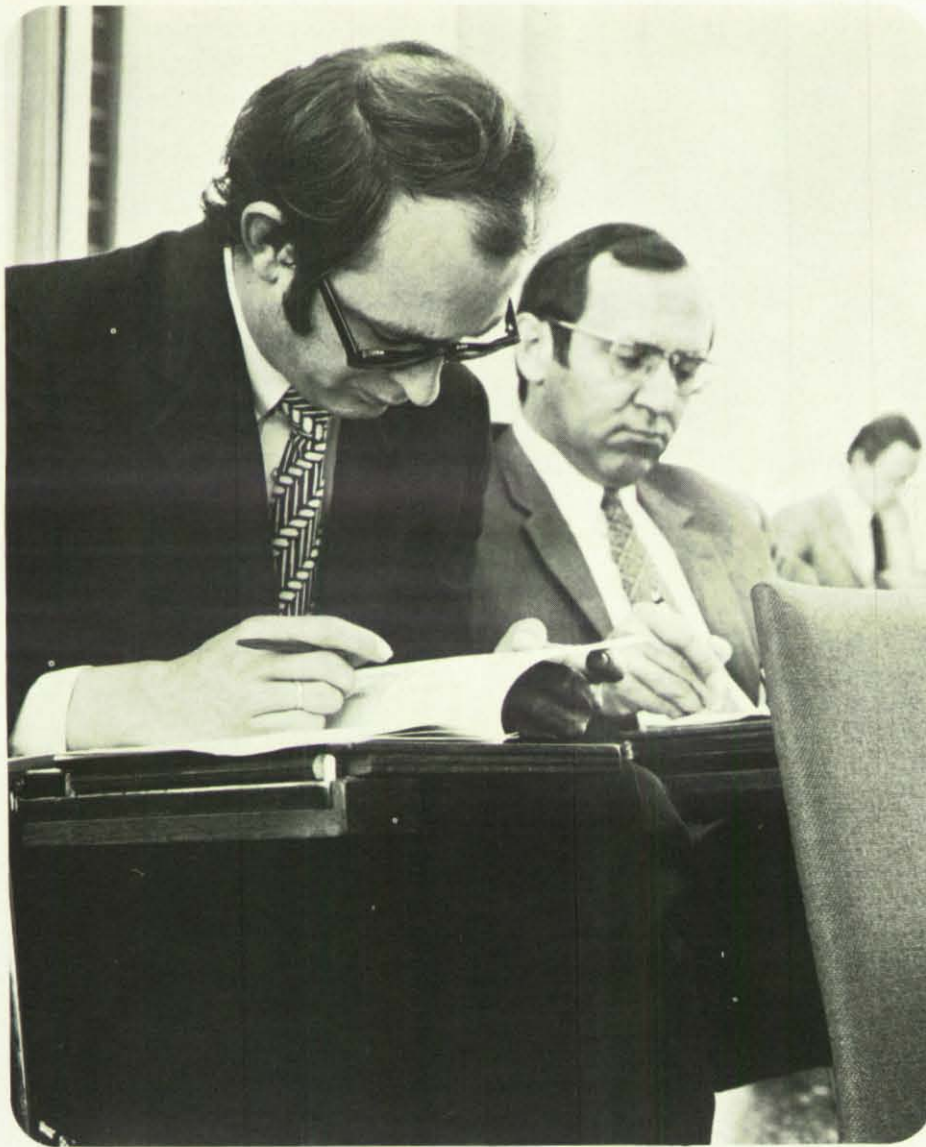
Verteidigung hingewiesen. Diese ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtverteidigung; in besonderem Maße dient sie dem Schutz der Bürger. Die Bundesregierung unterbreitet entsprechend ihrer Ankündigung erstmals dem Parlament und der Öffentlichkeit ein Weißbuch zur zivilen Verteidigung.

Das Weißbuch gibt einen umfassenden Überblick über Stand, Aufgaben und Planungen der zivilen Verteidigung.

Es läßt erkennen, welche Anstrengungen auf diesem Gebiet bisher unternommen worden sind und wo noch Lücken bestehen. Die Bundesregierung ist bestrebt, den weiteren Ausbau der zivilen Verteidigung nach Kräften zu fördern. Sie erfüllt damit auch eine Verpflichtung, die ihr im Rahmen des Atlantischen Bündnisses obliegt.

Die Herausgabe dieses Weißbuches gibt mir Anlaß, allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern der in diesem Bereich tätigen





Journalisten beim Studium des Weißbuches.

Einrichtungen und Organisationen für ihren selbstlosen Einsatz zu danken. Ohne ihre Mitwirkung ist eine funktionierende zivile Verteidigung nicht denkbar.“

#### **Keine Mühe darf zuviel sein**

Die Befürworter einer konsequent aufgebauten Zivilverteidigung haben es in der Bundesrepublik von jeher schwer gehabt. Die ihr anhaftende Unpopularität einerseits und die Gleichgültigkeit weiterer Kreise der Bevölkerung andererseits haben neben der finanziellen Situation des Bundes verhindert, daß die Probleme der zivilen Verteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung bisher auch nur annähernd gelöst werden konnten. Dessen ist sich auch die Bundesregierung bewußt. Das Vorwort von Bundesminister des Innern, Hans-Dietrich Genscher, bringt dies u. a. zum Ausdruck: „Die Bundesregierung hat dem Deutschen

Bundestag wiederholt über den Stand der zivilen Verteidigung berichtet. In Fachzeitschriften abgedruckt, haben diese Berichte das Interesse derer gefunden, die mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßt sind.

Das Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet sich von diesen Berichten vor allem dadurch, daß es dieses weitgehend ungeliebte, aber so dringend notwendige Aufgabengebiet zum ersten Mal umfassend darstellt. Das Weißbuch legt die Voraussetzungen dar; es zeigt was ist und auch — wichtiger noch — was sein sollte, aber nicht ist. Nicht nur die Wunden werden aufgezeigt, sondern auch die Prioritäten, in denen sie geheilt werden sollen. Das Weißbuch soll eine verlässliche Orientierungshilfe für alle sein, die in der zivilen Verteidigung bei Bund, Ländern, Gemeinden und Organisationen

haupt-, neben- oder ehrenamtlich wirken. Es ist als Hilfsmittel für Fachlehrgänge ebenso gedacht wie für den Unterricht in Gemeinschaftskunde. Nicht zuletzt soll es Verständnis und Bedeutung und vielschichtige Problematik der zivilen Verteidigung auch bei denjenigen unserer Mitbürger wecken, die mit diesen Fragen bisher nicht befaßt waren. Dieser weitgespannte Kreis der Adressaten stellt an Inhalt und Darstellung hohe Ansprüche; ich hoffe, jeder Angesprochene kann genügend Nutzen daraus ziehen. Die Bundesregierung wird alle Anstrengungen machen, um ihr Programm für die zivile Verteidigung, das in diesem Weißbuch festgelegt ist, zügig und umfassend zu verwirklichen. Für den in Not geratenen Bürger darf keine Mühe zuviel sein.“

#### **Zivile Verteidigung und Sicherheit**

In dem Weißbuch, das auf 120 Seiten 16 Kapitel behandelt, macht die Bundesregierung klar, daß sie den Frieden als das höchste Gut betrachtet. Als Land an der Nahtstelle von Ost und West sei die Bundesrepublik jedoch eingefügt in das internationale Spannungsfeld. Darum dürfe sie angesichts der tatsächlichen wie der möglichen Gefahren auf eine entschlossene Politik der Selbstbehauptung nicht verzichten. Das Ziel und die Bedeutung der Sicherheitspolitik der Bundesregierung werden im Weißbuch eingehend erläutert. Welche wesentliche Rolle dabei die zivile Verteidigung spielt, wird u. a. in folgenden Sätzen zum Ausdruck gebracht: „Sicherheits- und Entspannungspolitik sind ohne gleichzeitige Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte und ohne funktionierende Abschreckung nicht möglich. Zur Glaubhaftigkeit der Abschreckung durch Herstellung der militärischen Einsatzbereitschaft gehören entsprechende Anstrengungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung. Hierin liegt ihre wesentliche sicherheitspolitische Funktion.“

#### **In Krieg und Frieden**

Die besondere Bedeutung der zivilen Verteidigung geht aus dem Abschnitt des Weißbuches hervor, der sich mit ihren Aufgaben befaßt. Dabei dienen



verschiedene Graphiken dem besseren Verständnis und der Transparenz dieses umfangreichen und auch nicht leicht überschaubaren Gebietes. Die enge Verzahnung zwischen Zivilschutz und Katastrophenschutz offenbart sich in diesem Abschnitt unter dem Zwischentitel „Zivilschutz“. Dort heißt es: „Der humanitäre Auftrag des Zivilschutzes manifestiert sich vor allem im Katastrophenschutz durch die Mitwirkung staatlicher und kommunaler Institutionen und privater Organisationen. Der durch die Bundesländer eingerichtete Katastrophenschutz soll im Frieden die Folgen von Naturkatastrophen und Unglücksfällen und die Gefahren einer hochtechnisierten Umwelt mildern. Im Verteidigungsfall sollen seine Einheiten — verstärkt und zusätzlich ausgerüstet — Gefahren und Schäden abwehren, die der Zivilbevölkerung drohen. Zum Zivilschutz gehören u. a. der Selbstschutz der Bürger, die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung bei Gefahr, Hilfe durch zivile Einheiten unter Einsatz von Katastrophenschutzorganisationen mit Spezialgerät bei besonderen Gefahrenlagen, Deckung des Bedarfs an Ärzten und Bereitstellung von Arzneimitteln und Hilfskrankenhäusern zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, der Schutzbau und der Schutz von Kulturgut.“

### Organisation und Zuständigkeiten

Bevor das Weißbuch sich dem Abschnitt „Organisation und Zuständigkeiten“ widmet, befaßt es sich mit einem Rückblick auf die historische Entwicklung der zivilen Verteidigung in der BRD. Hier treten noch einmal die besonderen Schwierigkeiten auf diesem Wege zutage. Dabei werden auch die entstandenen Mängel in der Gesetzgebung und die strittigen Auffassungen, beispielsweise bezüglich der zu erwartenden Erscheinungsformen eines Krieges, nicht verschwiegen. Dann wird in prägnanter Form ein Überblick über die für Außenstehende nicht gerade leicht erkennbaren Zuständigkeiten vermittelt. Zwar obliegt die Koordinierung der zivilen Verteidigung dem Bundesminister des Innern, jedoch sind für einzelne Aufgabengebiete mehrere



**Erörterung von Einzelfragen in der Diskussion.**

Bundesministerien zuständig. Soweit nachgeordnete Behörden des Bundes bestehen, führen sie die Aufgaben der zivilen Verteidigung im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeit durch. Weitere Kapitel dieses Abschnittes zeigen eine klare Abgrenzung der Aufgabengebiete der einzelnen Organisationen und Institutionen auf. Schon die stichwortartige Aufführung der Teilaufgaben läßt erkennen, um welch einen großen und vielschichtigen Komplex es sich bei der Bewältigung aller Probleme der Zivilverteidigung handelt und welch hohes Maß an Planung, Abstimmung und Koordination dazugehört.

### Die rechtliche Ordnung

Ein weiterer Abschnitt befaßt sich mit den gesetzlichen Grundlagen der zivilen Verteidigung. Ausgehend von den Rechtsgrundlagen für die Deckung des Personal- wie des materiellen Bedarfs, werden die Rechtsgrundlagen des Zivilschutzes sowie die wesentlichen Regelungen der sogenannten Notstandsverfassung angeführt.

Es ist zweifellos das Verdienst der Verfasser des Weißbuches, einmal klar und übersichtlich sowie allgemeinverständlich die einzelnen Phasen der Anwendbarkeit der Vorsorgegesetze aufgezeichnet zu haben. Da die Verteidigungsgesetzgebung die Eingriffe in die Staats- und Wirtschaftsstruktur sowie in die Sphäre des einzelnen den jeweiligen Gefahrenzuständen entsprechend abstuft, werden hier als einzelne Phasen Friedenszeiten, Krisenzeiten vor Feststellung des Spannungsfalles, des Spannungsfalles und der Verteidigungsfall unterschieden.

### Finanzielle Grundlagen

Die Veröffentlichung des Weißbuches zur zivilen Verteidigung fand in den Medien Presse, Rundfunk und Fernsehen einen starken Niederschlag. Dabei ging man in erster Linie auf das Kapitel über die finanziellen Grundlagen der zivilen Verteidigung ein. Vor allem wurde die nicht vertretbare Diskrepanz kritisiert, die zwischen den Ausgaben für die Aufgaben der militärischen Verteidigung und denen für die Zivilverteidigung besteht. Dieses Verhältnis beträgt im laufenden Jahr 46 : 1. Mit einem solchen Ausgabenverhältnis bleibt die BRD weit hinter den Anforderungen der Westeuropäischen Union zurück, die bereits im Jahre 1962 gefordert hat, daß zwischen den Ausgaben für die militärische und zivile Verteidigung ein Verhältnis von 4 : 1 bzw. 5 : 1 herzustellen sei. Das Weißbuch weist allerdings darauf hin, daß diese Forderung bisher in keinem der Mitgliedsländer verwirklicht worden ist und daß sie sich auch in den nächsten Jahren nicht verwirklichen lasse. Als Fernziel plant die Bundesregierung jedoch ein Ausgabenverhältnis von 1 : 20. Ungerechnet wurden übrigens im Jahre 1971 pro Kopf der Bevölkerung der Bundesrepublik für die militärische Verteidigung 357,— DM und für die zivile Verteidigung 8,30 DM veranschlagt.

### Der Stand des Zivilschutzes

Breiten Raum, nämlich 30 Seiten, nimmt der Überblick über den derzeitigen Stand des Zivilschutzes ein. Auch hier sind die Verfasser weit davon entfernt, dem Leser vorzugaukeln, als sei im Bereich des Zivilschutzes alles in bester Ordnung. Im Gegenteil. Das Weißbuch stellt heraus, daß trotz erheblicher Leistungen der Aufbau in weiten Bereichen noch ungenügend ist. Dazu sagt das Weißbuch u. a.: „Die einzelnen Bereiche des Zivilschutzes haben wie die übrigen Gebiete der zivilen Verteidigung einen unterschiedlichen Aufbaustand erreicht. Von einem Abschluß oder gar einer Perfektion der Vorkehrungen kann auf keinem Gebiet die Rede sein, wengleich sich einzelne Sparten mit einem relativ hohen Stand des Aufbaus gegenüber anderen abheben, die beträchtliche Lücken aufweisen. Die erheblichen Unterschiede



erklären sich zum Teil aus der historischen Entwicklung des Aufbaus in den Einzelbereichen. Sie sind jedoch aus finanziellen und psychologischen Gründen nur auf längere Sicht ausgleichbar. Mängeln, vor allem im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes, wirkt die Bundesregierung durch verstärkte Anstrengungen auf bestimmten Teilgebieten entgegen.“

Und zum Thema Schutzraumbau heißt es: „Trotz erheblicher Geldausgaben des Bundes in der Vergangenheit (360 Mio DM in den Jahren 1950 bis 1970 im öffentlichen Schutzraumbau) ist der Schutzraumbau in der Bundesrepublik noch immer sehr unzureichend. Das betrifft vor allem den privaten Schutzraumbau. Ein Zwang zum Einbau von Schutzräumen in Neubauten, wie er in dem inzwischen suspendierten Schutzbaugesetz von 1965 in wesentlichen Teilen vorgesehen war, kommt nicht in Betracht. Um die ohnehin gestiegenen Baukosten und die davon abhängigen Mieten nicht in Bewegung zu bringen, müßte der Bund wesentliche Teile der Herstellungskosten für Hausschutzräume übernehmen. Dies wäre jedoch nach Lage des Bundeshaushalts gegenwärtig selbst dann nicht möglich, wenn nur ein begrenztes Pflichtprogramm (Verzicht auf die besonders teuren Schutzräume in Ein- und Zweifamilienhäusern, statt dessen Verpflichtung lediglich zum Einbau von Schutzräumen in alle neu zu errichtenden Mehrfamilienhäuser) durchgeführt würde. Bei dem begrenzten Plafond des Einzelplanes 36 können die erheblichen Mittel für diesen Zweck nicht aufgebracht werden. Die baulichen Schutzmaßnahmen werden demnach auf Jahre und Jahrzehnte hinaus unzureichend sein.“

Doch das Weißbuch hat auch über viel Positives zu berichten. Es spiegelt nicht nur Leistungszahlen einzelner Organisationen wider und erwähnt deren zahlreiche Einsätze bei verschiedenen Arten von Katastrophen, sondern es läßt auch die enorme Aufbauarbeit erkennen, die von Bund, Ländern und Gemeinden geleistet worden ist. Es läßt weiterhin erkennen, daß der auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhende Zivilschutz seinen bisherigen Leistungsstand nur mit einer beträchtlichen Zahl opferbereiter Helfer erreichen konnte, die uneigennützig in den traditionellen Hilfsorganisationen oder in anderen

Einrichtungen des Zivilschutzes, wie Warndienst und Bundesverband für den Selbstschutz, mitgearbeitet haben.

### **Zivile Verteidigung für die 70er Jahre**

Nach einem Überblick über die Probleme der Sicherstellungsgesetze und der Schilderung der Zusammenhänge zwischen zivilen Planungen und Maßnahmen sowie militärischen Vorbereitungen für einen Verteidigungsfall beschreibt das Weißbuch die besondere Bedeutung, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Spannungs- und Verteidigungsfall zukommt. Mit einem Ausblick auf die zivile Verteidigung für die 70er Jahre schließt dieses Werk.

In diesem letzten Abschnitt werden die Erfordernisse und Schwerpunkte künftiger Arbeit dargelegt. Dazu heißt die Aussage bezüglich des Selbstschutzes: „Das Angebot an den Bürger, sich über Möglichkeiten der Selbsthilfe gegen Katastrophen aller Art zu unterrichten und sich ausbilden zu lassen, soll intensiviert und attraktiver gestaltet werden. Verstärkte und auf die humanitären Ziele ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit wird die Kenntnisse der Bürger über die Probleme des Zivilschutzes vermehren. Übungen der Verbände und Helfertagungen tragen dazu bei, ein Höchstmaß an Kommunikation zu

erreichen. Auch im Bereich der besonderen Verwaltungen soll der Selbstschutz, insbesondere durch Information und verstärkte Ausbildung, verbessert werden.“

Bedeutungsvolle Aussagen macht das Weißbuch auch zum Thema Schutzraumbau. Während an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen wurde, daß Schutzbaumaßnahmen, die Verluste und Schäden von vornherein verhindern oder mindern, nicht durch Maßnahmen ersetzt werden können, die erst nach dem Angriff Hilfe bringen sollen, heißt es hier: „Als Grundlage einer defensiven Verteidigung, die davon ausgeht, daß die Zivilbevölkerung im Ernstfall grundsätzlich zu Hause bleibt, ist als optimaler Schutz für die Bevölkerung der Bau von Schutzräumen unerlässlich. Dies gilt für private Schutzräume ebenso wie für öffentliche Schutzräume in Gebieten mit hoher Verkehrsdichte.“

Die Bundesregierung unterstreicht abschließend noch einmal die politische Bedeutung der zivilen Verteidigung. Sie sagt zu, daß sie bestrebt sein wird, diese Bedeutung der Öffentlichkeit zu verdeutlichen und die finanziellen Mittel für die zivile Verteidigung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten entsprechend ihrer Bedeutung zu verstärken und dabei insbesondere ein angemessenes Verhältnis zu den Aufwendungen für die militärische Verteidigung herzustellen.

Bei der  
**LANDESDIENSTSTELLE DES TECHNISCHEN HILFSWERKS**  
in Mainz, Moltkestraße 2-2/10  
ist die Stelle eines

## **Verwaltungssachbearbeiters**

neu zu besetzen. Der Dienstposten ist nach Vergütungsgruppe V b (fünf b) BAT bewertet und bietet einem vorwärtstrebenden, einsatzfreudigen Interessenten bei überdurchschnittlichen Leistungen die Möglichkeit einer späteren Höhergruppierung bis Vergütungsgruppe IV a (vier a) BAT.

Der Verwaltungssachbearbeiter soll bei der Bearbeitung aller anfallenden Verwaltungsaufgaben, insbesondere der Personalangelegenheiten der Angestellten und Arbeiter, Lohnrechnung und Zahlung von Trennungsgeld, Bewirtschaftung der Haushalts- und Betriebsmittel, Abwicklung von Beschaffungsaufträgen und der Abrechnung von Übungen usw. mitwirken.

Gesucht wird ein zuverlässiger, dynamischer Mitarbeiter mit eingehenden Kenntnissen auf dem Gebiet des Tarifrechts, des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens und der einschlägigen tarif- und gesetzlichen Bestimmungen (u. a. BAT, BHO, BBesG, BUKG, BRKG, TGV, RVO, PVG, MuSchG, SchwBG, RBBau). Einschlägige Verwaltungspraxis ist erwünscht.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalfragebogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild und je einer Abschrift (Fotokopie) vorhandener Zeugnisse werden unter Angabe der **Kennziffer 188** erbeten an das

**BUNDESAMT FÜR ZIVILEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ**

**53 Bonn - Bad Godesberg, Deutscherrenstraße 93 (Postfach 850).**

Personalfragebogen stehen auf Anforderung (mit Kennzifferangabe) zur Verfügung.



Walter Voß

# Grünes Hamburg Saubere Alster

THW-Helfer spenden 10.000 Stunden Freizeit

Mit der Aktion „Saubere Alster“ leistete der THW-Landesverband Hamburg Ende März mit einer Wasserdienstübung auf der Binnen- und Außenalster einen ersten Beitrag für den Umweltschutz zu der



Für die Aktion „Grünes Hamburg“ warben vom 8. April bis 6. Mai zwei Kraftwagen des Technischen Hilfswerkes in allen wichtigen Straßen der Hamburger Bezirke.



Vier THW-Helfer überreichen dem Ersten Bürgermeister, Peter Schulz, eine Schenkungs-urkunde über 10 000 freiwillige Freizeitstunden.

in der Freien und Hanse-  
stadt angelaufenen  
Großaktion „Grünes  
Hamburg — Saubere  
Stadt“.

Eingesetzt waren etwa  
20 Helfer, unter ihnen  
fünf Kraftfahrer, fünf  
Bootsführer sowie vier  
Schwimm- und Bergungs-  
taucher. An Fahrzeugen und  
Großgeräten waren  
aufgeboten: drei Mann-  
schafts- bzw. Geräte-  
kraftwagen, ein gechartertes,  
mit einem THW-Fahrer  
besetztes Container-  
fahrzeug und mehrere  
Übersetzboote mit  
40-PS-Außenbordmotoren.

Zweck der Übung war es,  
das „Bergen von wertvollen





**Auch Schwimmtaucher halfen bei der Bergung des Unrats aus der Alster und sicherten gleichzeitig den gesamten Einsatz am und im Wasser.**



**Frühjahrsputz auf der Alster! Der harte Westwind hatte an diesem Tage allen auf dem Wasser schwimmenden Unrat an das Ostufer getrieben.**



## Menschen sind in Gefahr. DSB-Schlauchboote helfen retten.

Flutkatastrophe im Vorort einer Großstadt. Die Einwohner sind von der Außenwelt abgeschnitten. Es fehlt am Lebensnotwendigsten. Menschen befinden sich in Gefahr. Rettungsmannschaften sind pausenlos im Einsatz. Jetzt kommt es auf rasche und vor allem zuverlässige Hilfe an!

Sei es zu Land oder auf hoher See: DSB-Schlauchboote haben sich seit Jahrzehnten bewährt. Es gibt ruder-, paddel- und motorisierbare Modelle für jeden Zweck. Sie sind strapazierfest, kenterstabil, leicht dirigierbar und durch vollsynthetische Bootshäute nahezu wartungsfrei. Gemeinnützige Organisationen wie das DRK, die DLRG und weitere andere verwenden DSB-Schlauchboote.

Dank gebührt allen jenen tüchtigen Männern, die überall unter Einsatz ihres Lebens Bedrohte aus der Gefahrenzone bringen. Und DSB-Schlauchbooten, die dafür die Voraussetzungen schaffen. Wir senden Ihnen gern ausführliche Informationen.

DEUTSCHE SCHLAUCHBOOTFABRIK  
HANS SCHEIBERT  
3457 ESCHERSHAUSEN  
POSTFACH 1169 · TEL. 05534/551

### GUTSCHEIN

Bitte ausfüllen und absenden

Wir sind interessiert. Schicken Sie uns kostenlos und unverbindlich ausführliche Informationen über DSB-Schlauchboote.

Absender: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

S 16

Gütern“ — dargestellt durch den im Wasser treibenden oder auf dem Grund der Alster liegenden Wohlstandsmüll — auf verschiedene Art zu bewältigen.

Das Treibgut wurde — beginnend an der südöstlichen Seite der

Außenalster — von Helfern in Spezialwasseranzügen geborgen. Für den im tieferen Wasser treibenden Zivilisationsabfall wurden Schwimmtaucher eingesetzt, die gleichzeitig den gesamten Einsatz sicherten.

Mit den Übersetzbooten wurde Schraubenhilfe

### Persönliche Darlehen

kurzfristig — mittelfristig — langfristig

für alle Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft

langfristig als Vorauszahlung — in bar — einer Lebensversicherung — kurz- und mittelfristig in Verbindung mit einer Lebensversicherung. Keine Bürgen oder dingliche Sicherheiten. Fordern Sie kostenlose unverbindliche Auskunft mit Angaben von Familienstand, Kindern unter 18 Jahren, Nettogehalt, Beruf, Geburtsdatum, Höhe des Darlehenswunsches.

Beamten-Anschaffungshilfe E. Andermann KG

5 Köln 60, Eschenbachstraße 54, Am Bilderstöckchen, Telefon 73 65 29



## Die Ölpest verliert ihre Schrecken!

Seitdem es EKOPERL gibt, sind schon viele Ölunfälle von der Feuerwehr erfolgreich mit diesem Ölbindemittel bekämpft worden. Es nimmt Öl von jedem Untergrund auf und hält es fest — auch im gesättigten Zustand! EKOPERL bindet Heizöl, Benzin, Altöl, Motoren- und Maschinenöl. Es ist wasserabweisend, schwimmfähig, besonders leicht, wetterfest und unbegrenzt lagerfähig. Fordern Sie bitte noch heute Informationsmaterial an.

EDUARD MICHELS GMBH • 43 Essen • Rütterscheider Straße 1 • Telefon 77 77 13





**Mit großen Heurechen harken Helfer des Technischen Hilfswerkes das Treibgut auf das Ufer, wo es zunächst einmal zum Abtransport in Mulden gesammelt wird.**

beim Zusammentreiben des schwimmenden Abfalls geleistet. Was an Unrat zusammenkam, war enorm.

Nachdem u. a. Blechkanister, Fahrradrahmen, Matratzen, und sogar ein Federbett abgefischt und am Ufer zusammengetragen waren, wurde alles verladen und zur Müllkippe gefahren.

Die Übung war in zweifacher Hinsicht erfolgreich. Sie gestattete eine Überprüfung des

Ausbildungsstandes der eingesetzten Helfer und hatte darüber hinaus einen Umweltschutz-Nutzeffekt, der allen Hamburger Bürgern zugute kam.

Eine weitere große Umweltschutz-Maßnahme ist die Aktion „Grünes Hamburg“, zu der Bürgermeister Schulz am 8. März alle Hamburger aufrief und sie aufforderte, Bäume zu pflanzen, denn in allen Bezirken Hamburgs soll der Baumbestand vergrößert werden. Dies ist

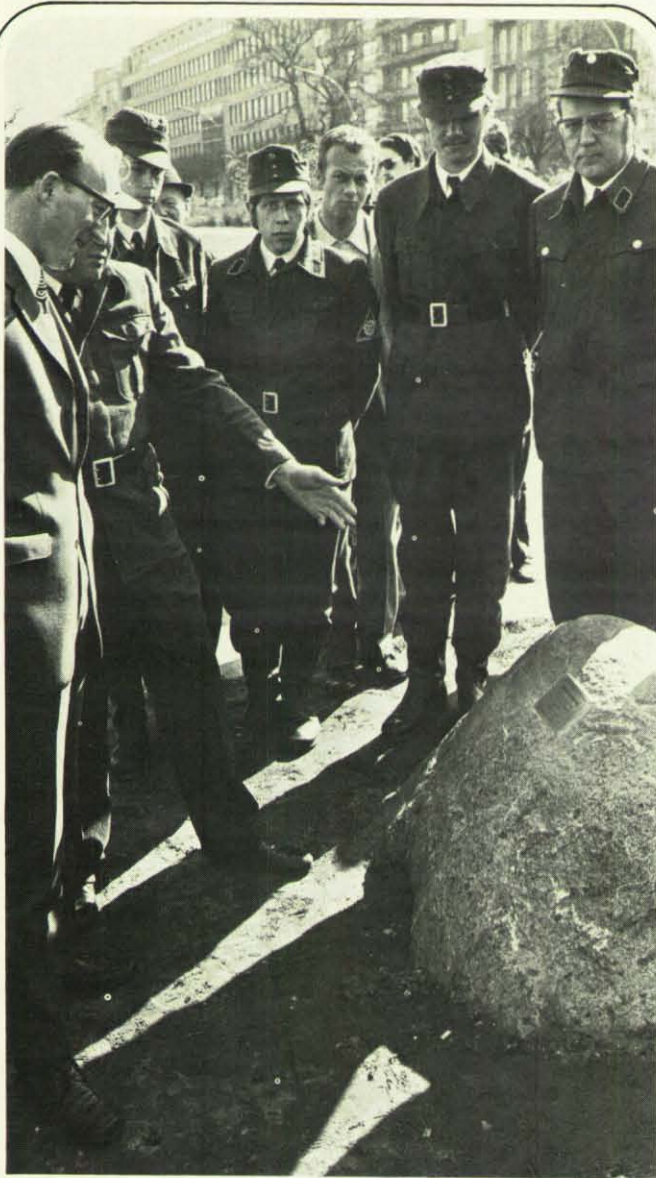


**Die „Beute“ war enorm. Unermüdlich tragen THW-Helfer die gefüllten Mulden zum Abtransport zu den bereitstehenden Lastkraftwagen.**



**Für die Helfer an der Feldküche war diese Übung wieder eine Gelegenheit, ihre Kunst unter Beweis zu stellen.**





Bezirksamtsleiter Karl Kalff übergab am Sonntagmorgen, 23. April, den fertiggestellten „Bürgermeisterweg“ an der Außenalster seiner Bestimmung.



Großeinsatz am Ufer der Außenalster. In zwei Tagen legten die THW-Helfer einen Promenadenweg an.

sowohl aus der Sicht des Umweltschutzes notwendig, als auch um den Ruf Hamburgs als einer „Grünen Stadt“ zu erhalten. Viele Organisationen und Einzelpersonen helfen inzwischen mit, ihre Stadt schöner und sauberer zu machen. Das Technische Hilfswerk hat allein 10 000 freiwillige Freizeitstunden zugesagt, die seine Helfer dabei leisten wollen. Eine entsprechende Schenkungsurkunde wurde Bürgermeister Schulz übergeben.

Seit dem 8. April führen zwei große Mannschaftskraftwagen des THW durch die Straßen und warben mit Plakaten für die Aktion „Grünes Hamburg“. Außerdem führte jeder Wagen ein Tonband mit, das mit einem Spot von Heidi Kabel und Henry Vahl besprochen ist. Der Sketch über die Aktion wurde in kurzen Abständen immer wieder abgespielt, dazwischen ertönte Musik. Bis zum 6. Mai dauerte diese Werbefahrt. Dabei rollten



Eine Messingplatte als Hinweis am Beginn des Weges.



Altbürgermeister Professor Weichmann läßt sich an Hand einer Skizze bei seinem Besuch über den Verlauf des „Bürgermeisterweges“ berichten.





Einen Blumenstrauß der Helfer des Technischen Hilfswerkes für die Gattin des Altbürgermeisters, der wiederum Autogrammwünsche gerne erfüllte.

die THW-Fahrzeuge über alle wichtigen Straßen der Hamburger Bezirke.

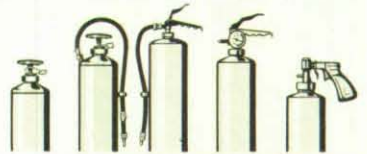
Außerdem beteiligten sich die THW-Helfer am Pflanzen der Bäume und am Bau des „Bürgermeisterweges“. Am 15. und 16. April waren über 200 Helfer aus allen Hamburger Bezirksverbänden eingesetzt. Ein Teil von ihnen baute den Weg, der von der Kennedy-Brücke entlang der Außenalster bis etwa zum Hotel Atlantik führt. Die anderen Helfer waren mit

Pflanzarbeiten in der sogenannten Pankoken-Allee beschäftigt. Gegen 14 Uhr am 15. April besuchte Altbürgermeister Professor Weichmann die THW-Helfer. Er war sehr erfreut darüber, daß seine Idee, den Promenadenweg an der Außenalster in dieser Art fortzuführen, nun verwirklicht wird, und sprach den Helfern Dank und Anerkennung für ihre freiwillige Arbeit aus, mit der sie ihren Willen zur Bürgerinitiative tatkräftig demonstrierten.



40 Männer des THW pflanzten in der Pankoken-Allee rund 100 Linden bzw. bereiteten die Pflanzung vor.

## Schluß mit dem Wirrwarr in den Bedienungsweisen ...



### wintrich stellt vor: Feuerlöscher-Programm mit einheitlicher Bedienung

**neu**  
in Deutschland  
in Europa



#### Handfeuerlöscher

- mit gleicher Bedienung
- mit CO<sub>2</sub>-Patrone
- seit Jahrzehnten bewährt
- für die Brandklassen ABCE und BCE und A
- mit Wandhalter
- mit Fahrzeughalter
- Unterbrechung des Löschstrahls beliebig oft möglich

### wintrich & Co

6140 Bensheim, Rheinstr. 3, Postfach 27,  
Telefon 06251-6070, Telex 0468 434

Besuchen Sie uns auf der Messe in Frankfurt: 24. 6.-2. 7. 1972  
INTERSCHUTZ/Der Rote Hahn · Halle 4 - Gang B u. C - Nr. 4 - 232/333  
Wir freuen uns auf Ihren Besuch



Wenn Sie, sehr geehrter Leser, diese Frage lesen, wird Ihre erste spontane Bemerkung sicherlich lauten: Was soll eine solche Frage? Das weiß doch jeder, das sagt doch schon das Wort! Ist das wirklich so selbstverständlich oder täuschen wir uns hier nicht etwa? Schlagen wir doch einmal im „Duden“ nach, dem Retter bei manch sprachlichem Zweifel. Unter dem Stichwort „selb“ finden wir sowohl das Wort „Selbstschutz“ als auch das Wort „Selbsthilfe“, leider ohne die vielfach üblichen Worterklärungen. Damit kommen wir also nicht weiter. Nun wird der Eingeweihte sagen: Im Fachjargon ist es erwiesenermaßen gleichgültig, ob man von „Selbsthilfe“ oder von „Selbstschutz“ spricht. Das stimmt. Nur — man verzeihe mir — richtig ist es nicht. Denn dann müßte doch Hilfe und Schutz dasselbe sein. Also müssen wir einen anderen Weg gehen, um zu erklären, was „Selbstschutz“ ist. Nach meiner Meinung sollten wir mit dem Wort „Selbsthilfe“ beginnen. Vielleicht stellt sich dann heraus, daß die Verwandtschaft zwischen den Wörtern „Selbsthilfe“ und „Selbstschutz“ doch größer ist, als es die Wortteile Hilfe und Schutz von ihrer Bedeutung her bei oberflächlicher Beurteilung scheinbar zulassen.

Also fragen wir: Was ist eigentlich Selbsthilfe? „Selbsthilfe“ ist zunächst als abstrakter Begriff zu sehen, ohne konkrete Festlegung von Umfang, Inhalt und Gestalt. Ihrem Wesen nach umfaßt die Selbsthilfe Hilfeleistungen, die von jedem einzelnen und von der Gemeinschaft selbst, gleichsam aus eigener Zuständigkeit, eigener Verantwortung und aus eigener Kraft erbracht werden. Für sie ist charakteristisch, daß sie zur Abwendung von Gefahr und Schaden sowohl bei Ereignissen des Alltags als auch von höherer Gewalt uneingeschränkt geleistet wird.

Rudolf Häusler

## Was ist eigentlich Selbstschutz?



Ihrem Wesen nach umfaßt die Selbsthilfe Hilfeleistungen, die von jedem einzelnen und von der Gemeinschaft selbst, gleichsam aus eigener Zuständigkeit, eigener Verantwortung und aus eigener Kraft erbracht werden.

Selbsthilfe und Selbsterhaltungstrieb sind voneinander nicht zu trennen. Der Mensch hat von jeher ver-

sucht, Gefahr und Schaden von sich abzuwenden. Mit fortschreitender Entwicklung hat er sich jedoch immer

mehr von seiner instinktiven Einstellung zur Gefahr und deren Abwehr entfernt, so daß er heute bei Ausfall



gewohnter und für das moderne Wirtschaftsleben unentbehrlicher Energien und technischer Hilfsmittel geradezu hilflos geworden ist.

Die Selbsthilfe schließt aber auch die Abwehr kriegerischer Gefahren ein, nachdem sich die Hoffnung der Menschen, davor verschont zu bleiben, bis auf den heutigen Tag als trügerisch erwiesen hat.

Die Erfolgsaussichten der ursprünglichen Selbsthilfe als spontane Reaktion, bei der immer der einzelne versucht, im ersten eigenen Tätigwerden sich selbst oder dem Nächsten zu helfen, sind mit den sich immer mehr steigernden vielfältigen Gefahren in allen Lebensbereichen geringer geworden. Zwangsläufig erhebt sich die Forderung nach der Förderung der Selbsthilfe durch Aufklärung über die mannigfachen Gefahren und der Schulung in den Möglichkeiten zu ihrer Abwehr. Der Impuls zur Selbsterhaltung ist zwar immer noch die Voraussetzung zur Selbsthilfe, für ihre Praktizierung mit Erfolg genügt es nicht mehr. Das gilt für die Abwehr jeder Lebensbedrohung, in erster Linie aber für die Selbsthilfe bei Katastrophen und im Verteidigungsfall. Hier muß die Selbsthilfe eine Steigerung erfahren. Zur Förderung der gekonnten Hilfeleistungen tritt die Forderung nach zweckmäßigem Schutz — im Sinne der Selbsthilfe, der Selbstschutz.

Damit wird deutlich, daß der Begriff „Selbstschutz“ als Steigerung des umfassenden Begriffes „Selbsthilfe“ verstanden werden muß. Im Gegensatz zur Selbsthilfe ist seine terminologische Bedeutung konkret. Er ist die Summe aller Hilfe- und Schutzmaßnahmen, die der einzelne und die Gemeinschaft zur Hilfeleistung sowie zur Abwehr und zum Schutz gegen die Gefahren



**Für die Selbsthilfe ist charakteristisch, daß sie zur Abwendung von Gefahr und Schaden sowohl bei Ereignissen des Alltags als auch von höherer Gewalt uneingeschränkt geleistet wird.**

des Alltags, insbesondere aber gegen die der Katastrophen und des Verteidigungsfall es erbringt. Zugegeben, damit bin ich erst beim eigentlichen Grund, der mich veranlaßt hat, die Frage: „Was ist eigentlich Selbstschutz“ zu stellen und zugleich den Versuch zu unternehmen, eine Antwort darauf zu finden. Die Welt, so sagt man,

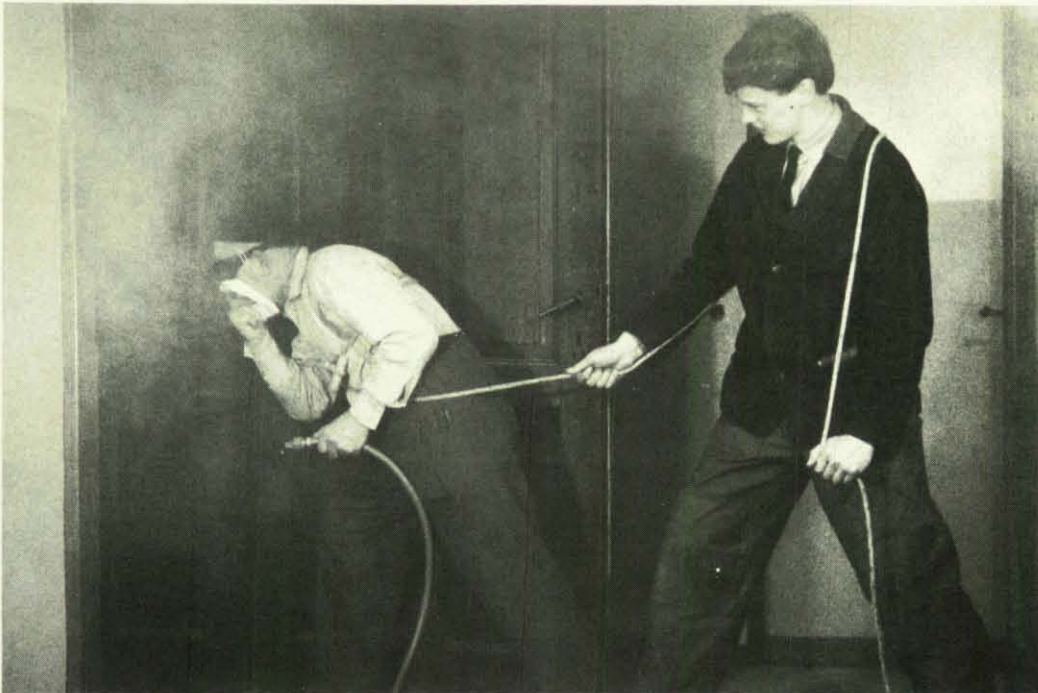
sei voller Widersprüche. Nur Gesetze seien in der Regel klarer, dort wo sie nicht klar und in ihrer Aussage umfassend sind, ergeben Rechtsverordnungen oder Verwaltungsvorschriften, vielfach sogar beides. Kommen wir zur Sache: Das ZBG (Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung) spricht in seinem § 1 von der Selbst-

hilfe der Bevölkerung, die durch behördliche Maßnahmen ergänzt wird. Im § 31 des gleichen Gesetzes wird dagegen immer wieder nur vom „Selbstschutz“ gesprochen. Was nun Gerade hatten wir festgestellt, daß Hilfe und Schutz nicht dasselbe sein können. Aber das Gesetz . . . lassen wir das: „erare humanum est“. Hier besteht kein Zweifel,





Die Erfolgsaussichten der ursprünglichen Selbsthilfe als spontane Reaktion, bei der immer der einzelne versucht, im ersten eigenen Tätigwerden sich selbst oder dem Nächsten zu helfen, sind mit den sich immer mehr steigenden vielfältigen Gefahren in allen Lebensbereichen geringer geworden.



Zwangsläufig erhebt sich die Forderung nach der Förderung der Selbsthilfe durch Aufklärung über die mannigfachen Gefahren und der Schulung in den Möglichkeiten zu ihrer Abwehr.

daß in beiden Fällen dasselbe gemeint ist.

Gehen wir weiter. — Nein, das Selbstschutzgesetz sollten wir nicht vergessen. Seine Sprache war im Grunde genommen eindeutig. Nur, den Begriff „Selbstschutz“ hat es auch nicht definiert. Folgen hatte das keine, denn es ist ja niemals in Kraft getreten. Machen wir einen weiteren Sprung von Gesetz zu Gesetz und wir befinden uns im Jahre 1968. Das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes trat in Kraft. In diesem Gesetz war auch der „Selbstschutz“ geregelt worden, obgleich er, streng genommen, weder begrifflich noch sachlich der Gesetzesmaterie zuzuordnen ist. — Warum eigentlich nicht, fragen viele, wenn man davon ausgeht, daß — Verzeihung — der **Selbstschutz** der Bevölkerung durch behördliche Maßnahmen ergänzt wird. Übrigens, damit wir uns nicht mißverstehen. Mir ist durchaus bewußt: Wenn man in den genannten Gesetzen vom „Selbstschutz“ spricht, meint man fraglos immer den Selbstschutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall. — Das ist zweifellos richtig, denn nur dieser eine, wenn auch sehr wichtige Teil des Selbstschutzes schlechthin, wie wir ihn anfangs zu definieren versucht haben, wird geregelt. Aber auch hier müssen wir weiter einschränken. Die gesetzliche Regelung umfaßt ausschließlich das Handeln staatlicher und kommunaler Stellen. Alle anderen Aufgaben, die dem Selbstschutz zuzurechnen sind, bleiben zwar durch das Gesetz unberührt, gehören aber unter allen Umständen dazu. Wenn das so ist, dürfte niemand mehr daran Anstoß nehmen, wenn der BVS in seinen Veröffentlichungen erklärt: Der Selbstschutz umfaßt alle Maßnahmen der Bevölkerung, die geeignet sind, die im engeren Wohn- und





**Auch bei aller Hektik, Oberflächlichkeit und unverständlichem Leichtsinne ist der Gegenwartsmensch immer mehr bereit, etwas für seine eigene Sicherheit zu tun, und die Erkenntnis, daß zum Helfen- und Rettenwollen auch Kenntnisse und Fähigkeiten gehören, ist heute keine Seltenheit mehr.**

Arbeitsbereich durch Unfälle, Katastrophen und im Verteidigungsfall drohenden Schäden für Leben und Gesundheit sowie für die lebenswichtigen Einrichtungen und Güter durch eigene Anstrengungen abzuwenden oder möglichst gering zu halten.

Auf Grund dieser Überlegungen halte ich es auch gar nicht für notwendig, daß man wie einen Ausweg suchend erklärt: Der Selbstschutz, wie er für den Verteidigungsfall vorgesehen ist, nutzt auch bei Unglücksfällen und Katastrophen.

Man ist bei solchen Worten geradezu herausgefordert, das Gegenteil zu behaupten. Denn, wer von den fachlich Informierten will bestreiten, daß Selbstschutzmaßnahmen, wie sie insbesondere für den Ver-

teidigungsfall vorgesehen sind, ausschließlich auf die jeweiligen, sehr unterschiedlichen Waffenwirkungen bezogen sind. Wir sollten aber nicht vergessen, daß sie sich auf Hilfeleistungen und Rettungsmaßnahmen sowie auf erprobte Mittel und Wege der Schadenbekämpfung stützen, die seit jeher ihre Bedeutung bei der Abwendung von Alltagsgefahren haben.

Neben der grundlegenden praktischen Bedeutung des so gesehenen Selbstschutzes darf seine psychologische Auswirkung nicht übersehen werden. Kein normal denkender Mensch erwartet, daß sich der Selbstschutz der Bevölkerung unbedingt im Verteidigungsfall zu bewähren hat. Das ist auch bei Vorbeugungs- und

Schutzmaßnahmen des Alltags grundsätzlich nicht anders. Trotzdem gibt es einen schwerwiegenden Unterschied:

Unter dem Einfluß des thermonuklearen Patts ist die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung in Mitteleuropa immer geringer geworden. Eine Anwendung militärischer Gewalt ist, vereinfacht gesagt, nur noch unter außergewöhnlichen politischen Verhältnissen denkbar und wäre auch dann nur als menschliche Kurzschlußhandlung, die allerdings niemals ausgeschlossen werden darf, anzusehen.

Ganz anders ist es bei den Gefahren des täglichen Lebens. Die Zahl der Toten und Verletzten im Straßenverkehr, die Unfälle am Arbeitsplatz und im Haus-

halt sprechen eine Sprache, die für jedermann unmißverständlich ist. Auch bei aller Hektik, Oberflächlichkeit und unverständlichem Leichtsinne ist der Gegenwartsmensch immer mehr bereit, etwas für seine eigene Sicherheit zu tun, und die Erkenntnis, daß zum Helfen — und Rettenwollen auch Kenntnisse und Fähigkeiten gehören, ist heute keine Seltenheit mehr.

Wer sich bemüht, dem Bürger die Teilnahme an einer Selbstschutzausbildung nahelegen, würde demnach einen schwerwiegenden psychologischen Fehler machen, wenn er den Selbstschutz des Alltags ausschließt oder gar behauptet, er wäre nur eine Begleiterscheinung des Selbstschutzes im Verteidigungsfall.





# Neue Preßluftatmer von Dräger für die Feuerwehr

## Leichtes Atmen bei schwersten Einsätzen.

Gasschutzspezialisten von DRÄGER entwickelten neue Einflaschen-Preßluftatmer in Kombination mit der neuen Atemschutzmaske »Panorama Nova« und dem DRÄGER Lungenautomaten. Das neue PA-System ist besonders leicht. Seine 14 kg sind wenig spürbar. Es hat einen körpergerechten Sitz. Die 6-Liter-Preßluftflasche liefert 1800 Liter Luft. Das ist mehr als bei bisherigen PA-Systemen. Und das bei geringeren Abmessun-

gen und weniger Gewicht. Die DRÄGER Preßluftatmer PA 54 I/1800 und PA 54 II/1800 sind als Atemschutzgeräte für die Brandbekämpfung bei den Feuerwehren anerkannt. Die Hochdruckteile und -anschlüsse für den Fülldruck von 300 kp/cm<sup>2</sup> sind entsprechend der Druckgasverordnung bauartgeprüft. Das System ist robust. Es hält extremen Belastungen stand. Worauf Sie sich verlassen können. Jederzeit.



**DRÄGERWERK AG  
LÜBECK**



# Das Ziel ist noch nicht erreicht

Deutscher Städtetag legt Negativkatalog zur zivilen Verteidigung vor

Die im Deutschen Städtetag zusammengeschlossenen Gemeinden haben sich kritisch zur derzeitigen Situation der zivilen Verteidigung geäußert. Sie wollen die Entwicklung nicht länger unwidersprochen hinnehmen und fühlen sich verpflichtet, Bundestag und Bundesregierung, Landtage und Länderregierungen mit aller Dringlichkeit auf die unzufriedene Situation in vielen Bereichen der zivilen Verteidigung hinzuweisen. In einem „Negativkatalog der zivilen Verteidigung“ haben sie festgestellt, daß aus kommunaler Sicht der zivile Schutz des Bürgers eindeutig vernachlässigt worden ist, und sie erwarten eine unverzügliche Beseitigung der in diesem Negativkatalog dargestellten Mängel. Nachstehend veröffentlichen wir den vollen Wortlaut dieses Berichtes:



Die Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutzorganisationen wird häufig dadurch erschwert, daß diese nach unterschiedlichen eigenen Satzungen organisiert sind und arbeiten.

## Negativkatalog der zivilen Verteidigung

### Präambel

Die im Deutschen Städtetag zusammengeschlossenen Gemeinden, in denen 23,4 Mio. der Bevölkerung leben,

● beobachten seit Jahren mit großer Sorge die Entwicklung der zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik.

Die Bundesregierung hat in dem Bericht vom Februar 1969 über das Konzept der zivilen Verteidigung (Bundestagsdrucksache V/3683) u. a. ausgeführt:

„Die zivile Verteidigung darf neben der militärischen Verteidigung nicht vernachlässigt werden. Ohne zivile Verteidigung ist eine erfolgreiche Gesamtverteidigung nicht möglich.“

● sie halten diese grundsätzliche Aussage nach wie vor für gültig. Eine gut funktionierende Zivilverteidigung ist ein Wesenselement der Sicherheits- und Entspannungspolitik unseres Staates.

● sie sind bereit, die Zivilschutzkonzeption des Bundes zu unterstützen, soweit sie geeignet ist, den Schutz und die Sicherheit der den Städten anvertrauten Bürger zu gewährleisten und die Überlebenschance zu erhöhen.

● sie stellen jedoch fest, daß in der Realität der Gesamtverteidigung der zivile Schutz des Bürgers eindeutig vernachlässigt worden ist.

● sie können die Entwicklung nicht weiter unwidersprochen hinnehmen und fühlen sich verpflichtet, Bundestag und Bundesregierung, Landtage und Länderregierungen mit aller Dringlichkeit auf die unzureichende Situation in vielen Bereichen der zivilen Verteidigung hinzuweisen.

● sie erwarten eine unverzügliche Beseitigung der im nachstehenden Negativkatalog dargestellten Mängel. Wichtigste Voraussetzung ist, daß der Bund erheblich mehr Haushaltsmittel für Zwecke der zivilen Verteidigung zur Verfügung stellt. Insbesondere ist es unumgänglich, daß die kommunale Ebene für die von ihr durchzuführenden Aufgaben für den Schutz und die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet wird.

### I. Situation des Katastrophenschutzes

A. Sinn und Zweck des im Jahre 1968 verabschiedeten Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes

(BGBl. I S. 776) ist es, die organisatorischen Voraussetzungen für eine Verstärkung und Erweiterung des Katastrophenschutzes zu schaffen.

Dieses Ziel ist bisher nicht erreicht worden, denn

1. seit Verabschiedung des Gesetzes sind 4 Jahre vergangen, ohne daß in der Praxis Entscheidendes geschehen ist;
2. die Aufstellung, Ausbildung und Ausstattung des Katastrophenschutzes ist wegen mangelhafter Ausrüstung noch immer nicht sichergestellt;
3. die inzwischen verabschiedeten Vorschriften zur Durchführung des Katastrophenschutzgesetzes sind weitgehend ohne Rücksicht auf ihre Praktikabilität entwickelt worden, Vorschläge und Anregungen der Städte anlässlich der Beratungen dieser Vorschriften haben kaum Eingang in die Konzeption gefunden;
4. die komplizierten Durchführungsbestimmungen überfordern die freiwilligen Organisationen; die sachgerechte Anwendung der Vorschriften ist daher nicht sichergestellt.
5. die Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutzorganisationen wird häufig dadurch erschwert, daß diese nach unterschiedlichen eigenen Satzungen organisiert sind und arbeiten. Eine Koordinierung der unterschiedlichen Auffassungen würde die Durchführung der Aufgaben des



Hauptverwaltungsbeamten (HVB) nach § 7 KatSG erleichtern; die Bereitschaft der Organisationen, im K-Schutz mitzuarbeiten, ist örtlich sehr unterschiedlich. Häufig hindern Verbands-

Katastrophenschutzdienste wird durch die Differenzierung in Friedensteil, Ergänzungsteil und Verstärkungsteil nicht erreicht. Sie führt bei den Hilfsorganisationen und erst recht bei

3. die Ausbildung der gem. § 8 Abs. 2 KatSG vom Wehrdienst freigestellten Helfer ist bisher noch nicht zufriedenstellend geregelt;  
4. Musterausbildungspläne für alle



**Die Festlegung der Stärke und Gliederung der Fachdienste durch den Bund berücksichtigt nicht die Gefahrenlage und das Schutzbedürfnis der Städte im Katastrophen- und Verteidigungsfall.**



**Die von den Städten aufgestellten Regieeinheiten werden in ihrer Bedeutung und in ihrem Einsatzwert durch Konzeptänderungen des Bundes nicht gewürdigt. Sie sind wesentliche Bestandteile im örtlichen Katastrophenschutz.**

und Gruppeninteressen, unterschiedliche Ausbildungsvorschriften und die ungleiche Ausgangsgrundlage eine fruchtbare Zusammenarbeit;

6. die Festlegung der Stärke und Gliederung der Fachdienste durch den Bund berücksichtigt nicht die Gefahrenlage und das Schutzbedürfnis der Städte im Katastrophen- und Verteidigungsfall;

7. die von den Städten aufgestellten Regieeinheiten werden in ihrer Bedeutung und ihrem Einsatzwert durch Konzeptänderungen des Bundes nicht gewürdigt. Sie sind wesentliche Bestandteile im örtlichen Katastrophenschutz. Ihre Erhaltung und ihr weiterer Aufbau müssen voll auf Kosten des Bundes sichergestellt werden;

8. die verwirrenden Vorschriften in bezug auf den Friedensteil, den Ergänzungsteil und Verstärkungsteil des Katastrophenschutzes und in bezug auf die 4teilige Kostenträgerschaft — Verbände, Gemeinden, Länder, Bund — setzen den Hauptverwaltungsbeamten außerstande, die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben des Katastrophenschutzgesetzes zu erfüllen;

9. die vom Gesetz angestrebte organisatorische Vereinheitlichung der

den Helfern berechtigterweise zu weitgehendem Unverständnis.

B. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen eines wirksamen Katastrophenschutzes ist die Mitarbeit der freiwilligen Helfer. Deren Hilfsbereitschaft und Einsatzwille können nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Bereitschaft zur Mitwirkung in allen Katastrophenschutzdiensten bedarf auch in Zukunft der Förderung und Unterstützung durch Bund, Länder und Gemeinden.

Der Helfer darf durch seine freiwillige humanitäre Hilfeleistung finanziell nicht belastet werden. Diese Grundsätze sind nach Ansicht der Städte in den neuen Verwaltungsvorschriften nicht in vollem Umfange beachtet, denn

1. künftig sollen erbrachte Mehraufwendungen in bestimmten Funktionsbereichen nicht mehr angemessen entschädigt werden. Es besteht die Gefahr, daß die mit erheblichen öffentlichen Mitteln für ihre besonderen Funktionen und Verwendungen ausgebildeten Helfer ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im K-Schutz aufkündigen;
2. die für den Katastrophenschutz unentbehrlichen Helfer, insbesondere aus technischen Berufen, stehen nach der bisher getroffenen Vereinbarung zwischen dem Bundesverteidigungsminister und dem Bundesinnenminister nicht zur Verfügung;

Helferkategorien und Fachdienste fehlen;

C. Nach dem bisherigen Recht trägt der Bund die gesamten Kosten für die Ausbildung und Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes. Künftig will der Bund diese Zahlungsverpflichtung einschränken, indem er nur noch die Kosten zu übernehmen bereit ist, die für die besondere Ausbildung (Ergänzungsausbildung und Vollausbildung der Einheiten des Verstärkungsteils) und zusätzliche Ausstattung des Katastrophenschutzes vorgesehen sind. Dadurch werden für die Städte Mehrkosten entstehen, die im Hinblick auf die prekäre Finanzsituation nicht getragen werden können.

Die Folge wird sein, daß

1. die Ergänzungs- und Vollausbildung bei allen Einheiten des Verstärkungsteils eingeschränkt werden muß;
2. die Ausbildung bei den Brandschutz-, Sanitäts- und Regieeinheiten nicht mehr im bisherigen Umfang gewährleistet ist;
3. der bisherige Ausbildungsstand nicht mehr gehalten werden kann;
4. für die ordnungsgemäße Durchführung der Ausbildung noch mehr als bisher Ausbildungsräume und Unterkünfte fehlen werden.

D. Der Bund ist verpflichtet, die zusätzliche Ausrüstung gem. § 5 KatSG zur Verfügung zu stellen.





Eine der Voraussetzungen eines wirksamen Katastrophenschutzes ist die Mitarbeit der freiwilligen Helfer. Deren Hilfsbereitschaft und Einsatzwille können nicht hoch genug veranschlagt werden.

Diese selbsteingegangene Verpflichtung, für eine ausreichende Ausstattung zu sorgen, hat der Bund bisher nicht erfüllt, denn

1. der Bund geht unzutreffend davon aus, daß die von ihm in den Katastrophenschutz einzuordnenden LSHD-Einheiten ausreichend ausgestattet worden sind. Diese unzureichende Leistung des Bundes wird von den Städten nicht als erste Stufe der Verstärkung anerkannt; der Verstärkungsteil muß vom Bund unabhängig vom Friedensteil erbracht werden;
2. das vom Bund in diesem Zusammenhang den Städten seit 1959 zugeteilte Material, wie Kraftfahrzeuge und Gerät, ist inzwischen technisch überaltert und zum größten Teil nicht mehr einsatzfähig. Aus den Berichten der Städte wird deutlich, daß mehr als 50 % der Zivilschutzfahrzeuge älter als 10 Jahre sind. Wesentliche Teile des Gerätes und des Kraftfahrzeugbestandes müssen ausgesondert und vom Bund ersetzt werden. Fahrzeuge und Spezialgeräte entsprechen nicht mehr den neuzeitlichen Erfordernissen, Erkenntnissen und Entwicklungen;
3. das erforderliche kurzfristige Beschaffungsprogramm des Bundes und seine Finanzierung ist bis heute nicht erkennbar;



Die für den Katastrophenschutz unentbehrlichen Helfer, insbesondere aus technischen Berufen, stehen nach der bisherigen Vereinbarung zwischen dem Bundesverteidigungsminister und dem Bundesinnenminister nicht bereit.

4. die beabsichtigte weitergehende Verlagerung der Wartungs- und Pflegearbeiten für die zusätzliche Bekleidungs- und Geräteausstattung auf die Hilfsorganisationen wird die freiwilligen Helfer überfordern und nicht zu den erwarteten Ersparnissen des Bundes führen. An der bestehenden Regelung sollte festgehalten werden;
5. neben den Zentralwerkstätten auf Landesebene kann zu Lasten des Bundes auf Instandsetzungseinrichtungen und Werkstätten in den Städten zur Materialerhaltung aus taktischen und wirtschaftlichen Gründen nicht verzichtet werden. Es fehlen örtliche Versorgungszentren, da sich der Versorgungsfachdienst künftig nur noch auf Trupps und Gruppen aufbaut und in den taktischen Einheiten die V-Züge wegfällen;
6. für das Alarmierungssystem aller K-Einheiten fehlt eine der technischen Entwicklung angepaßte bundeseinheitliche Regelung.

## II. Situation im Schutzraumbau

Die Städte sind mit dem Bund der Ansicht, daß der Bau von Schutzräumen für die Bevölkerung eine der wichtigsten Aufgaben der zivilen Verteidigung ist. Die bisherigen Programme des Bundes sind nicht verwirklicht worden, denn

1. die Erfahrungen und Erhebungen

- der Städte haben ergeben, daß ein Schutzraumbauprogramm auf freiwilliger Basis nicht durchführbar ist. Auf eine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung von Schutzbauten für den Grundschutz im öffentlich geförderten Wohnungsbau und bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand bei Übernahme der Kosten durch den Bund kann nicht verzichtet werden;
2. die zivilschutztaktisch noch instandsetzungsfähigen Schutzbauwerke befinden sich mehr als 25 Jahre nach dem 2. Weltkrieg noch immer in einem unbrauchbaren Zustand. Ein realisierbares Programm des Bundes zur Instandsetzung vorhandener Schutzbauwerke ist unbedingt erforderlich;
3. die instandgesetzten Schutzbauwerke müssen für einen längeren Aufenthalt der Schutzsuchenden geeignet sein; die bloße Nutzbarmachung für kurzen Aufenthalt reicht nicht aus;
4. die geltenden Verfahrensvorschriften für die Instandsetzung öffentlicher Schutzräume sind zu umständlich, nach den Beobachtungen beträgt die Zeit von der Planung bis zur Übergabe mehrere Jahre. Neue technische Erkenntnisse werden bei langer Instandsetzungsdauer nicht berücksichtigt;
5. seit Jahren fehlen Richtlinien für die Wartung und Unterhaltung der instandgesetzten Bunker und ihrer komplizierten technischen Anlagen. Die Städte erwarten eine Kostenübernahme des



Bundes analog der Regelung für die Wartung der LS-Sirenen;  
 6. die Abgabe von Übernahmeerklärungen vor Instandsetzung von Schutzbauwerken durch den Bund lehnen die Städte ab;  
 7. der Verfahrensweg für die ZS-Maßnahmen bei Mehrzweckbauten ist zu lang und verzögert unnötig die Durchführung der Baumaßnahme als solche;  
 8. es fehlt eine Regelung für die Ausbildung, Kostenübernahme und UK-Stellung des notwendigen Bunkerpersonals durch den Bund.

### III. Situation im Selbstschutz

Die Städte gehen mit dem Bund einig in der Auffassung, daß ohne eine aktive Beteiligung des Bürgers die vielfältigen Aufgaben der zivilen Verteidigung nicht bewältigt werden können. Es muß aber gleichzeitig aus der Erfahrung der Vergangenheit festgestellt werden, daß in der heutigen Zeit beim Bürger wenig Interesse für eine freiwillige Mitarbeit in diesem Aufgabenbereich vorhanden ist.

Der nach § 10 KatSG gegebene Auftrag ist so lange nicht sachgerecht zu erfüllen, bis

1. der Bund durch breit angelegte Aufklärungsaktionen die Bemühungen der Städte nachhaltig unterstützt;
2. die Ausbildung des Bürgers durch eine ausreichende Zahl qualifizierter Lehrkräfte und eine gute Ausstattung der Unterrichtsstätten durch den Bund überzeugender gemacht wird.

### IV. Kosten

Die Ausführungen machen deutlich, daß die Finanzausstattung der Städte auf dem Gebiete des Zivilschutzes und die Regelung über die Kostenersatzung für bestimmte Aufgabenbereiche unzureichend sind. Die Städte müssen deshalb mit Nachdruck die Forderung erheben, daß erheblich höhere Haushaltsmittel des Bundes zugeteilt werden.

Die Städte müssen befürchten, daß durch die ab 1. 1. 1973 beabsichtigte neue Kostenregelung, nach der den Gemeinden Jahrespauschalen zugewiesen werden sollen, noch nicht einmal die bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der Ausbildung, der Übungen, Wartung und Pflege von Gerät, Fahrzeugen und Ausrüstung fortgesetzt werden können. Der Bund wird dringend davor gewarnt, den jetzt erreichten Stand der zivilen Verteidigung durch eine unzureichende Mittelzuteilung insgesamt zu gefährden. Der insgesamt in Erwägung

gezogene Betrag von 23 Mio. DM für die Aufteilung der Jahrespauschalen wird nach Auffassung der Städte nicht einmal die Verteuerungen umfassen, erst recht nicht einen Fortschritt im Aufbau des Zivilschutzes möglich machen.

Mit Recht hat der Bundestag in seiner Entschließung am 19. 1. 1972 festgestellt, daß das Verhältnis in den Ausgaben der militärischen und zivilen Verteidigung zugunsten der zivilen Verteidigung wesentlich verbessert werden muß. Auch aus der Sicht der Städte wird das Bestreben der Bundesregierung begrüßt, auf längere Sicht eine Relation von 1:20 anzustreben. Das derzeitige Verhältnis von 1:45,6 ist untragbar. Die Städte erwarten mit dem Bundestag, daß die Mittel für die zivile Verteidigung „in einem angemessenen Umfang an die der militärischen Verteidigung angenähert werden“, um damit verstärkte Bemühungen um weitere Verbesserungen in Bereichen des erweiterten Katastrophenschutzes sicherzustellen. Die deutschen Städte erwarten, daß entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages bereits im Bundeshaushalt 1973 erheblich höhere Ansätze für den Bereich der zivilen Verteidigung gebildet und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung wesentlich höhere Beträge für die zivile Verteidigung ausgewiesen werden.



**Auf eine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung von Schutzbauten für den Grundschutz im öffentlich geförderten Wohnungsbau und bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand kann nicht verzichtet werden.**

## Bestandsaufnahme aus kommunaler Sicht

Um die Zusammenhänge zu erhellen, befragte die Redaktion des ZS-Magazin Stadtverwaltungsdirektor Albert Butz, Mitglied des Beirats für Zivilschutz im Deutschen Städtetag und Leiter des Zivilschutzamtes der Stadt Köln.

#### ZS-Magazin:

Was wollen Sie mit der Vorlage des Negativkataloges bewirken?

#### Butz:

Der Bericht heißt deshalb Negativkatalog, weil er auf eine Reihe von Mängeln und Unzulänglichkeiten hinweist, die die Mitarbeit der Städte erschweren. Er bezweckt, den Verantwortlichen aufzuzeigen, in welchen Bereichen durch eine entsprechende politische Willensbildung Abhilfe geschaffen werden soll. Die deutschen Städte fühlen sich hierzu verpflichtet und berufen, weil

sowohl Notstandslagen im Frieden als auch im Verteidigungsfall gleichermaßen Leben und Gut der Bevölkerung bedrohen und weil die Schutz- und Vorsorgemaßnahmen unmittelbar in und durch die Städte und Gemeinden mitgeplant und mitgetragen werden müssen.

#### ZS-Magazin:

Sehen Sie Möglichkeiten einer integrierten Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden?

#### Butz:

Unbedingt! Die Zivilverteidigung ist eine staatliche Aufgabe, für die der Bund in jeder Beziehung die Verantwortung trägt. Diese Aufgabe erfordert trotzdem eine intensive Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden. Nach Meinung des Beirates für Zivilschutz sind die Voraussetzungen hierzu vom Bund



nicht ausreichend geschaffen worden. Keiner der drei Aufgabenträger ist allein in der Lage, die Aufgabe in seinem Bereich ohne Abstützung bzw. Mitwirkung der auf Zusammenarbeit angewiesenen drei Verwaltungsstufen durchzuführen. Der Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit dürfte in einer aufeinander abgestimmten Mitarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden liegen, ohne die alle Einzelleistungen Flickwerk bleiben. Für Flickwerk aber ist die Verwendung von Steuergeldern nicht zu verantworten. Die integrierte Zusammenarbeit muß auch die zivil-militärische Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen erfassen, denn nur eine funktionierende Zivilverteidigung ist in der Lage, den militärischen Abwehrkampf zu unterstützen.

#### ZS-Magazin:

Bestehen Zusammenhänge zwischen dem Negativkatalog und dem Weißbuch der Zivilverteidigung?

#### Butz:

Ja! Es ist bekannt, daß die Bundesregierung in Kürze ein Weißbuch zur Zivilverteidigung veröffentlichen wird. Das Weißbuch stellt Aufgaben und Probleme aus der Sicht des Bundes dar und entspricht nicht den Vorstellungen der deutschen Städte. Insbesondere lassen die neuen Verwaltungsvorschriften zum Katastrophenschutzgesetz ein Konzept des Bundes erwarten, das zumindest in finanzieller Hinsicht ein Desengagement des Bundes hinsichtlich seiner bisherigen Verpflichtungen und damit zwangsläufig eine Mehrbelastung der Städte und Gemeinden vorsieht. Es besteht ein Interesse daran, den Negativkatalog jetzt zu veröffentlichen, zumal dem Beirat für Zivilschutz ein großes Sorgenpaket der Mitgliedsstädte vorliegt mit umfangreichem Material, das auf Mängel und Unzulänglichkeiten hinweist. Dieses Sorgenpaket ist durch die in Praxis bezogene Tagesarbeit der Städte und Gemeinden entstanden und weist auf die Erschwernisse bei der zukünftigen Mitwirkung in den Bereichen Katastrophenschutz, Schutzbau und Selbstschutz hin. Nach Ansicht vieler Städte wird die Situation im Katastrophenschutz dazu führen, daß der bisherige Aufbauzustand nicht mehr gehalten werden kann.

#### ZS-Magazin:

Wie sieht die Finanzausstattung für Aufgaben der Zivilverteidigung aus?

#### Butz:

Die Finanzausstattung ist in vielen Bereichen unzulänglich. Das Verhält-



Die Ausbildung der gem. § 8 Abs. 2 KatSG vom Wehrdienst freigestellten Helfer ist bisher noch nicht zufriedenstellend geregelt; Musterbildungspläne für alle Helferkategorien und Fachdienste fehlen.



Das vom Bund in diesem Zusammenhang den Städten seit 1959 zugeteilte Material, wie Kraftfahrzeuge und Gerät, ist technisch überaltert und zum größten Teil nicht mehr einsatzfähig.



Aus den Berichten der Städte wird deutlich, daß mehr als 50 Prozent der Zivilschutzfahrzeuge älter als zehn Jahre sind. Wesentliche Teile des Gerätes und des Kraftfahrzeugbestandes müssen ersetzt werden.

nis zur militärischen Verteidigung beträgt zur Zeit 1:45,6 (Militär ca. 22 Mrd., Zivilverteidigung ca. 570 Mio. DM Haushaltsmittel). Das Ziel der Angleichung von 1:20 wird wohl nicht erreicht werden, jedoch muß eine stärkere Annäherung versucht werden. Die Steigerungsrate von nur 10 Mio. DM pro Jahr für die Zivilverteidigung fängt nicht einmal den Verteuerungsindex auf. Wenn die Aussagen der jetzigen Bundesregierung wie auch der Regierung der großen Koalition ernst genommen werden sollen, wonach die zivile Verteidigung ein gleichwertiger, untrennbarer und unverzichtbarer Teil der Gesamtverteidigung ist, dann muß in der Finanzausstattung eine Verhältnismäßigkeit einsetzen, die es ermöglicht,

- Schutzmaßnahmen für die Menschen sowie
- wirksame unmittelbare Unterstützung der militärischen Streitkräfte durch zivile Ergänzungsmittel ausreichend sicherzustellen und
- den einheitlichen Katastrophenschutz für Friedenskatastrophen und Verteidigungsnotlagen auf dem notwendigen Stand zu halten.

#### ZS-Magazin:

Wie sieht die Finanzausstattung der Gemeinden für Zivilschutzaufgaben und für den Katastrophenschutz aus?

#### Butz:

Die Gemeinden haben für Zivilschutzaufgaben keinen Etat, da diese Aufwendungen grundsätzlich durch den Bund zu tragen sind. Für den Friedenseil des Katastrophenschutzes werden Haushaltsmittel der Gemeinden im Hinblick auf die derzeitige Finanznot nur in dem unbedingt notwendigen Umfang bereitgestellt. Die Verwaltungsvorschriften des Bundes zum KatSG lassen erkennen, daß durch die Dreiteilung im Friedens-, Ergänzungs- und Verstärkungsteil eine Mehrbelastung der Städte und Gemeinden entsteht, die von diesen nicht getragen werden können. Die Begründung zu den Vwv-KatS besagt, daß gemeinsame Kostenträger des Katastrophenschutzes Bund und Land sind. Bisher hat der Bund die Zivilschutzdienste allein finanziert. Den friedensmäßigen Katastrophenschutz trugen die Städte und die Hilfsorganisationen. Die Länder gaben unterschiedliche Zuschüsse, z. B. zu Feuerwehrfahrzeugen und Einrichtungen des Notfallrettungsdienstes. Wenn sich der Bund künftig nur durch Ergänzung und Verstärkung des Friedenskatastrophenteils beteiligt, so muß sichergestellt werden, daß die bisherigen Leistungen der Länder für den



Katastrophenschutz erheblich verstärkt werden im Rahmen der vom Bund nach den Stärke- und Ausstattungsnachweisungen für die Fachdienste verlangten Ausstattung. Die Berechnungen der Städte haben ergeben, daß die Kosten des Katastrophenschutzes, die künftig durch Jahresbeträge pauschal abgegolten werden sollen, nicht ausreichend bemessen sind und auch nicht die künftige wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen, so daß einschränkende Maßnahmen für Ausbildung und Ausrüstung zu erwarten sind. Diese Einschränkungen werden u. U. die Erfüllung des Gesetzesauftrages zum Aufbau und Unterhaltung der Katastrophenschutzorganisation in Frage stellen.

#### **ZS-Magazin:**

In welchen Bereichen sind Mängel aufgetreten und wie, glauben Sie, können sie beseitigt werden?

#### **Butz:**

Der Negativkatalog macht eindeutige Aussagen über die Situation des Katastrophenschutzes, insbesondere was die Mitarbeit der freiwilligen Helfer und das Konzept für Ausbildung, Ausrüstung und Unterhaltung der Einheiten und Einrichtungen betrifft; außerdem zur Situation im Schutzraumbau und im Selbstschutz. Hierzu Beispiele:

Mehr als 50 % der Einsatzfahrzeuge sind 9 bis 14 Jahre alt, davon ist ein Teil unbrauchbar und ausgesondert, ohne daß vom Bund Ersatz gestellt worden ist. Die Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutzeinheiten nimmt deshalb nicht zu, sondern ab.

Die Unterhaltungs- und Folgekosten für den öffentlichen Schutzraumbau obliegen den Gemeinden. Von ihnen wird eine Übernahmeerklärung vor Instandsetzung bzw. Neubau öffentlicher Schutzräume verlangt, ohne daß der Umfang der Folgekosten, insbesondere für die Unterhaltung der umfangreichen technischen Anlagen, vom Bund festgelegt worden ist. Unter Zugrundelegung von durchschnittlich 8,— DM und Jahr pro Schutzraumplatz würde eine Stadt mit 50 000 Schutzplätzen ca. 400 000,— DM Unterhalts- und Folgekosten pro Jahr aufzubringen haben. Da es sich um kriegseigentümliche Aufgaben handelt, können diese hohen Kosten nach Ansicht der deutschen Städte nicht auf diese abgewälzt werden.

#### **ZS-Magazin:**

Wie steht die Öffentlichkeit in den Städten und Gemeinden nach Ihrer Auffassung und Erfahrung zu den Aufgaben des Bevölkerungsschutzes?

#### **Butz:**

Katastrophenschutz bedeutet Gefahrenabwehr gegen Schadensereignisse im Frieden. Zivilschutzmaßnahmen sind Vorsorgemaßnahmen für Notstandszeiten, den Verteidigungsfall eingeschlossen. Notstandsmaßnahmen gehören zur Daseinsvorsorge eines jeden Rechtsstaates. Diese Maßnahmen müssen von den politisch Verantwortlichen, die auch die Notstandsgesetze im Rahmen des Grundgesetzes veranlaßt haben, vor der Öffentlichkeit verantwortet und vertreten werden. Das geschieht nach Ansicht des Beirates für Zivilschutz nicht deutlich und ausreichend genug. Der Bundesverband für den Selbstschutz, der nach den Bestimmungen des Katastrophenschutzes beauftragt ist, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, insbesondere die Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten zu unterrichten und den Bürger über die Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes aufzuklären, ist überfordert, wenn er dies ohne die Unterstützung der politisch Verantwortlichen wirksam durchführen soll. Hier fehlen flankierende Maßnahmen und eindeutige politische Aussagen des Staates in dem Umfange, der notwendig ist, den Schutz- und Behauptungswillen der Bevölkerung gegenüber möglichen Notstandslagen zu aktivieren.

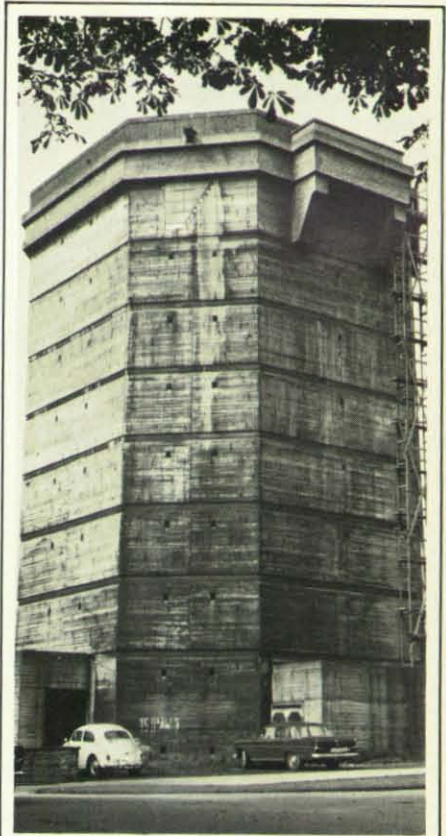
#### **ZS-Magazin:**

Haben Sie Vorstellungen, wie aufgrund dieser Bestandsaufnahme in Zukunft Verbesserungen der Situation erzielt werden können?

#### **Butz:**

Der Negativkatalog drückt insgesamt die Sorge des Deutschen Städtetages aus, daß die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung unzureichend und in einigen Bereichen nicht durchführbar sind. Die Städte sind gewillt mitzuarbeiten, wenn sie in organisatorischer und finanzieller Hinsicht von Bund und Ländern in die Lage versetzt werden, ihrer mitwirkenden Verpflichtung nachzukommen. Dazu gehört auch, daß die Verwaltungsvorschriften, insbesondere zum KatSG, die Mitwirkung der Hilfsorganisationen und der freiwilligen Helfer unterstützen und nicht erschweren.

Auf der Grundlage der Bestandsanalyse des Negativkatalogs sollten gemeinsame realisierbare Zielvorstellungen entwickelt werden, die auch das Problem der finanziellen Möglichkeiten und der politischen Durchsetzbarkeit ausreichender Notstandsvorsorge behandeln. Die Verwirklichung der Zielvorstellungen könnte



**Die zivilschutztaktisch noch instandsetzungsfähigen Schutzbauwerke befinden sich mehr als 25 Jahre nach dem 2. Weltkrieg noch immer in einem unbrauchbaren Zustand. Ein Programm ist erforderlich.**

in Stufenplänen erfolgen bei Würdigung und Anrechnung der bisherigen Leistungen der Städte und Gemeinden in den verschiedenen Bereichen der zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes.

## **Positive Entwicklung nicht übersehen**

Der „Negativkatalog“ vor dem Bundestag

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 26. April wurde die Bundesregierung von den Bundestagsabgeordneten Dr. Schneider (Nürnberg) und Müller (Mülheim) um eine Stellungnahme zu dem „Negativ-



katalog“ gebeten. Hier der Wortlaut der Fragen und Antworten:

**Dr. Schneider (CDU/CSU):**

Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Deutschen Städtetag vorgelegten „Negativkatalog der zivilen Verteidigung“ vom 27. März 1972, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

**Dorn, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:**

Herr Kollege Schneider, die Bundesregierung betrachtet die zivile Verteidigung als unverzichtbaren Bestandteil der Gesamtverteidigung. Sie wird sich deshalb dafür einsetzen, daß die Haushaltsmittel hierfür weiter verstärkt und in angemessenem Umfang an die Ausgaben der militärischen Verteidigung herangeführt werden. In dem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß der Haushalt der zivilen Verteidigung im Jahre 1969 seinen tiefsten Stand erreicht hatte. Inzwischen ist es gelungen, diese negative Entwicklung aufzufangen. Ich empfinde es als sehr ermutigend, daß der Deutsche Bundestag in der Entschließung vom 19. Januar 1972 dieses Bestreben der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt.

Der vom Deutschen Städtetag veröffentlichte „Negativkatalog“ befaßt sich mit zahlreichen Einzelproblemen des Zivilschutzes. Es würde den Rahmen der Fragestunde sprengen, wenn ich hier auf alle angeschnittenen Fragen einginge. Ich darf Sie aber darauf hinweisen, Herr Kollege Schneider, daß in den nächsten Tagen von der Bundesregierung das Weißbuch zur zivilen Verteidigung vorgelegt wird. Darin werden Gesamtkonzeption, Aufgaben und Probleme — auch die noch nicht gelösten Probleme — der zivilen Verteidigung ausführlich behandelt.

**Dr. Schneider:**

Herr Staatssekretär, wird aus dem Weißbuch zur zivilen Verteidigung hervorgehen, in welchem Umfange die Bundesregierung bereit ist, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung die unzureichende Finanzausstattung der Städte auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung künftig entscheidend zu verbessern?

**Dorn:**

Das wird aus dem Weißbuch so klar in Zahlen nicht hervorgehen können. Diese Fragen werden vielmehr im Rahmen des Einzelplans 36, den wir in den nächsten Tagen zu beraten haben, durch dieses Haus entschieden. Auch die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung kann nur durch die

Bei der **BVS-DIENSTSTELLE STUTTGART** ist ab sofort die Stelle eines

## FACHBEARBEITERS

neu zu besetzen.

### Anforderungen:

Möglichst langjährige Mitarbeit im BVS oder in anderen Zivilschutzorganisationen;

Bewerber mit einer abgeschlossenen Fachausbildung im Zivilschutz und Kenntnissen auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung werden bevorzugt.

### Geboten wird:

Vergütung nach Verg.-Gr. Vb BAT; zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe bei Krankheit und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen; bei getrennter Haushaltsführung Trennungsgeld und Sonderurlaub für Familienheimfahrten.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften über Ausbildung und bisherige Tätigkeiten sowie Nachweis besonderer Fachkenntnisse werden erbeten bis zum 31. Juli 1972 an:

**BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ — Bundeshauptstelle — 5 Köln 41, Eupener Straße 74.**

Beim **BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ**, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, sind folgende Planstellen der Bes.-Gr. A 9/10 — Verwaltungsinspektor/-oberinspektor — neu zu besetzen:

### a) Sachbearbeiter

im Haushaltsreferat der BVS-Bundeshauptstelle in Köln am 1. 6. 1972,

### b) Sachbearbeiter

(Haushaltsangelegenheiten) bei der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz in Mainz am 1. 12. 1972,

### c) Sachgebietsleiter I 2

(Personalangelegenheiten) bei der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen in Recklinghausen ab sofort,

### d) Sachgebietsleiter I 2/3

(Personal- und Haushaltsangelegenheiten) bei der BVS-Landesstelle Hamburg in Hamburg ab sofort.

### Anforderungen:

Befähigung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der allgemeinen und inneren Verwaltung, gute Kenntnisse und möglichst Erfahrungen auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens bzw. in der Personalverwaltung.

Trennungsgeld und Umzugskosten werden nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild sowie beglaubigten Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweisen sind bis zum 30. Juni 1972 zu richten an den

**BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ — Bundeshauptstelle — 5 Köln 41, Eupener Straße 74**



Beim **BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ**, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, sind folgende Stellen neu zu besetzen:

### a) Fachgebietsleiter II 2

(Ausbildung) bei der BVS-Landesstelle Hamburg in Hamburg — Verg.-Gr. IVa BAT — ab sofort,

### b) Fachgebietsleiter II 4

(Öffentlichkeitsarbeit) bei der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen in Recklinghausen — Verg.-Gr. IVa BAT — ab 1. 1. 1973,

### c) Leiter

der BVS-Dienststelle Mainz — Verg.-Gr. IVa — ab demnächst,

### d) Leiter

der BVS-Dienststelle Siegen — Verg.-Gr. IVb — ab 1. 10. 1972,

### e) Leiter

einer Fahrbaren Schule bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Hannover — Verg.-Gr. IVb BAT — ab 1. 10. 1972.

#### Anforderungen:

Möglichst langjährige Mitarbeit im BVS oder in anderen Zivilschutzorganisationen;

Bewerber mit einer abgeschlossenen Fachausbildung im Zivilschutz und Kenntnissen auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung werden bevorzugt.

#### Geboten werden:

Zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe bei Krankheit und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen; bei getrennter Haushaltsführung Trennungsgeld und Sonderurlaub für Familienheimfahrten.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften über Ausbildung und bisherige Tätigkeiten sowie Nachweis besonderer Fachkenntnisse werden erbeten bis zum 30. Juni 1972 an:

**BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ — Bundeshauptstelle — 5 Köln 41, Eupener Straße 74**

Haushaltsentscheidung dieses Hohen Hauses geregelt werden.

#### Dr. Schneider:

Herr Staatssekretär, geht aus dem Weißbuch hervor, welche Möglichkeiten die Bundesregierung sieht, einen der wichtigsten Programmpunkte der zivilen Verteidigung, nämlich den Bau von Schutzräumen für die Bevölkerung, zu verwirklichen?

#### Dorn:

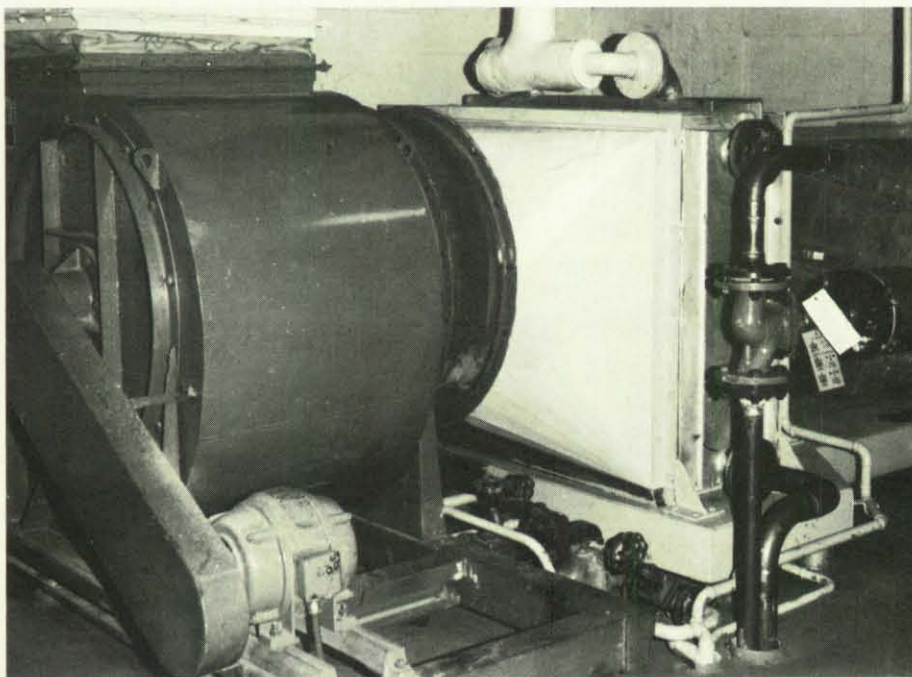
Das wird auch aus dem Weißbuch hervorgehen. Aber, Herr Kollege Schneider, das ging auch ausführlich aus dem Bericht der Bundesregierung, der im Februar 1971 dem Deutschen Bundestag zugeleitet wurde, und aus dem Bericht hervor, den die Bundesregierung 1970 dem Deutschen Bundestag zugeleitet hat. Die Zahlen, die sich ergeben haben, und auch die Entscheidungen der Bundesregierung — erhebliche Erleichterung der Beantragung und Bezuschussung dieser Positionen — werden im Weißbuch noch einmal dargestellt.

#### Müller (Mülheim) (SPD):

Herr Staatssekretär, teilen Sie meine Auffassung, daß infolge eines Negativkatalogs, wie er hier vorgelegt wird, möglicherweise übersehen wird — auch in der Öffentlichkeit —, daß es durchaus auch einen Positivkatalog geben könnte, in dem beispielsweise stehen könnte und stehen sollte, daß diese Bundesregierung dafür gesorgt hat und darum bemüht ist, daß insbesondere durch die Zusammenfassung und sinnvollere Verwendung der Mittel Katastrophenschutzzentren angesteuert werden und daß hierfür nach Möglichkeit auch der Deutsche Städtetag eintreten sollte, damit diese positive Entwicklung gefördert und öffentlich dargetan wird, daß hier etwas Sinnvolles geschieht?

#### Dorn:

Herr Kollege Müller, ich bin in der Sache völlig Ihrer Meinung. In diesem Jahre werden über 500 Millionen DM allein für die Zwecke des Einzelplans 36 zur Verfügung gestellt. Diese Mittel können entscheidend dazu beitragen, den Positivkatalog und die Ergebnisse eines positiven Kataloges auch in den nächsten Jahren noch erheblich zu verstärken. Die Schwierigkeit lag doch darin, daß nach den Planungen von 1965/66 im Endergebnis ein radikaler Abschwung der Mittel in den Haushaltsplänen erfolgt ist. Sie selbst, der Sie sich seit vielen Jahren hier engagiert haben, wissen, wie schwierig es gewesen ist, diesen Abschwung wieder aufzufangen und in einen positiven Trend umzuwandeln.



Seit Jahren fehlen Richtlinien für die Wartung und Unterhaltung der instandgesetzten Bunker und ihrer komplizierten technischen Anlagen. Die Städte erwarten eine Kostenübernahme des Bundes für die Wartung der LS-Sirenen.



Peter Schwerdtfeger

# Jugendlager für 17 Nationen

Technisches Hilfswerk  
im Olympia-Einsatz

Etwas abseits vom großen, allmählich gigantische Formen annehmenden olympischen Geschehen ist inzwischen in München — auf dem Gelände der Bundeswehr am Hasenberg — der erste Spatenstich für ein internationales Jugendlager für jugendliche Gäste auf 17 Nationen geleistet worden. Es wird von der Deutschen Gesellschaft für internationalen Jugendaustausch unterhalten.

Die Gesellschaft wird dabei vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz unterstützt. Planung, Bauausführung und der Betrieb der technischen Einrichtungen sowie der Küchenanlagen werden vom Landesverband Bayern

des Technischen Hilfswerks vorgenommen.

Der Aufbau des Zeltlagers entspricht den fünf olympischen Ringen und bietet etwa 2500 jugendlichen Platz.

Nach den Worten des Vizepräsidenten der DGIJ, Werner Buchstaller, MdB, soll dieses Lager nicht nur eine Herberge, sondern auch eine Stätte der Begegnung, des Sickenlernens und

Verstehens sein. Alle, die an dem Gelingen dieses Vorhabens mitwirken und sich, so wie die Männer des THW, freiwillig im Rahmen ihres Hilfsdienstes zur Verfügung gestellt haben, tragen zur Völkerverständigung bei und dienen somit dem Frieden in der Welt.

Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz erwiderte die Grüße im Namen des Präsidenten des Bundes-

amtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb. Er versicherte, daß die Männer des THW mit Begeisterung an diese Aufgabe herangehen, um ihren Beitrag zum Gelingen der Olympischen Spiele zu leisten.

In rund 15 000 freiwilligen Arbeitsstunden an Wochenenden werden bis zu je 150 Helfer das Zeltlager bauen — mit allen für den Betrieb notwendigen Einrichtungen. Für den Betrieb des Lagers während der Spiele sind rund 80 Helfer notwendig. An dem Aufbau einer im Olympiagelände zu gestaltenden „Spielstraße“ wirkt das THW ebenfalls



Spatenstich für das Jugendlager. Links: THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz; neben ihm Vizepräsident Buchstaller von der Gesellschaft für internationalen Jugendaustausch.



mit „Künstler“- und „Werkstattbuden“ werden aus den bei den THW-Ortsverbänden vorgefertigten Teilen aufgestellt, etwa 50 Podeste für die verschiedensten Darbietungen — auch Tanzveranstaltungen — errichtet und nach Beendigung der Spiele wieder abgerissen. Zur Sicherheit für die Besucher und die Bewohner stehen folgende Planungen: — Verstärkung der Sofort-Einsatzkräfte der Landeshauptstadt München durch drei Einsatzzüge des

Bergungs- und Instandsetzungsdienstes. Für diesen vorsorglichen Katastrophenschutz stehen 200 freiwillige Helfer des THW mit 30 Fahrzeugen in Einsatzbereitschaft zur Rettung von Menschen, Bergung von lebenswichtigen Gütern, Instandsetzung von Versorgungsanlagen, für die Sicherheit im Verkehr: Ergänzung und Unterstützung der Verkehrszüge der Landpolizei im Rahmen der verstärkten Verkehrsüberwachung auf den

Straßen der Region München in fünf Sektoren durch 14 Einsatzgruppen; 350 freiwillige Helfer des Technischen Hilfswerks werden mit 25 Fahrzeugen und zwei Hubschraubern für die Flüssighaltung des Verkehrs im Zusammenwirken mit der Landpolizei sorgen und Bergungsaufgaben durchführen. Der Bundesanstalt THW sind erfreulicherweise eine begrenzte Anzahl von Plätzen für Helfer des THW und deren Angehörige im Alter von 16 bis 27 Jahren zur Verfügung

gestellt worden. Der Preis für einen Aufenthalt von einer Woche mit Halbpension und drei Eintrittskarten für die Olympischen Spiele beträgt 210,— DM. Die Anreise kann mit dem „Olympiazug“ der Deutschen Bundesbahn erfolgen, wobei erhebliche Preisermäßigungen gewährt werden. Teilnahmebedingungen können bei der Bundesanstalt THW im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, 53 Bonn-Bad Godesberg, Deutscherrenstr. 93, angefordert werden.



Original

### Bundeswehr-Parka

mit ausknöpfbarem Teddyfutter,

oliv **DM 139,50**

### Fallschirmspringer-Stiefel

sportlich, bequem, strapazierfähig, fachärztlich empfohlen, ledergefütert, mit durchgehender Hartgummisohle, aus geprägtem Profil, genäht und verschraubt

**DM 80,—**

incl. 2 P. Schnürsenkel und 1 P. Socken

#### HANDSCHUHE

**DM 85,—**

Wildleder **DM 18,—**

Nappaleder, gefüttert **DM 18,—**

Hosengürtel, Leder **DM 9,—**

### Bundeswehr-Uniform Rock

aus hellgrauem Off.-Tuch (inkl. Effekten), neueste Ausführung **DM 200,00**

Hose, für Heer **DM 59,50**

schlanke Form

Bundeswehr-Schirmmütze **DM 37,00**

Bundeswehr-Schuhe **DM 42,00**

### Bundeswehr-Ausgehmantel

mit verdeckter Knopfleiste  
ausnehmbarem Wollfutter  
Polyester/Schurwolle **DM 179,00**

Original

### Bundeswehr-Hemd

Diolen-Cotton, blau für Heer  
und Luftwaffe  
weiß für Marine

bügelfrei **DM 19,50**

1/2 Arm, taill., blau/weiß **DM 17,50**



Ordensspangen  
Schiffchen **DM 12,00**



Original

### Bundeswehr-Hose

für Heer **DM 59,50**

für Luftwaffe **DM 65,—**

mit 2 Gesäßtaschen, schlanke Form, Fußweite 41/42 cm

**Knobelbecher** **DM 75,—**

(ohne Abbildung) leichte Ausführung. Oberleder: wasserabstoßendes Waterproofleder, mit orig. Sohle vom Springerstiefel

**REITSTIEFEL**

schwarz Rindbox mit Wadenschnalle **DM 75,—**

**Bundeswehr-Krawatte** **DM 7,50**

**Barette**

rot, schwarz, grün **DM 26,—**

Leistungsstarke Versandabteilung — Alle Artikel im Versand und in den Filialen — Telefonanruf oder Postkarte genügt. — Volles Umtausch- und Rückgaberecht. Ab DM 30,— keine Versandkosten. Lieferung geg. Nachnahme. TZ durch Dauerauftrag ab DM 150,—.

## TEXTIL-PICHT, 633 WETZLAR,

Zentrale und Groß-Versand-Abteilung Joh.-Seb.-Bach-Straße 1—2, Telefon (0 64 41) 2 42 90  
Filialen: 3572 Stadt-Allendorf, Niederrheinische Str., Tel. 72 33 3042 Munster, Klappgarten 3, Tel. 30 77



Heinz Voss

# Hilfsbereitschaft war spontan

Erfahrungen aus dem Zugunglück bei Radevormwald

Vom schwersten Unglück der Nachkriegszeit wurde die Deutsche Bundesbahn getroffen, als am 27. Mai vergangenen Jahres ein Güterzug frontal gegen einen Schienenbus, besetzt mit 71 Personen, darunter 63 Schüler, stieß. 41 Kinder und 5 Erwachsene fanden den Tod.

Über die sofort einsetzenden Rettungs- und Bergungsarbeiten stellte Heinz Voss, Katastrophenschutz-Dezernent der Bezirksregierung Düsseldorf, nachstehenden Abschluß- und Erfahrungsbericht zusammen.

D. Red.



Blick auf die Unglücksstelle. Links die Diesellok des Güterzuges, rechts der Schienenbus. Die Lok hat den Triebwagen auf ein Drittel seiner Länge zusammengedrückt.

## I. Ausgangssituation

### 1.1 Unglückssituation

Am 27. 5. 1971 befanden sich in einem Triebwagen-Sonderzug der Bundesbahn die Abschlußklassen der Geschwister-Scholl-Schule von Radevormwald auf der Rückfahrt von einem Ausflug nach Bremen. In diesem Sonderzug reisten 63 vierzehn- bis fünfzehnjährige Schüler mit 5 Lehrern, 1 Begleitperson sowie 2 Bundesbahnbeamten, insgesamt 71 Personen. Der zweigliedrige Triebwagen-Sonderzug durchfuhr gegen 21.00 Uhr, aus Richtung Wuppertal kommend, den Haltepunkt Remblingrade. In entgegengesetzter Richtung fuhr ein planmäßiger Güterzug, gezogen von einer Diesel-Lok, Typ 212, der auf dem Bahnhof Dahlerau wegen des entgegenkommenden Sonderzuges hätte angehalten werden müssen. Der Güterzug fuhr infolge eines „Mißverständnisses“ zwischen Fahrdienstleiter und Lok-Führer durch. Bei dieser Bahnlinie handelt es sich um eine eingeleisige

Strecke mit Ausweichmöglichkeiten für entgegenkommende Züge nur in den Bahnhöfen. Die Bahnlinie folgt in vielen Windungen dem Lauf der Wupper, die ein Tal durchfließt, das zu beiden Seiten steil ansteigt. In Höhe der Unglücksstelle — etwa 1 km nördlich des Bahnhofs Dahlerau — verläuft die Bahnlinie zwischen der Wupper und der L 414, die an einer steilen Böschung etwa 20 m höher liegt und durch eine rund 100 m lange Mauer gestützt wird. Von der Straße aus kann der Bahnkörper nur über den etwa 50° steilen Hang erreicht werden. Gegen 21.10 Uhr erfolgte der Frontalzusammenstoß des Güterzuges mit dem Triebwagen-Sonderzug. Durch den ungebremsen starken Zusammenprall in einer unübersichtlichen Kurve bohrte sich die schwere Diesel-Lok, die

5 beladene Wagen zog, in den Triebwagen und drückte ihn auf  $\frac{1}{3}$  seiner Länge zusammen. Der zweite Wagen wurde stark beschädigt und aus den Gleisen gehoben.

### 1.2 Auswirkungen

Insgesamt 46 Tote (41 Kinder, 5 Erwachsene), 25 zum Teil schwer Verletzte. Der Großteil der Todesopfer befand sich im ersten, völlig zerstörten Wagen.

## 2. Organisation und Ablauf des Einsatzes

### 2.1 Chronologischer Ablauf

Um 21.12 Uhr wird die Polizeiwache Radevormwald durch einen Bürger von dem Eisenbahnunglück in Kenntnis gesetzt. Diese Meldung gibt die Polizeiwache unmittelbar an die Feuerwache weiter, die wiederum

benachrichtigt sofort das Deutsche Rote Kreuz von Radevormwald. Um 21.15 Uhr rückt die Feuerwehr Radevormwald zur Unglücksstelle aus.

Um 21.20 treffen die Krankentransportwagen (KTW) der Feuerwehr an der Unglücksstelle ein. Hier hatten bereits die Bewohner einer 200 m von der Unglücksstelle stehenden Wohnbaracke mit dem Bergen von Toten und Verletzten begonnen. Um 21.22 Uhr erfolgte die Auslösung des K-Alarms mittels Sirenenzeichen, nachdem sich der Hauptbrandmeister und der K-Sachbearbeiter der Stadt Radevormwald an der Unglücksstelle einen Überblick verschafft hatten. Zur gleichen Zeit trafen auch der erste Arzt sowie Helfer des DRK an der Unglücksstelle ein. Der dienstälteste Feuerwehrmann wurde mit



der Leitung des Technischen Einsatzes beauftragt. Die Feuerwache bat sofort die freiwilligen Feuerwehren und die Berufsfeuerwehren der Nachbarschaft um umgehende Entsendung

Rettungs- und Bergungseinsatzes.

## 2.2 Technischer Ablauf

Die Anlage eines Weges am mit Geröll und hohem Unkraut bedeckten Steil-

Das Brenn-Schneidergerät konnte nicht eingesetzt werden, weil Öl der Diesel-Lok ausgelaufen war. An der Unglücksstelle selbst waren teilweise 216 Helfer von DRK-, THW- und KS-

dürfte trotzdem zu empfehlen sein, wobei namentlich auf eine Abstimmung der Alarmpläne zwischen Feuerwehr und Hilfsorganisationen besonderer Wert zu legen ist.

Alle Dienststellen sollten darüber hinaus für ihren Zuständigkeitsbereich eine Überprüfung der Alarmkalender dahingehend vornehmen, ob das Verzeichnis der Hilfsorganisationen mitsamt ihrer Einheiten auf dem neuesten Stand ist. Weiterhin erscheint es sehr zweckmäßig, bei der Aufstellung der Alarmpläne diese nicht nur auf die übergeordnete Ebene auszurichten, sondern daneben auch die Nachbarschaftshilfe über die Kreis- und Bezirksgrenzen hinweg mit einzu beziehen.



Helfer mehrerer Organisationen beteiligten sich an der Bergung der Opfer. Das Bild verdeutlicht die Wucht des Zusammenstoßes.

von Rettungswagen (RTW) und unterrichtete alle Krankenhäuser der Umgebung, sich auf den Antransport Schwerverletzter vorzubereiten.

Der Stadtdirektor, der sich an Ort und Stelle vom Ausmaß des Unglücks überzeugt hatte, richtete in seiner Dienststelle gemäß K-Abwehrplan die Vorläufige Einsatzleitung (VEL) ein, um zunächst Hilfe herbeizuholen und die übergeordneten Stellen zu benachrichtigen, ferner den betroffenen Personenkreis festzustellen und die erforderliche Verwaltungsarbeit anlaufen zu lassen. Um 22.43 Uhr waren alle Verletzten abtransportiert. Um 22.55 Uhr traf der Hilfszug der Deutschen Bundesbahn ein.

Um 22.59 Uhr erfolgte der letzte Leichentransport. Um 23.00 Uhr war Ende des

hang für den Verletzten-transport gestaltete sich äußerst schwierig. Mit 80 cm Abstand wurden zwei Strecktaue als Halt für die Trägertruppe gespannt, die mit Fangleinen von Helfern den Steilhang hinaufgezogen werden mußten. Zur Ausleuchtung der Unglücksstelle wurden 2 Flutlichtscheinwerfer der Feuerwehr am Geländer der Stützmauer befestigt.

Geborgene Personen wurden an der Unglücksstelle vom Arzt untersucht. Die Verletzten wurden versorgt und die Toten zunächst an der Böschung des Steilhanges abgelegt.

Kurz nach Eintreffen der Feuerwehr konnte das Trennschleifgerät für eingeklemmte Verletzte eingesetzt werden. Die Mehrzahl der Toten und Verletzten konnte jedoch ohne Hilfsmittel aus dem Zuge geborgen werden.

Einheiten, in der Mehrzahl jedoch Feuerwehrleute eingesetzt, die neben Rettungs- und Bergungsarbeiten auch Aufräumarbeiten erledigten. Die TE behielt trotz enormer Schwierigkeiten die Leitung in der Hand, ohne dabei besonders nach Zuständigkeiten zu fragen.

## 3. Erfahrungen und Folgerungen

### 3.1 Alarmsystem

Die getroffenen kalendermäßigen Vorbereitungen und die Durchführung der Sofortmaßnahmen waren, unter Berücksichtigung aller Umstände, als sehr zufriedenstellend zu bezeichnen. Die erlassenen Richtlinien haben sich bewährt. Eine Überarbeitung der zu treffenden Maßnahmen auf Grund der zweifelsohne gemachten Erfahrungen

### 3.2 Zur Arbeit der TE

Damit dem Leiter der TE eine umsichtige und reibungslose Leitung ermöglicht werden kann, sind die Führer und Unterführer der Hilfskräfte anzuhalten, die Personalstärken, d. h. die Eintreff- und Ablösungs- sowie die Abrückstärken der TE jeweils mitzuteilen.

Nur so kann erreicht werden, einen Überblick über die am Unfallort eingesetzten Kräfte zu erhalten, ihren Einsatz zu koordinieren und für evtl. Ablösung besorgt zu sein.

### 3.3 Zur Arbeit der VEL

Zwar wurde bei diesem Unglück die weitaus größte Arbeit bei der TE geleistet. Jedoch sollte das Wirken der VEL nicht außer Betracht gelassen werden. Denn sofort nach Bekanntwerden des Unglücks mußte eine ausgedehnte Verwaltungsarbeit anlaufen, angefangen von der Feststellung des betroffenen Personenkreises bis zur Bereitstellung der Särge und der Ausstattung der Turnhalle für die Aufbahrung der Opfer.

Es hat sich gezeigt, daß diese erheblichen Verwaltungsmaßnahmen nicht ohne



die Hilfe von Schreib- und Hilfskräften durchzuführen sind.

Sehr zu empfehlen ist es, in dieser Hinsicht die Alarmkalender zu überprüfen.

### 3.4 Technischer Bereich

#### 3.41 Funkverkehr

Der Funkverkehr war durch die äußerst ungünstige Lage des Unglücksortes sehr erschwert. Die tiefen Geländeeinschnitte bei Radevormwald hätten selbst die modernsten Funkgeräte vor eine nur schwer lösbare Aufgabe gestellt.

Zu empfehlen ist, den Fernmeldezügen zur Auflage zu machen, gerade diese schwierigen Geländeabschnitte kartenmäßig zu erfassen, um von vornherein darauf eingestellt zu sein.

#### 3.42 Fernsprechverkehr

Durch ununterbrochene Anrufe von Angehörigen der Verunglückten, der Presse und des Rundfunks, von Behörden aller Ebenen waren die Fernsprechleitungen äußerst belastet, jedoch den außerordentlichen Anforderungen noch gewachsen. Bei Unglücksfällen dieses Ausmaßes dürfte es wohl stets der Fall sein, daß die zuständigen Dienststellen immer über zuwenig Postleitungen verfügen werden, um alle abgehenden und ankommenden Gespräche reibungslos abwickeln zu können. Diesem Mangel könnte durch zusätzliche Schaltung von Amtsanschlüssen entgegen gewirkt werden.

#### 3.5 Ausleuchten von Unglücksorten

Es hat sich herausgestellt, daß bei Dunkelheit ohne Flutlichtscheinwerfer keine wirksame Hilfeleistung möglich ist.

Die Herbeischaffung von Lichtgiraffen und Rundumleuchten aus den Städten ist zeitraubend.

#### 3.6 Sanitätswesen

Von der Möglichkeit des



Gespensstig wirkte die Unglücksstelle, die mit Scheinwerfern ausgeleuchtet wurde, auf die Helferschaft. Das Vorderteil des Triebwagens war zerfetzt.



Die Unglücksstelle im Morgengrauen. Der Hilfszug der Bundesbahn ist eingetroffen und räumt mit seinem Kran die Trümmer zur Seite.





**Für die Opfer der bisher größten Zugkatastrophe der Bundesbahn wurde auf dem Waldfriedhof der Stadt ein Steinkreuz errichtet.**

Einsatzes von Foliendecken anstelle von Stoffdecken sollte vermehrt Gebrauch gemacht werden. Viele Stoffdecken sind nach Unglücksfällen unbrauchbar geworden; Foliendecken sind hingegen nicht nur gewichtsmäßig leichter, sondern auch im Preis billiger.

Bergetücher haben sich bei dem Unglück als leichter zu handhaben und damit als vorteilhafter als Tragen erwiesen.

Ein Mangel, der sich gerade in der gegebenen Situation äußerst unangenehm bemerkbar machte, war die fehlende Ausstattung der Helfer mit Stiefeln. (Gilt nur für K-San.-Züge.)

### 3.7 Schockwirkung

Bei den Ermittlungen über die genaue Zahl der aus dem Schienenbus geborgenen Personen stellte es sich heraus, daß ein Kind nicht auffindbar war. Deshalb mußte während der ganzen

Nacht die Umgebung der Unglücksstelle einschließlich Wupperufer und Flußlauf abgesucht werden. Die Suche wurde gegen 4.00 Uhr ergebnislos abgebrochen. Erst am nächsten Vormittag wurde der Vermißte, ein leichtverletzter Schüler, in der Umgebung gefunden. Er war unter Schockwirkung fortgelaufen.

### 3.8 Absperrungsmaßnahmen

Als störend und die Hilfsmaßnahmen sehr erschwerend müssen die vielen Schaulustigen mitsamt ihren Fahrzeugen in der näheren und weiteren Umgebung der Unglücksstätte empfunden werden. Das ging soweit, daß z. B. Krankenwagen beim Wenden behindert wurden. Ein besonderes Problem sind die Angehörigen der Verunglückten an der Unglücksstätte. Für die Polizei war es äußerst schwierig, die ungehinderte An- und Abfahrt der Rettungsmannschaften sicherzustellen und für eine

ausreichende Absperrung der Unglücksstelle zu sorgen.

Um ein ungehindertes Arbeiten der Rettungsmannschaften zu erreichen, ist eine weiträumige äußere Absperrung, beginnend bei Kreuzungen und Straßeneinmündungen zum Unglücksort, und eine stärkere innere Absperrung an der Unglücksstelle erforderlich. Das setzt allerdings erhebliche Polizeikräfte voraus.

### 3.9 Zusammenarbeit der Rettungsmannschaften mit der Kriminalpolizei

Zur Aufklärung des Sachverhalts ist es unbedingt erforderlich, daß Tote an Ort und Stelle liegen gelassen werden, bis die kriminalpolizeilichen Ermittlungen abgeschlossen sind. Das setzt voraus, daß die Kriminalpolizei frühzeitig unterrichtet wird und auch schnell eintrifft. Die Arbeiten der Helferschaft und der Kriminalpolizei muß in Zukunft besser aufeinander abgestimmt werden, da sie sich sonst gegenseitig behindern.

### 3.10 Zusammenarbeit mit Presse und Rundfunk

Das Verhalten einiger Reporter am Unglücksort hat Veranlassung zur Kritik gegeben. Grundsätzlich sollten an der Unglücksstelle nur Auskünfte gegeben werden, wenn dadurch die Rettungsarbeiten nicht behindert werden.

### 3.11 Ausbildungsstand

Aus den Rettungs- und Bergungsarbeiten sind die Erkenntnisse zu gewinnen, daß die Ausbildung in allen Fachbereichen nicht intensiv, wirklichkeitsnah und auch hart genug betrieben werden kann, denn ohne eine körperliche und seelische Belastbarkeit wären diese so erfolgreichen Aktionen nicht denkbar gewesen.

## 4. Wertung der Arbeiten

**4.1 Allgemeine Feststellung**  
Unglücksfälle und Katastrophen sind weder vor-

ausschaubar, noch kalkulierbar oder gar beeinflussbar. Unglücksfälle und Katastrophen zwingen den Menschen das „Gesetz des Handelns“ auf. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die Feuerwehr und die Polizei als erste zur Stelle sein werden.

### 4.2 Besondere Wertung

Wenn man bedenkt, daß in 70 Minuten die Rettung und Bergung der Verunglückten als abgeschlossen gelten konnten, so ist diese Leistung aller Achtung und Anerkennung wert.

Festzuhalten bleibt die Tatsache: Die Bereitschaft, zu helfen und unterstützend mitzuwirken, war außerordentlich groß. Ob es sich um die Einwohnerschaft von Radevormwald oder um die verschiedensten Organisationen, Feuerwehren, Krankenhäuser oder um die Behörden aller Ebenen handelte.

4.3 Ohne die erbrachten Leistungen auch nur im geringsten schmälern zu wollen, muß aber folgendes vermerkt bleiben:

Zur Zeit des Unglücks hielt die Freiwillige Feuerwehr von Radevormwald mit Teilen der KS-Feuerwehr des Kreises mit dem K-Sachbearbeiter der Stadt Radevormwald eine Dienstbesprechung ab. Dieser wichtige Personenkreis konnte umgehend benachrichtigt werden. Auch das DRK von Radevormwald hatte gleichzeitig eine Dienstveranstaltung. So waren geschulte Helfer rasch an der Unglücksstelle.

Schließlich war es auch ein Zufall, daß der Zug Radevormwald der Lenkungs- und Sozialbereitschaft des Kreises sich gerade für eine Übungsfahrt bereitstellte und somit bereits um 21.30 Uhr mit 2 Großraum-Krankenwagen zur Unglücksstelle ausrücken konnte.



# DIE NEUE ZEITSCHRIFT

 **MAGAZIN**

**KANN ZUM  
PREIS VON  
2.80 DM  
PRO MONAT  
FREI HAUS  
BEZOGEN  
WERDEN**

**Ihre Bestellung erwartet:**

**Verlag  
P.A.Santz  
599 Altena  
Postfach 137**

## **5. Auslösung des K.-Alarms durch den OKD**

Als gegen 22.10 Uhr durch den Kreis der K-Alarm ausgelöst wurde, war das Bergen der Verletzten und Toten zum größten Teil bereits abgeschlossen. In dieser Zeit wäre bei richtiger Einschätzung und Auswertung der Lage eine Auslösung des K-Alarms nicht mehr erforderlich gewesen. Die Maßnahme war zwar durchaus verständlich, aber nicht mehr notwendig.

Zudem ist von dem Grundsatz auszugehen: K-Schutzeinheiten sind keine präsenten Einheiten, die auf einen Knopfdruck sofort zur Verfügung stehen. Die

örtlichen Kräfte, zusammen mit der Nachbarschaftshilfe, sind im Lande Nordrhein-Westfalen stark genug, um selbst einem schwersten Unglück wirksam begegnen zu können.

## **6. Zusammenfassung**

Für alle Verwaltungen und darüber hinaus für alle im K-Schutz mitwirkenden Organisationen gilt es, die Vorbereitungen für mögliche Katastrophen laufend zu überprüfen und kalendermäßig auf dem neuesten Stand zu halten.

Das Eisenbahnunglück von Radevormwald am 27. 5. 1971 war geeignet, alle zur Verfügung stehenden Kräfte einer Bewährungsprobe zu unterziehen.

Bei der

**Landesstelle für Katastrophenschutz in Baden-Württemberg, 7302 Nellingen a. d. F.,**

sind die Stellen

### **eines Angestellten**

der Vergütungsgruppe III BAT und

### **eines Angestellten**

der Vergütungsgruppe Vb/IVb BAT

zu besetzen. Geeignete Bewerber werden zunächst in Vergütungsgruppe IVa bzw. VIb BAT eingestellt; ihre Höhergruppierung ist möglich, sobald die Tätigkeitsmerkmale voll erfüllt sind.

Ihre Aufgabe würde es insbesondere sein, Grundsatzfragen der Organisation, Ausbildung und Ausstattung sowie der Führung und des Einsatzes des Katastrophenschutzes nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) zu behandeln.

Wenn Sie auf diesen Gebieten des Zivil- und Katastrophenschutzes oder in ähnlichen Bereichen umfassende Kenntnisse und langjährige Erfahrungen besitzen sowie organisatorisch und didaktisch befähigt sind, dann bewerben Sie sich bitte mit den üblichen Unterlagen (handgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit, beglaubigte Zeugnisabschriften) beim

**INNENMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG,  
7 Stuttgart 1, Dorotheenstraße 6, Tel. (0711) 2072.**



### Nachmittag der Besinnung

Unter der Devise „Wir wollen mitarbeiten“ hatten sich die Mitglieder des Kreisverbandes Dithmarschen des Verbandes der Heimkehrer (VdH) mit dem BVS zu einer gemeinsamen Wochenendtagung in Büsum im Hotel „Stadt Hamburg“ zusammengefunden. Es galt, sich über aktuelle Probleme der Zivilverteidigung, insbesondere des Selbstschutzes, zu informieren und die baldige Verwirklichung der hier im Vordergrund stehenden Gedanken zu erörtern. VdH-Kreisvorsitzende Drignath wies eingangs darauf hin, daß dies nicht die erste Begegnung mit dem BVS in Dithmarschen sei. Durchweg alle Mitglieder wie auch die Frauengruppe des Kreisverbandes, die ebenfalls an der Informationsveranstaltung teilnahm, hätten schon in früheren Jahren eine Grundausbildung im Selbstschutz durchlaufen, wodurch sie größtenteils zur weiteren Mitarbeit angeregt wurden. Der Hintergrund für die Behandlung von Einzelfragen des Komplexes „Zivilverteidigung/Zivilschutz/Selbstschutz“ wurde durch die beiden Referate des ersten Tages gestaltet. Leitender Regierungsmedizinaldirektor Dr. Zur vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Soziales und Gesundheit gab den Teilnehmern ein mit äußerstem Realismus gezeichnetes Bild davon, was es bedeutet: „Der Mensch in der Katastrophe“. Äußerst interessant waren seine Darlegungen über Sein und Verhaltensweisen der Einzelnen bei einer Katastrophe aus psychologischer, psychopathologischer wie auch psychosomatischer Sicht. Das Wissen darum sollte auch alle Vorsorge- und Schutzmaßnahmen des Staates wie jedes einzelnen Staatsbürgers mit leiten. Grundsätzlich aber sollten die auch weiterhin noch bedrohten modernen Menschen dann, wenn Hilfe vonnöten ist, wieder zu dem ursprünglichen Denken und Handeln zurückfinden.

Oberstleutnant a. D. Anger, der neue Leiter der BVS-Dienststelle Schleswig, bezog sich in seinem Vortrag „Das heutige Kriegsbild“ auf die verhängnisvollste Katastrophe, welche uns heute treffen könnte:

Krieg. Klar und eindeutig wies er auf die besonders gefährdete Lage der Bundesrepublik hin. Bei zunehmender Gefährdung der gesamten Bevölkerung sei eine zivile Verteidigung als Äquivalent zur militärischen unbedingt erforderlich. Es müsse hierfür noch sehr viel mehr getan werden.

Mit dem, was auf diesem Gebiete schon vom Bund wie auch in besonderer Weise vom Land Schleswig-Holstein in die Wege geleitet wurde und wie weit dort auch schon der Selbstschutz mobilisiert worden ist, befaßte sich am nächsten Tage Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopatka in seinen Referaten „Katastrophenschutzplanung des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein“ und „Selbstschutz - Aufgabe der Gemeinde und des Bürgers“. In den Mittelpunkt seiner gesamten Darlegungen stellte er immer wieder den Einzelmenschen, wobei er betonte, daß doch letztlich die Gemeinschaft der einzelnen Menschen das, was man Staat nenne, ausmache. Deshalb sei es sinnwidrig, bei Krisen und Gefahren immer nur nach dem Staat zu rufen und selbst nichts zu tun. Zwischen der staatlichen Einrichtung und dem Staatsbürger bestehe, ganz besonders hinsichtlich der Zivilverteidigung, eine immerwährende gegenseitige Verpflichtung, die aber nur auf dem Boden einer freiheitlich demokratischen Ordnung sich im wirklich humanitären Sinne in die Tat umsetzen könne. Dies gelte nicht zuletzt auch schon auf der Gemeindeebene.

Während der gesamten Veranstaltung folgten alle Teilnehmer den Ausführungen der Referenten mit großem Interesse und viel Verständnis. Dies wirkte sich in der lebhaften, anregenden Aussprache aus. Hier konnten zu manchen Punkten noch Ergänzungen gegeben, Mißverständnisse beseitigt und die gewonnene innere Einstellung unterbaut werden.

Vom stellvertretenden Landesvorsitzenden VdH, Rektor Holst aus Kiel, wie auch von Fachgebietsleiter Hansen als Vertreter der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein wurde bestätigt, daß diese Wochenendtagung in jeder Weise sowohl für den

VdH als auch für den BVS als ein Erfolg zu verbuchen sei. Dem VdH-Kreisverband Dithmarschen und nicht zuletzt seinem tatkräftigen Vorsitzenden, Kurt Drignath, gebühre eine besondere Anerkennung. In seinem Schlußwort gab Drignath der Hoffnung Ausdruck, die Zusammenarbeit zwischen BVS und VdH in Dithmarschen möge sich noch mehr verstärken und ausweiten. „Wir wollen mitarbeiten“, so betonte er.

### BVS bei Katastrophenübung

Das Sanitätsbataillon 6 der Bundeswehr veranstaltete in der Hanseaten- und Gallwitz-Kaserne in Itzehoe einen Tag der offenen Tür. Im Rahmen der Veranstaltungen begann als Höhepunkt gegen 10.15 Uhr auf dem Kasernengelände eine großangelegte Katastrophenübung. Neben den Kräften der Freiwilligen Feuerwehr, des THW und des DRK kamen auch BVS-Helfer mit Rettungshunden zum Einsatz, um Verschüttete zu suchen, die anschließend u. a. mit Bergungspanzern der Bundeswehr zu einem Hauptverbandsplatz gebracht wurden. Die Koordinierung und der Einsatz aller an der Übung beteiligten Verbände und Organisationen war großartig. Hiervon zeigten sich auch die zahlreichen Gäste, unter ihnen Kreispräsident v. Rosenberg, Bürgermeister Hörnlein, der THW-Landesbeauftragte und der Divisionskommandeur, Generalmajor Schulze, beeindruckt.

Auch die BVS-Dienststelle Itzehoe mit ihren Hundeführern und den Rettungshunden hatte hieran, wie schon öfter in letzter Zeit, ihren anerkannten Anteil, was für die betreffenden Helfer mit ihren im Dienststellenbereich nun zehn ausgebildeten und einsatzfähigen Rettungshunden sicherlich Ansporn für weitere erfolgreiche Arbeit sein wird. Außerdem hatte die Dienststelle, um ihre originäre Aufgabe zu dokumentieren, einen Informationsstand in einem vom Kreis Steinburg zur Verfügung gestellten Zelt eingerichtet. Tonbildschau, Schaustücke, Schutzraummodelle und





**BVS-Helfer mit Rettungshunden bei der Übung der Bundeswehr.**

Informationsschriften erregten lebhaftes Interesse, und im Laufe von einigen Stunden konnten über 100 Besucher gezählt werden.

#### **Aufgaben der Gemeinde**

Major a. D. Harth vom Amt für Zivilschutz und Katastrophenabwehr beim Innenminister des Landes sprach vor 46 Amtsvorstehern und Bürgermeistern des Kreises Schleswig in zwei aufeinanderfolgenden BVS-Informationstagungen. Auf diesen ersten Veranstaltungen dieser Art in Schleswig-Holstein wurden die Amtsvorsteher und Bürgermeister in ihre vom Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vorgeschriebenen Aufgaben im Selbstschutz eingeführt.

„Selbsthilfe und Selbstschutz sind zwar Sache des einzelnen Bürgers“, betonte Harth, „jedoch obliegen Beratung, Anregung, Schulung und Kooperation den Verantwortlichen in den Gemeinden.“ Die Kommunen seien durch die neuen Bestimmungen verpflichtet, Selbstschutzbeauftragte zu benennen, die in Zusammenarbeit mit dem BVS Lehrgänge durchführen und die Bevölkerung über Sinn und Zweck des Selbstschutzes aufklären sollen. Major a. D. Harth unterstrich besonders, daß der BVS keine Konkurrenz für die bestehenden Hilfsorganisationen sein wolle.

Regierungsdirektor a. D. Dr. Dopatka, ehrenamtlicher Mitarbeiter des BVS, sprach insbesondere zum Problem der Schutzbauten. Obwohl insgesamt für 1972 und die beiden davorliegenden Jahre 1,4 Millionen DM vom

Land Schleswig-Holstein für Zuschüsse zu privaten Schutzraumbauten zur Verfügung gestellt worden seien, wurden nur Schutzräume mit einer Gesamtkapazität von 289 Schutzplätzen erstellt. Das entspreche etwa einem Zehntel dessen, was hätte bezuschußt werden können. Er wies noch einmal auf die Möglichkeiten hin, daß auch beim Einbau von Schutzräumen in Altbauten Zuschüsse gewährt werden.

Der Ausbildungsleiter der BVS-Landesstelle, Heinitz, ging auf die Möglichkeiten der Ausbildung und Unterrichtung breiterer Bevölkerungsschichten ein. Er sagte allen Gemeinden volle Unterstützung bei der Durchführung von Lehrgängen, Ausstellungen und Diskussionen zu. „Der BVS kann nur dann etwas zum Wohl aller erreichen, wenn jeder Bürger den Sinn des Selbstschutzes — auch in Friedenszeiten — voll erkannt hat.“

#### **Lehrgang in dänischer Sprache**

Acht Tage lang Schlagzeilen in lokalen und überörtlichen Zeitungen, ja sogar über die Bundesgrenzen hinaus, vom Foto auf der Titelseite, halbseitig im Lokalteil — das dürfte der Traum eines jeden „Sechlers“ einer BVS-Dienststelle sein. Flensburg hat dies geschafft!

In dieser Stadt an der Grenze zu Dänemark ist manches anders, also auch für die Dienststelle des BVS. Schon seit Jahren wird der Se-Grundlehrgang an den Hauptschulen (9. Klasse) der Fördestadt durchgeführt. Aber außerdem gibt es noch acht dänische Privatschulen einschließlich eines Gymnasiums, an denen nach deutschem Schulrecht in dänischer Sprache (Deutsch als Zweitsprache) unterrichtet wird, und die Schüler sind deutsche Staatsbürger.

Als kürzlich zum erstenmal zwei Klassen einer dänischen Hauptschule den Se-Grundlehrgang mitgemacht hatten, sprach einer der teilnehmenden Lehrer von einem „historischen Ereignis“, da deutsche Staatsbürger den Se-Lehrgang in einer anderen Sprache absolviert hätten. Hier wurde die gesamte Thematik in dänischer Sprache vorgetragen, denn die Dienststelle verfügt über einen Fachlehrer, der

beide Sprachen als Muttersprache beherrscht; außerdem ist er für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und „nebenbei“ noch Journalist. Die dänischen Schulen in Flensburg planen jetzt, den Se-Grundlehrgang als Unterrichtsfach in Staatsbürgerkunde aufzunehmen. Die Einstellung der hier lebenden Dänen deutscher Staatsbürgerschaft in allen Fragen des Zivilschutzes ist erfreulich. Daß gerade die Cornelius-Hansen-skolen die erste dänische Schule war, liegt wohl daran, daß ihr Rektor mit dem Leiter der dänischen Civilforsvars tekniske skole in Tinglev verwandt ist, dem Gegenstück zur BVS-Bundesschule.

Für die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle ist dies erst ein Anfang, da es viele dänische Einrichtungen in Flensburg gibt, wie Volkshochschule, Jugendwohnheime, Sportvereine usw. So wird in Zukunft noch viel Dänisch in den Diensträumen am Holm zu hören sein.

#### **Gemeinsam mit VdH**

Bei der gegenwärtigen Informations-tätigkeit der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein kommt es in erster Linie darauf an, die Spitzen von Verbänden und Organisationen, die gemeinnützigen Zwecken dienen, zu einem Denken in größeren Zusammenhängen, zu einer Besinnung auf die bedrohte menschliche Existenz in unserem Zeitalter hinzu-führen. Dies war auch der Zweck eines Informations-Seminars mit insgesamt rund 50 Vorstandsmitgliedern verschiedener Frauenorganisationen und -gruppen aus dem Kreise Plön im unmittelbar am Großen Plöner See gelegenen „See-Pavillon“. Nicht immer zeige dieser ausgedehnte See eine so ruhige von der Sonne angestrahlte spiegelglatte Fläche wie an diesem Nachmittag, betonte Leitender Regierungsmedizinaldirektor Dr. Zur vom schleswig-holsteinischen Ministerium für Soziales und Gesundheit in seinem Referat „Der Mensch in der Katastrophe“. Durch plötzlich aufziehende Gewitter und Stürme könne sein Wasser gewaltig aufgepeitscht und für alle darauf befindlichen Menschen zu einer verhängnisvollen Gefahr werden. Nicht anders verhalte es sich mit den anderen Elementen: Luft, Erde, Feuer. Meist brächten sie uns Gutes,



sie könnten aber auch zu Mächten des Bösen werden und verheerende Katastrophen auslösen. Von jeher habe der Mensch sich mit dieser Zwiespältigkeit in der Natur auseinandersetzen müssen. Es habe jedoch lange gedauert, ehe er allen Bedrohungen gegenüber die richtige Einstellung fand und zur Einsicht gelangte, daß er ganz allein auf sich gestellt gegen sie machtlos sei. Erst durch das Zusammenwirken in der Nachbarschaft wie auch in größeren Gemeinschaften konnten immer mehr Mittel und Wege zum Schutz und zur Rettung bei Katastrophen gefunden werden. Leider sei in unserer Zeit dieses ursprüngliche Gemeinschafts- und Hilfsdenken fast gänzlich wieder verlorengegangen. Den durch falsche Vorspiegelungen in Träumereien und Illusionen verstrickten und nur im Ichdenken befangenen modernen Menschen müsse dargelegt werden, daß immer wieder Katastrophen, ja auch solche durch kriegerische Auseinandersetzungen ausgelöst, eintreten könnten. Man sollte dann nicht immer gleich nach dem Staat rufen, sondern als Staatsbürger das tun, was man könne. Bei allen denen, die guten Willens sind, müsse zu dem Helfenwollen das Helfenkönnen als wesentlicher Faktor hinzukommen. Dieses aber müsse erlernt werden. Auf jeden Fall sei anzustreben, daß in jedem Haus wenigstens ein Ersthelfer und in jedem Wohnblock wenigstens eine Schwesternhelferin zur Verfügung ständen.

Schwesternhelferinnen würden aber auch bei Katastrophenfällen in größere Anzahl für die Besetzung der Hilfskrankenhäuser benötigt. Deswegen sollten sich noch weit mehr Frauen und Mädchen für diese humanitäre Aufgabe ausbilden lassen. Eine Altersgrenze nach oben könne es hier nicht geben. Um im gegebenen Falle einen möglichst wirksamen Einsatz zu erreichen, sei es angebracht, hierfür überall einen Stamm von solchen Frauen heranzuziehen, die am Ort blieben. Außerdem werde angestrebt, alle Schwesternhelferinnen karteimäßig zu erfassen. Dies sollte auch für die weiblichen medizinisch-technischen Kräfte gelten. Für die Hilfskrankenhäuser ergebe sich ebenfalls ein großer Bedarf an Küchen- und Reinigungspersonal. So wichtig all dies sei, so dürfe man grundsätzlich die Frau nicht nur immer als die geborene Pflegerin ansehen, sondern

notfalls müsse ihr Einsatz auch an anderen Stellen erfolgen: im Fernsprech- und Funkdienst wie auch im Brandschutz und im Rettungswesen. In ihrem Referat „Katastrophen- und Zivilschutz — Gemeinschaftsaufgaben für Staat und Bürger“ stellte dann die Bundestagsabgeordnete Irma Tübler aus Kiel immer wieder als Leitmotiv heraus, daß Zivilschutz eine humanitäre Aufgabe sei, die nicht nur den Staat sondern zugleich auch jeden einzelnen Staatsbürger verantwortlich verpflichte. Alle Schutzmaßnahmen könnten erst dann voll wirksam werden, wenn die Bevölkerung ihnen gegenüber weitgehend eine bejahende Einstellung einnehme. Um dies zu erreichen, müsse noch viel getan werden durch laufende intensive Information. Trotz so vieler Verlockungen zu lukrativer oder genüßlicher Freizeitgestaltung, vor allem bei der Jugend, könnte die Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit in den Katastrophenschutzorganisationen vielleicht durch bessere Ausrüstung und umfassendere Schulung des Führungspersonals gesteigert werden. Vor allem aber müßten die Mittel für die zivile Verteidigung um ein Beträchtliches erhöht werden. Das derzeitige Verhältnis zu den Aufwendungen für die militärische Verteidigung sei noch weit von dem hier erstrebten Ziel entfernt.

Immer wieder werde in allen Bevölkerungskreisen die Frage nach Schutzraumbau gestellt. Hier sei eine weit bessere Information, vor allem über die staatliche Förderung und finanzielle Hilfeleistung für den Bau von privaten Schutzräumen, unbedingt erforderlich.

Abschließend betonte die Politikerin, es sollte allen Staatsbürgern, vor allem der Jugend, grundsätzlich nahegelegt werden, daß es auch in unserer modernen Gesellschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebe.

Nach den beiden weiter ausholenden Referaten sprach P.-H. Hansen, Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, über „Selbstschutz als Grundlage des Katastrophenschutzes — die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz“. In klarer, verständlicher Gliederung legte er dar, daß der Selbstschutz der Bevölkerung die Basis für den Katastrophenschutz, den Zivilschutz wie überhaupt für die

gesamte Zivilverteidigung bedeute. Aber nicht nur für den Verteidigungsfall sondern auch für Katastrophen jeglicher Art in Friedenszeiten müsse der Bürger so vorbereitet sein, daß er sich selbst und seinen Nächsten spontan helfen könne, ehe größere Hilfsaktionen anlaufen. Dazu seien u. a. eine Erste-Hilfe-Ausbildung für möglichst alle Einsatzfähigen sowie eine Unterrichtung in den Grundbegriffen des Brandschutzes und der Rettung Verschütteter und Eingeschlossener notwendig. Dies gelte für Männer und — im Hinblick auf einen Verteidigungsfall in ganz besonderem Maße — für Frauen. Zum Selbstschutz gehöre aber auch eine sinnvolle und zweckmäßige Lebensmittelbevorratung wie auch eine griffbereite Dokumentensicherung. Die durch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes von 1968 gegebenen Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz beständen darin, so erläuterte Hansen, die Bevölkerung über alle Fragen des Selbstschutzes im Rahmen der Zivilverteidigung, die das Äquivalent zur militärischen Verteidigung darstelle, zu informieren, deren Grundausbildung im Selbstschutz durchzuführen sowie die Hauptverwaltungsbeamten bei der Durchführung ihrer gesetzlichen Aufgabe, dem Aufbau und der Förderung des Selbstschutzes in ihren Dienstbereichen, weitgehend zu unterstützen. In jeder Gemeinde würden besonders geschulte Bürger bereitstehen, um die Bevölkerung in Fragen des Selbstschutzes beraten zu können.

Über alle Referate fand eine lebhaftere, anregende Aussprache statt, wobei manche noch offenstehende Fragen geklärt werden konnten. Hinsichtlich der mangelnden Einsatzbereitschaft der meisten Menschen für Gemeinschaftsaufgaben wurde bei diesen Erörterungen betont herausgestellt, daß in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bei uns alle ethischen Werte zerredet worden seien. Hier müßten ganze Generationen zum Umdenken geführt werden. Für das Zustandekommen und die Durchführung der eindrucksvollen und zum Nachdenken anregenden Tagung, an der auch bis Schluß die Leiterin des Kreisgesundheitsamtes Plön teilnahm, gebührt ein besonderer Dank der langjährigen Mitarbeiterin im BVS wie auch leitend in verschiedenen Frauenorganisationen, Emmi Kurzke, Plön.



## Informationstagung

Landesstellenleiter L. Müller hatte Dienststellenleiter, Beauftragte und Mitarbeiter der nachgeordneten BVS-Dienststellen zu einer Informationstagung in den großen Saal des Amerika-Hauses eingeladen. Nach der Eröffnung und Begrüßung gab Landesstellenleiter L. Müller einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Selbstschutzes bis zum „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“. Weitere Themen des Vortrages waren die Verwaltungsvorschrift Selbstschutz, der Sollstärkeplan und die Helfervertretung, wie sie nach der BVS-Satzung vorgesehen ist. Eine lebhafteste Diskussion schloß sich diesem Vortrag an.

Besonderer Punkt dieser Tagung war die Verleihung von drei Ehrennadeln unseres Verbandes. Im Auftrage des Präsidenten des BVS, Oberstadtdirektor Kuhn, Bielefeld, konnte der Landesstellenleiter den ehrenamtlichen Helfern Heinz Hoyer, Wolfgang Stünckel und Herbert Umlandt Ehrennadeln übergeben.

Heinz Hoyer ist seit über 10 Jahren BVS-Beauftragter des ZS-Unterabschnitts Hamburg-Wilhelmsburg. Sein enger Kontakt zu Behörden und Verbänden ist für die Öffentlichkeitsarbeit von großem Nutzen. Seinem Wirken ist es zu verdanken, daß der Ortsamtsleiter von Hamburg-Wilhelmsburg in einer öffentlichen Sitzung den BVS als zuverlässigen Partner bezeichnet hat. Der von ihm gegründete Spielmanszug der von BVS-Helfern gestellten Deichwacht ist inzwischen zu einer Einrichtung geworden, die aus der Öffentlichkeitsarbeit nicht mehr wegzudenken ist. Wolfgang Stünckel arbeitet seit über 13 Jahren im BVS mit. Als Beauftragter des ZS-Unterabschnitts Hamburg-Harburg gehört er zu den Helfern, die mit unermüdlichem Fleiß die Notwendigkeit des BVS überzeugend vertreten. Seinen selbstlosen Einsatz hat er auch während der Flutkatastrophe 1962 durch die Übernahme verantwortungsvoller Aufgaben bewiesen. Herbert Umlandt, BVS-Fachbearbeiter VI in der Dienststelle Hamburg-Harburg, zeichnete sich durch große Einsatzbereitschaft im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit aus. Die von ihm



Landesstellenleiter L. Müller überreicht im Auftrag des Präsidenten Urkunden an (v. l.) Herbert Umlandt, Heinz Hoyer und Wolfgang Stünckel.

künstlerisch gestalteten Ausstellungen, Informationsstände und Schaufenster erfreuen sich überall in Hamburg großer Beliebtheit. In seiner Freizeit steht er der Dienststelle bei Werbe- und Aufklärungsveranstaltungen auf Straßen und Plätzen als Leiter der Einsätze zur Verfügung.

Die ehrenamtlichen Helfer Lange und Brunold der Dienststelle Hamburg-Eimsbüttel hatten in Zusammenarbeit mit anderen Helfern unzählige Stunden ihrer Freizeit und Geldmittel geopfert, um eine zweite Ausstellung für Hamburg zu erstellen. In Würdigung dieser Verdienste für die Öffentlichkeitsarbeit im BVS hat Landesstellenleiter Müller den beiden Helfern durch die Überreichung von Büchern den besonderen Dank der Landesstelle zum Ausdruck gebracht. Dem Fachbearbeiter VI Peter von Essen der BVS-Dienststelle Hamburg-Bergedorf wurde eine Urkunde als Anerkennung seiner zehnjährigen ehrenamtlichen Mitarbeit verliehen. Der Beauftragte des ZS-Unterabschnitts Stellingen-Eidelstedt, Dieter Warn, konnte seine Berufungsurkunde in Empfang nehmen. Mit einem Appell zur weiteren guten Zusammenarbeit mit neuen Schwerpunkten ging diese Tagung zu Ende, die allen Anwesenden und Gästen gezeigt hat, wo der BVS steht und wie seine gesetzlichen Aufgaben aussehen.

KuBo

## Lotsenübung der Deichverteidigung

Im Rahmen der Mitwirkung in der Deichverteidigung haben sich im Bereich der Landesstelle Hamburg für 23 Lotsenstellen rund 100 Helfer des BVS als Lotsen zur Verfügung gestellt. Die Lotsenstellen sind in Polizeidienststellen — vornehmlich in den Randgebieten Hamburgs — eingerichtet worden.

Zur Abwehr von Katastrophen und zur Beseitigung ihrer Folgen ist unter Umständen der Einsatz ortsfremder Hilfsverbände erforderlich. Um eine schnelle Heranführung der Verbände an die Einsatzstellen zu ermöglichen, ist ein Lotsendienst erforderlich, für den ausgebildete Kräfte bereitstehen müssen. Im Auftrage der Hamburger Innenbehörde führte die Landesstelle am Sonntag, 23. April, eine Lotseneinsatzübung durch, die zur Weiterbildung der Lotsen dienen sollte. Der Übungslauf sah vor, daß im Süderelbebereich mehrere Deichbrüche zu Überflutungen geführt haben. Die Lotsen hatten die Aufgabe, die an verschiedenen Stellen der Stadtgrenze eintreffenden Kolonnen mit Hilfskräften über Harburg in das angenommene Katastrophengebiet zu führen.

Sieben Lotsenstellen im Bereich der BVS-Dienststellen Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Nord, Wandsbek, Bergedorf und Harburg wurden mit je einem Lotsenpostenführer und drei





**Einsatzbesprechung in einer der sieben Lotsenstellen an der Stadtgrenze.**

Lotsen besetzt. Zur Darstellung der Kolonnen hatten ehrenamtliche Helfer des BVS 27 Privat-PKW zur Verfügung gestellt. Die einzelnen Lotsen bekamen nun den Auftrag, die durch den PKW dargestellte Kolonne nach Harburg zu leiten. Zur Erschwerung bekam jeder Lotse 10 Minuten nach Abfahrt einen Funkspruch, dargestellt durch einen geschlossenen Briefumschlag, in dem sich mindestens drei Übungseinlagen befanden. Straßensperrungen wegen Bauarbeiten, Wasserrohrbrüche, Verkehrsstauungen, umgestürzte Bäume, brennende Tankzüge und Überschwemmungen gehörten zu den Einlagen. Die Lotsen mußten nun anhand der mitgeführten Straßenpläne Umleitungen ausfindig machen, damit die Weiterführung der Kolonnen ohne großen Zeitverlust erfolgen konnte. Bis zur Polizeirevierwache 70 und zu dem großen Phoenix-Parkplatz in Harburg, an dem die einzelnen PKW zu echten Kolonnen zusammengestellt wurden, bestand zwischen den einzelnen PKW keine Sichtverbindung.

Von Harburg aus führte der Weg durch das Alte Land in Richtung Cranz. Kurz vor dem Endziel gab es eine unvorhergesehene echte Einlage. Keinem der jetzt bereits aus dem Raum Finkenwerder eingesetzten Lotsen war es bekannt, daß beim großen Estesperrwerk die Hubbrücke wirklich wegen Reparaturarbeiten gesperrt war. Nun mußte eine Umleitung, die einen Zeitverlust von etwa 20 Minuten brachte, in Kauf genommen werden.

Bei der Abschlußbesprechung konnte festgestellt werden, daß die Lotsen

die gestellten Aufgaben einwandfrei gelöst hatten.

Die Hamburger Innenbehörde hatte, vertreten durch den Lt. Regierungsdirektor Senger und Amtsrat Kurth, den Ablauf der Übung in Hamburg-Lurup und Hamburg-Bergedorf beobachtet.

Mit dem Dank dieser Herren und der Landesstelle an alle Beteiligten konnte die Einsatzübung mit einem guten Erfolg zum Abschluß gebracht werden.

Kurt Morjan

#### **Information beim Warnamt I**

Während einer Ausbildungsveranstaltung in den Räumen der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord, an der über 20 Damen des Verbandes „Hamburger Verbraucherin“ unter der Leitung von Frau P. Fietzke teilnahmen, wurde der Wunsch geäußert, das für Hamburg zuständige Warnamt I zu besichtigen, um sich mit dieser für die Zivilbevölkerung so wichtigen Einrichtung näher vertraut zu machen.

Der für diese Fahrt gemietete Bus brachte 33 Personen, überwiegend Damen und nur vier Herren, in einer 1½stündigen Fahrt durch die Frühlingslandschaft ans Ziel. Dort wurden wir von Warnamtsleiter Kneppenberg, der uns als ehemaliger Landesbeauftragter des THW in Hamburg ein alter Bekannter war, herzlich begrüßt. Herr Kneppenberg gab einen umfassenden

Überblick über das Aufgabengebiet und die Zusammensetzung eines Warnamtes. Im Anschluß hieran wurden die Teilnehmer in die Bunkeranlage des Warnamtes „geschleust“. Dank sachgemäßer Führung durch das gesamte Bunkersystem und durch die ausführlichen Erklärungen der Mitarbeiter konnten sich die Teilnehmer einen grundlegenden Einblick in die umfangreichen Einrichtungen mit ihren komplizierten Versorgungsleitungen verschaffen. Hierbei kam immer wieder das Erstaunen zum Ausdruck, wie weit hier doch bereits eine Vorsorge für die Zivilbevölkerung geschaffen worden war, die nicht nur im Verteidigungsfall, sondern besonders auch bei allen möglichen Katastrophen wirksam werden könnte. Der Leiter des Warnamtes betonte zum Schluß, daß neben der eigentlichen Tätigkeit, an der etwa 170 ehrenamtliche und 30 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beteiligt sind, die Öffentlichkeitsarbeit und Information eine weitere Aufgabe ist, um eine möglichst große Anzahl der Bevölkerung vom Sinn und Zweck dieser Einrichtung zu überzeugen.

K.-H. Schuhmacher

#### **Erich Rasch †**

Nach langer Krankheit verstarb am 21. April im Alter von 60 Jahren der Leiter des Fachgebietes Ausbildung, Verwaltungsamtmann Erich Rasch. Von einer anderen Behörde kommend, bedeutete es für ihn zunächst eine große Umstellung, sich mit den Aufgaben des BLSV/BVS vertraut zu machen. Nach erfolgter Ausbildung kam die Zeit, in der Erich Rasch Freude an seinem Aufgabengebiet hatte. Seine Eingewöhnung in einen neuen Kreis von Mitarbeitern, insbesondere auch der Umgang mit ehrenamtlichen Helfern vollzog sich dann sehr schnell. Durch seine Kontaktfähigkeit, seine ausgleichende Wesensart und durch die Kenntnisse der Verwaltung des öffentlichen Dienstes wurde er sehr bald bei den Mitarbeitern hoch geschätzt. Leider hat ein Herzinfarkt diesen lebensfrohen Menschen für lange Zeit in den Krankenstand versetzt. Einen Weg zurück zur Landesstelle gab es für Erich Rasch nicht mehr. Allzu früh mußte er von uns gehen. Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.



## Schnelle Hilfe

Es ist kurz vor 16 Uhr, der BVS-Ausbildungsleiter hat gerade mit der Leinenarbeit begonnen, als er und ein Ausbildungszug mit Unteroffizier-Anwärtern des Flak-Regimentes 14 aus Oldenburg von der Straße Nethen — Wiefelstede her dreimal ein hartes, scheußliches Krachen vernehmen. Alle deuten das Geräusch sofort richtig und rennen zur Straße, die am BVS-Übungsgelände vorbeiführt. Und schon kommen von der Unfallstelle her Rufe nach Feuerlöschern.

Zwei Löscher, die bei der Brandschutzübung noch nicht benutzt worden waren, sind schnell zur Stelle. Ein Soldat hält den Pulverstrahl des Löschers sofort auf den heißen, dampfenden Vergaser des Unfallwagens. Auszuschalten gibt es nichts mehr, denn die Batterie liegt weit vom Fahrzeug entfernt am Straßenrand. Es gibt keine Flammen, kein brennendes Autowrack. Der schwerverletzte junge Mann — nach dem Auto-Kennzeichen aus Bergisch-Gladbach — kann geborgen und in Seitenlage, soweit seine Verletzungen das zulassen, auf die Böschung gelegt werden.

Wie ein eingespieltes Team sichern andere Soldaten 150 m von dem Unfallwagen entfernt an gerader Straße und hinter einer leichten Kurve ab, andere halten Sichtverbindung und lassen den einsetzenden Feierabendverkehr wechselseitig ohne Stauungen vorbeifließen. Der Ausbildungsleiter und ein Soldat bemühen sich um den Verletzten. Ein zweiter BVS-Ausbilder läuft zum Telefon des Übungsplatzes und verständigt die Polizei, die Unfallwagen und Arzt alarmiert.

Nach verhältnismäßig kurzer Zeit treffen Wagen und Arzt ein, und der Schwerverletzte wird nach ärztlicher Erstversorgung dem Krankenhaus zugeführt. Während kurz darauf das völlig zerstörte Autowrack abgeschleppt wird, säubern Soldaten bereits die Straße von Glassplittern, Sand und Rasenbrocken. Nur drei häßliche helle Stellen an den Eichen, die viel zu dicht am Straßenrand stehen, zeigen Vorbeifahrenden, daß hier wieder ein Verkehrsteilnehmer

schwer verunglückte. Das Absichern der Unfallstelle, Betreuung und Versorgung des Verletzten, Unfallmeldung — alles geschah fast routinemäßig. Fast an der gleichen Stelle haben die BVS-Ausbilder zusammen mit den Soldaten aus Oldenburg vor zwei Jahren einen Großbrand auf einem Gehöft — aus der Übung heraus — zusammen mit den örtlichen Feuerwehren erfolgreich bekämpft. Der BVS lehrt: „Hilfe durch Selbstschutz“ — hier hat sie sich wieder einmal bewährt.

## Lehrgang auf Baustelle

Auf Großbaustellen lauert der Unfallteufel. Um Unfallfolgen auf ein Mindestmaß zu beschränken, vereinbarte die BVS-Dienststelle Stade mit der örtlichen Bauaufsicht der Großbaustelle „Anleger Bützflether Sand“ Se-Grundlehrgänge für Ingenieure, Vorarbeiter und Bauarbeiter.

Vier Se-Grundlehrgänge wurden im Anschluß an die Arbeitszeit durchgeführt, wobei bei den Sofortmaßnahmen besonders auf die Unfälle auf einer Baustelle eingegangen wurde. Die Teilnehmer zeigten auch großes Interesse am Umgang mit Handfeuerlöschern, am Ablöschen brennender Personen und an der Leinenarbeit. Die Bauleitung stellte fest, daß nach Absolvierung dieser Lehrgänge die Unfallquote spürbar zurückgegangen ist und daß die Ausfallquote bei eingetretenen Unfällen durch Sofortmaßnahmen wesentlich vermindert werden konnten. Kann es dafür einen besseren Beweis geben, als das folgende, an den Dienststellenleiter gerichtete Schreiben?

Am 28. 2. 1972 wurde der letzte Kursus in Selbstschutz und Erster Hilfe von der Dienststelle Stade des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) für Angehörige des Führungspersonals unserer Baustelle erfolgreich abgeschlossen. Damit ging eine in ihrer Art einzigartige und außergewöhnlich wirkungsvolle Ausbildung der Belegschaft und des

Aufsichtspersonals unserer Baustelle zu Ende, die Sie, sehr geehrter Herr Freese, durch Ihre persönliche Eigeninitiative und Ihre aufopferungsvolle Lehrtätigkeit weitestgehend geprägt haben.

Sie waren gleichzeitig der ständige Mahner und Warner auf der Baustelle. Rechtzeitig wiesen Sie stets auf alle Ihnen erkennbare Gefahren hin. Sie waren in jedem Falle zur Stelle, um durch Erste-Hilfe-Leistungen als Retter in der Not zu wirken. Wohl alle Belegschaftsangehörigen der Arge-Anleger Bützflether Sand werden Sie nach Abschluß unserer Baustelle in dankbarer Erinnerung behalten. Insbesondere gilt Ihnen der Dank der Arge-Bauleitung, den wir Ihnen hiermit gerne aussprechen. Die erfreulich niedrige Zahl von schweren Arbeitsunfällen im Verlauf unserer durchaus gefahrenträchtigen Wasserbaustelle ist ohne Zweifel mit auf Ihre erfolgreiche Tätigkeit zurückzuführen. Wir wünschen Ihrem segensreichen Wirken in Zukunft, auch nach Abschluß unserer Bauarbeiten, noch viel Erfolg und verbleiben in Anerkennung Ihrer Leistungen

Mit freundlichem Gruß  
Arbeitsgemeinschaft  
Anleger Bützflether Sand

## Ehrung in Goslar

In einer Feierstunde wurde dem Leiter der BVS-Dienststelle Goslar, H. Ziesemer, durch Landesstellenleiter Jörn die Ehrennadel des BVS überreicht. In seiner Ansprache ging der Landesstellenleiter auf die stetig



Landesstellenleiter Jörn (l.) heftet H. Ziesemer die VBS-Ehrennadel an.

wachsende Tätigkeit des BVS ein. Wenn sich im vergangenen Jahr



insgesamt 63 000 Personen im Land Niedersachsen zu einer Ausbildung im Selbstschutz bereitgefunden haben, so habe an diesem Ergebnis die Dienststelle Goslar einen entscheidenden Anteil. Es sei eine gern erfüllte Pflicht, besondere Leistungen zu honorieren. Dienststellenleiter Ziesemer habe sich mit anerkanntem Einsatz für den Gedanken des Selbstschutzes eingesetzt. Landesstellenleiter Jörn vergaß in seiner Rede auch nicht die Ehegattin und die übrige Familie Ziesemers, denn die ehrenamtliche Tätigkeit erfordere Verständnis im privaten Bereich. Grüße vom Landkreis überbrachte Frau Dr. Meseke und betonte die Bereitschaft, die Bemühungen des BVS nach Kräften zu unterstützen. Mit Freude nahm sie zur Kenntnis, daß sich zu den Gratulanten eine große Anzahl Frauen gesellt habe. Stadtkämmerer Jansen unterstrich ebenfalls die Bereitschaft, die Bemühungen des BVS zu fördern. Er sei froh, vor einem Kreis zu stehen, der nicht nur die Forderungen stelle, sondern selbst dazu beitrage, den Gedanken der Selbst- und Nächstenhilfe zu fördern.

Abordnungen der BVS-Dienststellen Braunschweig, Celle, Goslar, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg schlossen sich dem Reigen der Gratulanten an. Dienststellenleiter Ziesemer bedankte sich mit bewegten Worten für die ihm zuteil gewordene Ehrung. Er unterstrich jedoch, daß die besondere Leistung seiner Dienststelle ohne die aufopferungsvolle Mithilfe seiner Helferschar und die Mitwirkung der benachbarten Dienststellen unmöglich gewesen sei.

### BVS-Ausstellung in Aurich

Vom 6. bis 13. März fand in der Kreissparkasse Aurich eine Selbstschutz-Ausstellung statt, zu der der örtliche Leiter des zivilen Bevölkerungsschutzes, Stadtdirektor Karl Gumbrecht, eingeladen hatte. Die Vorbereitungen und die Betreuung der Ausstellung hatte der Sachbearbeiter V der BVS-Dienststelle Aurich übernommen. Das Haus der Kreissparkasse, zentral am Markt gelegen, mit starkem Publikumsverkehr, bot sich zur Durchführung dieses Vorhabens als sehr geeignet an. Bei den Vorbesprechungen mit der Direktion zeigten sich Direktor



Die Gäste nach der Eröffnung der Ausstellung.

Tombrägel und sein Werbeleiter Goesmann gegenüber den Wünschen des BVS sehr aufgeschlossen. Der durch die Stadt Aurich und den BVS an die Hausherrn ausgesprochene Dank für das Entgegenkommen und die freundliche Hilfeleistung der Mitarbeiter des Bankinstituts darf an dieser Stelle wiederholt werden.

Die örtliche Presse hatte wenige Tage vorher auf die Ausstellung aufmerksam gemacht und nach der Eröffnung in ausführlichen Artikeln darüber berichtet. Fotos zeigten Veranstalter und Gäste in den Ausstellungsräumen; Überschriften wie „Das Gefahrenbewußtsein wecken“ oder „Bevölkerung ist sich der Gefährdung nicht bewußt“ waren deutliche Aussagen.

Für eine Rundfunkübertragung durch das Studio Oldenburg des NDR II sorgte Ewald Christophers aus Sandhorst.

Zur Eröffnung waren neben Vertretern der Bezirksregierung, des Landkreises und anderer Auricher Behörden und Verbände auch BVS-Landesstellenleiter Walter Jörn und Fachbearbeiter VI Horst Bredemeier erschienen. In den Ansprachen wurden die Bedeutung des Selbstschutzes und die Notwendigkeit aktiver Mithilfe der Bevölkerung herausgestellt.

Bredemeier konnte auf die stattliche Anzahl von 60 000 jährlich in Niedersachsen im Selbstschutz ausgebildeter Menschen hinweisen.

Mehrere Redner brachten zum Ausdruck, daß die Zusammenarbeit der am Selbstschutz interessierten Kreise weiter verstärkt werden müsse. Geschäftsführer Hoffmann (DRK) erklärte, es würden alle Anstrengungen unternommen, die Zahl der freiwilligen Helferinnen und Helfer zu erhöhen und die gesamte Ausbildung zu intensivieren.

Generalmajor Coerdts, Kommandeur

der IV. Luftwaffendivision in Aurich, gab die Zusicherung ab, daß die Bundeswehr den Selbstschutz stets unterstützen werde. Gleichlautend äußerten sich Polizeioberrat Kolsch und Kreisbrandmeister Schmidt. Die Ausstellung war unter das Motto gestellt: „Die ersten 10 Minuten sind entscheidend“.

Während der ersten beiden Tage hatte der Ausstellungsbetreuer das bedrückende Gefühl, nicht den richtigen Kontakt zur Bevölkerung zu bekommen. Doch bald ergaben sich zwanglose Gespräche, Fragen wurden gestellt, Auskünfte erteilt, Gelegenheiten konnten wahrgenommen werden. So besuchte ein Rektor mit 26 Abgangsschülern die Kreissparkasse. Vor ihnen konnte im Anschluß an die Erklärungen des Werbeleiters ein Kurzvortrag über den Selbstschutz gehalten werden. Anschließend wurde jedem Schüler von der Kasse ein Spargutschein und vom BVS eine Informationsschrift ausgehändigt. In einem anderen Fall stellte ein Feldwebel der Bundeswehr Fragen über den Schutzraumbau. Am nächsten Tag erschien er wieder in der Ausstellung und brachte einen ganzen Zug Soldaten mit. Im Sitzungssaal der Sparkasse konnten sie über die Aufgaben und die Bedeutung des Selbstschutzes informiert werden. Wichtig ist, daß bei einer solchen Ausstellung ständig ein Betreuer anwesend ist. Desgleichen muß genügend Informationsmaterial zur Verfügung stehen. Innerhalb einer Woche wurden einige Tausend Vorsorgeprospekte und Broschüren verteilt. Es konnte Kontakt mit Menschen aus allen Bevölkerungsschichten aufgenommen werden. So war nach Beendigung der Ausstellung — bei verhältnismäßig geringen Aufwendungen — ein guter Erfolg zu verzeichnen.

WD



## Erfolgreicher Einsatz

Die FIBS aus NRW führte vom 18. bis 28. April in Bremen Informationsveranstaltungen vor Berufsschülern durch. Der gut vor-



**Diskussion mit einer Klasse der Berufsschule in Bremen-Nord (v. r.): Ortsamtsleiter Piaskowski, Leiter der Fahrbaren Informations- und Ausbildungsstelle Wohldka und Oberstudiendirektor Thieme.**

bereitete Einsatz der Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte und Berufsschüler in Bremen hatte zwei Schwerpunkte: In der ersten Woche im Mehrzweckraum der Gewerblichen Berufsschule an der Kerschensteiner Straße und in der zweiten Woche in der Aula der Kaufmännischen Bildungsanstalten, Kirchheide, in Bremen-Nord.

Geboten wurden dabei in jeweils 1½ Stunden mehrmals täglich Vorträge und Filme, aus denen sich interessante Diskussionen ergaben, auf die besonders Wert gelegt wurde, um die Meinungen der Jugendlichen über den Zivilschutz kennenzulernen. Die Einstellung der Schüler war, abgesehen von wenigen kritischen Stimmen, durchaus positiv, da die durchgeführten Vorträge „Der Mensch in der Katastrophe“ Anregungen zur Vorsorge gegenüber Unfällen im Alltag, Naturkatastrophen, technisch bedingten Gefahren (z. B. Großbränden von Chemikalien) sowie anderen Not-situationen enthielten.

Zweiter Schwerpunkt war der Einsatz des Informations- und Ausstellungsbusses des BVS, der im gleichen Zeitraum in Bremen-Stadt im Berufsbildungszentrum eingesetzt war. Auch hier war die Resonanz der Jugendlichen zu Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes betont

bejahend. Viele Berufsschüler bedauerten, außer Erste-Hilfe-Lehrgängen in den Basisorganisationen kaum etwas über die Vorsorge-maßnahmen des Staates zu wissen. Hier gab der Ausstellungsbus mit zahlreichen Informationen den Jugendlichen Gelegenheit, sich einen Überblick zu verschaffen über Vorsorgemaßnahmen in der Bundesrepublik und über die Arbeit der Zivilschutzorganisationen in Ländern des Ostblocks. Erfahrene Mitarbeiter der FIBS mußten viele Fragen, insbesondere von technisch interessierten Berufsschülern, beantworten. Zwei ehrenamtliche Aufklärungshelferinnen der Dienststelle Bremen standen für die Dauer der FIBS in Bremen wie auch Bremen-Nord zusätzlich zur Besucherbetreuung zur Verfügung. Sie konnten zahlreiche Anmeldungen für Se-Grundlehrgänge entgegennehmen.

Fernsehen, Hörfunk und Presse haben über die gelungene Informations- und Werbeaktion des BVS, die in Zusammenarbeit mit der Landesstelle durchgeführt wurde, ausführlich berichtet.

## Jugend im Selbstschutz

Die Helfer des Se-Zuges 5 Bremerhaven führten im Freizeithaus ihres Stadtteils Leherheide eine Informationsveranstaltung über den Selbstschutz, verbunden mit einer kleinen Ausstellung, durch. Durch Verteilung von Handzetteln und Anschlag von selbstgefertigten Plakaten wurde darauf aufmerksam gemacht.

Am Abend hielten sich in dem Heim mehrere Gruppen Jugendlicher auf. Die jungen Leute wechselten häufig zwischen den einzelnen Räumen hin und her. Deshalb wiesen große Hinweispeile auf die „besondere“ Veranstaltung durch den BVS hin. Aus diesem Grunde blieb die Tür zum BVS-Raum auch ständig geöffnet. Der Blick der Vorbeikommenden mußte sofort auf einige große Stellwände fallen. An diesen zeigten Bilder den Dienstbetrieb des BVS und des Se-Zuges, 20 Fotovergrößerungen

wiesen auf Katastrophenfälle hin, andere zeigten, wie notwendig Rettungsmaßnahmen sind und wie Hilfeleistung möglich ist. In einem zweiten Raum hatte sich ein fester Zuhörerkreis von 20 Personen versammelt, denen die Filme „Die Antwort“ und „bombat-hem“ gezeigt und von BVS-Beratern und Aufklärungshelfern — alle Angehörige des Se-Zuges — Informationen über die Aufgaben und die Arbeit des BVS und der Se-Züge gegeben wurden. Der Abend war ein Erfolg, mit dem der BVS und die Helfer des Se-Zuges, alle im Alter von 15 bis 17 Jahren, vollauf zufrieden sein konnten.

R. M.

## Mitschüler informiert

Vier Schüler der Modersohn-Schule, Haupt- und Realschule, in Bremerhaven-Wulsdorf veranstalteten aus eigener Initiative eine BVS-Ausstellung, die ganz nach ihrem Geschmack gestaltet wurde und großen Anklang fand. Die Plakate auf den Stelltafeln, durch knallige Farben wirkungsvolle Blickfänge, wurden von



**Die Initiatoren der BVS-Ausstellung: (v. l.) Andreas Falkenberg, Heingünter Himme, Wolfgang Götte und Torsten Brun.**

den Schülern selbst entworfen und gemalt. Die Ausstellung wurde von der gesamten Schülerschaft mit Interesse besichtigt. Filmvorträge in der Aula der Schule waren gut besucht und führten zur Durchführung eines Se-Grundlehrganges mit 28 Schülern. Die Vier sind aktive junge Mitarbeiter der Dienststelle und Helfer im Se-Zug 1 in Bremerhaven-Wulsdorf.

-fr-



## Akzente für 1972

Im Januar führte die Landesstelle drei Seminare für hauptamtliche Dienststellenleiter und Fachbearbeiter sowie für ehrenamtliche Dienststellenleiter durch. Als zentrales Thema dieser dreitägigen Seminare stand die „VwV-Selbstschutz“ auf der Tagesordnung. Mitarbeiter der Landesstelle und der Landesschule erläuterten die auf künftige Aufgaben und Tätigkeiten des BVS bezogenen Abschnitte der VwV in allen Einzelheiten, denen sich jeweils lebhaft Diskussionen anschlossen.

Der Abschluß einer Diskussion ermöglichte es den Referenten, die aus der Diskussion hervorgetretenen Gedanken und Fragen aufzufangen und — gezielt auf den künftigen Dienstbetrieb der Dienststellen — die nun notwendige gedankliche Umstellung des bisherigen Ablaufes der Dienstgeschäfte einzuleiten. Den vorangegangenen theoretischen Ausführungen folgten inhaltsbezogene Themen, die in mehreren Arbeitsgruppen auf ihre praktische Anwendbarkeit im Dienstbetrieb diskutiert, erarbeitet und zusammengefaßt durch den Sprecher jeder Arbeitsgruppe dem gesamten Teilnehmerkreis des Seminars vorgetragen wurden. Auch hierbei fehlte es nicht an sachlicher und kritischer Mitarbeit der Zuhörer.

Im Hinblick auf die originäre Aufgabe unseres Verbandes „Öffentlichkeitsarbeit“ und die bereits vorher oben angesprochene notwendige Umstellung der Arbeit der Dienststellen auf ein ausgewogeneres Maß zwischen Öffentlichkeit und Ausbildung standen in der Gruppenarbeit vorwiegend Themen der Öffentlichkeitsarbeit zur Diskussion:

**Thema 1:** Öffentlichkeitsarbeit im politischen Raum (Parteien, parteigebundene Einrichtungen u. a.)

**Thema 2:** Öffentlichkeitsarbeit im vopolitischen Raum (Institutionen und Einrichtungen mit bestimmter Zielrichtung, Gewerkschaften u. a.)

**Thema 3:** Öffentlichkeitsarbeit nur unter Einschaltung der Presse

**Thema 4:** Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der Gewinnung der Frau für Aufgaben des ZS/Se

**Thema 5:** Planung und Durchführung von Schwerpunktveranstaltungen

(Ausstellungen, Tage der offenen Tür u. a.)

**Thema 6:** Der Se-Berater in der Gemeinde (Voraussetzung und Aufgaben)

In Verbindung mit den vorgenannten Themen wurden außerdem folgende Fragen behandelt:

„Einarbeitung von Mitarbeitern des BVS und deren Förderung“

„Gedanken über Maßnahmen zur Information und Meinungsbildung der Mitarbeiter in der Dienststelle“

„Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften, deren Bedeutung und Zweck“

„Wirtschaftliche und personelle Erwägungen bei der Erstellung der Planung von Veranstaltungen im Dienstbereich“

„Bedarf an Mitarbeitern des BVS in Gemeinden mit und ohne ZS-Abschnitten“

Die Ergebnisse dieses vielschichtigen Gedankenaustausches ließen erkennen, in welchem Umfang das KatSG und insbesondere die VwV-Selbstschutz in die geistigen Überlegungen bereits Eingang gefunden haben und daraus praktische Folgerungen für den Dienstbetrieb erkannt worden sind.

Die Ausführungen der einzelnen Gruppensprecher gaben deutliche Hinweise dafür, daß die Teilnehmer mit Eifer und ernsthaft bemüht waren, aus ihrer bisherigen Arbeitsmethode und aus der Thematik des Seminars neue Wege der künftigen Arbeit zu suchen und zu erkennen.

Eine von den Seminarteilnehmern dankbar aufgenommene Bereicherung waren die Ausführungen des Ltd.Min.Rats Dr. Freund zum Thema des Seminars aus der Sicht des Innenministeriums des Landes NW sowie eines Gastreferenten, des Studiendirektors A. Theysen aus Hildesheim, zum Thema „Gedanken zur geistigen Auseinandersetzung mit den Problemen der Zivilverteidigung“.

Die abschließende Zusammenfassung des Seminars ergab, daß die erste Hürde für eine neue Arbeitsweise in den Dienstbereichen des BVS mit Erfolg genommen wurde, jedoch weitere Seminare notwendig werden, die von Fall zu Fall jeweils ein spezielles Thema behandeln werden und letztlich dazu beitragen sollen,

die im KatSG festgelegte Position des BVS im öffentlichen Leben erreichen und sicherstellen zu helfen.

## Informationsreihe vor Pädagogen

Mit der Absicht, die Öffentlichkeitsarbeit weiter zu fördern, hat das Ordnungsamt der Stadt Bielefeld in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Lehrer zu einer Informationsveranstaltung unter dem Motto „Selbstschutzvorbereitungen und die Handhabung der Se-Geräte im Bereich der Schulen“ eingeladen. 125 Lehrkräfte und Aufsichtspersonen gaben ihre Zusage; in 8 Veranstaltungen wurden ihnen Zusammenhänge des Zivilschutzes und der Gebrauch und die Pflege der Selbstschutzgeräte in Wort und Bild erläutert.

Der jeweils dreistündigen Information folgte eine sachlich geführte Diskussion. Hierbei kristallisierte sich heraus, daß eine allgemeine Aufklärung für die gesamte Bevölkerung in Form eines Grundlehrgangs für zweckmäßig und notwendig erachtet wurde.

## Bernhard Ketteler beigesetzt

Nach kurzer, schwerer Krankheit ging Bernhard Ketteler von uns. Über sein Wirken als erster Landesstellenleiter bis September 1969 in Nordrhein-Westfalen, aber auch über die Grenzen des Landes hinaus, ist anläßlich der Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse und seiner offiziellen Verabschiedung aus den Diensten des BVS ausführlich berichtet worden. Der Verband hat eine Persönlichkeit verloren, welche den Aufbau und die Entwicklung dieses Verbandes maßgeblich beeinflusste und für die vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter in NW stets ein Leitbild war.

Nur so ist zu verstehen, daß alle Dienststellen bei seinem Heimgang vertreten waren. Die Mitarbeiter hatten noch einmal Gelegenheit, in der Kapelle des Kommunalfriedhofes von Gladbeck von ihm Abschied zu



nehmen. Eine große Trauergemeinde gab dem im Alter von 72 Jahren verstorbenen früheren Landesstellenleiter das letzte Geleit.

Entsprechend seinem Wirken in der Öffentlichkeit, besonders in Recklinghausen, folgten mit Oberbürgermeister Heinrich Auge, Bürgermeister Friedrich Gerstemeyer, Oberstadtdirektor Josef Legeland, Stadtdirektor Albert Jäger und dem Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Willi Winkelhake, bekannte Recklinghauser Kommunalpolitiker und führende Verwaltungsbeamte dem von Helfern des BVS getragenen Sarg.

Unter den Trauergästen sah man als Vertreter des Innenministeriums NW Ltd.Min.Rat Dr. Freund, außerdem den stellvertretenden Polizeipräsidenten Horst Obluda und den Leiter des Kreiswehersatzamtes, Regierungsdirektor W. Schwirdski, beide aus Recklinghausen. Die Bundeshauptstelle hatte ebenfalls eine Abordnung entsandt.

Am Grabe sprachen Worte ehrenden Gedenkens für den Verstorbenen der Rektor der Heinrichschule, Horst Gockeln, an welcher B. Ketteler lange Jahre Rektor war, und sein Nachfolger als Landesstellenleiter, Günther Kopsieker. Im Namen des Präsidenten des BVS, Oberstadtdirektor Heinz Robert Kuhn, und des erkrankten Direktors des BVS, Wolfgang Fritze, würdigte Landesstellenleiter Kopsieker noch einmal seine Verdienste um den Aufbau des BVS:

„Wir alle wissen, daß er nicht nur mitgewirkt hat, sondern daß der Aufbau in NW sein Werk ist. Er hat es immer wieder verstanden, Mitarbeiter durch sein persönliches Beispiel, durch sein Engagement, ohne Rücksicht auf sich, seine Familie und alle, die ihm folgten, mitzureißen und in den Bann seiner Persönlichkeit und damit seines Wirkens und Wollens zu ziehen.

Er war nicht immer ein bequemer Vorgesetzter; denn wie von sich selbst, so forderte er von allen Mitarbeitern das Letzte und das Äußerste. Und doch fand er immer wieder Zeit, sich der Kümernisse und Sorgen seiner Mitarbeiter anzunehmen und helfend einzugreifen, wo es ihm notwendig erschien.

Er hat uns Zeit seines Wirkens im BVS nie als Bedienstete einer Behörde betrachtet, sondern als seine ‚Kinder‘, die er zu äußerster Pflichterfüllung glaubte erziehen zu müssen, die er aber auch in schwierigen Zeiten



**BVS-Helfer tragen die sterbliche Hülle des ehemaligen Landesstellenleiters Bernhard Ketteler zu ihrer letzten Ruhestätte.**

durch sein Beispiel aufrichtete. Wir alle erinnern uns mit Freude — und von heute an mit Wehmut — auch der vielen frohen Stunden, die wir mit ihm verbringen durften.

Nur durch diese ihm eigene Mischung aus äußerer Härte und kameradschaftlichem Verstehen und Verhalten ist es ihm letztlich gelungen, die Landesstelle NW zu einer derartigen Leistungsspitze emporzuführen. Die Erfolge sprechen für sich.

Darum ist es für uns ein unfaßbarer Gedanke, daß Bernhard Ketteler nicht mehr sein soll. Bis zum letzten Moment seines rastlosen Lebens war er mit uns und unserem Anliegen beschäftigt. Und als er vor einem Jahr die Zügel aus der Hand gab, um endlich den längst verdienten Ruhestand zu genießen, tat er es mit einer gewissen Bitterkeit. Er konnte sich ein Leben ohne seine geliebte Arbeit, ohne den BVS einfach nicht vorstellen. Ich, als sein Nachfolger, werde es ihm immer danken, daß er er mir sein Vertrauen nie entzogen hat und mir immer mit Rat und Tat zur Seite stand.

Der BVS ohne Bernhard Ketteler! Ein Gedanke, an den wir uns alle erst gewöhnen müssen. Wir werden es versuchen. Vergessen aber werden wir Bernhard Ketteler in unseren Reihen nie.“

### **Henry-Moore-Ausstellung in Oberhausen**

Nach dem die Sonderausstellung „Henry-Moore“ mit gutem Erfolg der

Öffentlichkeit in Solingen vorgestellt worden war, bemühte sich die Stadt Oberhausen um die Ausstellung und konnte diese vom 20. Januar bis 20. April im Foyer des städtischen Theaters dem Bürger zeigen. Die Ausstellung wurde am 20. Januar um 11 Uhr durch den Hausherrn eröffnet. Anwesend waren: Mitglieder des Bühnensvereins, Vertreter der Stadt Oberhausen, Presse (beide am Ort erscheinenden Zeitungen), 3 Bildreporter; vom BVS waren erschienen: Vertreter der Bundeshauptstelle, der Landesstelle und der Dienststelle Oberhausen. Die Betreuung der Ausstellung wurde von der BVS-Dienststelle Oberhausen übernommen. Es wurden Mitarbeiter zur Verfügung gestellt, die in der Lage waren, mit den Besuchern der Ausstellung ein Kontaktgespräch zu führen und zusätzliche Fragen zu beantworten. Ferner wurden Falblätter überreicht, mit den wichtigsten Daten des Künstlers und seiner Werke.

Bei den 43 Theatervorstellungen im Ausstellungs-Zeitraum wurden 1000 Falblätter von den Besuchern mitgenommen. Nach Berichten und Feststellungen haben bei jeder Veranstaltung vor Beginn und in der großen Pause etwa 120 Personen von der Ausstellung Kenntnis genommen.

Die örtliche Presse berichtete in Wort und Bild positiv über die Ausstellung unter der Überschrift „Moore zeichnet den Menschen in Gefahr“ und „Dokumente des Krieges“.





## VHS behandelt Selbstschutz

Bei einem Lehrabend der Volkshochschule Grüningen in Verbindung mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem BVS wurden Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes behandelt. Da der Abend im Feuerwehrgerätehaus durchgeführt wurde, konnten neben Filmvorführungen auch praktische Übungen erfolgen. Über Katastrophen und Selbstschutz sprach der BVS-Beauftragte Bender. Er erläuterte auch den Umgang mit Feuerlöschern der verschiedensten Fabrikate. Weiter führte er u. a. aus, daß trotz staatlicher Zuschüsse und steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten nur sehr wenige Schutzräume erstellt würden. Selbst bei öffentlichen Bauten werde immer wieder die Einplanung von Schutzräumen vermißt.

## 20 Jahre Dienststelle Offenbach

Am 23. März jährte sich zum 20. Male der Tag, an dem mit der Selbstschutz-

arbeit in der Stadt Offenbach begonnen wurde. Damals errichtete der Allgemeine Luftschutz-Verband e.V. eine Kreisstelle in der Mainstadt. Sie wurde von Karl Formhals mit einem kleinen Mitarbeiterkreis gebildet und ging noch im gleichen Jahr in den Bundesluftschutzverband (BLSV) und später in den Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) über.

Viele Helfer aus der Zeit vor 20 Jahren stellen noch heute der BVS-Dienststelle Offenbach ihre wertvollen Erkenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung. Viele Offenbacher Bürger haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten Grundlehrgänge besucht und dabei gelernt, welche Schutzmaßnahmen bei Katastrophenfällen sinnvoll sind.

Für die Mitarbeiter waren es Jahre harter Arbeit, reich aber auch an psychologischen Belastungen. Aber Jahre vergehen, Aufgaben werden gewandelt, die Menschen jedoch leben mit der Zeit weiter.

G.Z.

## Fritz Schäfer †

Am 16. März starb Fritz Schäfer, langjähriger Helfer des BVS bei der Dienststelle Kassel, nach kurzer Krankheit unerwartet im Alter von 67 Jahren.

Fritz Schäfer war seit dem 31. Januar 1964 Helfer und seit 1965 Fachlehrer. Noch im Alter von 64 Jahren nahm er erfolgreich an der Rednerausbildung teil. Bis wenige Tage vor seinem Tode war er als Helfer in Ausbildung und Aufklärung für den Gedanken des Selbstschutzes tätig. In Arbeitsgemeinschaften bemühte er sich um die Weiterbildung junger Kräfte. Stets war er zur Mitarbeit im Rahmen seiner Möglichkeiten als Fachlehrer, Redner und zuletzt auch als Vertreter des Beauftragten im Abschnitt tätig. Im Kreis der Helfer war er beliebt, angesehen; seine Ratschläge wurden gerne aufgegriffen. Die Angestellten der Dienststelle Kassel und die Helfer werden Fritz Schäfer ein bleibendes Andenken bewahren.



Wir sprachen mit Heinrich Rösel, BVS-Dienststellenleiter in Kirchheimbolanden. „Der Selbstschutz ist ein Kernstück des Zivilschutzes“, so Rösel. „Die Praxis fängt schon im

Haushalt an, ganz zu schweigen von den Gefahren auf der Straße und am Arbeitsplatz. Darum lernen in Abendkursen Teilnehmer aus allen Bevölkerungskreisen und aller Altersklassen mit einfachen und alltäglichen Hilfsmitteln umzugehen.“

In den letzten Jahren wurden von der BVS-Dienststelle Kirchheimbolanden etwa 50 solcher 12stündiger Lehrgänge mit über 1 200 Teilnehmern aus dem Kreisgebiet durchgeführt. Darüber hinaus wurden mehr als hundert Aufklärungsvorträge in Schulen, vor Gemeinderäten, Frauenvereinen u. a. m. veranstaltet. Die Resonanz in der Bevölkerung für

Selbstschutzmaßnahmen ist gut. Im weiteren Verlauf des Gesprächs sagte Heinrich Rösel: „

Die mit vielen Gemeinden und Verbänden abgesprochenen Veranstaltungen lassen uns alle hoffnungsvoll in die Zukunft sehen.“ Heinrich Rösel wurde vor kurzem die Ehrennadel des Verbandes für seine besonderen Verdienste verliehen.

## Freundschaftswoche in Zweibrücken

„Echte Freundschaft bewährt sich in der Not“ war das Motto der Freundschaftswoche in Zweibrücken, die mit Musik, Unterhaltung, Geselligkeit und Spiel von Deutschen, Amerikanern und Franzosen gestaltet wurde.

Diesem Motto folgend, war für Freitag — am Tage der Zusammenarbeit — am Nachmittag eine Katastrophenschutzübung eingeplant, an der sich die Freiwillige Feuerwehr, das Technische Hilfswerk, das Deutsche

Rote Kreuz, der Bundesverband für den Selbstschutz sowie die Bundeswehr und die Polizei beteiligten. Als Übungslage war angenommen: Ein Tankfahrzeug mit Chlorgas ist mit einem Reisebus zusammengestoßen. Die Fahrer und etliche Reisende sind verletzt und müssen unter erschwerten Umständen geborgen werden.

Bei dieser Übung arbeitete die Rettungsstaffel des Selbstschutzzuges und das örtliche THW sowie die Laienhelferstaffel mit dem DRK eng zusammen. Die Versorgung der Verletzten und ihr Abtransport von der Verletztenablage erfolgte reibungslos durch Sanitätswagen.

Übungsteilnehmer und Zuschauer konnten feststellen, daß der Selbstschutz an Schnelligkeit den anderen Organisationen überlegen ist, weil die Helfer des Selbstschutzes sich stets unmittelbar am Schadensort befinden. Diese Erkenntnis wurde auch in einer abschließenden Besprechung des Katastrophenschutz Ausschusses klar herausgestellt.

J. S.



## Saarbrücker Silbergroshen für Hermann Kwapil

Eine Ehrung besonderer Art konnte die Landesstelle Saarland dem Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle Baden-Württemberg, Hermann Kwapil, aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem aktiven Dienst des Bundesverbandes für den Selbstschutz bereiten.

Im Rahmen einer Informationstagung für die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands im DGB, Ortsverwaltung Saarbrücken, die für 40 Funktionäre aus dem gesamten Saarland an der BVS-Schule in Birkenfeld durchgeführt wurde und in der Hermann Kwapil als Referent eingesetzt war, überreichte der ehrenamtliche Fachbearbeiter VI der Dienststelle Saarbrücken, Stadtverordneter Hans Simon, im Auftrag des Oberbürgermeisters und des Stadtrates der saarländischen Landeshauptstadt Hermann Kwapil den „Saarbrücker Silbergroshen“ mit Verleihungsurkunde.

Diese Nachprägung einer alten saarbrückischen Münze aus dem frühen Mittelalter, von der nur 300 Stück hergestellt wurden, wird Bürgern verliehen, die sich um die Stadt verdient gemacht haben.

Außer den Funktionären der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands nahmen an dieser kleinen Feier Landesstellenleiter Ernst Krakowsky und eine Anzahl BVS-Mitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit teil. Hermann Kwapil hatte vor diesem Kreis über den Auftrag des BVS zur Öffentlichkeitsarbeit gesprochen. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen mehrstündigen Vortrag würdigte Fachgebietsleiter Oskar Wachsmuth die vieljährige intensive Zusammenarbeit zwischen den Fachgebieten VI der Landesstellen Saarland und Baden-Württemberg insbesondere auf dem Gebiet der Rednerausbildung, die seinerzeit ihren Ausgangspunkt in der Bildungsstätte der Benediktinerabtei Tholey hatte. Zahlreiche BVS-Mitarbeiter aus Saarbrücken erhielten durch Hermann Kwapil ihre Ausrichtung für die Öffentlichkeitsarbeit und konnten dadurch wesentlich beim Aufbau des Verbandes und des Selbstschutzes in der Landeshauptstadt mitwirken. So hat sich Hermann

Kwapil mit seinen Bemühungen um BVS und Selbstschutz im Saarland den „Saarbrücker Silbergroshen als Honorar redlich verdient“, wie Stadtverordneter Hans Simon bei der Überreichung humorvoll bemerkt hatte.

Hermann Kwapil dankte sichtlich bewegt für die unerwartete Ehrung und bat den Stadtverordneten, seinen herzlichen Dank an den Oberbürgermeister der Stadt zu übermitteln. Er werde sich auch in Zukunft gern an die Zusammenarbeit mit den Saarbrückern erinnern.

## Für die „Lebenshilfe“ gesendet

**Homburg/Saar.** Nicht nur „immer dienstbereit“ sind die vielen uneigennütigen Helfer und Helferinnen des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Dienststelle Homburg; sie beweisen auch, daß sie für geistig behinderte Kinder eine offene Hand haben. Eine geraume Zeit lang sparten sie bei Zusammenkünften im vergangenen Jahr, um mitzuhelfen, daß diesen Kindern Ausbildungsbeihilfen beschafft werden können. Dafür überreichte K. Grobler im Namen seiner Helfer und Mitarbeiter an den Vorsitzenden des Vereins Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind, Rainer Trautmann, 125,— DM. Das schrieb der in Homburg/Saar erscheinende „Pfälzische Merkur“ in einem Bericht über eine Veranstaltung der BVS-Dienststelle Homburg/Saar, die als Kameradschaftsabend durchgeführt wurde. Dienststellenleiter Karl Grobler konnte außer seinen Helfern eine große Anzahl Gäste begrüßen. Mit dem Leiter der Landesstelle Saarland, Ernst Krakowsky, waren von der benachbarten Landesstelle Rheinland/Pfalz Landesstellenleiter Kunde und Fachgebietsleiter von der Heyden erschienen. Die Stadt Homburg war durch Amtsrat Hans Gradel vertreten, der die Grüße des Bürgermeisters als örtlichem Zivilschutzleiter überbrachte. Er dankte allen Aktiven für die geleistete Arbeit, nachdem Dienststellenleiter Grobler in seinem Leistungsbericht darauf hingewiesen hatte, daß 1971 45 Grundlehrgänge mit 741 Teilnehmern und 33 Fachlehrgänge mit 460 Teilnehmern durchgeführt wurden. Dazu kommen noch eine Reihe Veranstaltungen im

Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Nach der Überreichung eines Barschecks durch Dienststellenleiter Grobler an den Vorsitzenden der Lebenshilfe, Rainer Trautmann, bedankte sich dieser für seine Organisation.

## Könnte ein ZS-Weißbuch helfen?

In Frankreich sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, über die bisherigen Informationen über den Zivilschutz hinauszugehen, meint die Fachzeitschrift „Le Bulletin“ in einem Beitrag, der von „Yann le Breton“ unterzeichnet ist.

Ausgangspunkt dieser Überlegung ist die Tatsache, daß in anderen Ländern eine gezieltere Information der Öffentlichkeit erfolgt; beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland, in der jetzt ein Weißbuch über den Zivilschutz herausgebracht wird. Ein solches Weißbuch, so meint das Fachblatt, müsse auch in Frankreich herausgegeben werden. An Material mangle es auf keinen Fall — auch das Ergebnis der Meinungsumfrage über den Zivilschutz in Frankreich habe gezeigt, daß die Öffentlichkeit für bessere Informationen durchaus aufnahmefähig sei. Weitere Arbeitsunterlagen seien der „Pelabon“-Bericht, die vorliegenden Berichte der Zivilschutzkommission, die von der Fachpresse verbreiteten Studien und nicht zuletzt auch die Veröffentlichungen der deutschen und schwedischen Zivilschutzorganisationen.

## Personalien

**Saarbrücken.** BVS-Rednerin Ingeborg Both, Schwalbach/Saar, wurde als ehrenamtliche Leiterin des Fachgebietes Frauenarbeit der BVS-Landesstelle Saarland berufen. Ingeborg Both ist seit 1965 im BVS als Mitarbeiterin, vorwiegend in der Öffentlichkeits- und Frauenarbeit tätig. **St. Wendel:** Frau Gisela Appel, Neunkirchen-Wellesweiler, Rednerin im BVS, Mitarbeiterin in der Öffentlichkeitsarbeit seit 1969, wurde als ehrenamtliche Frauensachbearbeiterin für den Bereich der Dienststelle St. Wendel berufen.



## IFA-Information für alle

Der Bezirkspersonalrat gibt seit einiger Zeit eine eigene Information — IFA — für die BVS-Bediensteten der Landesstelle Baden-Württemberg heraus.

Manch einer mag bei Erhalt der ersten IFA gedacht haben: Wieder ein Rundschreiben, wieder neues Papier zum Ablegen. In der Zeit des Erscheinens hat sich eine gewisse „Layout Form“ herausgebildet. Jede IFA beginnt mit Ausführungen über das „Personalvertretungs-Gesetz“. Da erfährt man u. a. etwas über die Aufgaben des Personalrates, über dessen Bestellung, seine Größe u. a. m.

Es gibt Erklärungen darüber, was im Sinne des Gesetzes eine Dienststelle ist. Wahrscheinlich ist für manche Mitarbeiter neu, daß zur Belegschaft einer Dienststelle nicht nur die Angestellten und Arbeiter, sondern auch die öffentlich-rechtlichen Beamten gehören. Stufenvertretungen, Hauptpersonalrat, Bezirkspersonalrat, Personalrat — Worte, die jedem geläufig sind, vielfach aber kaum genau definiert werden können, werden erläutert. Dazu dient besonders ein ausgezeichneter Schemaplan über die „Personalratswahl“. Dieser Plan gibt auch darüber Auskunft, was für Wahlmethoden üblich sind.

Eine andere IFA-Ausgabe behandelt Bestimmungen über die vorgeschriebenen Niederschriften, die vor allem gefaßte Beschlüsse enthalten müssen. Daß dies nur in „formellen“ Personalratssitzungen und nicht in „unformellen“ Zusammenkünften durchzuführen ist, erfährt man so nebenher. Und dann wird es juristisch: „Die Niederschrift ist Privaturkunde im Sinne des § 416 ZPO und Urkunde gemäß § 267 StGB.“

Viel Kopfzerbrechen bereitet anscheinend den Mitgliedern des Personalrats die Arbeitszeitregelung, denn drei Seiten werden diesem Problem gewidmet.

Eine andere Rubrik der IFA heißt: Was war im Bezirks-Personalrat los? Hier wird mit wenigen Sätzen über das Programm der letzten Sitzung berichtet. Da heißt es nicht nur: Laufende Personalangelegenheiten,

etwas detaillierter wird gesagt: Es wurden Beschlüsse über Neueinstellungen und Versetzungen gefaßt. Oder: „Verschwiegenheitspflicht gem. § 60 des PVG“, „Dienstreisen von Vertretern der BPR“, „Der neue Aktenplan“ usw. So kann sich jeder Bedienstete etwas unter den Aufgaben des BPR und seiner Tätigkeit vorstellen.

Eine weitere Rubrik heißt — wie könnte es anders sein —: Geburtstagskinder. Mit vielen Wünschen für das neue Lebensjahr wird der Geburtstagskinder des Monats gedacht.

Weiter gibt es „Personelles“. Versetzungen, Neueinstellungen, Entlassungen, Ausscheiden aus dem Dienst. Da diese Fälle nicht ständig vorkommen, ist diese Rubrik nur selten im IFA zu lesen.

Dafür kommt regelmäßig — wie in jeder Zeitschrift — „Sonstiges“. Hier werden Hinweise auf besonders lesenswerte Artikel in den eigenen Zeitschriften gegeben, Bücher besprochen, sogar eine Verdeutschung der in einem Artikel der ZV gebrauchten Fremdwörter (1 Seite) wird gebracht. Jeder Bedienstete bekommt die IFA monatlich. Er wird dadurch eingehend über alles informiert, was der Bezirkspersonalrat tut und kann auch selbst Vorschläge anbringen. Die früher vorgefaßte Meinung, daß es sich um etwas Überflüssiges handelt, wurde längst Lügen gestraft.

Der Bezirkspersonalrat hat sich etwas Gutes einfallen lassen.

Kw

## Arbeitstagung mit Bürgermeistern

Die innere Sicherheit unseres Landes, verbunden mit den Aufgaben der Selbsthilfe und des Selbstschutzes, bildeten das Hauptthema einer Fachtagung des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Appenweier. Um die Sicherheit unserer Bürger im freiheitlichen Rechtsstaat zu garantieren, sei auch das Bekenntnis aller zu unserer Demokratie erforderlich. Dies sei die Grundvoraussetzung, die unsere Gesellschaftsordnung garantiere, betonte Oberstleutnant Freiherr von Rotberg (Achern).

Zu Beginn einer Arbeitstagung der BVS-Dienststellen Bühl und Kehl stellte Dienststellenleiter Viebeg (Kehl) die Freiwilligkeit des Selbstschutzes heraus, er hoffe daher auf ein größeres Verständnis über dessen Notwendigkeit in der Bevölkerung. Regierungsassessor Dr. Scholz überbrachte die Grüße von Landrat Dr. Großmann (Bühl) und gab einen Überblick über die Aufgaben des Landratsamtes im Rahmen des Katastrophenschutzes.

Die Landesstelle des BVS in Baden-Württemberg übermittelte ihre Grüße durch den Leiter des Bezirks Südbaden, Stalter. Dienststellenleiter Büchner (Bühl) freute sich, zahlreiche Bürgermeister aus den Gemeinden der Kreise Bühl und Kehl begrüßen zu können. Er verband seine Worte mit der Hoffnung, daß die Tagung neben vielfältigem Fachwissen auch Kontakte vermitteln möchte.

Über die Aufgaben der Beauftragten und Berater des Selbstschutzes und die Zusammenarbeit mit der örtlichen Gemeindeverwaltung sprach Bezirksstellenleiter Hainacker (Nordbaden).

Die anschließende Diskussion brachte die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz nochmals klar zum Ausdruck.

Landrat Schäfer (Kehl) dankte den freiwilligen Mitarbeitern des BVS für ihre Tätigkeit zum Wohle der Gesellschaft. Eine besondere Angelegenheit schien ihm, seinen Dank hierfür an die Dienststellenleiter Viebeg (Kehl) und Büchner (Bühl) zu übermitteln.

Über die „Sicherheit des Bürgers im freiheitlichen Rechtsstaat“ referierte Oberstleutnant Freiherr von Rotberg (Achern). Um die innere Sicherheit in einer Demokratie zu gewährleisten, sei eine Mitverantwortung aller in allen Fragen unserer Gesellschaftsordnung notwendig. Immer mehr sei eine Flucht der Menschen aus der politischen Verantwortung zu verzeichnen.

Jeder poche zwar auf seine Rechte, die ihm die Demokratie gewährt, von der Wahrnehmung seiner Pflichten wolle er jedoch nichts wissen.

Anstelle des Bundestagsabgeordneten Jung (FDP) machte sein Parteifreund



Zipf (Offenburg) ergänzende Ausführungen zu dem Thema der inneren Sicherheit. Er zeigte dabei die verschiedenen Maßnahmen auf, die die Bundesregierung für die innere Sicherheit durchführt.

Nachmittags sprach Dienststellenleiter Büchner über die Notwendigkeit einer Ortsbeschreibung in den Gemeinden über alle Dinge, die im Falle einer Katastrophe berührt oder notwendig werden können. Sie muß Angaben über die Lage und Beschaffenheit der Gemeinde, die Versorgungseinrichtungen, die Bevölkerung, die Klimaverhältnisse usw. enthalten.

Bezirksstellenleiter Stalter (Freiburg) beendete die Tagung, über deren positives Ergebnis sich alle Teilnehmer einig waren.

### **Aller Anfang ist schwer!**

Im Januar und Februar führte die BVS-Dienststelle Ulm je einen Selbstschutz-Grund- und BVS-Einführungslehrgang für Selbstschutz-Beauftragte und Berater aus den Gemeinden des Landkreises Ulm durch. Unter den insgesamt 43 Teilnehmern war diesmal auch eine Frau. Sie alle waren durch den zuständigen Gemeinderat und den Bürgermeister als Selbstschutzbeauftragte im Rahmen der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung ernannt worden.

In den Lehrgängen stand u. a. das Thema der Öffentlichkeitsarbeit auf dem Programm. Da der Altersunterschied bei den Zuhörern rund 40 Jahre betrug, mußte der Vortragende versuchen, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Gilt es doch neben der Aufgabe und Zielsetzung auch allgemeine Grundsätze der Menschenführung herauszuarbeiten. Hierzu gehört in erster Linie, sich selbst zu erkennen. Des weiteren muß man versuchen, mit dem anderen ins Gespräch zu kommen. Wer aufklären will, der muß dem Mitmenschen entgegenkommen. Er muß den Anfang machen.

Wer sich der Öffentlichkeitsarbeit verschrieben hat, sollte stets seine Umwelt beobachten.

Weiter ist es notwendig, mit „seiner“ Materie vertraut zu sein. Die Gewißheit, Rede und Antwort stehen

zu können, gibt Sicherheit und Selbstvertrauen.

Man wird in einem Gespräch nach dem beurteilt, was man sagt und wie man es sagt. Hier gilt es für den einzelnen, sich zu schulen, so daß man zur rechten Zeit auch das rechte Wort bereit hat.

Unverzeihlich ist es, sich das Mäntelchen des Besserwissenden umzuhängen. Wer überzeugen will, muß auf seinen Gesprächspartner eingehen.

Aber hier gilt, wie bei so vielen Aufgaben: „Übung macht den Meister!“  
barlow

### **MdB besucht Dienststelle**

Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Innenausschusses und Angehöriger des BVS-SPD-Ausschusses Klaus Konrad hatte seinen Besuch der BVS-Dienststelle Heilbronn durch Stadtrat Großhans ankündigen lassen. So konnte BVS-Dienststellenleiter Ewald Naujoks am Dienstag, 8. März, zu dem vereinbarten Termin beide Herren empfangen.

Nach einer Begrüßung der Bediensteten legte der Gast das Anliegen seines Besuches dar. Als Sachkenner des BVS und seiner Aufgabenstellung beabsichtige er, auch einmal außerhalb seines Wahlkreises einer BVS-Dienststelle sein Interesse zu widmen, um sich im direkten Gespräch zu informieren.

In einer dann folgenden mehr als zweistündigen Aussprache konnte der Dienststellenleiter zunächst seinerseits eine Reihe Anliegen vortragen. Als erstes Problem hob Naujoks den unzureichenden Gesamtetat für Zivilverteidigung hervor. Hierbei seien, in Anbetracht der Aufgabenstellung, unausgewogene Relationen zwischen ziviler und militärischer Verteidigung festzustellen. Als Folge hieraus ergibt sich, daß Dienststellen mit weiträumigen Dienstbereichen — wie Heilbronn — personell unzureichend ausgestattet sind. Zu der gegenwärtigen hauptamtlichen Besetzung der Dienststelle mit einem Leiter, einem Facharbeiter und einer Schreibkraft gehören außerdem rund 130 ehrenamtliche Fach- und Sachbearbeiter, Redner, Berater, Fachlehrer, Se-Lehrer, Ausbildungs- und Aufklärungshelfer. Selbst bei voller Ausschöpfung von Bereitschaft und verfügbarer Zeit der Mitarbeiter

dürften Engpässe in der Erfüllung des Auftrages „Information“ als auch in der Ausbildung der Bevölkerung entstehen. Eine personelle Erweiterung um eine fahrbare Ausbildungsstelle sowie einen fest angestellten Geräteverwalter, gleichzeitig Se-Lehrer, wäre zwingend notwendig. Die Dienststelle verfügt über keine Dienstfahrzeuge und ist auf Privatfahrzeuge, insbesondere die von Mitarbeitern, angewiesen.

Ein weiteres Anliegen lag in dem Hinweis, daß die Aufklärungstätigkeit in der Bevölkerung heute noch zum Teil auf Unverständnis und Gleichgültigkeit stoße. Eine Weckung größerer Bereitschaft zum Selbstschutz sollte seitens der Bundesregierung erfolgen.

Neben den zu seiner Kenntnis gebrachten Nöten, Sorgen und Problemen zeigte der Politiker für die erbrachten Leistungen der Dienststelle reges Interesse. So beeindruckten ihn die kontinuierlich gesteigerten Leistungen der letzten Jahre, die sich z. B. mit 108 Aufklärungsveranstaltungen mit 3 790 Besuchern, 1 Ausstellung (105 000), 62 Se-Grundlehrgängen (1 223), 9 Fachlehrgängen (138), 40 Fachl. Unterrichtungen (1 077) und 2 Arbeitsgemeinschaften (18) in den Halbjahresberichten 1971 widerspiegeln.

Während einer kurzen Besichtigung des Ausbildungsgerätes und der Ausrüstung der Se-Züge ergab sich der Hinweis, daß die Dienststelle über die personelle Besetzung von 3 kompletten Zügen verfügt. Die Tatsache, daß so viele junge Leute ihre Bereitschaft zum Selbstschutz unter Beweis stellen, wurde anerkennend vermerkt. Hinzufügend bemerkte Naujoks, daß sich auch in der Zusammenarbeit mit den Organisationen keinerlei Schwierigkeiten ergäben; besonders gut und fruchtbar seien die Kontakte zum erweiterten Katastrophenschutz der Stadt.

### **„Laienhilfe“ praktiziert**

Anfang des Jahres war es ein ABC-Lehrgang, jetzt ein Lehrgang „Laienhilfe“, der bei der Polizei in Baden-Baden durchgeführt worden ist. Alle Teilnehmer, auch der Selbstschutzbeauftragte Polizeiobermeister Helmut



Schababerle, waren sehr zufrieden und äußerten sich lobend über die Durchführung der Lehrgänge.

BVS-Dienststellenleiter Müller hat die Lehrgänge vorbildlich vorbereitet.

Polizeirat Horst Karusseit unterstrich bei einer Eröffnungsrede die große Bedeutung des Selbstschutzes in Katastrophenfällen aller Art.

Eine praktische Übung zum Abschluß des Lehrganges gab den Teilnehmern Gelegenheit zu zeigen, was sie im Lehrgang gelernt haben. „Unfallopfer“ — von Angehörigen des Jugendrotkreuzes dargestellt — wurden fachgemäß behandelt, abtransportiert und versorgt. Alles klappte wie gelernt.

Drei Stunden nach Beendigung des Lehrganges hatten zwei Lehrgangsteilnehmer Gelegenheit, ihre Kenntnisse anzuwenden. Bei einem Groß-

feuer halfen sie, zwei bettlägrige alte Frauen aus brand- und einsturzgefährdeten Häusern zu bergen.

Polizeirat Karusseit überzeugte sich selbst vom Erfolg des Lehrganges und dankte den Karlsruher BVS-Bediensteten für die Durchführung dieser beiden ausgezeichneten Fachlehrgänge.

Kw

### Neuer Anfang

Die in der Realschule Titisee-Neustadt gelagerten Geräte für einen Selbstschutzzug mußten verlagert werden.

Es war nicht leicht, einen geeigneten Raum zu finden; schwerer noch eine „Mannschaft“, die bereit war, sich im Brandschutz, in der Bergung und in der Laienhilfe ausbilden zu lassen. Durch die Initiative einiger Bürger angeregt, konnte Kreisverordneter Bernhard Tritschler, der gleichzeitig Zugführer ist, in Verhandlungen mit der Stadtverwaltung erreichen, daß die gesamte Ausrüstung im „Bierhäusle“ untergebracht werden konnte.

19 Helfer haben sich für die Ausbildung gemeldet. Stadtrat Brunner begrüßte diese Bürgerinitiative. Der Selbstschutzzug untersteht direkt dem Bürgermeister und kann bei Katastrophen eingesetzt werden. Die Helfer in Titisee-Neustadt werden alles tun, um bald einen guten Ausbildungsstand zu erreichen.

## Bayern



### Regierungspräsident geehrt

Bei der Ehrung von Förderern und verdienten Mitarbeitern im kleinen Sitzungssaal der Regierung der Oberpfalz in Regensburg trat Regierungspräsident Dr. Ernst Emmerig nicht nur als Hausherr in Erscheinung, er empfing aus der Hand des Landesstellenleiters Freiherrn von Leoprechting auch das BVS-Ehrenzeichen mit offenem Blattkranz. Wenn in der Laudatio davon gesprochen wurde, daß Dr. Emmerig den BVS nicht nur bei den Landräten und Bürgermeistern unterstützte, sondern auch durch sein Auftreten im Rahmen von Veranstaltungen des BVS, so muß hier vor allem die Selbstschutzwoche erwähnt werden, die im Oktober 1964 in Anwesenheit des damaligen Bundesinnenministers Hermann Höcherl in Regensburg stattfand. Ähnliches ist von Regierungsdirektor Ernst Wirner zu sagen, der als Referatsleiter der Regierung der Oberpfalz für Zivilschutzfragen stets bemüht ist, den BVS zu unterstützen und zu fördern.

Gleichzeitig wurden drei ehrenamtliche Helfer des BVS geehrt. Der Bauunternehmer Karl Dinkel, der seit 18 Jahren für den BVS tätig ist, hat sich als Stadtrat und auch als Bürgermeister um die Sicherheit der

Bevölkerung Verdienste erworben. Trotz seiner 65 Jahre ist er noch heute als Bauberater unermüdlich tätig. Als frühere Kreisstellenleiter und jetzige Beauftragte erhielten Karl Pfennig (Tirschenreuth) und Bernhard Bonke (Eschenbach) das BVS-Ehrenzeichen. Beide sind bereits seit 1956 für den Verband tätig. Karl Pfennig brachte es durch seine guten Beziehungen zu Behörden, Schulen, Vereinen und Organisationen zuwege, daß der Selbstschutzzug von Waldsassen nicht nur personell besetzt werden konnte, sondern auch eigene Räume bekam. Die gleichen Verdienste erwarb sich Bernhard Bonke durch seine guten Beziehungen um den Selbstschutzzug der Stadt Auerbach.

### Helferehrung in Augsburg

Besonders feierlich verlief eine Feierstunde in den Räumen der Bezirksstelle Schwaben, in deren Rahmen zwei langjährige, verdiente Mitarbeiter des BVS von Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting mit dem Ehrenzeichen des Verbandes ausgezeichnet wurden. Regierungspräsident Dr. Frank Sieder fand in seiner Ansprache Worte des Dankes und der Anerkennung für das Wirken



Von links: Frhr. v. Leoprechting, Heinz Schmiedel, Regierungspräsident Dr. Frank Sieder, Franz Nemetz und Bezirksstellenleiter Eduard Frenz.

der ehrenamtlichen Kräfte des BVS in Stadt und Land. Zu der Feierstunde, in der man des 20jährigen Bestehens des BVS gedachte, hatte Bezirksstellenleiter Frenz jene ehrenamtlichen Helfer aus dem Schwabenland geladen, die seit vielen Jahren für einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung tätig sind. Als erster erhielt der Verwaltungsangestellte i. R. Franz Nemetz das Ehrenzeichen als Anerkennung für gut 16 Jahre unermüdlichen und erfolgreichen Schaffens als Leiter der Kreisstelle Nördlingen und jetziger Beauftragter.

Aus Mindelheim kommt der zweite Helfer, der 15 Jahre seines Lebens der Gemeinschaftsausgabe „Selbstschutz der Zivilbevölkerung“ gewidmet hat. Von 1957 bis 1968 war er Leiter der Kreisstelle Mindelheim und wirkt seitdem als Beauftragter.



# Veranstaltungs-Kalender

## I. Informationsseminare für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

(Allgemeine Information über Aufgaben und Ziele der Zivilen Verteidigung.)

V.-Nr.			
51		13.	— 16. 6.
57		27.	— 30. 6.
63		22.	— 25. 8.
69		5.	— 8. 9.
79		26.	— 29. 9.
86		10.	— 13. 10.
90		24.	— 27. 10.
94		7.	— 10. 11.
100		28. 11.	— 1. 12.
103		5.	— 8. 12.

## II. Veranstaltungen (Fach- bzw. Fortbildungslehrgänge, Arbeitsseminare und -tagungen) für hauptamtlich Bedienstete und Helfer des BVS.

V.-Nr.			
48	Arbeitsseminar „BVS-Redner“	6.	— 9. 6.
49	Arbeitsseminar „Dienststellenleiter“	6.	— 9. 6.
50	BVS-Fachlehrgang Bergung	6.	— 9. 6.
52	BVS-Fachlehrgang Brandschutz	13.	— 16. 6.
53	Arbeitsseminar „Dienststellenleiter“ (ha) — 71 —	20.	— 23. 6.
54	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	20.	— 23. 6.
55	Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	20.	— 23. 6.
56	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil II	27.	— 30. 6.
58	BVS-Fachlehrgang Bergung	27.	— 30. 6.
59	BVS-Fortbildungslehrgang Redner	27.	— 30. 6.

### Ferien

60	BVS-Fachlehrgang „Weiterführende BVS- und Se-Ausbildung“	22.	— 25. 8.
61	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	22.	— 25. 8.
62	BVS-Fachlehrgang Dienststellenleiter	22.	— 25. 8.
64	BVS-Fachlehrgang Redner	29. 8.	— 1. 9.
65	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil I	29. 8.	— 1. 9.
66	Arbeitsseminar „Weiterführende Se-Ausbildung“ (72)	29. 8.	— 1. 9.
67	BVS-Fachlehrgang Bergung	5.	— 8. 9.

68	Arbeitsseminar „Fachbearbeiter (ha) der BVS-Dienststellen“ (72)	5.	— 8. 9.
70	BVS-Fachlehrgang Brandschutz	12.	— 15. 9.
71	Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	12.	— 15. 9.
72	Arbeitsseminar „Weiterführende Se-Ausbildung“ (72)	12.	— 15. 9.
73	Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	19.	— 22. 9.
74	BVS-Fortbildungslehrgang Redner	19.	— 22. 9.
75	BVS-Fachlehrgang „Weiterführende BVS- und Se-Ausbildung“	19.	— 22. 9.
76	Arbeitsseminar „Rhetorik“	26.	— 29. 9.
77	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil II	26.	— 29. 9.
78	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	26.	— 29. 9.
80	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner	3.	— 6. 10.
81	BVS-Fachlehrgang Brandschutz	3.	— 6. 10.
82	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil I	3.	— 6. 10.
83	Fachlehrgangsreihe BVS-Fachlehrer für ha Bedienstete, Teil I (nach näherer Weisung)	10.	— 27. 10.
84	Arbeitsseminar „Dienststellenleiter“	10.	— 13. 10.
85	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil II	10.	— 13. 10.
87	Arbeitsseminar „Fachbearbeiter (ha) der BVS-Dienststellen“ (72)	17.	— 20. 10.
88	BVS-Fachlehrgang „Weiterführende BVS- und Se-Ausbildung“	24.	— 27. 10.
89	BVS-Fachlehrgang „Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde“	24.	— 27. 10.
91	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	7.	— 10. 11.
92	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil I	7.	— 10. 11.
93	BVS-Fachlehrgang Dienststellenleiter	7.	— 10. 11.
95	Arbeitsseminar „Rhetorik“	14.	— 17. 11.
96	Fortbildungslehrgang BVS-Redner	14.	— 17. 11.
97	Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	14.	— 17. 11.
83	Fachlehrgangsreihe BVS-Fachlehrer für ha Bedienstete, Teil II (nach näherer Weisung)	28. 11.	— 15. 12.
98	BVS-Fachlehrgang „Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde“	28. 11.	— 1. 12.
99	Arbeitsseminar „Weiterführende Se-Ausbildung“ (72)	28. 11.	— 1. 12.
101	Arbeitsseminar „Leiter und Lehrer BVS-Schulen“	5.	— 15. 12.
102	BVS-Fachlehrgang Dienststellenleiter	5.	— 8. 12.
104	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner	12.	— 15. 12.

Bei Interesse für die Teilnahme an „Informationsseminaren für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ wird um Anmeldung mit Angabe der Veranstaltungsnummer bei der zuständigen Dienststelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz gebeten.





## Bundesverdienstkreuz für den Seenotretter vom Dienst

Das Bundesverdienstkreuz heftete Lindaus Oberbürgermeister Josef Steuer dem 60 Jahre alten Alfons Baldischweiler an die Brust. Die reichen technischen Erfahrungen des in Konstanz als Bademeisterssohn



**Alfons Baldischweiler (l.) nach der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes. Neben ihm THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. S. Schwarz, THW-Ortsbeauftragter W. Harder und Lindaus Oberbürgermeister J. Steuer.**

geborenen Meisters Baldischweiler, der seit 1955 dem THW angehört, haben wesentlich dazu beigetragen, daß die THW-Gruppen am bayerischen Bodenseeufer heute schlagkräftige Mannschaften haben, die notfalls jederzeit bereit sind, helfend und rettend einzuspringen. Schon seit Jahren trägt das THW-Sturmboot seinen Namen „Baldi“ am Bug. Es scheint geradezu ein Hobby des biedereren Handwerksmeisters zu sein, in Seenot geratene Wassersportler aus dem nassen Element zu fischen. 35 Menschen rettete er vor dem sicheren Tod im aufgewühlten Bodenseewasser. Und mit Dutzenden von Einsätzen bei Sturm, Regen und Schnee hat er in den letzten 20 Jahren eine große Zahl gekenterter, havariierter oder manövrierunfähiger Boote an die Leine genommen und sicher in den nächsten Hafen geschleppt.

Baldischweiler ist am internationalen Bodensee weithin als „Retter in letzter Minute“ bekannt. Doch auch als Segler hat er einen Namen, gehörte er doch schon zweimal der Besatzung des Siegerbootes bei der Nachtregatta um das Blaue Band des Bodensees an, und noch mancher Preis zierte seine Wohnung. Neben der höchsten

THW-Auszeichnung und der goldenen Medaille der Wasserwacht besitzt der drahtige Mann auch die Seenotplakette des „Internationalen Bodensee-Motorboot-Verbandes“.

## Das THW gratuliert

Wenn Will Klüser am 16. Juni seinen 60. Geburtstag feiert, darf er an diesem Tage Rückschau halten auf fünfzehn schaffensreiche Jahre im Dienst des Technischen Hilfswerks. Als Übermittler unserer Grüße und Glückwünsche aus zweifachem Anlaß wählen wir daher die blauen Blätter des Helfer-Magazins, denn an der grafischen Gestaltung des Vorschriftenteiles hat Will Klüser allmonatlich wesentlichen Anteil. Ausbildung als Reklamemaler, mehrjähriges grafisches Studium und Studium im Hochbau, Beschäftigung als Werbungstechniker bei der Bausparkasse Aachen sowie Anstellung als Planungstechniker bei der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland zeichnen seinen Berufsweg bis zur Einberufung zur Wehrmacht im Jahre 1942.

Nach der Entlassung aus Kriegsgefangenschaft 1947 erfüllt sich sein Berufsleben zunächst als freischaffender Grafiker, bis er am 1. Juni 1957 in den Dienst des damals noch jungen THW tritt.

Seither verläßt kaum ein Merkblatt, Werbeprospekt und keine Dienstvorschrift des THW das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, ohne den persönlichen Stempel Will Klüfers zu verraten. Öffnen sich die Schränke in seinem Arbeitszimmer, so beein-



druckt die Fülle des von seiner Hand gefertigten Materials, Zeuge fünfzehn arbeitsreicher Jahre, das freilich nicht in allen Fällen den Weg zu den Helfern gefunden hat.

„Ich fühle mich dem Helfer verantwortlich!“ — Mit diesem Leitspruch greift Will Klüser jede neue Aufgabe im Bereich des Referates „Ausbildung und Einsatz (THW 3)“ an.

## Nachrufe

Am 23. April verstarb plötzlich und unerwartet unser Kamerad und Helfer  
Heinz Schaefer

kurz nach Vollendung seines 57. Lebensjahres.

1960 trat er als Helfer in unseren Bezirksverband ein und hat sich während der Flutkatastrophe in Hamburg im Februar 1962 voll eingesetzt. Während des 2. Weltkrieges als Offizier und dann seit 1960 als THW-Helfer hat er immer in allen Lagen seinen Mann gestanden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Bezirksbeauftragte für Hamburg-Altona

Am 29. April 1972 ist Schlossermeister  
Josef Hellmann

geboren am 4. 10. 1898, verstorben. Hellmann war Mitbegründer des OV Hamm des THW und hatte die Mitgliedsnummer 2. Er gehörte seit 1924 der TN an und war zuletzt deren Leiter in Hamm. Bis vor zwei Jahren hat Josef Hellmann noch aktiv am Geschehen des OV Hamm teilgenommen.



An den Folgen eines Verkehrsunfalls verstarb der 21 Jahre alte THW-Helfer Wolfgang Rathgeb. Die Helfer des KS Ellwangen gaben ihrem Kameraden Wolfgang Rathgeb das letzte Geleit.





## Abgeordnete beim THW

Nachdem bereits im März 1968 eine Delegation der CDU-Fraktion und im September 1968 Mitglieder der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft der Einladung des THW-Landesbeauftragten gefolgt waren, besuchten am 23. März einige Abgeordnete der FDP-Fraktion das THW, um sich mit den Problemen und Einrichtungen des Technischen Hilfswerkes vertraut zu machen. Zunächst begrüßte der Landesbeauftragte, Ing. (grad) Trautvetter, die Gäste, und informierte sie in Form eines Kurzvortrages über die Geschichte des THW: seine Entstehung, innere Organisation und seine Aufgaben im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes. Er erwähnte dabei, daß bisher in Tausenden von Einsätzen im In- und Ausland mehrere Millionen Einsatzstunden von den THW-Helfern geleistet wurden. Ein kurzer Bericht über die Ausrüstung und Ausstattung des LV Hamburg schloß sich an.

Danach wurde der Film „Der Bundespräsident beim THW in Dortmund“



Die Herren Troitzsch, Escherich, Schroth und Weber (verdeckt) hören interessiert zu, was ihnen der THW-Mitarbeiter erklärt; rechts der THW-Landesbeauftragte.

vorgeführt.

Nachdem die Herren der FDP auch die Unterkunftsräume des der LB-Dienststelle benachbarten Bezirksverbandes Hamburg-Nord besichtigt hatten, ging es mit einem Dienst-Kfz. zum Heidberg. Dort wurde den Gästen die THW-Zentralgarage gezeigt; außerdem hatten sie Gelegenheit, sich über die beim LV Hamburg vorhandenen Einsatzfahrzeuge und Großgeräte eingehend zu informieren.

Zum Abschluß des Besuches wurden in der Unterkunft des BV Hamburg-Nord Fragen der FDP-Abgeordneten

beantwortet. Die Gäste wollten z. B. wissen, welche Motive junge Menschen veranlassen, Helfer im Technischen Hilfswerk zu werden.

Viele — so wurde ihnen gesagt — interessieren sich für die Technik, sie arbeiten gerne mit technischen Geräten; andere suchen das Zusammensein mit Gleichgesinnten, das Erleben der Kameradschaft bei Übungen mit Zeltlagern, bei Technischen Hilfeleistungen und THW-Einsätzen. Aber auch das Motiv des Helfen-wollens spielt sicher keine geringe Rolle, wenn sich jemand entschließt, ins Technische Hilfswerk einzutreten. Noch viele andere Fragen wurden diskutiert, bevor sich die Herren der FDP-Fraktion verabschiedeten.

Auch an dieser Stelle sei den Parlamentariern noch einmal für ihren Besuch beim THW gedankt. Hoffentlich hat es ihnen gefallen. Die Hamburger THW-Helfer würden sich jedenfalls freuen, wenn sie von Abgeordneten — selbstverständlich aller Fraktionen — möglichst häufig bei ihren Ausbildungs- und Übungsveranstaltungen besucht würden.

# RHEINLAND-PFALZ



## Neuer THW-Ortsverband sehr aktiv

Der am 19. 11. 1971 neu gegründete Ortsverband Hermeskeil im Bereich Trier zeigt eine erstaunliche Aktivität. Seit der Gründungsversammlung mit 23 Helfern ist der OV inzwischen auf 45 Helfer angewachsen. Ehe die Unterkunft gebaut war, wurde die Ausbildung jede Wochen im Saal einer Gastwirtschaft durchgeführt. Als erstes wurde ein Lehrgang in Erster Hilfe von einem Sanitäter des OV-Trier durchgeführt. In anschaulicher Weise wurden durch Vorträge, Filme und praktische Vorführungen die Helfer unterrichtet. Für den 21. Januar wurde die Abschlußprüfung angesetzt. An diesem Tag trafen sich die Helfer zum letzten Unterricht. Gegen 19 Uhr wurden sie durch Geschäftsführer Schmitt vom Malteser-Hilfsdienst Trier in Theorie geprüft. Inzwischen

hatte Kurt Lentens, Sanitäter des OV-Trier, einige Personen so mit Schminke und Plastik hergerichtet, daß sie wie echte Verletzte aussahen. Während der theoretischen Prüfung wurden die Helfer alarmiert. Alle Verletzten spielten sehr echt mit. Jeder der 33 Prüflinge (alle anderen hatten schon an Erste-Hilfe-Lehrgängen teilgenommen) mußte unter den Augen des Prüfers die Verletzten versorgen.

Bei der Abschlußbesprechung lobte der Prüfer die gute Arbeit und das Wissen der Helfer.

Während des anschließenden gemütlichen Beisammenseins wurde die Ausbildung der nächsten Wochen besprochen. Zug- und Gruppenführer des OV-Trier haben sich bereit erklärt, die Ausbildung zu übernehmen. Zu erwähnen ist noch, daß die Helfer des OV-Hermeskeil neben der Ausbildung schon eifrig dabei sind, ihre Unterkunft weiter herzurichten.

F. Fass

## Verdiente Helfer ausgezeichnet

Der OV Lahnstein konnte zur Jahresversammlung neben den fast vollzählig erschienenen Helfern den LB des LV Rheinland-Pfalz, Dipl.-Ing. Sulitze, Geschäftsführer E. Runkel sowie die Mitbegründer des OV F. Weinbach, L. Weller und J. Schultes begrüßen.

Der Ortsbeauftragte gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr



Sie haben sich um das THW besondere Verdienste erworben.



und erwähnte besonders den Einsatz bei der Naturkatastrophe in St. Goarshausen-Bornich. Vom OV Lahnstein wurden 1971 insgesamt 6813 Stunden, davon 4721 Ausbildungsstunden, 1855 Einsatzstunden und 237 Stunden TH-fremd geleistet.

Für besondere Verdienste im OV wurden die Helfer und Ausbilder Dieter Kappus und Klemens Geis mit dem Helferzeichen in Gold mit Urkunde und der Ortsbeauftragte Dieter Bröder mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz und Urkunde ausgezeichnet. Der LB übermittelte die Grüße des Direktors des THW und Vizepräsidenten des BzB, Dipl.-Ing. Erhard Schmitt, und wünschte dem OV weiterhin alles Gute für die Zukunft.



Mit Hilfe von Greifzügen und der Vorbauwinde des GKW wird das Fahrzeug wieder auf die Räder gestellt. Es entstand dabei kein Schaden.

### Spende für Spielplatz

Der OV Cochem baute im Rahmen seiner Ausbildung eine zweiteilige hölzerne Eisenbahngruppe (Lokomotive und Wagen) und



schenkte sie der Stadt für einen Kinderspielplatz. Der 1. Beigeordnete Zenz dankte dem THW-Ortsverband für diese Spende. Nun erfreuen sich täglich viele Kinder an diesem schmucken Gefährt.

### Schwierige Bergung

An einem Samstag, gegen 18 Uhr, wurde der Ortsbeauftragte für Bad Bergzabern, Paul Ließ, vom Leiter der Bad Bergzaberner Feuerwehr um Hilfe gebeten, da ein 10 Tonnen schweres Tanklöschfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr Annweiler umgestürzt war. OB Ließ und „B“-Zgf. Fabian fuhren sofort an die Unfallstelle. Die Feuerwehr Annweiler war mit dem Tanklöschfahrzeug, besetzt mit



Das war die Ausgangslage für den OV Bad Bergzabern an der Unfallstelle.



Gute Dienste leistete der Autokran amerikan. Bauart aus Germersheim.

9 Feuerwehrleuten, zur Bekämpfung eines Waldbrandes in schwer zugänglichem Gelände ausgerückt. Das schwere Fahrzeug konnte nach ausgeführtem Auftrag in dem unwegsamen Gelände nicht wenden. Der Fahrer fuhr einen sehr schmalen, steilen Feldweg zurück. In einer Wegbiegung kam er vom Weg ab, und das Fahrzeug stürzte um. Am nächsten Morgen, um 7.30 Uhr, fuhren 14 Helfer des OV Bad Bergzabern unter Führung des Ortsbeauftragten Ließ mit einem GKW und einem MKW zur Unfallstelle. Geschäftsführer Rauh hatte den Kran des Alarmzuges aus Germersheim mit dem stellv. Ortsbeauftragten Adalbert Schuller zum Unfallort beordert. Um für den Autokran ausreichend

Platz zu schaffen, mußte der sehr schmale Weg durch Abgraben des Hanges verbreitert werden. Unter Einsatz der Vorbauwinde des GKW, zweier Greifzüge und des Autokrans amerikanischer Bauart wurde das schwere Fahrzeug auf die Räder gestellt und auf den Weg gebracht. Durch die Bergung entstand kein Schaden am Fahrzeug. Es konnte mit eigener Kraft an seinen Standort zurückfahren. Die THW-Helfer wurden vom Bürgermeister von Annweiler nach getaner Arbeit in die nächste Gastwirtschaft eingeladen. Der Bürgermeister bedankte sich mit herzlichen Worten für die schnelle Hilfe, und die THW-Helfer freuten sich, daß sie den Kameraden von der Freiwilligen Feuerwehr wirkungsvoll helfen konnten.



## Hilfe beim Umweltschutz

Samstag, 22. April, wurde im Kreis Arnsberg eine Großaktion „Saubere Landschaft — Bäche und Flüsse“ durchgeführt. Beteiligt waren außer der Kreis- und Stadtverwaltung auch alle anderen Organisationen — DRK, Feuerwehr, Malteser, Bundeswehr und viele Vereine. Zu dieser Aktion stellten sich auch Helfer der o. g. Ortsverbände zur Verfügung:

Balve: 20 Helfer und 3 Fahrzeuge (LSHD)

Neheim-Hüsten: 20 Helfer und 2 Fahrzeuge (LSHD)

Arnsberg: 14 Helfer, 3 Fahrzeuge THW und 1 Fahrzeug Stadtverwaltung.

Bei der Schlußveranstaltung in der Schützenhalle in Herdringen wurde in Anwesenheit des Landrats besonders das THW des Kreises Arnsberg wegen des guten Einsatzes angesprochen.

Der OV Arnsberg transportierte im Verlaufe des Samstagvormittags 10 PKW-Wracks, die im Kreisgebiet verstreut lagen zum Schrottplatz — eine Leistung, die hier bisher noch nicht erreicht wurde. Der Einsatz war freiwillig und alle genannten Organisationen arbeiteten kostenfrei, da der Einsatz gemeinnützig und die Aufwendungen gering waren.



**Über 100 Jahre alt war dieses Fachwerkhaus, das die THW-Helfer aus Wickede abrissen.**

sofort mit der Motorsäge zerkleinert. Insgesamt waren 20 Helfer am Werk, die alle voll zu tun hatten, denn es war weitaus mehr Arbeit dran, als man angenommen hatte.

Nachdem das Dach nun abgerissen war, ging man ans Gemäuer heran, das zum Teil noch aus Lehm bestand und sich somit einfacher abreißen ließ.

Ein Lob gebührt den Helfern, denn am Nachmittag des gleichen Tages, um 16 Uhr, war alles bereits dem Erdboden gleichgemacht.

Für die Abbrucharbeiten lag eine schriftliche Genehmigung der Industrie- und Handelskammer Arnsberg vor. Der für diese Abbrucharbeiten benötigte Gerätewagen wurde von Oelde zur Verfügung gestellt.

## 20 Jahre OV Siegen

„Nicht mit Versprechungen, durch Leistungen werben!“ Das ist der Wille der Siegener THW-Männer, den die Presse als Überschrift zustimmend aufnahm, nachdem ihre Vertreter sich vor dem Kreishaus eine Ausstellung des OV Siegerland angesehen hatten.

In dieser Ausstellung war von den Helfern besonderer Wert auf die Betonung der Leistungsdokumentation gelegt worden. Dies wurde auch vom Oberkreisdirektor Heinz Kuhbier im Kreishaus vor den zur Jubiläums-Veranstaltung geladenen Gästen anerkannt. THW-Landesbeauftragter Günter Kautzky unterstrich hierbei die Absicht des THW, seine Bereit-

schaft in den Dienst von Kreis und Stadt zu stellen, wenn Not an humanitär und technisch eingeübten Männern sein sollte. Der Regierungsvertreter Werner Giese wünschte dem Ortsverband einen guten Fortschritt. Die Basis dafür hat der Ortsbeauftragte Friedrich-Wilhelm Breitenbach schaffen helfen. Ihm, der 50 Jahre humanitärer Tätigkeit in der TN und dem THW nachweisen kann, wurde vom Direktor des THW das Helferzeichen in besonderer Ausführung verliehen. Eine hohe Ehrung, die es nur selten gibt, da es auch nur wenig solche Beispiele selbstloser Tätigkeit im Dienst am Nächsten gibt. Hoffentlich nimmt die Jugend das Vorbild zur Kenntnis. In Siegen ist es der Fall.

## Keine schwierige Aufgabe für den OV Warendorf

Am Morgen des 11. März rückte der Ortsverband Warendorf mit zwei Gruppen aus. Die beiden oberen Stockwerke eines Gebäudes, das schon einige Jahrzehnte „auf dem Buckel“ hatte, sollten abgebrochen werden.

Als wir mit einem Gkw, einem Mkw und einem Fukow anrückten, hatte der Hausbesitzer die Dachziegel bereits abgedeckt. Nachdem die Aufgabe noch einmal mit den Gruppen- und Truppführern besprochen war, ging es ans Werk. Zunächst wurden die Dachsparren mittels Motor- und Handsägen entfernt. Dabei konnten sich die Helfer ein genaues Bild von der damaligen Bauweise machen. Nachdem von vier Helfern die Kamine des Hauses bis zur obersten Decke von Hand abgetragen waren, wurden die Giebelwände eingerissen. Eine Giebelwand wurde mit der Seilwinde heruntergezogen, die andere konnte von drei Helfern mit der Schulter herausgedrückt werden. Auch die beiden Zimmerdecken, die abzutragen waren, stellten uns vor kein Problem. Die Zwischenräume zwischen den einzelnen Deckenbalken wurden mit schweren Hämmern

## Fachwerkhaus abgerissen

Innerhalb einer technischen Hilfeleistung brachen die THW-Helfer des Ortsverbandes Wickede ein über 100 Jahre altes Fachwerkhaus ab. Morgens um 8 Uhr gingen die Helfer an die Arbeit. Nicht leicht hatten sie es oft, denn dieses Fachwerkhaus war nicht baufällig, sondern mußte abgerissen werden, da es hier einen Kaminbrand gegeben hatte und die Instandsetzungskosten zu hoch gewesen wären.

Die Abbrucharbeiten standen unter Leitung von Otto Eberlein, der die fachmännischen Ratschläge gab. Mittels Gerätewagen mit Seilwinde zog man die einzelnen Teile — vom Dachstuhl angefangen — zu Boden. Die Eichenstämme vom Dach wurden





**THW-Helfer des OV Warendorf beim Schutträumen nach dem Hausabbruch.**

herausgeschlagen und die Balken anschließend heruntergeschoben. Die einzigen Schwierigkeiten, die sich uns in den Weg stellten, waren die Kälte und der schneidende Wind, der uns trotz Schutzbrillen den Kalkstaub und damit auch einige Tränen in die Augen trieb. Für diese Schwierigkeiten wurden wir aber durch ein gutes Mittagessen entschädigt.

Nachdem wir uns gestärkt hatten, mußte noch der Bauschutt aus dem Gebäude entfernt werden, der dann von einem Radlader abgefahren wurde.

Als das Grundstück dann gegen 16 Uhr geräumt war, konnten wir unseren Einsatz beenden.

### **Gemeinschaftsübung im Rhein-Sieg-Kreis**

An einem Samstag führten die THW-Ortsverbände Siegburg und Bad Honnef mit mehr als 40 Helfern zusammen mit Männern der Feuerwehrbereitschaften und des DRK des Rhein-Sieg-Kreises eine Gemeinschaftsübung im Rahmen des Landschafts- und Umweltschutzes durch.

Die Aufgabe bestand darin, an einem alten Siebgarm, der künftig als Erholungsgebiet und als Laichgewässer zur Regenerierung des Bestandes nach Fischsterben durch Abwasserstöße genutzt werden soll, mehr als 100 Pappeln zu fällen und das dabei gewonnene Holzmaterial zum Bau einer Uferbefestigung zu verwenden.

Das gesteckte Ziel wurde unter

Betreuung der Kreisverwaltung bei frostklarem Wetter und Sonnenschein durch insgesamt mehr als 100 Helfer des Katastrophenschutzes erreicht.

### **Neue Unterkünfte bezogen**

Einsätze in eigener Sache fahren die Helfer des Ortsverbandes Minden. Mit allen verfügbaren Kräften vertauschen sie nach einem fast generalstabsmäßig angelegten Plan die viel zu kleine Unterkunft an der Portastraße mit den großzügigen und effektvollen Räumlichkeiten in der alten Feuerwache an der Artilleriestraße. „Hier haben wir endlich die Räume, die zur fachlichen Ausbildung unserer qualifizierten Helferschaft und zur

Unterbringung des technischen Gerätes dringend erforderlich waren!“ hebt der Ortsbeauftragte Ing. (grad.) Wilfried Reuter hervor.

In der Tat platzte das THW-Minden in den letzten Jahren mehr und mehr aus den Nähten, es fehlte an Schulungsräumen, vernünftigen Unterkünften, die Kleiderkammern waren zu klein und benötigtes technisches Gerät konnte nicht untergestellt werden. Selbst dem Auftrage des Landesverbandes zur Aufstellung des Wasserdienststützpunktes mit einer eigenen Tauchgruppe konnten die Mindener THW-Helfer nicht in genügendem Maße nachkommen. Das wird nun anders. Und damit es recht bald anders wird, sind sämtliche Kräfte des Ortsverbandes im Einsatz, auch eine junge Helferin ist dabei.

Den sogenannten Bau A (Hauptgebäude) teilt sich das THW mit dem ABC-Dienst und dem Bundesverband für den Selbstschutz. „So wird auch der kameradschaftliche Kontakt unter den Helfern wesentlich verbessert werden können“, freut sich THW-Geschäftsführer Paul Pietzner, der nun auch die dringend benötigten Verwaltungsräume beziehen kann.

Neben einem großen Schulungsraum, einem entsprechenden Aufenthaltsraum, großen Kleiderkammern sind in dem Hauptgebäude auch erstmalig ein Ruheraum (als Bereitschaftsraum) und Duschräume vorhanden. 18 Boxen stehen für die 9 Kraftfahrzeuge und die Hänger hier zur Verfügung. In den übrigen Gebäudekomplexen sind weitere



**„Einsatz in eigener Sache!“ Helfer des Ortsverbandes Minden beziehen ihre neue Unterkunft.**



Fahrzeuge, Fähren, Boote und Motoren untergebracht. Auch eine Wasch- und Pflegehalle für das wertvolle Gerät fehlt nicht. Mit besonderem Stolz verweisen die THW-Männer auf einen Leitstand für den Katastropheneinsatz, der im Aufbau ist und unter Berücksichtigung entsprechenden Gerätes für einen guten Kontakt nicht nur zu den eigenen Helfern, sondern auch zu den befreundeten Organisationen sorgen soll.

Ortsbeauftragter Reuter sieht im Hinblick auf diese neue Unterkunft auch recht zuversichtlich in die Zukunft: „Wir werden nun besser gerüstet unseren humanitären Aufgaben nachkommen können. Ich bin fest davon überzeugt, daß diese neuen Unterkünfte auch eine gute Werbung für junge Männer sind, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen.“

-jm-



Die belgischen Gäste werden erst einmal durch die Unterkunft geführt.

schon nach wenigen Schlucken Bier ein Herz und eine Seele. Einige Stimmungskanonen unter den Gästen ließen die Wogen des Frohsinns hoch und höher steigen. Zwischendurch sorgte die THW-Führung immer mal wieder mit leckeren Happen für die notwendige Stärkung. Für die jungen Soldaten und ihre Führung bot der Abend eine willkommene Abwechslung im Einerlei des Kasernenlebens. Wie sehr es ihnen gefallen hat, und wie dankbar sie die Einladung nach Balve empfunden haben, geht aus einem Brief hervor, der beim THW in Balve einging. Er beginnt mit „Liebe Freunde“ ist mit einem Dutzend Namen unterzeichnet und sagt u. a.: „Wir sind stolz, unseren Eltern erzählen zu können, daß die deutsche und belgische Jugend Freunde sind; wir sind auch davon überzeugt, daß die stumpfsinnigen, durch die Geschichte verursachten Grenzen gar nicht mehr existieren. So ein gemeinsamer Abend ist das Beste, um auszuwischen, was eines Tages geschah.“

Der Kontakt zwischen den beiden so verschiedenen Gruppen geht auf ein Ereignis im vergangenen Oktober zurück. Am 11. 10. 1971 sollte sich das THW Balve bei einer Übung in der belgischen Kaserne in Arnsberg unterstellen dürfen. Statt des nackten Unterstandes erwartete sie dort jedoch eine leckere warme Mahlzeit. Es folgte eine Einladung nach Balve zu einer Weihnachtsfeier, ein erneuter Gegenbesuch in der Unteroffiziersmesse und nun der Abend im THW-Heim. Alle Beteiligten waren sich beim herzlichen Abschied einig, daß der inzwischen fest geknüpften Kontakt nicht mehr abreißen wird.

### Stadtverwaltung bat THW um Hilfe



20 THW-Helfer des OV Wanne-Eickel sprengten an einem Samstag unter Leitung der Sprengmeister Hans Joachim Steinrotter und Heinz Beier mit 15 Kilogramm Ammangelit III, verteilt auf 70 Bohrlöcher außen um das Gebäude herum und weitere 30 in den Kellerräumen, den Mayschen Bauernhof in Wanne-Eickel im Auftrag der Stadtverwaltung. Das nicht mehr bewohnte, stabile Bauerngehöft stammte aus der Zeit um die Jahrhundertwende.

### Freundschaft kennt keine Ländergrenzen

Im Zeichen der Völkerverständigung stand ein lustiger Abend, zu dem sich am vergangenen Freitag Soldaten der belgischen Armee aus der Arnsberger Jägerkaserne und Angehörige des Technischen Hilfswerks Balve in der THW-Unterkunft am Johannesplatz trafen.

Bei der Begrüßung überreichte der Leiter der belgischen Gruppe, Captain Zakharine, als Zeichen der Freundschaft eine kunstvoll gefertigte Kachel, die neben dem Wappen der Einheit und dem „Schlachtruf“ DE GUEULES ET D'OR in roter und gelber Schrift ein Bild des früheren Maskottchens, einen Jagdhund, zeigt.

Der THW-Ortsbeauftragte Hubert Flöper revanchierte sich mit einem Wandteller in Bronze, der das Balver Wappen, das THW-Emblem und die Inschrift „Säu faste ärr Balve“ trägt. Nach der Besichtigung der Wagenhallen und des Gerätes hob unter den jungen THW-Helfern und den ebenso jungen Soldaten der belgischen Panzeraufklärer „4. Chasseurs à Cheval (4. Jäger zu Pferd)“ ein munterer Umtrunk an. Zwar mußte zur besseren Verständigung öfter die Zeichensprache herhalten — die Gäste sprachen ausnahmslos Französisch —, doch man verstand sich prächtig, war



## Motmarsch über Autobahn und Landstraße

Idealismus kennzeichnet die Männer und Jugendlichen des Technischen Hilfswerks. Innerhalb der Einsatz- und Baudienststunden sowie in den vielen Ausbildungsstunden zeigen sie eine lobenswerte Bereitschaft, ihr Wissen und Können auf den verschiedenen Spezialgebieten zu erweitern.

Daß sie auch in der Lage sind, über weite Strecken Hilfe zu bringen, demonstrierten die Helfer des Betreuungsbereiches VI von den Ortsverbänden Obermosel (Tettingen), Merzig, Beckingen, Mettlach und Wadern am Wochenende bei einem fünfstündigen Mot-Marsch.

Startpunkt der Übung war die Unterkunft des OV Merzig in Hilbringen, wo die 13 Fahrzeuge mit 70 Helfern bei nicht gerade idealen Witterungs- und Verkehrsverhältnissen in Marsch gesetzt wurden. Die Einheit hatte den Auftrag, die Helfer so schnell wie möglich über eine festgelegte Strecke zu einer Einsatzstelle zu bringen. Es war dabei vorgeschrieben, auf Bundesstraßen 50 Meter und auf der Autobahn 100 Meter Fahrzeugabstand einzuhalten. Die Höchstgeschwindigkeit war mit 60 km/h für Bundesstraßen und 70 km/h für Bundesautobahnen bei diesem Mot-Marsch festgelegt, wobei die Geschwindigkeitsbegrenzungen durch Verkehrszeichen zu beachten waren. Die Kolonnenführung war dem Ortsverband Merzig übertragen. Ablaufführer und Schließender war ebenfalls ein Zugführer des OV Merzig. Ein Fahrzeug war besetzt mit Helfern, die in der Lage waren, kleinere Reparaturen durchzuführen. Das führende und schließende Fahrzeug sowie zwei weitere Wagen in der Kolonne waren mit Sprechanlagen ausgestattet. Die Verbindung innerhalb der Kolonne erfolgte nur durch Führungszeichen mit Hand, Winkerkelle und Lampe bzw. durch mündliche Anordnungen. Über den gesamten Sprechfunkverkehr war von Sprechfunker oder Führungskraft das Gespräch auf Vordruck festzuhalten. Technische Halte wurden auf Anordnung des Kolonnenführers alle

zwei Stunden bis zu 15 Minuten festgelegt.

Die Marschroute führte über die B 406 durch Wadgassen und Schaffhausen nach Saarbrücken, über die Saarferstraße auf die Autobahn bis zur Abfahrt Neunkirchen. Von hier ging es auf der B 10 bis zur Kreuzung B 41 bei Bildstock. Von dort auf der B 41 und später auf Landstraßen I. und II. Ordnung durch Neunkirchen, Ottweiler, Nieder- und Oberlinxweiler, St. Wendel, Tholey zum Wadener Stützpunkt.

Im Wadener neuen THW-Heim war in einer modernen fahrbaren Küche, mit welcher der Betr. Bereich des THW ausgerüstet ist, den Teilnehmern ein einfaches, aber sehr schmackhaftes Abendessen hergerichtet worden. In der anschließenden Besprechung der Ortsbeauftragten, Zugführer, Fahrer und Beifahrer unter der Leitung des Geschäftsführers des Betr. Bereiches VI, Hubertus Ballnus, wurde grundsätzlich festgestellt, daß man mit dem Ablauf dieses ersten Mot-Marsches zufrieden sein könne.



Die Marschkolonne kurz vor der Ablaufzeit zum großen Marsch.



Geschäftsführer Ballnus gibt den Zugführern die Lage bekannt.

Es wurde unter anderem angeregt, nicht wie vorgesehen jedes Jahr eine solche Kolonnenfahrt durchzuführen, sondern nach Möglichkeit öfter. Dies sei jedoch in erster Linie aus finanziellen Gründen nicht zu

verkräften. Es solle aber die Möglichkeit geprüft werden, in einem enger begrenzten Raum im Betr. Bereich solche Mot-Märsche im Laufe des Jahres durchzuführen. Dies wäre bestimmt eine gute Schulung für die größere Jahresübung, die über eine andere Marschroute führen soll.

## Aufbauarbeit im OV Nohfelden abgeschlossen

Am 28. Januar fand in der Unterkunft des OV Nohfelden eine Helferversammlung statt, in der ein Überblick über die Arbeit im verflossenen Jahr gegeben und gleichzeitig der Rahmen für das Jahr 1972 festgelegt wurde.

Nach der Eröffnung durch den Ortsbeauftragten, Amtsvorsteher Scheid, referierte Ausbildungsleiter Helmut Perzhorn über Ausbildungsveranstaltungen, Übungen und Einsätze im Jahre 1971, wobei der Einsatz am 2./3. 7. 1971 (s. auch: ZS-Magazin 2/71, Seite 52) anlässlich des Grubenunglücks in der Schwerspatgrube Eisen, bei dem 4 Bergleute den Tod fanden und der OV Nohfelden neben den Ortsverbänden Nonweiler, Freisen und St. Wendel eingesetzt war, besonders hervorgehoben worden ist.

Die weiteren Ausführungen ergaben, daß der OV Nohfelden, der am 2. 12. 1967 als 22. Ortsverband im LV Saarland gegründet wurde, z. Z. über 89 Helfer verfügt, von denen 78 die Grundausbildung abgeschlossen haben und einem Fachdienst zugeteilt sind. 16 Helfer haben im vergangenen Jahr einen Lehrgang in der Katastrophenschutzschule des Saarlandes in Düppenweiler bzw. des Bundes in Ahrweiler/Hoya besucht. Anlässlich von Übungen, Einsätzen und beim Baudienst an der Unterkunft sind im Berichtsjahr insgesamt 1858 Einsatzstunden verrichtet worden. Nachdem der zuständige ha. Geschäftsführer auf die Wichtigkeit der Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften bei allen Veranstaltungen hingewiesen hatte, wurde ein Film über die Ölschadensbekämpfung vorgeführt, ein zweiter befaßte sich mit den 5 Phasen der Bergung.



## Zehn Jahre OV Kirchehrenbach

Zum 10jährigen Bestehen des THW-Ortsverbandes Kirchehrenbach konnten die Ortsbeauftragten Wolfgang Schneider (OV Kirchehrenbach) und Wolf-Dieter Seifert (OV Forchheim) im Sportler-



Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz zeichnet Ausbildungsleiter Karl aus.

heim den Landrat des Landkreises Forchheim, Otto Ammon, sowie Vertreter der Stadt Forchheim, der Gemeinde Kirchehrenbach und anderer Hilfsdienste begrüßen. Anwesend war auch Dipl.-Ing. Schwarz, Landesbeauftragter für Bayern. Im Rückblick wurde die Entstehung des Ortsverbandes aufgezeigt. Eine Werbeveranstaltung in Kirchehrenbach durch den Ortsverband Forchheim erweckte die Initiative. Die ersten Ausbildungsabende fanden in einer Gastwirtschaft, später in der Schule statt. Im Jahre 1965 bezogen die Helfer, dank dem tatkräftigen Einsatz des Bürgermeisters, eine neue Unterkunft im Feuerwehrgerätehaus. Nun folgte die Aufstockung zum eigenen Ortsverband. Heute hat Kirchehrenbach, eine Ortschaft mit 1800 Einwohnern, 43 Helfer, davon 39 Aktive. Heinz Karl, Bereitschaftsführer der 42. Bergungsbereitschaft, hob besonders die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Ortsverbänden Forchheim und Kirchehrenbach hervor. Die insgesamt 155 aktiven Helfer der beiden Ortsverbände leisteten im Jahr 1971 12 000 Dienst- und Übungsstunden. 16 Kameraden konnten aus der Hand des Landrates für ihre 10jährige Tätigkeit die Ehrenurkunde des

Bayerischen Staatsministeriums des Innern entgegennehmen. Besonders geehrt wurden durch den Landesbeauftragten mit der Urkunde und dem Abzeichen in Gold: Walter Rottler, Georg Kraus, Franz Christel und Wolfgang Schneider. Die höchste Auszeichnung, die das THW zu vergeben hat, Gold mit Kranz, erhielt der Bereitschaftsführer und Ausbildungsleiter Heinz Karl. Den Abschluß des Abends bildete ein Farbfilm des Kameraden Maier über die interessanten Ereignisse und Arbeiten der beiden Ortsverbände.

## Vorfahrt nicht beachtet: Ein Toter, vier Schwerverletzte

Ein grauenvolles Bild bot sich den 24 Helfern des OV Lindau, die von der Landpolizei alarmiert, bei einem Verkehrsunfall auf der B 31 bei Nonnenhorn im Rahmen des Straßenunfallrettungsdienstes eingesetzt waren. Ein von einer Seitenstraße kommender PKW war — ohne Rücksicht auf die Vorfahrt — gegen einen aus Lindau kommenden, mit 8 Soldaten besetzten Bundeswehr-LKW gerast. Trotz Vollbremsung prallte der 7 to-LKW gegen die rechte Straßenböschung, wurde zurückgeworfen und überschlug sich. Unter dem Fahrzeug lagen — hilflos eingeklemmt — fünf Soldaten. Durch Aufstellen von Posten wurde zunächst die Unfallstelle abgesichert. Erst nach Ankunft eines schweren Bundeswehrkranwagens konnte der umgestürzte LKW gehoben werden. Mit äußerster Vorsicht konnten nun vier z. T. schwerverletzte Soldaten und ein toter Obergefreiter geborgen werden. Das Aufstellen des umgestürzten LKW hat dann noch alle Kräfte beansprucht. Mit dem Aufräumen und Säubern der Unglücksstelle konnte die Kreuzung nach mehr als 2 Stunden für den Verkehr wieder freigegeben werden. Der Kommandeur des von diesem Unglück betroffenen Bataillons hat Ortsbeauftragten Harder des OV Lindau Dank und Anerkennung für

den schnellen und selbstlosen Einsatz ausgesprochen: „Die Umsicht, Ruhe und Sicherheit, mit der Ihre Männer bei der Bergung mithalfen, hat die besondere Anerkennung der Soldaten gefunden.“

## Verklemmter Stamm am Mühlwehr

Das Ordnungsamt der Stadt Bamberg bat um Hilfestellung bei der Beseitigung eines Baumstammes, der im oberen Mühlwehr angetrieben war und sich schräg in der Fangvorrichtung verklemmt hatte. Da mit steigendem Oberwasser gerechnet werden mußte, wurde die Hilfeleistung kurzfristig angesetzt.

Mit Schwimmwesten versehene und angeseilte Helfer schlugen an den Enden des Stammes Strops an, sicherten durch Gerüstklammern und brachten Halteleinen an. Mittels Greifzug wurde der Stamm herausgezogen, anschließend zersägt und durch die Stadt Bamberg abgefahren.

## Rettet das Rathaus

Schon lange läuft auf der „Insel“ die Diskussion über die Renovierung des historischen Rathauses. Irgendwie



Der THW-Ortsverband hatte die Einrüstung des Rathauses übernommen.



beteiligten sich alle Schichten der Bevölkerung an der Aktion „Rettet das Rathaus“.

Auch der Ortsverband Lindau konnte sich nun aktiv in die praktischen Arbeiten zur Erhaltung und Erneuerung dieses für die Stadt und seine Kultur so wichtigen Gebäudes einschalten, indem er die Einrüstung des Gebäudes übernahm.

An zwei aufeinanderfolgenden Samstagen haben die Helfer des OV mit den übernommenen Arbeiten der Stadt DM 1 500,— erspart bzw. als Beitrag zur Restaurierung des historischen Rathauses geleistet.

### **Gute Zusammenarbeit rettet ein Menschenleben**

„Nur durch die schnelle und reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bayerischem Roten Kreuz und THW konnte der Mann noch rechtzeitig ins Krankenhaus gebracht werden.“ Diese Stellungnahme der Landpolizei zeigte deutlich, wie sich in Pegnitz die Zusammenarbeit zwischen den Hilfsorganisationen gestaltet.

Die Landpolizei wurde am Nachmittag alarmiert, als ein Arbeiter des Straßenbauamtes Bayreuth zwischen Pegnitz und Buchau in einen Brunnen gefallen war. Die Beamten informiertensofort das BRK. An der Unfallstelle stellten die Helfer fest, daß hier nur noch das THW den Schwerverletzten aus seiner mißlichen Lage bergen konnte. Vom



**Die Bergung des Verletzten glückte.**

Arbeitsplatz weg wurden Ingenieur Tellbach und zwei weitere THW-Helfer zur Unfallstelle gerufen. Mit den Gerätschaften des THW gelang es überraschend schnell, den Straßenarbeiter aus dem sechs Meter tiefen Schacht herauszuholen. Ein Arzt sagte, daß der Verunglückte nur durch den raschen Einsatz der Helfer vor größerem Schaden bewahrt werden können, da im Schacht Eiskälte herrschte.

### **Tag der Vereine und Verbände**

Die Stadt Neuburg/Donau ist eine der ältesten Städte Bayerns und zugleich eine Stadt voller Schwung und Leben. Sie wurde wieder Gernisonstadt, und in den letzten Jahren siedelten sich Industrierwerke an. Oberbürgermeister Theo Lauber schien es nun an der Zeit, den Bürgern — vor allem aber den vielen Neubürgern — Gelegenheit zu geben, sich darüber zu orientieren, welche Möglichkeiten in der Stadt Neuburg vorhanden sind, um die immer größer werdende Freizeit sinnvoll zu gestalten. Er wollte mit einem „Tag der Vereine und Verbände“ den Organisationen der Stadt Neuburg Gelegenheit geben, sich der Öffentlichkeit vorzustellen. Dieser Gedanke fand so großen Anklang, daß sich insgesamt 54 Vereine und Verbände an seiner Ausgestaltung beteiligten.

In einem eigens hierfür gedruckten Heft hatte jede Organisation genügend Platz zur Verfügung, um sich dem Leser vorzustellen. Eine Lageskizze erleichterte das Auffinden der Ausstellungsstände und ein Zeitplan unterrichtete über die Reihenfolge der von den Vereinen und Verbänden geplanten Vorführungen. Ein abgedunkelter Schulraum diente zum fortlaufenden Vorführen von vereinseigenen



**Vorführungen der Sauerstoffpflanze.**

Filmen. Das BRK, die Feuerwehr und auch das Technische Hilfswerk fanden im Freigelände Aufstellung. Der Ortsverband Neuburg führte in zweistündigem Abstand die Sauerstoffpflanze den staunenden Zuschauern vor und hatte so ständig sehr viele Interessenten an seinem weitläufig aufgebauten Stand mit den Fahrzeugen und Geräten des THW. Etwa 15 000 Besucher waren am Wochenende auf dem Ausstellungsgelände. So war der Tag der Vereine und Verbände in Neuburg auch für den THW-Ortsverband ein Erfolg.

### **Helfer bauten Steg**

Um das Landschaftsschutzgebiet bei Emmerting im Landkreis Alt-Neuötting der naturliebenden Bevölkerung weiter zu erschließen, bauten Helfer des THW-Ortsverbandes Alt-Neuötting auf Wunsch des Landratsamtes einen Fußgängersteg über den Brunnbach.

Die eineinhalb Tage dauernde technische Hilfeleistung, an der sich 34 Helfer beteiligten, erstreckte sich vom Fällen der Bäume über das Entrinden bis zur Fertigstellung des Steges, der eine Länge von 22,5 m, eine nutzbare Breite von 1,5 m und eine Höhe von 1,5 m über der Wasserlinie hatte.

Als Unterstützungen wurden Pfahl- und Spitzschwelljoche verwendet. Den Helfern des noch jungen Ortsverbandes wurde durch den Auftrag zum Stegebau die Möglichkeit gegeben, ihr Wissen über diesem Spezialgebiet der technischen Hilfeleistung im Katastrophenfalle praktisch unter Beweis zu stellen. Zur Erinnerung, aber auch als Hinweis auf die Mitarbeit im Technischen Hilfswerk, wurden zwei Tafeln an dem Steg angebracht, die das THW als Erbauer angeben. Bei hochsommer-



**Arbeitsbeginn am Fußgängersteg.**





**Belastungsprobe nach getaner Arbeit.**

licher Witterung, bei der mancher Schweißtropfen vergossen wurde, hat bei der THW-Mannschaft beste Stimmung geherrscht.

### Zur Linderung von Not

Eine Mannschaft des THW-OV Coburg beteiligte sich an einem „Ämterpokal-Turnier“ das zugunsten des Vereins „Hilfe für das behinderte Kind“ durchgeführt wurde und das durch Sammlungen und Spenden einen ansehnlichen Betrag erbrachte. Bei

diesem Fußball-Wettbewerb holte sich die THW-Mannschaft den „Fairneß-Pokal“ und außerdem den herzlichen Dank des gemeinnützigen Vereins.

Dr. Rutz, Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins, übermittelte dem THW folgendes Schreiben: 863 Coburg

„Das auch mit Ihrer Beteiligung durchgeführte Ämterpokal-Turnier 1971 hat durch Sammlungen und Spenden das stolze Ergebnis von 1 123,50 DM erbracht, die den Einrichtungen unseres Vereins zugeflossen sind. Im Namen der behinderten Kinder, ihrer Eltern und unserer Mitarbeiter möchte ich mich sehr herzlich für die Idee und die Durchführung dieser Spendenaktion bei Ihnen allen bedanken. Wir bitten Sie um die Freundlichkeit, Ihren Mitarbeitern dieses Schreiben durch Aushang bekanntzumachen. Diese und ähnliche Beweise des Zusammenstehens bei der Erfüllung unserer uns gestellten Aufgaben ermuntern und bestärken uns.“

★

Für eine vom Lions-Club Landshut durchgeführte Gebrauchttexilien- und Altpapiersammlung zugunsten des „Vereins Lebenshilfe e. V.“ stellten sich Helfer des OV Landshut mit einem THW-Fahrzeug zur Verfügung. Der „Lions-Club Landshut“ ließ durch seinen Präsidenten Dr. Werner Franz, 8052 Moosburg, wie folgt danken: „Von dem erfreulichen Ergebnis der Gebrauchttexil- und Altpapiersammlung unseres Clubs zu Gunsten des ‚Vereins Lebenshilfe e. V.‘ konnten Sie auf unserem letzten Abend hören. Wenn wir für diesen wohltätigen Zweck rund 20 000,— DM abführen können, so ist das nicht zuletzt auch Ihr Verdienst mit, denn durch die für den Club unentgeltliche Zurverfügungstellung eines Fahrzeuges samt Fahrer vom THW konnte ein nicht unwesentlicher Faktor einer solchen Veranstaltung — nämlich die Propaganda — durchgeführt werden. Dafür möchte ich Ihnen im Namen des Clubs den herzlichsten Dank aussprechen.“

## BADEN-WÜRTTEMBERG



### THW im Katastrophenschutz

Der THW-Ortsverband Überlingen hat in einer Helfervollversammlung die Umgliederung der gesamten THW-Kräfte im Kreis beschlossen und einen kompletten Bergungszug aufgestellt.

Der volle Unterrichtsraum in der THW-Unterkunft in der Rauensteinstraße ließ darauf schließen, daß an diesem Abend Wichtiges zu besprechen sei. Niemand wünscht sich eine Katastrophe; doch schon morgen könnte sie eintreten, denn alles Menschenwerk klammert die „höhere Gewalt“ nicht aus. Dafür finden sich immer wieder Frauen und Männer mit idealer Gesinnung und freiwillig bereit, im DRK und in der Feuerwehr zusammen mit Polizei für den Mitmenschen in der Stunde der Not einzustehen. Die technisierte Welt macht die Katastrophen nicht einfacher, eher komplizierter und verlangt Fachleute zur wirksamen und schnellen Hilfe. Diese Hilfe hat sich das THW zur Aufgabe gemacht, dem sich in Überlingen 52 freiwillige Helfer und im THW-Stützpunkt der Schloßschule Salem 22 Schüler ehrenamtlich zur Verfügung stellen.

Doch das Helfen will gelernt sein. Mit der Vielfalt der Werkzeuge und Geräte, die das THW im Kreis Überlingen besitzt, die für den Katastrophenfall erforderlich sind, müssen die Helfer vertraut sein, damit sie wissen, wie sie im Ernstfall zweckdienlich angewendet werden. Die Teamarbeit wird groß geschrieben, die Bergungsausbildung muß jeder beherrschen, denn das Retten von Menschenleben und Sachwerten geht vor. Die Instandsetzung kann unter Umständen auch später erfolgen. Diese Gedanken haben den Ortsbeauftragten Siegfried Fritz beschäftigt, denn der Ortsverband des THW Überlingen verfügte zwar bisher nur über eine vergrößerte Bergungsgruppe, dafür aber über je eine Brückenbaugruppe und eine Instandsetzungsgruppe für Rohr — Gas und Wasser. Nun galt es, diese bestehenden Einsatzgruppen aufzulösen und taktisch neu zu gliedern, um eine größere Bergungseinheit aufstellen zu können. Diese Aufgabe hat sich der stellvertretende Ortsbeauftragte und Geschäftsführer Gerhard Schrader vorgenommen, der an der neuen Gliederung lange herumgetüftelt hat und sich dabei auf

ein Schreiben des Innenministeriums stützte, in dem die Gliederung und Aufgabenbereiche der Katastrophenschutzorganisationen behandelt werden. Demnach sollen Bergungszüge aufgestellt werden, die wiederum in Gruppen aufgeteilt sind, um gleichzeitig an verschiedenen Einsatzstellen eingesetzt werden zu können.

So wurde nun im Kreis Überlingen vom THW ein Bergungszug und eine Instandsetzungsgruppe aufgestellt. Dieser Bergungszug besteht aus dem Führungstrupp, drei Bergungsgruppen und einer Gerätegruppe. Die Bergungsgruppen haben 12 Helfer, ein Fahrzeug und das notwendige Bergungsgerät, das immer auf dem Fahrzeug verladen ist. Die erste Bergungsgruppe, die Gruppenführer Lothar Schwägler leitet, besteht überwiegend aus Helfern, die in Überlingen wohnen und deshalb im Einsatzfall schnell zu erreichen sind, während die 2. Bergungsgruppe unter der Leitung von Konrad Knoblauch aus Efrizweiler Männer aus dem Kreisgebiet hat. Die 3. Bergungsgruppe stellt Studienrat Ulrich aus Salem mit seinen Schülern aus dem Stützpunkt der Schloßschule.



Die Gerätegruppe hat die Aufgabe, mit ihrem schweren LKW den Nachschub zu bewerkstelligen. Bei der Umorganisation wurde Wert darauf gelegt, daß jeder Gruppe Leute aus verschiedensten Berufssparten angehören, so daß das technische Wissen recht breit gestreut ist. Es mußte auch berücksichtigt werden, daß die Helfer der ersten Bergungsgruppe relativ schnell alarmiert werden können. Dies ist nicht besonders einfach; da der Ortsverband bislang noch nicht über ein Funkalarmierungssystem wie die Feuerwehr verfügt, muß jeder einzelne Helfer fernmündlich zum Einsatz gerufen werden. Trotzdem, so haben frühere Probealarme gezeigt, rückt die erste Einsatzgruppe in der Regel nach 15 Minuten aus.

Ob diese Zeit nach der Umorganisation verbessert werden kann, will das THW in einem Probealarm in der nächsten Zeit prüfen. Auf jeden Fall ist der Einsatzleiter Wilfried Reichle aus Mühlhofen optimistisch, wenn er für das THW die Parole prägt: „Stillstand wäre Rückschritt“.

### **Einsatz „Klinikbrand“**

Am Morgen des 3. November 1971 brach gegen 1 Uhr im Keller der Chirurgischen Klinik in Heidelberg ein Schadenfeuer aus, das in kürzester Zeit die gesamte Stromversorgung unterbrach und die Krankenstationen mit beißendem Rauch erfüllte. Der Umfang des Feuers war vorerst nicht zu erkennen, und so wurde nach Alarmierung aller erreichbaren Sanitätskräfte um 1.55 Uhr auch das Technische Hilfswerk alarmiert.

32 Helfer mit 3 GKW, 1 MKW, 1 Kombi wurden an der Schadensstelle eingesetzt. Da die Berufsfeuerwehr das Feuer sehr schnell fest in den Griff bekam, konnte sich das Feuer nicht über den Keller hinaus ausbreiten. Die im Keller verlegte Stromversorgung mit ihren Transformatoren und Schaltstationen war jedoch völlig unbrauchbar geworden. Die Notstromversorgung der Klinik funktioniert auch nicht, da die Generatoren ihren Strom in das zerstörte Haupt-Leitungsnetz einspeisten. Selbst der Operationsaal hatte keine Beleuchtung — eine

gerade durchgeführte Nierenverpflanzung mußte im Schein von Taschenlampen beendet werden — die Tagespresse berichtete darüber.

Bedingt durch diese Lage bestand für das THW die größte Aufgabe darin, eine Beleuchtung aufzustellen und wichtige Geräte der Klinik mit Strom zu versorgen. Diese Aufgabe erwies sich umfangreicher, als der erste Anschein vermuten ließ. Deshalb wurde gegen 3 Uhr eine weitere Gruppe der in Bereitschaft stehenden Helfer mit ihrem MKW herangezogen. Mit diesem MKW wurden auch noch zusätzliche Tileylampen und Petromax aus anderen, nicht eingesetzten Fahrzeugen, sowie zwei 1000 Watt Halogen-Lichtfluter zum Einsatz herangeführt.

Die erste Maßnahme war das Verteilen von Handleuchten an Nachtschwestern und Ärzten. Auch Tileylampen und Petromax wurden an die Stationen verteilt. In der Zwischenzeit wurden auf jedem Stockwerk ein bis zwei Scheinwerfer aufgestellt und das Treppenhaus beleuchtet. Auch der Keller mußte für die sofort beginnenden Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten ausgeleuchtet werden. Ein weiteres Notstromgerät versorgte die Brutkästen der Kinderstation und andere lebenswichtige Einrichtungen der Klinik. Auch für den Operationsaal wurde ein eigenes Notstromgerät bereitgestellt.

Die Bereich der einzelnen Geräte wurden so aufgestellt, daß bei Ausfall eines Gerätes sofort auf ein anderes umgeschaltet werden konnte.

Um 6 Uhr konnte der erste GKW unter Zurücklassen von einigen Geräten wieder abrücken. Um 7 Uhr rückte die zuerst eingetroffene Gruppe mit ihrem MKW ab. Es blieben noch 14 Helfer zurück. Diese überwachten und verbesserten die Stromversorgung und bauten die Notbeleuchtung des Kellers, in dem Handwerker fieberhaft um eine Wiederherstellung des elektrischen Netzes bemüht waren, weiter aus. Im Laufe des Tages beräumten die Helfer des THW die im Keller verbrannte OP-Wäsche und unterstützten die ermittelnde Staatsanwaltschaft mit Beleuchtung.

Gegen Abend konnte zwar ein Teil des elektrischen Netzes wieder in Betrieb genommen werden; die Kapazität der Leitungen war aber

noch zu gering, um die störungsfreie Funktion garantieren zu können. Deshalb blieb eine Ablösung noch bis zum nächsten Morgen in der Klinik. — Gegen 10 Uhr vormittags war der Abbau beendet und Mannschaft und Fahrzeuge wieder in der THW-Halle.

Werner Gärtner

Der Direktor des Chirurgischen Klinikums, Prof. Dr. Linder, richtete kurze Zeit später an THW-Geschäftsführer E. Reiber folgendes Schreiben: „Die Brandnacht vom 3./4. November 1971 liegt scheinbar schon lange zurück. Lediglich die immer noch nicht abgeschlossenen Reparaturarbeiten in den Kellerräumen mahnen täglich an dieses so bedrohliche Ereignis. Auch nach Abschluß dieser Arbeiten wird für die Verantwortlichen die Erinnerung an dieses Ereignis wach bleiben.“

Ein Brand in einem Klinikum, insbesondere an einer Chirurgischen Klinik wie der unsrigen mit der Vielzahl der Schwerkranken, die allein schon im täglichen Routinebetrieb ein erhebliches Transportproblem darstellen, wenn sie verschiedenen Spezialuntersuchungen und ähnlichem zugeführt werden müssen, bedeutet für die Organisation und Abwicklung eines Brand-Einsatzes wohl die höchste Stufe an Verantwortlichkeit. In dieser Nacht konnte das Schlimmste durch ein reibungsloses Ineinandergreifen aller Notwendigkeiten für die Brandbekämpfung und aller Beteiligten verhütet werden. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen, gerade Ihnen als Geschäftsführer des Technischen Hilfswerkes, der den Brandeinsatz organisiert hat, ebenso Ihrem Mitarbeiter, Herrn Schreckenberger als Leiter des Einsatzes, im Namen aller Mitarbeiter des Chirurgischen Klinikums Heidelberg für Ihren umsichtigen und erfolgreichen Einsatz in der Brandnacht zu danken; ganz besonders durch Ihre Maßnahmen konnte sicher mit das Schlimmste, an das niemand von uns zu denken wagt, verhütet werden. Es bleibt uns eine große Beruhigung, daß wir in der Organisation des ‚Technischen Hilfswerkes‘ eine Einsatzgruppe zur Verfügung haben, die ganz offensichtlich jeden Anforderungen gewachsen ist.

Im Namen aller Mitarbeiter des Chirurgischen Klinikums nochmals unseren herzlichen Dank.“





Grundausbildung Metall unter der Anleitung des Technischen Lehrers Hentschel von der Gewerbeschule beim Ortsverband Bühl/Baden.

### Gewerbelehrer helfen

Die gute Zusammenarbeit mit der Gewerbeschule ermöglicht es dem OV Bühl/Baden, eine geregelte Ausbildung durchzuführen. Bei der Grundausbildung Metall stellen die Helfer, unter der Anleitung des Technischen Lehrers Hentschel von der Gewerbeschule, THW — Zeichen aus 3 mm — Blech her, die auf Tafeln aufgesetzt, künftig dem OV als Hinweisschilder dienen. Das Ergebnis der Arbeit ist kein langweiliges Werkstück, sondern ein brauchbarer Gegenstand, bei dessen Anfertigung die Helfer mit den notwendigen Grundbegriffen von Anreißen, Körnen, Bohren, Meißeln, Feilen, Schleifen usw. vertraut gemacht werden.

### Ölalarm

Samstag um 13.30 Uhr, wie kann es denn anders sein: Alarm. Die Frau des Geschäftsführers hatte sich gerade in „Schale“ geworfen, um

mit ihrem Mann zur 50 km entfernten wohnenden Tochter zu fahren — aus der Traum! Selbstverständlich wurde die Reise aufgegeben, ohne ein Wort darüber zu verlieren. „Wann seid Ihr da?“, lautete die Frage des Anrufers. Antwort: „In 20 Minuten“. Es wurden 30, denn am Samstagmittag sind viele Leute unterwegs und zu den Leuten gehören ja auch die THW-Helfer. Schnell, aber ohne Hast wurde erkundet; der Einsatz begann. Drei Öltanks zu je 40 000 Liter waren beim Füllen übergelaufen. Die Tanks mußten verlegt werden, sonst wäre man nicht an die ölverseuchte Erde zur Entnahme und Verbrennung gekommen. Es waren die Tanks in ihren Armaturen von der Leitung zu trennen, die Einfüllschächte aus Betonmantelung mußten wegen des Gewichtes entfernt werden. Platz für die Aufnahmelager der drei Tanks mußte hergerichtet werden. Hierzu mußte Sand herbeigeschafft werden. Sand, ganz einfacher Sand. Aber woher nehmen?

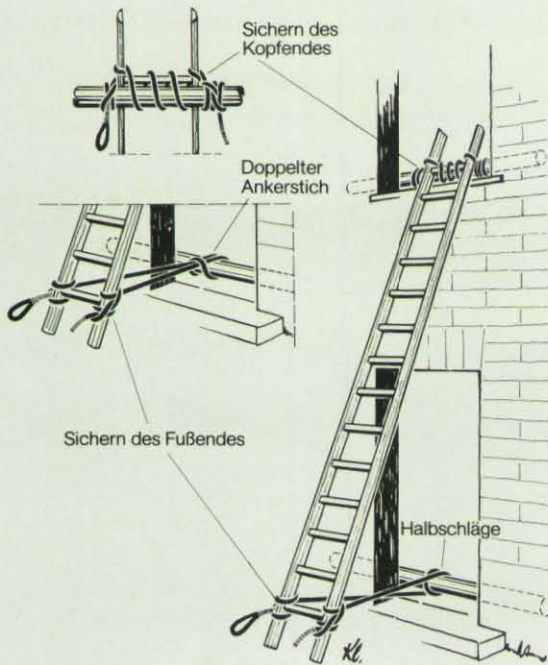
Telefonat um Telefonat von Samstagabend mit Unterbrechung bis Sonntagmorgen gegen 10 Uhr, endlich die Zusage der Anlieferung der erforderlichen Menge. Es gab eine Firma, die für solche Fälle einen Notdienst hat, jedoch war der Leitende umgezogen und mit einer neuen Telefonnummer versehen worden. Die eigene Firma kannte die Nummer noch nicht, und die Telefon-Auskunft hat die Nummer anscheinend auch noch nicht nennen können. Alle Pläne, mögen sie noch so gut sein, sind nur so gut oder so schlecht, wie sie sich in der Praxis auswirken. Dieser Satz gilt auch hier. Die Umstände sind entscheidend. Entschieden lobend hat sich der Anforderer über das THW und seinen Einsatz ausgesprochen. Zwei volle Tage sind durch nur stundenweisen Einsatz eingeholt worden. Zwei Tage, um die man früher an die verseuchte Erde herankam. Die Weitersickerung in das Grundwasser wurde so vermieden.

Rolf Reiber



wird ein **Drehpunkt** geschaffen, über welchem die Leiter hochgedrückt wird. Sollen die Pflöcke nach dem Aufrichten der Leiter zum **Sichern des Fußendes** genutzt werden, so sind die losen Achterschläge durch Wickelbünde zu ersetzen (vgl. Zif. 16).

Abb. 5



Sichern einer Leiter am Kopf- und Fußende

8

[17] **Steigen auf Leitern:** Eine Leiter wird zügig und gleichmäßig, mit aufgerichtetem Oberkörper und ausgestreckten Armen, erstiegen. Es ist zu vermeiden, daß der Oberkörper sich parallel zur Richtung der Leiter bewegt.

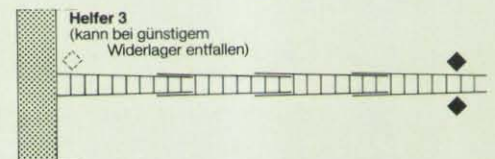
[18] Beim Steigen liegen linker Fuß und linke Hand (rechter Fuß und rechte Hand) fest auf, während rechter Fuß und rechte Hand (linker Fuß und linke Hand) nacheinander die nächsthöhere Sprosse ersteigen bzw. ergreifen. Beim Steigen tragen die Füße — nicht die Hände — das Gewicht des Körpers. Der Fuß wird grundsätzlich mit dem Ballen auf die Sprosse gesetzt.

[19] Das Steigen auf Leitern ist so gründlich zu üben, daß jeder ausgebildete Helfer Teile seiner Ausrüstung leiterauf und leiterab sicher transportieren kann (vgl. Zif. 1). Mitgeführtes Gerät ist in einer Hand zu tragen, während die andere Hand in die Sprossen greift.

[20] **Hinweis:** Beschreibung und Darstellung der Arbeit mit Leitern beziehen sich im gesamten Abschnitt 4.1. sowohl auf Fremdleitern wie auf Steck- und Klappleitern des Bergungsdienstes.

[10] Das **Umlegen (Ablassen)** langer Leitern erfolgt in umgekehrter Reihenfolge der beim Aufrichten angewandten Handgriffe.

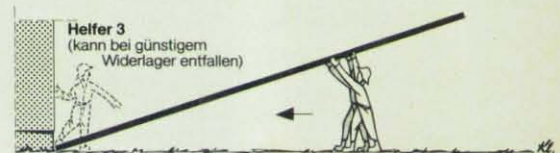
Abb. 3 (1)



Aufrichten langer Leitern: Auslegen

Als normale Anstellwinkel gelten Winkel zwischen 60 und 75 Grad (vgl. KatS-Dv 220 9. 1.). Normale Anstellwinkel entstehen, wenn der Abstand des Fußendes einer Leiter zur Stellwand mindestens ein Viertel der Leiterhöhe (Leiterlänge) beträgt und maximal die Hälfte der Leiterhöhe nicht überschreitet. Wird die Winkelabmessung von 60 Grad durch Vergrößern des Abstandes unterschritten, so muß die Leiter unterstützt und (oder) verstärkt werden (vgl. Abb. 11 und 12, Tabellen).

Abb. 3 (2)



Aufrichten langer Leitern: Aufrichten (1)

5

[11] **Sichern von Leitern:** Leitern sind standsicher aufzustellen. Sie müssen daher gegen Ausgleiten, Abrutschen, Umkanten und Durchbiegen gesichert sein. Klappleitern, die als Bockleitern benutzt werden, sind außerdem gegen Auseinander- oder Zusammenklappen zu sichern.

Auf zusätzliche Sicherungen kann verzichtet werden, wenn Leitern beim Überwinden von Hindernissen oder zum Erkunden hochgelegener Objekte nur vorübergehend bestiegen werden. In diesem Fall müssen jedoch beide Holme fest auf dem Boden stehen und die oberen Holmenden fest aufliegen (anliegen).

[12] Für das Besteigen durch einen Helfer ist eine zusätzliche Sicherung schnell zu schaffen, wenn ein zweiter Helfer seine Füße gegen die unteren Holmenden stellt und gleichzeitig mit beiden Händen gegen die Holme drückt.

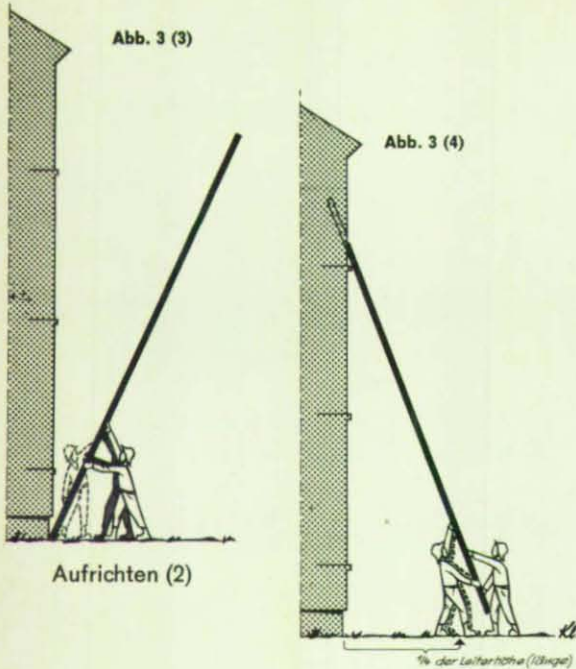
[13] Soll eine Leiter längere Zeit angelegt bleiben oder soll über sie eine größere Zahl Verletzter transportiert werden, sind Kopfende und Fußende zu sichern (Abb. 5).

[14] Sichern des Kopfendes: Das Sichern des Kopfendes einer Leiter erfolgt am einfachsten durch Festbinden der oberen Holmenden an einem innerhalb eines Fensters oder Mauerdurchbruchs quer gelegten Holz (Riegel aus Rund- oder Kantholz).

Hierzu wird eine Bindeleine mit dem Augende beginnend durch Mastwurf am Riegel angeschlagen. Es folgen ein Halbschlag um den ersten Holm, mehrere Schläge um oberste Sprosse und Riegel und ein Halbschlag um den zweiten Holm. Die Bindeleine wird sodann durch Mastwurf und Sicherungsschlag am Riegel festgelegt (Abb. 5).

[15] Sichern des Fußendes: Das Fußende einer Leiter kann für kurze Zeit durch einen Helfer gesichert werden (vgl. Zif. 12).





Aufrichten (2)

**Aufrichten langer Leitern:**

Aufrichten (3),  
Zurückziehen des  
Leiterfußes auf  
den Leiterstellplatz.

Findet der Leiterfuß an der Stellwand ein **Widerlager**, das ein Verrutschen der Holme verhindert, so kann die Leiter von nur zwei Helfern aufgerichtet werden.

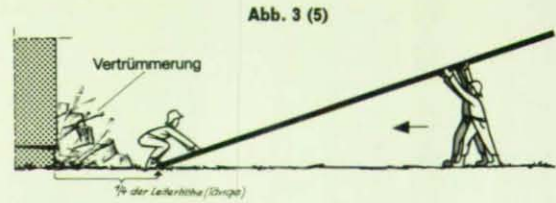


Abb. 3 (5)

**Aufrichten langer Leitern:**  
Aufrichten auf dem Leiterstellplatz

Zwingen ungünstige Bodenverhältnisse oder starke Verträmmung dazu, die Leiter auf dem **Stellplatz** aufzurichten, so sichert der dritte Helfer die Leiter gegen Ausgleiten oder Verrutschen durch Gegenstellen seiner Füße und unterstützt das Aufrichten durch Ziehen an den Sprossen, während die beiden anderen Helfer die Leiter an den Holmen empordrücken.

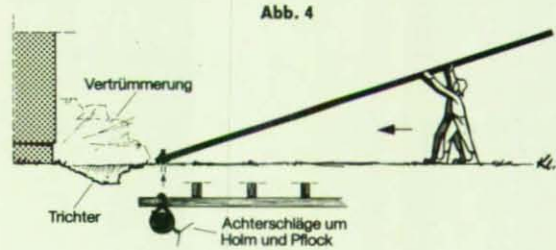


Abb. 4

**Aufrichten langer Leitern:**  
Aufrichten über einem Drehpunkt

Stehen nur zwei Helfer zur Verfügung und ist ein Gegenstellen des Leiterfußes an den Fuß der Stellwand nicht möglich, so werden auf dem vorbereiteten Leiterstellplatz Pflöcke, Rohrstücke oder Pfähle eingeschlagen, die durch lose Achterschläge mit den unteren Holmenden zu verbinden sind. Dadurch

Soll die Leiter länger benutzt werden, so läßt sie sich am einfachsten durch Eingraben, sonst durch Festlegen der unteren Holmenden an einem Riegel sichern (Abb. 5 und 6).

Zum Sichern mittels Riegel wird eine Bindeleine mit dem Augende beginnend am Leiterholm mit erstem Halbschlag oberhalb und mit zweitem Halbschlag unterhalb der untersten Sprosse angeschlagen. Entsprechend des Leiterabstands von der Stellwand folgen ein oder zwei Halbschläge um den Riegel und schließlich ein Mastwurf mit Sicherungsschlag um den zweiten Leiterholm (je ein Halbschlag des Mastwurfs ober- und unterhalb der Sprosse).

Anstelle von ein oder zwei Halbschlägen kann die Bindeleine am Riegel auch durch einen Doppelten Ankerstich angeschlagen werden. Hierzu wird die Bindeleine mittig genommen und zunächst am Riegel durch Doppelten Ankerstich angeschlagen. Das Festlegen der Seilenden an den Holmen erfolgt sodann (wie oben) durch Mastwurf bzw. durch Mastwurf und Sicherungsschlag.

[16] Besteht keine Möglichkeit, das Fußende an einem Riegel anzuschlagen, so erfolgt die Sicherung durch Pflöcke, Ankereisen oder Rohrstücke, die an der Innen- oder Außenseite der Holme und zwar vor oder neben der untersten Sprosse eingeschlagen werden. Bei dieser Art der Sicherung ist darauf zu achten, daß steigende Helfer weder behindert werden noch hängenbleiben.

An den Außenseiten der Holme eingeschlagene Pflöcke oder Rohrstücke sind durch Wickelbunde aus Draht oder aus Bindeleinen mit den Leiterholmen zu verbinden.

Die Fußenden der Holme können auch durch Einlassen in den Boden gesichert werden. In sehr weichem oder nachgiebigem Boden läßt sich die Standsicherheit der Holmfüße durch Unterlegen eines Brettes oder einer Bohle verbessern. Unter

Umständen ist die Standsicherheit durch Vorlegen von Sandsäcken, Steinen und sonstigem Schwermaterial zu erhöhen.



Abb. 6

**Sichern des Fußendes einer Leiter**

Das Sichern einer Leiter, die über einem Drehpunkt aufgerichtet wurde, ist in Abb. 4 dargestellt und beschrieben.



Abb. 7

**Steigen auf einer Leiter im Paßgang**



Die Maßangaben senkrecht links nach rechts bedeuten:  
 4,65 m = zwei Steckleiterteile    5,52 m = zwei Klappleitern  
 3,28 m = eine Klappleiter, auf-    aufgeklappt über 4  
           geklappt                            Sprossen zusammen-  
 2,70 m = ein Steckleiterteil        gesteckt  
   6,60 m = drei Steckleiterteile  
   8,55 m = vier Steckleiterteile

Die Tabellenwerte verringern sich durch Sicherung des Kopfendes einer Leiter um mindestens 30 cm.

[24] **Sichern von Steckleitern:** Das Sichern von Steckleitern erfolgt sinngemäß nach Zif. 11 bis Zif. 16. Werden drei- oder vierteilige Steckleitern für ein kurzfristiges Besteigen angelehnt, so ist das Fußende möglichst durch zwei Helfer zu sichern.

[25] **Zusammenstecken von Steckleitern:** Die Steckleiterteile A und B (oder B und B) werden hintereinander abgelegt, die Abschrägungen der Leiterspitzen weisen dabei in die gleiche Richtung. Zum Zusammenstecken werden mindestens zwei Helfer benötigt.

Helfer 1  
 — Erfassen der Unterleiter an 4. und 6. Sprosse (Sprossen vom Leiterfuß gezählt).

Helfer 2  
 — Erfassen der Oberleiter an 2. und 4. Sprosse.  
 Sodann: Leiterenden in Kastenbeschläge einführen und auf Kommando „Zu-gleich!“ ruckartig ineinanderschieben (Federbolzen rasten hörbar ein). Verriegelung durch Zugprobe prüfen.

[26] Zum Zusammenstecken von Steckleiterteilen in beengtem Raum werden mindestens drei Helfer benötigt.

Helfer 1 und 2 führen Steckleiterteil B möglichst senkrecht am Objekt hoch und halten es mit ausgestreckten Armen an den Schnappschlössern der Verriegelung fest. Helfer 3 führt Leiterteil A (oder B) in die Kastenbeschläge ein. Einrasten und prüfen wie oben.

Bei vierteiligen Steckleitern gilt diese Regel für die Verbindung vom ersten zum zweiten sowie für die Verbindung vom dritten zum vierten Steckleiterteil.

Die Verstärkungen werden mit Wickelbunden dicht oberhalb der Sprossen fest an die Holme gebunden (Abb. 13).

[33] Lange Fremdleitern werden sinngemäß nach Zif. 31 und Zif. 32 verstärkt (Abb. 13). Beim Verstärken von Fremdleitern ist darauf zu achten, daß etwa Zweidrittel der Leiter verstärkt werden müssen.

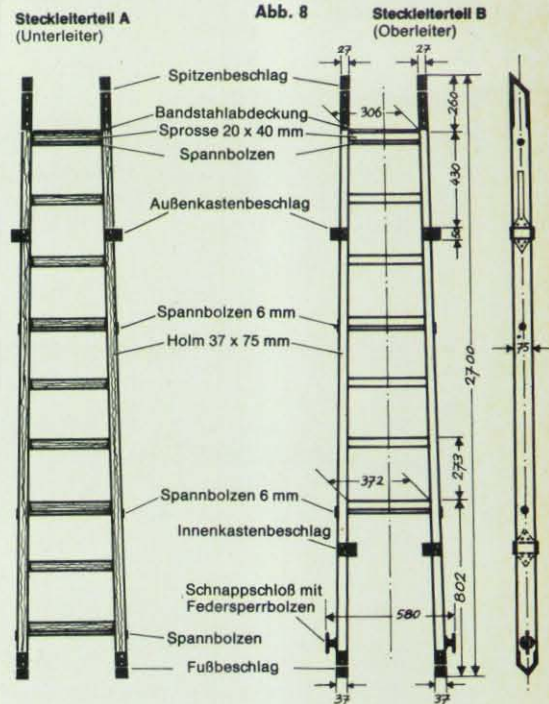
Abb. 14



Verlängern einer Fremdleiter

4.2. Gebrauch der Steckleiter

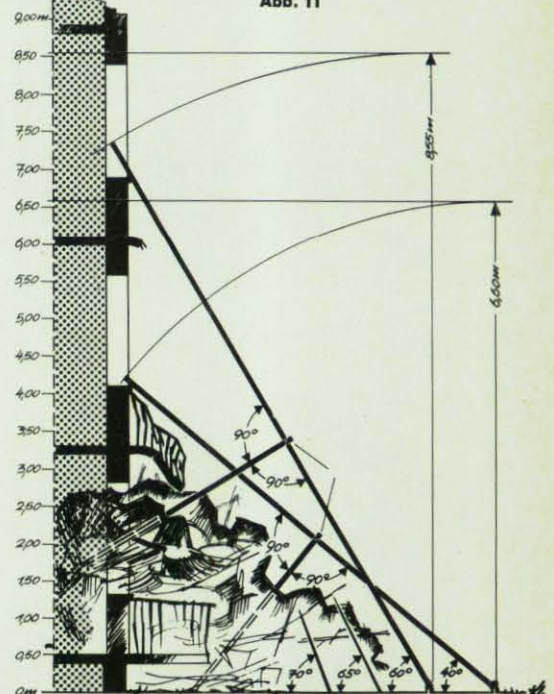
[21] Steckleitern sind vielseitig verwendbar. Man kann mit ihnen in höher und tiefer gelegene Geschosse einsteigen und Hindernisse überwinden. Sie eignen sich ferner zum Bau von Gerüsten, zum Bergen aus Höhen und Tiefen sowie als Behelfstrage zum Transport von Verletzten.



Steckleiter

[27] Wurde beim Zusammenstecken mehrerer Steckleiterteile ein Steckleiterteil B als unterste Leiter verwendet, so ist beim Absteigen dem absteigenden Helfer „Vorsicht — letzte Stufe!“

Abb. 11



Unterstützung langer Steckleitern

Beim Unterstützen drei- oder vierteiliger Steckleitern werden Mauervorsprünge oder Trümmer beim Setzen der Stützen ausgenutzt (Abb. 11).



[22] Ein Steckleiterteil A oder B ist 2,70 m lang. Werden zwei oder mehr Leiterteile zusammengesteckt, so geht infolge Überlappens Leiterlänge verloren (vgl. 9.1. „Geräte und Hilfsmittel des Bergungsdienstes“). Es ergeben

- zwei Leiterteile 4,65 m Leiterlänge
- drei Leiterteile 6,60 m Leiterlänge
- vier Leiterteile 8,55 m Leiterlänge

Jeder angesteckte Leiterteil verlängert eine Leiter jeweils um 1,95 m (leichter zu rechnen: 2,00 — 0,05 m).

Das Zusammenstecken von mehr als vier Leiterteilen ist verboten.

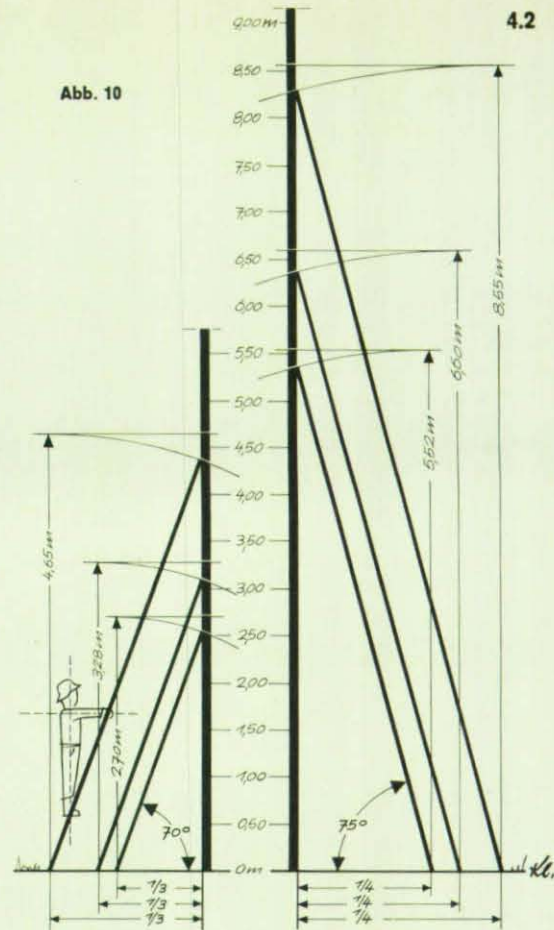
Abb. 9



[23] Von der Länge der zusammengesteckten (maximal vierteiligen) Steckleiter hängt es ab, ob die gewünschte Einstieghöhe erreicht werden kann, ob die Leiter unterhalb der Einstieghöhe endet oder in den Raum hineinragt.

Mit Hilfe der grafischen Darstellung Abb. 10 läßt sich ermitteln, welche Einstieghöhen (Steighöhe) durch ein- oder mehrteilige Steckleitern — zum Vergleich auch mit Klappleitern — erreicht werden können.

Abb. 10



**Tabelle: Steig- und Einstieghöhen**

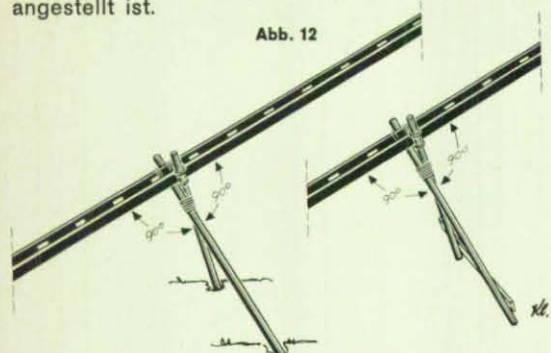
zuzurufen, da beim Leiterteil B die untersten Sprossen fehlen. Gerätelast oder Verletzte sind bei Zuruf dem Helfer abzunehmen.

[28] **Unterstützung und Verstärkung von angelegten Steckleitern:** Dreiteilige Steckleitern sind zu unterstützen oder zu verstärken, wenn die Anstellwinkel 60 Grad unterschreiten. Vierteilige Steckleitern sind auch unter normalen Anstellwinkeln zu unterstützen. Ist das nicht möglich, so sind die Holme zu verstärken.

[29] **Unterstützungen:** Zum Unterstützen langer Leitern eignen sich besonders Zweiböcke. Sie sind — wie jede Unterstützung — möglichst rechtwinkelig zu den Holmen der Leiter anzubringen.

Der Zweibock wird gemäß Kapitel 2, Abschn. 2, gebunden und erst angebracht, nachdem die Leiter angestellt ist.

Abb. 12



**Unterstützung durch Zweibock**

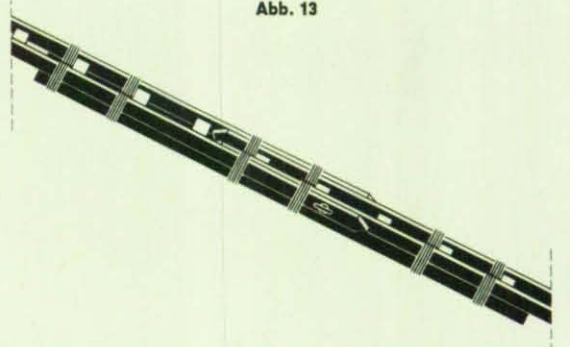
[30] Die Leiterholme werden mit den oberen Enden der Bockbeine durch Bockschnürbünde verbunden. Die Bockbeine sind so zu bemessen, daß etwa 15 cm über die Leiterholme hinausragen.

Die unteren Enden der Bockbeine werden gegen Ausgleiten oder Verrutschen durch Einlassen in den Boden oder Annageln einer Verstrebung (Brett, Bohle, Kant- oder Rundholz) gesichert.

Auf hartem, unnachgiebigem oder glattem Untergrund kann es zweckmäßig sein, verstreute Bockbeine zusätzlich durch Pflöcke oder Erdnägel zu sichern.

[31] **Verstärkungen:** Die Holme langer Leitern sind zu verstärken, wenn Unterstützungen nicht angebracht werden können. Als Material eignen sich Gerüststangen, Halbhölzer, Bohlen, Kant-hölzer und in Ausnahmefällen Stahlrohre.

Abb. 13



**Verstärken einer Steckleiter**

[32] Die Verstärkung wird unter die Leiterholme gelegt. Dabei ist bei dreiteiligen Steckleitern darauf zu achten, daß die Verstärkung nach beiden Seiten über die Verbindung vom ersten zum zweiten bzw. über die Verbindung vom zweiten zum dritten Steckleiterteil etwa 1 m hinausragt.



# Warn- und Alarmdienst



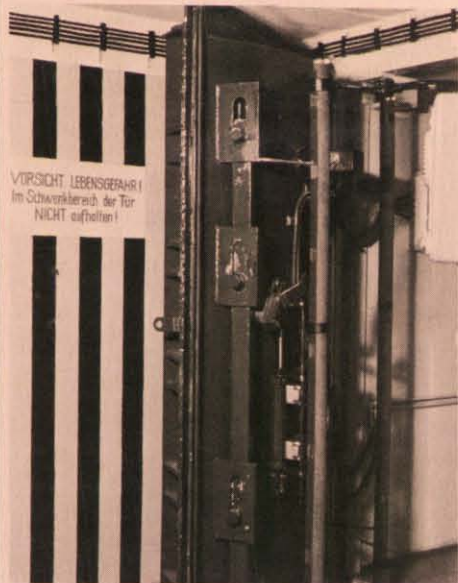
## „Ausbildungsvorhaben Nr. 9 des Warndienstes“

Volles Haus im Warnamt V, in Welz! Vom 11. bis 13. April trafen sich die Einsatzleiter/Sachgebiet 5 (Betriebs- und Maschinentechnik) und Maschinenmeister, um Fragen der Unfallverhütung aus dem Bereich der Betriebstechnik der Warnämter zu erörtern.

Nach der Begrüßung und Einführung durch Ltd. Reg. Dir. Zielinski über-

nahmen Vertreter der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung (Bafü) und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung die weitere Vortragsfolge. Ein kurzer Überblick über die historischen und gesetzlichen Grundlagen der Unfallversicherung zeigte die Unterschiede auf, die sich aus der Stellung des Bundes als Träger der Unfallversicherung gegenüber den Unternehmen der Wirtschaft ergeben. Nach der Reichsversicherungsordnung

Schweiß- und Schneidearbeiten in den engen Räumen des Warnbunkers begünstigen die Gefahren durch lebensgefährliche nitrose Gase. Eine gute Be- und Entlüftung während der Schweißarbeiten ist daher besonders wichtig. Auch vor der Unsitte, ohne Notwendigkeit Arbeiten an unter Spannung stehenden elektrischen Einrichtungen und Geräten durchzuführen, kann nicht genug gewarnt werden. Wieviel Umsicht der Aufenthalt im Warnbunker erfordert, möge



Vorsicht im Schwenkbereich der automatischen Türschließenanlage!



Im Batterieraum des Warnamtsbunkers.



Auf der Wendeltreppe zwischen den Geschossen des Warnamtsbunkers.

gelten nämlich die Vorschriften der Berufsgenossenschaften im Bereich des Bundes nur dann, wenn keine behördeneigenen Anweisungen vorhanden sind.

Mißverständnisse über die Stellung und Aufgaben des Sicherheitsbeauftragten im Warndienst konnten beseitigt werden. Der Sicherheitsbeauftragte unterstützt den Warnamtsleiter bei der Durchführung des Unfallschutzes und wird bei der Aufklärung von Unfallursachen mitwirken. Die Ernennung von Bediensteten des Warndienstes zu Sicherheitsbeauftragten stellt somit einen Vertrauensbeweis dar. Daß ein Dienstvorgesetzter nie Sicherheitsbeauftragter sein kann, wurde klar und deutlich herausgestellt. Es führte zu weit, in diesem kurzen Abriss die Fülle von Anregungen und Hinweisen der Vortragenden zu wiederholen; auf einige besondere Gefahrenpunkte sollte jedoch nochmals eingegangen werden:

sich jeder in Erinnerung rufen, wenn er die Treppen, Leitern und Durchgänge benutzt. In diesem Zusammenhang mag der Hinweis von Bedeutung sein, daß 80 bis 85 % aller Unfälle durch Fall oder Sturz verursacht werden. Wie wichtig auch hier Kenntnisse in der Ersten Hilfe und ein gut ausgestattetes Arztrevier sind, möge keiner am eigenen Leibe erfahren. Nicht zuletzt auch dank der gelungenen Organisation des gastgebenden Warnamtes, die das Sicherheitsbewußtsein durch vielfältige Anregungen verstärken half, führte die Ausbildungsveranstaltung zu einem guten Erfolg.

## Funkanschluß für Warnamt VI

Beim Warnamt VI, Bodenrod im Taunus, konnte nach Genehmigung durch das BzB eine Relais-Funkstelle



des Landes Hessen für dessen Brand-, Katastrophenschutz und Unfallrettungsdienst eingerichtet werden. Das Warnamt VI ist damit auch selbst an das integrierte Funknetz des Landes Hessen angeschlossen und hat die Möglichkeit, im Bedarfsfall Funksprechverkehr mit den „Behörden und Organisationen mit gemeinsamen Sicherheitsaufgaben (BOS)“ aufzunehmen. Für den Katastrophenfall ist von besonderer Bedeutung, daß das Warnamt seinerseits von den Landesbehörden auf dem Funkwege erreichbar ist.

Nicht zuletzt kann der Anschluß an das Funknetz des Landes Hessen im Notfalle eine wertvolle Überlagerung der Fernsprech- und Fernschreibverbindungen des Warndienstes und eine Verbesserung des Objektschutzes bedeuten.

Das Warnamt wurde in den Rufnamen-katalog der BOS aufgenommen.



**Einweisung der ausländischen Offiziere in Aufgaben und Funktionen eines Warnamtes durch Warnamtsleiter Kneppenberg.**



**Vorführung von Feuerwehrfahrzeugen durch Kreisbrandmeister Kruse.**

### Hoher Besuch im Warnamt I

Gäste von der anderen Seite des Globus konnte Warnamtsleiter Kneppenberg im April im Warnamt I begrüßen. Über zwanzig Generalstabs-offiziere, die zur Zeit an einem Lehrgang an der Bundeswehrakademie in Hamburg teilnehmen, statteten dem Warnamt einen Besuch ab, um sich über Zivilschutzmaßnahmen zu orientieren.

Die Gäste aus Brasilien, Chile, Formosa, Indonesien, Korea, Nepal, von den Philippinen und aus der Schweiz begannen ihren Besuch mit einer Besichtigung des Warnamtsbunkers, wo im Führungsraum ein kleines Planspiel vorgeführt wurde. Die Offiziere verfolgten, wie ein unbekanntes Flugziel mit hoher Geschwindigkeit in den Luftraum über dem Warnggebiet I eindrang. Sie erfuhren, wie und zu welchem Zeitpunkt Warnstellendurchsagen an die Warnstelleninhaber durchgesprochen werden und wann eine öffentliche Alarmierung der Bevölkerung durch Sirenen erfolgt. Anschließend wurde der Raum für die ABC-Auswertung aufgesucht, wo wiederum eine kleine atomare Lage vorbereitet und durchgeübt wurde. Mittels der von den Meßstellen übermittelten Beobachtermeldungen

gelang es, den Detonationsort, die Detonationshöhe und den Sprengwert des angenommenen Atomsprengkörpers zu ermitteln. Die Wetterverhältnisse ließen auf eine nordostwärtige Abdrift des radioaktiven Niederschlages schließen. Daher mußten vom Warnamt für Gebiete in dieser Richtung ABC-Warnmeldungen durchgesprochen und ABC-Alarm ausgelöst werden, damit die Zivilbevölkerung und die Katastrophenschutzorganisationen rechtzeitig Schutzmaßnahmen ergreifen können.

Die Offiziere äußerten sich anerkennend über die schnelle und gute Arbeit, die im Warnamt geleistet wird.

Die Frage war nun, wie weit die nach einer Alarmierung tätig werdenden Organisationen in der Lage wären, schnelle Hilfe zu leisten und die Schäden zu beseitigen. Diese Hilfeleistung wurde zwar nicht praktisch durchgeübt, dafür stellten aber die

Feuerwehr, der Katastrophenschutz und das Technische Hilfswerk Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände vor, die für diese Aufgaben vorgesehen sind.

Kreisbrandmeister Kruse vom Kreisfeuerwehrverband Rendsburg-Eckernförde führte den Gästen ein Tanklöschfahrzeug und ein 30-m-Drehleiterfahrzeug vor. Er wies kurz auf die wichtigsten Aufgaben der Feuerwehr hin, betonte aber zugleich, daß besonders in den ländlichen Gemeinden die Wehren immer häufiger zu technischen Hilfsleistungen bei Verkehrsunfällen u. ä. herangezogen würden.

Der Katastrophenschutz Neumünster unter Leitung von Stadtrat Bley und Amtmann Bandmann führte einen Funkkommandowagen, eine fahrbare Sirene und einen Krankentransportwagen vor. Die Sirene wurde kurz in Gang gesetzt, ohne allerdings die volle Lautstärke zu erreichen. Jedoch genügte schon dieses kurze Aufheulen.

Dipl.-Volkswirt Meier, Landesbeauftragter des THW Schleswig-Holstein in Kiel, zeigte zwei Gerätekraftwagen mit ihrer umfangreichen technischen Ausstattung.

Reges Interesse der Besucher fanden auch einige offensichtlich weniger wichtige Dinge, wie zum Beispiel der als „zweckmäßig“ charakterisierte Klappspaten oder eine Rolle Maschendraht. Die Erklärung, daß man sich mit Hilfe von Maschendraht leichter über Trümmer fortbewegen könne, befriedigte zwar die Neugier, doch hätten die Gäste offensichtlich gern die praktische Anwendung bei einer Übung gesehen. Ein Gast lobte die gute Ausrüstung des Warnamtes und der Katastrophenorganisationen. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß in seinem Heimatland der Schutz der Zivilbevölkerung leider zweitrangig behandelt werde.

In seinen Abschiedsworten dankte Warnamtsleiter Kneppenberg den Besuchern für ihr gezeigtes Interesse. Den mitwirkenden Katastrophenschutzdiensten sprach er seinen Dank aus für ihre Bereitschaft, sich für diese Vorführung zur Verfügung zu stellen. Er betonte, daß Schutz und Erhaltung von Menschenleben humanitäre Aufgabe des Zivil- und Katastrophenschutzes sei und bleibe. Leider verhalte sich die Bevölkerung selbst noch viel zu passiv, sei es aus Unwissenheit, aus Gleichgültigkeit oder gar aus Angst, es könne, wenn man sich mit dem Ernstfall befaßt, auch ein solcher Ernstfall eintreten.



A. v. Larisch/W. Voigt

## Für Einsätze im Ausland ist die JUH gerüstet

Infolge der hohen Zahl der Katastrophen im Ausland in der letzten Zeit und der dadurch zahlenmäßig vermehrten Anforderungen der Johanniter-Unfall-Hilfe zu Auslandseinsätzen haben sich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit einer erfahrenen und großen Organisation und die Notwendigkeit zur Schaffung einer planenden und koordinierenden Stelle innerhalb unserer Organisation ergeben.

Zwischen den Präsidenten des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Johanniter-Unfall-Hilfe wurde daraufhin eine enge Zusammenarbeit bei Katastrophenfällen, besonders im Ausland, vereinbart.

Die Zusammenarbeit soll in der Weise geschehen, daß die JUH geeignetes und geschultes Personal für den Katastropheneinsatz bereithält, während das Diakonische Werk Geldmittel und Geräte zur Verfügung stellt.

Der Präsident der JUH hat, um eine koordinierende Stelle für Planung und Leitung der Auslandseinsätze zu haben, die Katastrophen-Einsatzleitung Ausland geschaffen, die der Bundesleitung direkt untersteht. Der Sitz der Katastrophen-Einsatzleitung Ausland (kurz: KELA) ist in 5 Köln 91, Frankfurter Str. 666. Tel. 02 21 / 89 16 02 und 87 86 18, Telex: 8873493 juhk d.

Es werden dort das für den Katastrophenfall notwendige Material gelagert und die verwaltungsmäßige Abwicklung der Einsätze u. a. erledigt.

Der Leiter der KELA ist Wilfried Voigt, Referent für Katastrophenschutz in der Bundesgeschäftsführung. Sein Stellvertreter ist Alexander v. Larisch, Kreisbeauftragter der JUH im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Die Aufgaben der KELA gliedern sich zur Zeit in:



**Hubschrauber flogen Fahrzeuge und Geräte zu den Einsatzstellen der Johanniter-Unfall-Hilfe in Ost-Pakistan.**

- Planung eines Bundeskatastrophenzuges (kurz: BK-Zug), personell und materiell
  - Beschaffung des notwendigen Materials
  - Pflege und Wartung des Materials
  - Überprüfung der materiellen und personellen Einsatzbereitschaft durch Übungen
  - Abwicklung von Katastropheneinsätzen vom Aufruf der Helfer bis zu deren Rückkehr.
- In ihren Tätigkeiten ist die KELA dem Präsidenten der JUH direkt verantwortlich. Die Rechnungslegung wird jeweils vom Bundesschatzmeister geprüft.
- Der BK-Zug ist im Baukastensystem geplant worden und in der Lage, ein komplettes Feldlazarett zu betreiben. Notfalls können je nach Einsatzart Einzeltrupps eingesetzt werden.
- Der Einsatzleiter hat die Aufgabe, das Feldlazarett taktisch zu führen. Er ist für die ordnungsgemäße technische Abwicklung des Einsatzes allein verantwortlich.

Die Aufgaben des Funktionstrupps sind:

Allgemeine Verwaltung,  
Materialverwaltung,  
Funkbetrieb (Sprech- und Tastfunk),  
Überwachung der elektrischen Anlagen,  
Instandhaltung der Geräte,  
Wartung der Kraftfahrzeuge

Versorgungsfahrten, Krankentransporte.  
Die Aufgaben des Küchentrupps sind:  
Versorgung der Einsatzmannschaft,  
Versorgung der stationär aufgenommenen Patienten.

Wenn erforderlich: Versorgung von Katastrophengeschädigten,  
Beschaffung von Lebensmitteln.  
Die Grundeinheit von 3 Helfern ist für 100 Verpflegungseinheiten (d. h. Versorgung von 100 Personen mit 3 Mahlzeiten pro Tag) geplant.

Der Küchentrupp hat eine entsprechend eingerichtete, in einem Fahrzeug verlastbare Küche mit dazugehörigen Zelten, Tischen, Stühlen u. a.

Der Wasseraufbereitungstrupp hat die Aufgaben:

Trinkwasseraufbereitung für das Lazarett,  
Trinkwasseraufbereitung für die katastrophengeschädigte Bevölkerung,  
Laboruntersuchung des Trinkwassers,  
Anlage von Wasserentnahmestellen,  
Anlage von Wasch- und Dusch-einrichtungen,Anlage von Wasserreservebehältern.

Dieser Trupp mit einem Personal von 1 ausgebildeten Laborhelfer als Truppführer, 1 Kraftfahrer und Handwerker und 1 Helfer wird ausgerüstet mit 1 Wasseraufbereitungsanlage (6000 ltr/h), eingebaut in einem VW-Transporter mit Anhänger. Die Geräte sind am Einsatzort außerhalb des Fahrzeugs aufzustellen, um im VW das Labor einzurichten.

Die Aufgaben des OP-Trupps sind:

1. Ambulanz  
Erste Sichtung des Geschädigten,  
Ambulante Behandlung und Versorgung.  
Wenn erforderlich: Mobile Ambulanz.

2. Operationsbereich:  
Chirurgische Eingriffe,  
Betreuung der stationär zu behandelnden Verletzten.

Personell ist der Trupp ausgestattet mit 2 Ärzten, 4 Arzthelfern, wovon 2 als Instrumentenhelfer und 2 als Anästhesiehelfer fungieren sollen.





**JUH-Helfer mußten oft schwierige Situationen meistern.**

Gerade hier werden Helfer mit Spezialkenntnissen und Erfahrung benötigt.

Zur Ausrüstung der Ambulanz gehören u. a.: 1 Zelt 5 x 5,6 m, angeschlossen an das OP-Zelt, Sauerstoffbehandlungsgesetz, Schockbekämpfungssatz K 53, 1 Ambulanzgerätesatz, 1 Zahnarztbesteck u. a. Der Operationsbereich ist ausgerüstet u. a. mit einem Zelt 5 x 5,6 m, OP-Tisch, OP-Leuchte, Autoklav, Sauerstoffbehandlungsgesetz, Schockbekämpfungssatz, Notintubationsbesteck, Narkosegerät, 1 Satz chirurgischer Instrumente, Verbandkästen.

Der Pflegetrupps übernimmt die Pflege und Betreuung der stationären Patienten. Er hat bei einer Aufnahmekapazität das Lazarett von 50 Kranken die Stärke von 1 Truppführer und 4 Helfern. Auch hier sind Spezialkenntnisse in der pflegerischen und psychologischen Betreuung von Kranken sowie Erfahrung notwendig. Außer mit dem üblichen Pflegematerial ist der Trupp mit 3 Zelten 10 x 5,6 m, Decken und Luftmatratzen ausgestattet.

Vorerst soll Personal in Stärke von 50 Mann bereitgehalten werden, wobei 25 Helfer im Katastrophenfall sofort und weitere je nach Bedarf als Zusatz oder 25 als Austausch zum Katastrophenort ausgesandt werden. Ein Einsatz läuft wie folgt ab: Nach einer Aufforderung durch das Diakonische Werk wird der Präsident der JUH durch die KELA die Helfer zu

einem Einsatz aufrufen. Die KELA informiert sofort vorab telefonisch — eine schriftliche Bestätigung folgt — die für einen Katastrophenfall bereitstehenden Helfer über die Ortsbeauftragten und fordert sie auf, sich bis zu einem zu nennenden Zeitpunkt in Köln zu melden. Die Landesgeschäftsführer werden ebenfalls benachrichtigt.

Ein Voraustrupp, bestehend aus dem Beauftragten der JUH, der u. a. als Verbindungsmann zwischen den Helfern und staatlichen Stellen sowie anderen Hilfsorganisationen fungiert, dem Einsatzleiter, einem Arzt und einem Funker mit Funkgerät, wird in wenigen Stunden in das Katastrophengebiet geflogen. Dieser Voraustrupp verschafft sich eine grobe Schadensübersicht, sucht ein Einsatzgebiet und gibt sofort einen Lagebericht an die KELA in Köln über Kurzwellenfunk oder sonstige Nachrichtenmittel, so daß in Köln das Material dem speziellen Bedarf nach zusammengestellt und verschickt werden kann. In einer Besprechung in Köln werden die Helfer in ihre Aufgaben eingewiesen. Sie werden mit den Gegebenheiten des entsprechenden Landes — und soweit bekannt — mit der Lage im Katastrophengebiet bekannt gemacht. Außerdem werden die Helfer in Köln entsprechend eingekleidet. Die Helfer werden dann mit einem vom Diakonischen Werk bekanntgegebenen Flugzeug in das Schadensgebiet gebracht. Für die Zeit vom Abflug bis zur Übernahme durch den Einsatzleiter im Katastrophengebiet bestimmt die KELA einen Führer, der für den reibungslosen Ablauf des Abtransportes verantwortlich ist.

Ein zusätzliche Versand von Helfern oder Material wird nach Anforderung des Einsatzleiters allein von der KELA in Abstimmung mit dem Präsidenten der JUH und dem Diakonischen Werk angeordnet. In gleicher Weise ist die Rückkehr der Mannschaft und des Materials aus dem Katastrophengebiet geregelt. Der Einsatzleiter ist nach Übergabe der Helfer und des Materials an die KELA aus seiner Verantwortung entlassen. Die Einsatzdauer wird naturgemäß unterschiedlich sein. Sie sollte aber für eine Mannschaft aus Gründen der psychischen Belastung und arbeitsrechtlicher Folgen grundsätzlich nicht 4 Wochen überschreiten.

Nach Rückgabe der von der KELA erhaltenen Ausrüstungsgegenstände und einer kurzen ärztlichen Unter-

suchung werden die Helfer in ihre Heimatorte entlassen.

Es ist für die KELA und für die gesamte JUH sehr wichtig, zu wissen, ob und inwieweit die fachlichen Grundlagen für einen Katastropheneinsatz bei den einzelnen Helfern vorhanden sind. Daher werden jährlich ein oder zwei Wochenendübungen abgehalten, um die Zusammenarbeit der Mannschaft zu prüfen und die Helfer mit dem Gerät vertraut zu machen.

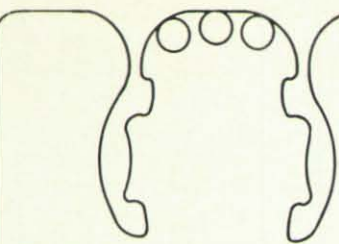
Der für den BK-Zug vorgesehene Helfer oder die Helferin muß bestimmte Voraussetzungen mitbringen. Eine absolvierte Helferausbildung und eine entsprechende Erfahrungszeit sind unbedingt notwendig. Die für den BK-Zug gemeldeten und ausgesuchten Helfer können sich für einen bestimmten Trupp entscheiden. Sie müssen sich dann, entsprechend den Anforderungen dieses Trupps, selbständig die notwendigen Kenntnisse aneignen. Es handelt sich hier besonders um die Mitglieder des OP- und Pflegetrupps. Hier werden auch Schwesternhelferinnen besonders willkommen sein.

Jedes Gruppenmitglied sollte eine Möglichkeit suchen, z. B. in einem Krankenhaus zu arbeiten, und sich vielleicht von einem Johanniterarzt oder von Schwestern einweisen oder ausbilden zu lassen. Wir glauben, daß es genug Gelegenheiten zu dieser Ausbildung gibt. Aus verschiedenen Gründen ist eine überwachte und von der KELA veranlaßte Ausbildung nicht zweckmäßig. Hierbei wird sich auch die Eigeninitiative des einzelnen BK-Zugmitgliedes zeigen, die ja bei einem späteren Einsatz von ihm gefordert werden muß.

Zur Zeit besitzt die KELA schon einiges, vom Diakonischen Werk finanziertes Material, beispielsweise 1 Wasseraufbereitungsanlage mit Transporter, 1 Krankenwagen (Rechtslenker), 1 Mannschaftswagen, der schnell zum Behelfskrankenwagen umgerüstet werden kann, alle für das Lazarett — 50 Betten — notwendigen Zelte und Materialien, wie Schockbekämpfungssatz, Blutdruckapparate, Instrumente u. a., sowie etliche Bekleidungsstücke.

Wir hoffen, daß alle Helfer und Helferinnen über den BK-Zug und die KELA nun besser informiert sind. Es wäre gut, wenn jetzt noch einige Meldungen zur Mitarbeit bei Auslandseinsätzen bei der KELA eingingen.





## AKTUELLE NACHRICHTEN

### Keine falsche Rücksichtnahme

Bundespräsident Heinemann ist der Auffassung, daß es bei den Maßnahmen zum Schutz der Umwelt keinerlei falsche Rücksichtnahme geben darf. Es dürfe, so sagte der Bundespräsident, „keine heiligen Kühe“ geben. Niemand könne und dürfe sich heute mehr der „durchgreifenden Überprüfung unserer Lebensgrundlagen und unserer Wertvorstellungen“ entziehen. Mit Recht kritisiere die junge Generation das Ausmaß unserer Gedankenlosigkeit, immerhin habe das Tempo der Verseuchung der Luft, des Wassers und der Erde erschreckend zugenommen. Heinemann machte diese Ausführungen anlässlich der vierten internationalen Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen.

### Pockenschutz durch Schluckimpfung

Ein unkalkulierbares Risiko nicht nur bei Erstimpfungen, sondern vor allem bei Spätimpfungen waren bei einer Schutzimpfung gegen Pocken stets die etwaigen Komplikationen, vor allem Hirnschäden.

Besonders in letzter Zeit standen die Gesundheitsbehörden immer wieder vor großen Problemen, auch organisatorischer Art, wenn Massenimpfungen durchgeführt werden mußten, weil Pocken eingeschleppt worden waren. In München hat jetzt der Leiter der Bayrischen Landesimpfanstalt, Professor Stickl, einen oralen Impfstoff gegen Pocken entwickelt.

Bisher wurden 2000 Kinder, vor allem sogenannte Risikokinder, in Form einer Schluckimpfung mit dem neuen Präparat gegen Pocken erfolgreich geimpft. Es wurden dabei keine Allergien beobachtet und auch keinerlei Reaktionen des Zentralnervensystems

und der Haut festgestellt. Der durch Gefrier Trocknung haltbar gemachte Impfstoff wird in einer Kapsel, die sich erst im Magen oder Dünndarm auflöst, unzerkaut geschluckt.

Nur etwa jedes dritte Kind bekam leichtes Fieber; Problemkinder, die sonst gar nicht zu impfen sind, konnten gefahrlos geimpft werden.

### Zivilschutzkenntnisse für Sportabzeichen

In der Sowjetunion wurden kürzlich die Bedingungen zum Erwerb des Sportabzeichens geändert. Für das in 5 Klassen zu verleihende Abzeichen werden jetzt Leistungen verlangt, die „dem gestiegenen Standard körperlicher Leistungsfähigkeit entsprechen sollen“. Außer einer entsprechenden Vorbereitung auf die rein sportlichen Prüfungen werden neben theoretischen Grundkenntnissen der Körperkultur und der persönlichen Hygiene — sowie einer ärztlichen Erlaubnis — auch Grundkenntnisse in den Aufgaben der Zivilverteidigung verlangt. Entsprechend auch der Titel des Sportabzeichens: „Bereit zur Arbeit und Verteidigung der UdSSR.“

Damit ist nun in der Sowjetunion neben den vielen anderen Organisationen und Institutionen, die sich bisher mit dem Zivilschutz befaßt haben, auch das Komitee für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR mit vorbereitenden Zivilschutzaufgaben betraut worden.

### Lobenswerte Privatinitiative

Ein schwerer Unfall auf einer Autobahn in Hessen, nach dem der unverletzt gebliebene 14jährige Sohn eines verunglückten Ehepaares hilflos auf der Strecke umherirrte, statt an der Notrufsäule Hilfe herbeizurufen, führte zu einer bemerkenswerten Privatinitiative. Ein Angestellter der Fernsprechvermittlung in der Notrufzentrale einer Autobahnmeisterei richtete mit eigenen finanziellen Mitteln einen Aufklärungsunterricht für Jugendliche ein. In seiner Freizeit unterweist er die jungen Menschen im

Gebrauch von Notrufanlagen. In Scharen kamen Kinder und Jugendliche zu diesen Unterweisungen; Schulen, Automobilklubs und Behörden waren begeistert.

In einem Merkblatt für die Eltern wurden die wichtigsten Regeln, die beim Gebrauch von Notrufsäulen an der Autobahn zu beachten sind, zusammengefaßt. Es wird empfohlen, während einer Fahrt auf der Autobahn den Kindern an Hand dieses Merkblattes entsprechende Erklärungen zu geben. Der ungeahnte Erfolg dieser Aktion hat den Angestellten dazu angeregt, auch Merkblätter für ausländische Touristen und Gastarbeiter herauszugeben, die reißenden Absatz finden. Titel der Merkblätter: „Wie verhalte ich mich im Notfall auf der Autobahn.“

### Atomkraftwerke in der Energieversorgung

Das Problem der zunehmenden Wasserverknappung wirft neben der Frage einer ausreichenden Trinkwasserversorgung der Bevölkerung auch die Frage nach einer zukünftigen ausreichenden Energieversorgung auf. Der Direktor des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft, Dr. Siegrist, erklärte: „Neue Atomkraftwerke können in der Schweiz praktisch nicht mehr errichtet werden. Der gegenwärtig bestehende Produktionsapparat — einschließlich der bestehenden Atomkraftwerke — kann unseren Energiebedarf höchstens bis 1977 decken. Es sollte, weil der Bau eines Atomkraftwerkes 5 bis 6 Jahre dauert, mit dem Bau solcher Werke sofort begonnen werden.“

Werden solche Werke in der Schweiz nicht gebaut, dann wird man bereits Ende der siebziger Jahre nicht mehr genügend Energie in Form von Elektrizität zur Verfügung haben.

Man schätzt das Manko auf 10 — 15 Prozent. Die Annahme, die Schweiz könne diese Minderungen aus den Nachbarstaaten importieren, ist sehr unrealistisch, weil in diesen Ländern sich eine ähnliche Entwicklung infolge der zunehmenden Wasserverknappung abzeichnet.

Je eher man sich mit der Notwendigkeit von Atomkraftwerken abfinde, um so eher könne auch Abhilfe geschaffen werden, glauben die Experten.



Wohl selten hat ein schlammiges Ereignis in der Öffentlichkeit so viel Staub aufgewirbelt wie ein Erdbeben, der in den letzten Tagen des Jahres 1971 die Stadt Tegernsee bedrohte. Presse, Rundfunk und Fernsehen befaßten sich mit diesem Naturereignis und berichteten in Wort und Bild ausführlich, wenn auch nicht immer mit der gebotenen Sachlichkeit, über Ursachen, Wirkung und mögliche Gefahren. Wie häufig in solchen Fällen war auch hier bald ein scheinbar Schuldiger gefunden, dem Versäumnisse angelastet werden konnten: Die Behörden, so hieß es, hätten versäumt, den Wildbach rechtzeitig zu verrohren. Wäre dies geschehen, so hätte die niedergegangene Mure den Alpbach nicht verlegen können und die Bedrohung der Stadt Tegernsee durch aufgestaute Wasser- und Schlammassen wäre erst gar nicht entstanden.

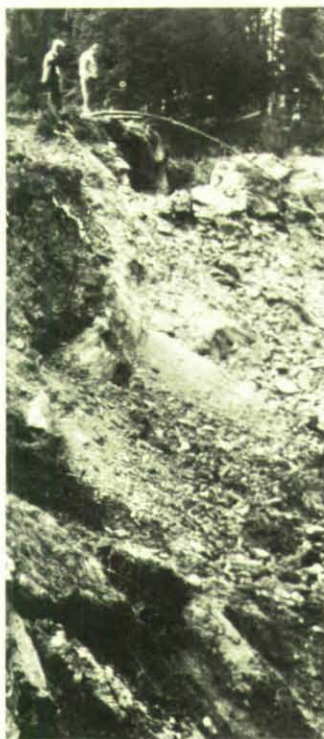
### Was war geschehen?

Bereits im Frühjahr und Sommer 1971 sind in einem Nebental des Alpbaches Rutsch- und Kriechbewegungen festgestellt worden. Auf dem betroffenen Hang wurden daraufhin Beobachtungspunkte eingerichtet; die Erdbewegungen wurden vermessen, ein Murbewegungsplan wurde erstellt. Die Beobachtungen ergaben, daß der Hangrutsch bis zum Winter 1971 sehr langsam vor sich ging und zeitweise völlig zum Stillstand kam. Kurz vor Weihnachten 1971 war diese vergleichsweise harmlose Phase beendet. Aus den Kriechbewegungen wurden Rutschbewegungen, wobei die Erdmassen Geschwindigkeiten bis zu 35 m am Tag erreichten. Der Murenfuß erreichte den Alpbach, der nach einer lang anhaltenden Trockenheit zu dieser Zeit

Hans Störner,  
Bayer. Staatsministerium des Innern

## Die Mure vom Riedersteinwald

Bericht über eine Naturkatastrophe im Alpbachtal bei Tegernsee



Der Abriß am Riederstein.

glücklicherweise nur wenig Wasser führte, und staute ihn an zwei nahe beieinander gelegenen Stellen auf. Der Alpbach ist ein



Unter schwierigsten Arbeitsbedingungen wurden die Bäume im gefährdeten Teil des Hanges gefällt und geborgen.



Wie ein Lavastrom bahnt sich die Mure ihren Weg durch den Riedersteinwald.

nicht ausgebauter Wildbach mit einem Einzugsgebiet von etwas mehr als 3 km<sup>2</sup> im Bereich des Hangrutsches. Nach Angaben des zuständigen Wasserwirtschaftsamtes kann die Abflußspende bei Hochwasser bis zu 8 m<sup>3</sup> in der Sekunde pro Quadratkilometer betragen, so daß in seltenen Fällen im Alpbach mit einer Wasserführung bis zu 25 m<sup>3</sup> pro Sekunde gerechnet werden muß.

Bei einem plötzlichen Durchbruch des aufgestauten Wildbaches durch

den Fuß der Mure können, wenn dieses Ereignis mit einem Hochwasser zusammenfällt, noch größere Wassermengen und zusätzliche Erdmassen eine akute Gefahrensituation für die Anlieger des Alpbaches im Bereich der Stadt Tegernsee mit sich bringen. Der Alpbach fließt von Osten nach Westen und mündet in den Tegernsee. Die Stadt Tegernsee liegt auf einem seitlich in den See hinein vorgeschobenen Schwemmkegel des Alpbaches. Durch diese exponierte Lage sind dicht bebaute Teile im Osten der Stadt bei einer von der Mure ausgehenden Katastrophe besonders gefährdet, da der Hangrutsch nur etwa 3 km oberhalb der Einmündung des Alpbaches in den



Tegernsee und nur etwa 1,5 km östlich des Ortsrandes liegt. Obwohl das Talgefälle des Alpbaches im Staubereich nur etwa 4,5 bis 5 Prozent beträgt, sind die seitlichen Hänge sehr steil. So weist z. B. die seitliche Schlucht, in der sich die Mure zum Alpbach wälzt, eine mittlere Längsneigung von 25 bis 30 Prozent auf. Die Mure erstreckt sich über eine Länge von mehr als 600 m bei einer Breite zwischen 20 und 50 m, das entspricht einer Oberfläche von rund 30 000 m<sup>2</sup>. Der

Höhenunterschied bis zum Alpbach beträgt ca. 70 m. Damit war eine Gefahrensituation gegeben, die den Landrat des Landkreises Miesbach veranlaßte, den Katastrophenfall für das betroffene Gebiet zu erklären und die Katastropheneinsatzleitung zu übernehmen. Die technische Leitung der örtlichen Maßnahmen wurde dem Wasserwirtschaftsamt Rosenheim als der örtlich zuständigen Wasserbaubehörde übertragen. Um die unmittelbar drohende Gefahr zu

mindern, wurden im Flußbett des Alpbaches, dicht unterhalb des Murenfußes, zunächst zwei hintereinander liegende Murfangsperrn aus Felstrümmermaterial errichtet.

In pausenlosen Einsätzen wurden auch während der Neujahrsfeiertage mit Lastkraftwagen Bruchsteine aus den umliegenden Steinbrüchen über einen schmalen Weg in das enge Alpbachtal geschafft und von Baggern unter fachmännischer Anleitung zu stabilen Steindämmen

Anfang Januar war die unmittelbare Gefahr zunächst gebannt. Mit der Fertigstellung der beiden Murfangsperrn kam der Frost und brachte die Erdbewegung im Rutschhang wieder zur Ruhe.

### Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Erdbewegungen dieser Art sind im Gebirge nicht selten, in diesem Gebiet sogar verhältnismäßig häufig. In



Soweit es die Bodenverhältnisse zuließen, wurden Planierdrapen zur Räumung eingesetzt.



Mit zwei Steindämmen im Flußbett konnte die unmittelbare Gefahr zunächst gebannt werden.



Blick vom Steindamm II über die erste Murfangsperrn zum Rutschhang.

aufgeschichtet. Feuerwehrmänner und Helfer des Bergsdienstes kontrollierten dabei ständig die Murbewegungen. Nachts wurde das Einsatzgebiet mit Scheinwerfern ausgeleuchtet. Die örtlichen Einsatzkräfte standen über provisorische Fernsprecheleitungen und über Sprechfunk mit der Einsatzleitung in Verbindung. Gleichzeitig bemühten sich Waldarbeiter der Forstverwaltung unter schwierigsten Arbeitsbedingungen, mit Motorsägen die in den Schlammmassen mitgeführten Baumstämme zu fällen und zu bergen. Die Polizei hatte große Mühe, die Schaulustigen vom Einsatzgebiet fernzuhalten; der einzige Zufahrtsweg wurde für jeglichen privaten Verkehr gesperrt.

der Öffentlichkeit wurden deshalb auch sehr schnell Vergleiche zu einem Erdbeben in Landl an der österreichischen Grenze gezogen, als eine riesige Mure die Straße von Bayrischzell nach Kufstein unter zähem Schlamm und Geröll begrub. Dabei sind auch mehrere Häuser zerstört worden.

Um die Ursache der Rutschung zu ergründen und Sanierungsmaßnahmen vorzubereiten, sind inzwischen geologische und bodenmechanische Untersuchungen eingeleitet worden. Aus verschiedenen Anzeichen kann geschlossen werden, daß eine langsame Rutschung, wie sie häufig an den Talhängen in Alpentälern mit hohen Nieder-



schlagswerten und entsprechendem heterogenem Aufbau des Untergrundes vorkommen, bereits seit langer Zeit im Gange sein muß, möglicherweise schon

seit mehr als hundert Jahren. Begünstigt durch das sogenannte „Flyschgelände“, die scharf eingerissene Schlucht des Seitentales und die Beein-

flussung durch Wasser entstand hier im Dezember 1971 eine schnelle Rutschung. Vorläufige Untersuchungen des Hanges und der Nachbargebiete deuten

darauf hin, daß durch nicht abgeleitetes Hangwasser und durch Bergquellen eine Wassersättigung das Eigengewicht der wasserführenden Schicht und damit die



Unmittelbar im Bett des Wildbaches wird das erste Armco-Thyssen-Rohr eingebaut.



Das Foto zeigt, wie der mehr als mannshohe Durchlaß zugebaut wird.



Mit schweren Felsbrocken wird der Damm befestigt.



Drei Rohre für den Abfluß bei hoher Wasserführung.



Hangabtriebskomponente erhöht hat.

### Wie konnte die Gefahr endgültig gebannt werden?

Die beteiligten Behörden der Wasserbauverwaltung und die Katastropheneinsatzleitung waren sich sehr bald darüber einig, daß mit den bisher gebauten Sperren I und II am Fuße der Mure die konkrete Gefahr nicht beseitigt war, sondern daß nur eine weitere, wesentlich größere Sperre talabwärts endgültig helfen konnte. Gestützt wurden diese Überlegungen auf die überschlägige Ermittlung der Rutschmassen: Unter der Annahme, daß die Gleitfuge mindestens 5 bis 10 m tief liegt, wurde die Gesamtmasse des in Bewegung

befindlichen Rutschhanges auf ca. 190 000 m<sup>3</sup> geschätzt, wobei die mögliche Bewegung weiterer, von der Mure berührter labiler Hangteile nicht einbezogen worden ist. Das Wasserwirtschaftsamt Rosenheim als zuständige Fachbehörde legte deshalb bereits im Februar 1972 dem Landratsamt Miesbach als der zuständigen Katastrophenschutzbehörde ein Sanierungsprojekt vor, das neben den bisherigen Maßnahmen (I. und II. Sperre) die teilweise Verbauung, Vorbereitungen zur Entwässerung des Hanges und die Errichtung einer III. Sperre vorsah. Die Gesamtkosten dieses Projekts wurden mit rund 1 Mill. DM veranschlagt; allein die III. Murefangsperre kostete 550 000 DM. Die Kosten waren von der Wasserbau-

## Beamten-Angestellten Darlehen

Kurzfristige, mittelfristige und langfristige Laufzeiten (bei stiller Abtretung)

**Für alle Angehörigen im öffentl. Dienst. Umschuldung möglich. Beratung und Vermittlung ist für Sie kostenlos.**

Für eine umgehende Bearbeitung erbitten wir: Geburtsdatum, Familienstand, Brutto-Netto-Bezüge, Kindergeld, Zeitsaldaten: Verpflichtungsnachweis, Gewünschte Kreditsumme.



**Kath. Dusterhöft  
Finanzierungsberatung  
für Festbesoldete**

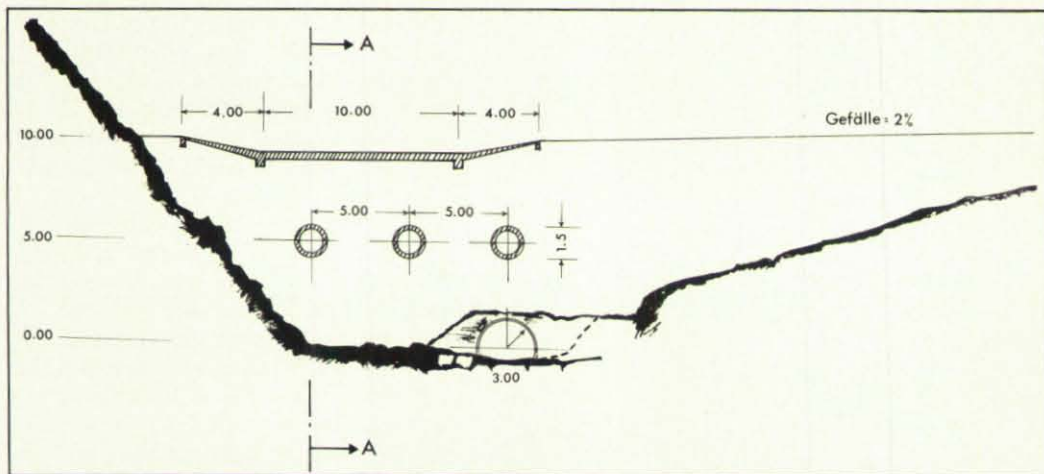
5039 Weiß-Köln  
Pflasterhofweg 89  
Telefon (02236) 62474

**Abt. H**

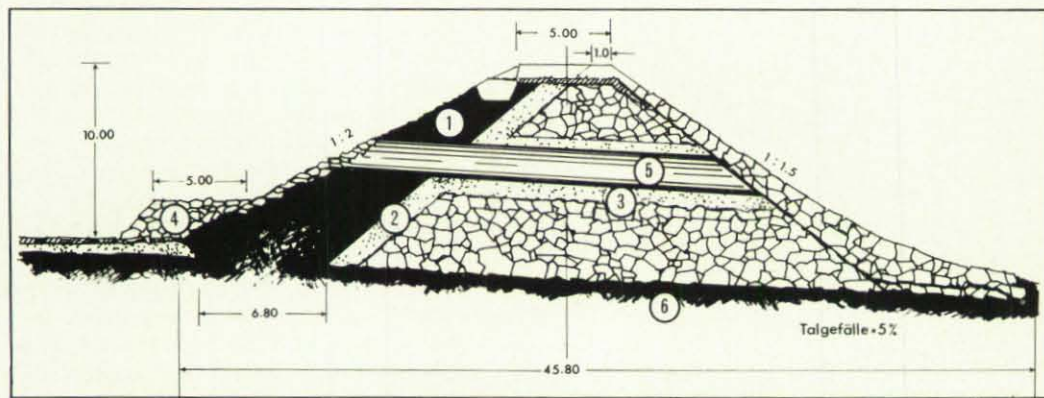
verwaltung, der Staatsforstverwaltung, der Stadt Tegernsee und dem Landkreis Miesbach zu tragen. Erstmals wurde in diesem Zusammenhang ein Zuschuß (200 000 DM) aus dem vom Freistaat Bayern (2/3) und den Kommunen (1/3)

gemeinsam finanzierten Katastrophenfonds nach Maßgabe des Bayer. Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG) vom 31. 7. 1970 geleistet.

Nachdem die Finanzierung gesichert war, konnte mit dem Bau der dritten Murefangsperre im Bereich der „Dickten Leitern“, einige hundert Meter unterhalb der Sperren I und II, begonnen werden. Nach den Plänen des Wasserwirtschaftsamtes Rosenheim gingen die Arbeiten am Steindamm, in die als Wasserdurchlässe sogenannte „Armco-Thyssen-Rohre“ eingebaut wurden, zügig voran. Begünstigt durch das anhaltend schöne Wetter konnten die Arbeiten Ende April 1972 abgeschlossen werden. Die Sachverständigen der Wasserbauverwaltung und die Katastrophenschutzbehörden sind überzeugt, daß mit diesem Damm, der das Albachtal in einer Breite von 45 m und einer maximalen Höhe von 10 m abschließt, ein ausreichender Stauraum geschaffen worden ist, um die Erdmassen der Mure vom Riedersteinwald, sollten sie bei Schneeschmelze oder Hochwasser wieder in Bewegung geraten, aufzuhalten. Die Gefahrensituation für die Bewohner des Albachtals war damit beseitigt. Mit der Fertigstellung der dritten Murefangsperre konnte der Katastrophenfall wieder aufgehoben werden.



**Talquerschnitt:** In einer Breite von 45 m sperrt der 10 m hohe Steindamm III das Albachtal ab. Für den neben dem Wildbach verlaufenden „Prinzenweg“ (rechts neben dem unteren Durchlaß) mußte über den anliegenden Berghang hinweg eine neue Trasse gefunden werden.



**Schnitt A — A:** Der Querschnitt durch den Staudamm III gibt einen anschaulichen Überblick über seinen komplizierten und dennoch massiven Aufbau.

**Legende:** 1: Lehmites Material (Moräne), 2: Kies, 3: Steinrümmer, 4: Steinwurf, 5: Armco-Thyssen-Rohre, 6: Fels (Untergrund).



Mit seinen 1000 PS, einer Länge von 11,70 m sowie einem Dienstgewicht von 52 to erreicht das Großtanklöschfahrzeug GTLF 18, das kürzlich bei Magirus-Deutz in Ulm dem Leiter der Frankfurter Feuerwehr, Oberbranddirektor Dipl.-Ing. Ernst Achilles, übergeben wurde, fast die Größenordnung der Eilzug-Diesellok V 221. Diese vollkommen neue Fahrzeug-Dimension zeigt, daß man beginnt, sich mehr und mehr auf die durch die stürmische technische Entwicklung der letzten Jahre hervorgerufenen Brandrisiken einzustellen. Die Bilanz der Brandschäden steigt nämlich sprunghaft an. Im Jahre 1966 betragen sie in der Bundesrepublik 771 Millionen DM. Bis 1970 stieg diese erschreckende Bilanz um mehr als 175 % auf 1,34 Milliarden DM an. 1971 belief sich der Gesamtverlust

Helmut Freutel

## Ein Gigant mit 1000 PS

Vierachsiges Großtanklöschfahrzeug für die Berufsfeuerwehr Frankfurt/Main

schon auf 1,8 Milliarden DM. Die Ursachen für dieses Schadensausmaß liegen oft in der sträflichen Mißachtung der brandtechnischen Bestimmungen und in der Unterschätzung der Gefahrenrisiken. Dazu sagte Oberbranddirektor Achilles: „Wir brauchen gänzlich neue Überlegungen in den Gebieten des vorbeugenden Brandschutzes und der Brandbekämpfung. Ein Schutz mit den herkömmlichen Ausrüstungen

ist bei den veränderten Bedingungen nicht mehr durchführbar. Wir müssen oft mit Ernüchterung feststellen, daß der Ausrüstungsstand vieler Feuerwehren in keiner Weise mit der technischen Entwicklung Schritt gehalten hat. Er ist in zahlreichen Fällen veraltet und unzureichend.“ Das neue Großtanklöschfahrzeug ist ein Beispiel für den Fortschritt. Dieser Feuerwehr-Gigant ist so ausgelegt, daß er einerseits den riesigen Schwesterfahrzeugen der Feuerwehr der Frankfurter Flughafen AG zur Hilfe kommen kann und andererseits Löschaufgaben bei Raffineriebränden wahrnehmen oder auch Katastrophen in Chemiewerken und sonstigen industriellen Großobjekten begegnen kann. Nicht zuletzt ist auch an seinen Einsatz bei Flugzeugabstürzen über dem Stadtgebiet gedacht. Denn das GTLF 18 mit einer Länge von 11,70 m, einer Höhe von 3,50 m und einer Breite von 3 m kann auch bei Brandkatastrophen in engen Stadtvierteln Hilfe leisten. Durch seine zwei Fahrerkabinen wird es sehr beweglich, da zeitraubendes und schwieriges Wenden in engen Gassen, auf Werkhöfen oder in Waldschneisen entfällt. Beide mit allen Kontrollinstrumenten versehenen Fahrerhäuser sind untereinander mit einer Gegensprechanlage verbunden. Hinter den Fahrerkabinen befindet sich je ein hydraulisch gesteuerter Schaum-Wasserwerfer mit ca. 70 m Wurfweite bei Schaumbetrieb und ca. 90 m Wurfweite bei Wasserbetrieb. Die Werfer werden durch Knopfdruck vom Fahrerhaus aus bedient. Dabei können die Feuerwehrmänner ihren Sitz in Normalstellung belassen und durch die Windschutzscheibe schauend einen gezielten Löschangriff vornehmen, oder ihren Sitz hochdrücken, um durch im Dach angebrachte Glaskanzeln mit einem Blickwinkel von oben den Brandherd bekämpfen. Im Fahrerhaus sind die Feuerwehrmänner gegen Rauch und Strahlungswärme geschützt. Unterhalb der beiden Fahrerhäuser befinden sich jeweils drei Bodensprühdüsen für Wasser- und Schaumbetrieb. Sie werden in



Das neue, für die Frankfurter Feuerwehr bestimmte Großtanklöschfahrzeug ist ein Beispiel für den Fortschritt auf dem Gebiet der Brandbekämpfung. Die beiden hydraulisch gesteuerten Schaum-Wasserwerfer werden vom Fahrerhaus aus bedient.



Tätigkeit gesetzt, wenn sich das Fahrzeug eine Gasse in den Brandherd geschlagen hat. Durch einen Schaumteppich lassen sich Rückzündungen unter oder hinter dem Wagen vermeiden. Mit Hilfe von Wasserdüsen am Dachrand und über den Reifen kann das ganze Fahrzeug in einen schützenden Wassernebel gehüllt werden.

Als Antrieb des Fahrzeugs dienen zwei luftgekühlte V 12-Zylinder-Dieselmotoren mit einer Leistung von je 500 PS und einem Gesamthubraum von 34 Litern. Der Motor besitzt einen Nebenantrieb für die Magirus-Feuerlöschkreiselpumpe. Die Leistung beträgt 4800 Liter (das sind fast 5 to) in der Minute. Die Pumpe ist über eine absperrbare Leitung mit dem Wassertank verbunden. An der Druckseite sind die Wendestrahldrohre und die manuell bedienbaren Schnellangriffseinrichtungen angeschlossen. Bei besonderen Einsätzen kann Wasser aus freien Gewässern angesaugt werden. Normalerweise werden zum Löschen allerdings die 18 000 Liter Wasser aus dem zwischen den Fahrerkabinen befindlichen glasfaserverstärkten Kunststoff-Wassertank verwendet. Mischeinrichtungen erlauben die Schaummittel-Zumischung.

Ein wesentliches Merkmal des von den Faun-Werken und Magirus-Deutz gebauten GTLF 18 ist sein Beschleunigungsvermögen. Trotz seines Gesamtgewichtes von 52 to erreicht es aus dem Stand eine Geschwindigkeit von 80 km/h innerhalb von 45 Sekunden. Seine Endgeschwindigkeit beträgt 90 — 100 km/h. Wie wichtig gerade diese Eigenschaft im Hinblick auf ein schnelles Erreichen der Brand- bzw. Unfallstelle ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Zusammenfassend darf festgestellt werden, daß der städtischen Feuerwehr Frankfurt mit diesem Fahrzeug ein Gerät zur Verfügung steht, das auch bei ungünstigen Einsatzverhältnissen eine optimale Bekämpfung von Großbränden ermöglicht.



**Dieser Feuerwehr-Gigant ist so konstruiert, daß er bei schweren Bränden auf Flughäfen, in Raffinerien, in Chemiewerken oder in sonstigen industriellen Großobjekten eingesetzt werden kann. Die beiden Fahrerkabinen machen ihn sehr beweglich.**



**Vor seiner Übergabe an die Frankfurter Feuerwehr mußte das Großtanklöschfahrzeug eine ganze Anzahl Versuchsstunden absolvieren und manch harte Erprobung über sich ergehen lassen, darunter auch Fahrten durch dieses Wasserbecken.**



H. C. Weiler, Bonn

## Müssen unsere Feuerwehren in die Luft gehen?

Auf der Suche nach Lösungen für eine neuzeitliche Brandbekämpfung

Im Mai veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Nordrhein-Westfalen in Bonn eine Tagung mit dem Thema „Brandbekämpfung aus der Luft“. Unser Mitarbeiter H. C. Weiler hielt einen Lichtbildervortrag „Fliegende Feuerwehren in aller Welt“ und führte Regie bei einer Hubschrauber-Lehrvorführung. Der folgende Aufsatz ist eine Zusammenfassung der Tagung, ihrer Ergebnisse und Folgerungen. Die Redaktion.

Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei der Brandbekämpfung ist in zahlreichen Ländern weit verbreitet. Auch bei uns kommt die „Fliegende Feuerwehr“ mehr und mehr ins Gespräch. Es ist daher an der Zeit, daß sich die Verantwortlichen für den Brandschutz in der Bundesrepublik Deutschland mit den Methoden und Erfahrungen der Verwendung von Luftfahrzeugen im Feuerwesen näher befassen. Es ist notwendig zu untersuchen, auf welchen Gebieten und in welchem Umfang unser Feuerwesen heute schon durch Einsatz von Luftfahrzeugen verbessert werden kann und wie sich die Dinge in Zukunft entwickeln werden. In Niedersachsen gibt es seit Jahren einen Feuerwehr-Flugdienst, der zunächst mit der Ausbildung von Feuerwehrleuten zu Flugbeobachtern begann. Heute verfügt er bereits über zwei eigene einsatzbereite Hubschrauber, wengleich deren Einsatzbereitschaft bisher noch von ehrenamtlichen Piloten abhängt. In anderen



Löschgruppe der Feuerwehr Bonn mit vier Mann, einer Tragkraftspritze TS 8/8 und Zubehör in einem Hubschrauber der Luftwaffe fertig zum Start.



Unmittelbar nach der Landung der Löschgruppe bringt ein Hubschrauber des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen Löschwasser in einem Faltbehälter per Lastennetz.

Bundesländern wurde in dieser Richtung bislang wenig oder nichts getan, da man sich bisher keine konkreten Vorstellungen machen kann, wo und unter welchen Voraussetzungen beispielsweise die Brandbekämpfung aus der Luft infrage kommen könnte. In Nordrhein-Westfalen hat die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren nun mit ihrer Tagung in Bonn einen bemerkenswerten Anfang gemacht.

Auf vielseitigen Wunsch versucht der Verfasser, in seinen folgenden Darlegungen zu sichten, wo sich in unserem Land Bedürfnisse zur Mitwirkung von Luftfahrzeugen, besonders von Hubschraubern, im Feuerwesen zeigen und welche Einsatzverfahren hier in Betracht kommen könnten.

### Erkundung und Einsatzleitung aus der Luft

Von oben sieht man mehr. Diese Erkenntnis hat sich

auch in der Bundesrepublik Deutschland schon mehrfach für Einsatzleiter bestätigt, die sich bei Großbränden der Erkundung durch Hubschrauber der Polizei oder anderer Institutionen bedient haben. Für die Kollegen der großen Stadt- und Landfeuerwehren in USA ist der Einsatz fliegender Beobachtungs- und Leitstände schon lange eine Selbstverständlichkeit, denn sie verfügen in der Regel über eigene Hubschrauber. Deutsche Feuerwehrchefs sind jedoch sicher noch für längere Zeit auf die Hilfe fremder Hubschrauber angewiesen. Gerade deswegen, so zeigen die Einsatzerfahrungen, sollten sie sich mehr als bisher mit der Lufterkundung befassen und bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Hubschrauberverwendung schaffen. Hierzu gehört insbesondere die Ausbildung von feuerwehreigenen Flugbeobachtern. Es ist nun einmal eine gewisse Übung und Gewöhnung an das Mitfliegen in Hubschraubern erforderlich, bevor ein Feuerwehrmann in der Lage ist, aus der Luft genaue Beobachtungen in exakter Beschreibung zur Einsatzleitung zu funken. Der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen ist auf diesem Gebiet vorbildlich vorangegangen und hat bereits über hundert Flugbeobachter ausgebildet.

Auch wurden ähnliche Lehrgänge für leitendes Katastrophenschutz-Personal des Deutschen Roten Kreuzes und des Technischen Hilfswerks bekannt.

In diesem Zusammenhang sollen aber auch Bedenken nicht unerwähnt bleiben, die in letzter Zeit von leitenden Feuerwehrbeamten mehrfach in Diskussionen geäußert wurden. Wenn in besonders gelagerten Fällen Hubschrauber eingesetzt werden, dann begehren oft leitende Persönlichkeiten der Stadt oder der Regionalverwaltung, daß sie damit zuerst los-



fliegen können, um „sich einen Überblick zu verschaffen“. Es nutzt der Einsatzleitung dann meist wenig, wenn die Herren — sicher wichtige Persönlichkeiten, aber doch keine Fachleute — nach der Landung ungefähre Beschreibungen dessen abgeben, was sie meinen, gesehen zu haben. Solchen Unsitten muß mit Recht gewehrt werden. Zuerst gehört der Fachmann und Praktiker in die Luft, der ausgebildet und in der Lage ist, sofort seine sachkundigen Beobachtungen über Sprechfunk an die Einsatzleitung zu geben, die sie unmittelbar verwerten kann. Für Besichtigungen ist eventuell später Zeit.

### **Schnellanflug der Feuerwehr zu bestimmten Objekten**

Wer sich einmal die Mühe macht, deutsche Zeitungsarchive durchzublättern, findet immer wieder Schlagzeilen wie „Berghotel abgebrannt, kein Wasser!“, „Bauerngehöft vernichtet, Feuerwehr blieb im Schnee stecken!“ oder ähnliche. Vereinzelt ist in solchen Fällen auch schon versucht worden, die Feuerwehren mit Hubschraubern anzufliegen. Die Einsatzart hat aber wenig Sinn, wenn am Brandobjekt Wassermangel herrscht. Auch ging viel Zeit verloren, weil die Hubschraubereinsätze erst improvisiert werden mußten und keine Erfahrung mit dem den Flugsicherheitsanforderungen entsprechenden Beladen vorlag. Die Lehrvorführung in Bonn hat auf diesem Teilgebiet einen richtungweisenden Beitrag geliefert. Eine Löschgruppe von vier Feuerwehrlern mit einer Tragkraftspritze TS 8/8 und dem notwendigen Zubehör wurde mit einem Hubschrauber der Luftwaffe vom Typ UH - 1 D zum Übungsbrandherd geflogen. Auch der Löschwassertransport durch die Luft wurde hier erstmals demonstriert. Eine namhafte

deutsche Herstellerfirma hatte einen neuartigen Falttank zur Verfügung gestellt, der bei geringem Gewicht die nötige Reißfestigkeit aufweist. Der beteiligte Hubschrauber des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen flog den Tank mit 350 l Löschwasser in einem Lastennetz und setzte ihn wenige Meter neben der TS ab. Die Füllmenge solcher Tanks kann der jeweiligen Tragfähigkeit des Hubschraubers angepaßt werden, ohne daß sich das Knautschen des teilgefüllten Tanks im Lastennetz nachteilig auswirkt. In Kürze soll ein Falttank von 1 000 l Fassungsvermögen getestet werden. Ein einziger Transporthubschrauber kann, wenn mehrere Wassertanks mit Lastennetzen verfügbar sind, im Pendelverkehr zwischen einer Füllstation an einem Gewässer und einem angelegenen Brandherd in kurzer Zeit beachtliche Mengen an Löschwasser schleppen.

Bei einem weiteren Versuch in Bonn wurde der Falttank mit dem mittleren Füllstutzen nach unten in das Lastennetz eingebracht und über einem offenen Wasserbecken im Schwebeflug entleert. Auch diese Methode erwies sich als brauchbar, wenngleich hierfür größere Auslaßquerschnitte angestrebt werden müssen, damit der Hubschrauber nicht zu lange im Schwebeflug verharren muß.

Um auch für Landgemeinden ohne Speziallöschgerät Hilfe bei Bränden von Mineralöl, Chemikalien usw. zu gewähren, will der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen einen seiner Hubschrauber in Kürze mit einem Pulverlöschgerät in der Kabine ausstatten. Mit Hilfe eines 30 m langen Druckschlauchs können gelandete Feuerwehrmänner einen Brand bekämpfen, während der Hubschrauber etwas zurück abgesetzt darüber schwebt und mit seinem kühlen Rotorwind Schutz gibt.

### **Rettungs- und Löschprobleme bei Hochhäusern**

Die immer zahlreicher aus dem Boden schießenden Hochhäuser machen den Brandschutz- und Rettungsexperten immer mehr Sorgen. Zwar sind wir in Deutschland bisher von katastrophalen Hochhausbränden noch weitgehend verschont geblieben; daß Katastrophen nicht völlig auszuschließen sind, haben jedoch mehrere Ereignisse in anderen Teilen der Welt bewiesen. Geraten höhergelegene Etagen von Hochhäusern in Brand, die auch mit den längsten Drehleitern nicht mehr erreicht werden können, kann die Flucht nach oben für die Bewohner der über dem Brand liegenden Stockwerke der einzige Ausweg sein. Sind dann bei uns die Voraussetzungen gegeben, Menschen durch Hubschrauber vom Dach zu retten? Fahrstuhl-Maschinenanlagen, Antennen und andere Hindernisse verhindern in der Regel, daß selbst leichte Hubschrauber auf Hochhausdächern landen können. Nur relativ wenige Hubschrauber sind mit Rettungswinden ausgestattet. Die Schlingen von Rettungswinden an Hubschraubern sind auf militärische Bedürfnisse zugeschnitten. Für das Hochhieven von geschwächten, kranken oder verletzten Menschen sind sie kaum geeignet. Gibt es hindernisfreie Landeplätze in der Nähe der Hochhäuser, damit Rettungshubschrauber in kurzer Zeit möglichst viele Menschen landen können? Sind unsere Feuerwehren darin ausgebildet, im Katastrophenfall geeignete Landeplätze auszuwählen und zu sichern? Aus Amerika kommt der Vorschlag, Teile der Feuerwehr auf den Dächern zu landen. Dazu sind sowohl bauliche Vorkehrungen wie eingebaute Löschwasserleitungen mit Einspeisungsmöglichkeiten für das Löschwasser von oben erforderlich, als auch die Lagerung von bestimmter Feuerwehr-

ausrüstung auf oder unter dem Dach.

### **Bekämpfung von Wald-, Heide- und Moorbränden**

Die Bekämpfung von Waldbränden aus der Luft ist zweifellos die am weitesten verbreitete Aufgabe im Feuerwehrflugwesen in der Welt. Führend auf dem Gebiet ist Kanada. Jedoch ist die Verwendung von sogenannten Wasserbomben gegen Waldbrände auch in USA, Frankreich und einigen tropischen Ländern sehr verbreitet. Für einen ähnlichen Einsatz von Wasserflugzeugen als Wasserbomber, wie er in diesen Ländern praktiziert wird, liegen bei uns nicht die Voraussetzungen vor. Doch muß man angesichts der zwar vergleichsweise geringeren Zahl und Ausdehnung von Waldbränden bei uns feststellen, daß Branddauer und Schadensflächen sicherlich in vielen Fällen mit modernen Methoden noch eingedämmt werden können. Besonders an Steilhängen ist die Waldbrandbekämpfung mit klassischen Mitteln oft schwierig. Unter unseren Verhältnissen sind deshalb die Einsatzverfahren und Spezialausrüstungen für Hubschrauber, die auf dem nordamerikanischen Kontinent in den letzten Jahren entwickelt wurden, von Interesse.

### **Fliegende Flugplatzfeuerwehren**

Rund 75 Prozent aller Flugzeugunfälle ereignen sich auf den Flugplätzen und in ihrer näheren Umgebung, vornehmlich bei der Landung und kurz nach dem Start. In Erkenntnis dieser Tatsache hat die US Air Force bereits seit 1961 die Rettungs- und Feuerlöschhubschrauber „Huskie“ beschafft und zu je zwei auf ihren Flugbasen stationiert. Zweck des Rettungssystems ist, zu





**Der Hubschrauber des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen simuliert an einem Gerätewagen das Absetzen von Feuerwehrleuten auf einem Hochhausdach.**

brennenden Wracks mit Hilfe von Feuerwehrleuten in Hitzeschutzanzügen, eines Flüssigkeitslöschgerätes und im Schutz des kühlenden Rotorabwindes eine Gasse zu bahnen, um überlebende Personen zu retten. Zahlreiche Flieger und Flugzeuginsassen verdanken den 200 „Huskies“ in aller Welt ihr Leben. Allerdings ist angesichts der wachsenden Flugzeuggrößen die Kapazität dieser Spezialhubschrauber inzwischen zu klein.

### **Werden die Werksfeuerwehren beginnen?**

In der Diskussion nach der Bonner Veranstaltung regte der Leiter der Werksfeuerwehr eines großen Chemiewerkes an, doch einmal zu prüfen, ob Feuerlösch- und Rettungshubschrauber die lange fehlende Ergänzung der Werksfeuerwehren großer Industrieanlagen, besonders im Bereich der chemischen und petrochemischen Industrie, sein könnten. Bei den typischen Unfällen und Bränden in diesem Bereich sind immer wieder Erscheinungen festzustellen, die den bodenständigen Rettungs- und Löschmannschaften Grenzen setzen. Die Möglichkeit des

Hubschraubers mit Spezialausrüstung, von oben mit den verschiedensten Löschmitteln anzugreifen, von oben Menschen zu retten und durch den Rotorabwind beispielsweise giftige Gaschwaden beiseite zu wehen, sind hier in hohem Maße interessant. Besonders dort, wo auf engem Raum mehrere große Werke der Branche beisammen liegen, was an mehreren Stellen in der BRD der Fall ist, wäre z. B. die Beschaffung und Bereitstellung eines gemeinschaftlichen Luftrettungshubschraubers durchaus erschwinglich. Die Kalkulation von Nutzen und Kosten wäre sicherlich die Mühe wert.

### **Die Weichen müssen jetzt gestellt werden**

Unsere Feuerwehren müssen also offensichtlich in die Luft gehen. Noch ist die Ergänzung des klassischen Feuerlöschwesens durch Brandbekämpfung aus der Luft nicht so dringend, daß überhastet Lösungen gesucht werden müßten. Doch werden schon in wenigen Jahren die Probleme mit Sicherheit größer sein und dazu zwingen, daß sich auch in unserem Land die Brandbekämpfung der dritten



**Die Hubschrauber amerikanischer Feuerwehren können das Löschwasser sowohl in Auffangbecken für Motorspritzen als auch über dem Brandherd ablassen.**



**Der bewährte Rettungs- und Feuerlöschhubschrauber „Huskie“ der US Air Force bei einer Vorführung. Während die Männer in Hitzeschutzanzügen den Brand bekämpfen, gibt der Hubschrauber mit dem Rotorwind Schutz.**





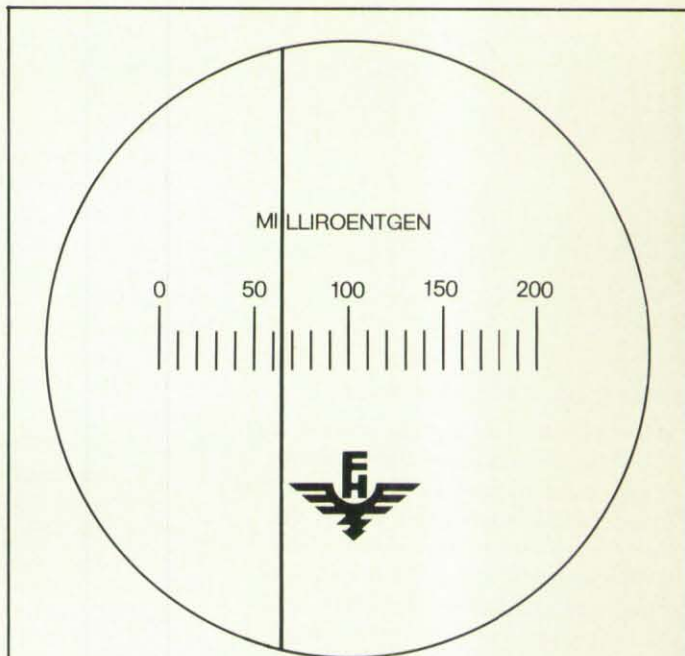
**Neuentwicklung eines Feuerlösch- und Rettungshubschraubers für amerikanische Militärflugplätze. Der Löschschaum wird aus einem Teleskoprohr abgesprüht.**

Dimension bedient. Deshalb müssen die Weichen bald gestellt werden.

Unter den Gegebenheiten unseres Landes und den sich auf einzelnen Sektoren abzeichnenden Einsatzmöglichkeiten wie -häufigkeiten der Brandbekämpfung aus der Luft wird es sicherlich nur in begrenztem Umfang zur Beschaffung feuerwehreigener Hubschrauber kommen können, wenngleich dies immer die ideale Lösung wäre. Für zahlreiche Einsatzbereiche kommt aus wirtschaftlicher Erwägung mehr die Zusammenarbeit mit den Trägern größerer Hubschrauberbestände, also den deutschen Streitkräften, den Gaststreitkräften und außerdem in kleinerem Umfang mit der Polizei, dem Bundesgrenzschutz und gewerblichen Flugbetriebsgesellschaften in Betracht. Doch mit Recht sagte der Branddirektor einer westdeutschen Stadt bei der Bonner Tagung: „Wir können nicht auf eigene Faust mit deutschen oder britischen Hubschrauberkommandeuren Vereinbarungen treffen, wenn nicht Rahmenabkommen auf höherer Ebene die Grundlage dafür schaffen. Und wir können nicht in jeder Stadt einzeln die Einsatzmethoden und Spezialausrüstungen erproben.“

Man bedenke ferner die Probleme der berechtigten Sicherheitsforderungen der Luftverkehrsbehörden für Hubschrauberbewegungen über bewohnten Gebieten einerseits und der Notwendigkeiten des modernen Rettungswesens andererseits.

Es sollte aber auch in unserem Lande möglich sein, daß — ohne gleich dem Föderalismus alle Schuld zu geben und dann zu resignieren — die Länder beispielsweise gemeinsam eine zentrale Stelle damit beauftragen, den gesamten Fragenkomplex der Brandbekämpfung aus der Luft wissenschaftlich zu erforschen, die für uns brauchbaren Verfahren zu erproben und das erforderliche spezielle Gerät dafür zu testen bzw. neu zu entwickeln. Gangbare Wege wären sicherlich, damit eine der Landesfeuerwehrschulen zu beauftragen oder an einer Technischen Hochschule ein Institut zu gründen. Solange sich eine solche Lösung aber nicht abzeichnet, wird man die Erwartungen auf diejenigen setzen müssen, die auch bisher durch eigene Initiative und Opfer den Gedanken des Feuerwehrflugwesens verbreitet und Pionierarbeit geleistet haben.



**berthold**



**frieseke**

### Für die Feuerwehr

ist aus unserem großen Programm an  
**STRAHLENSCHUTZ-MESSGERÄTEN**  
besonders interessant:

#### Taschendosimeter FH 39

(gemäß Prüfbescheid D/FW/GSF Nr. 017201  
für den Einsatz bei Feuerwehren geeignet)

#### Geigerzähler FH 40 G

(entspricht den vorläufigen Richtlinien  
für LS-Geigerzähler des BZB)

#### Dosisleistungsmesser FH 40 L

(entspricht den vorläufigen Richtlinien  
für LS-Dosisleistungsmesser des BZB)

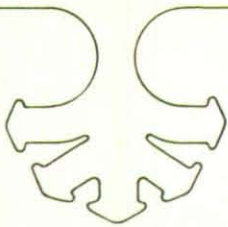
#### Kontaminationsmonitore

#### Strahlungsmeßwagen

**BF-Vertriebsgesellschaft mbH.**  
75 Karlsruhe-Durlach

Bergwaldstraße 30, Tel.: (07 21) 401011





## Presseschau des Inlands

### Wer leistet Schadenersatz?

**Der Unglücksfall, der durch aus dem Weltkrieg II stammenden weißen Phosphor zu schweren Verbrennungen eines achtjährigen Schülers — der den Phosphor am Rheinufer gefunden hatte — geführt hat, wird zu einem juristischen Problem. Das Kind liegt immer noch mit schweren Verbrennungen in der Klinik.**

Der Vater des Kindes will — folgerichtig — erreichen, daß dieser Unglücksfall als „Kriegsfolgeschaden“ anerkannt wird. Das Kind könne nichts dafür, daß es am Rheinufer das von einer Brandbombe stammende Phosphorstück gefunden und — es für einen bunten Stein haltend — in die Tasche gesteckt habe. Dort hatte sich der Klumpen wenig später entzündet. Drei Helfer hatten dann die Flammen im Wasser erstickt.

Das Rechtsamt der Stadt Düsseldorf hat den Vater bereits abgewiesen, weil ihr das Gelände nicht gehöre. Wenn überhaupt, dann liegt die Verkehrssicherheit bezüglich des Rheinufer, welches — wie der Fluß selbst — dem Bund gehört, in den Händen des Wasser- und Schiffsahrtsamtes. Inwieweit jedoch daraus Schadenersatzansprüche abzuleiten sind, steht vorerst noch dahin.

(Rheinische Post, Düsseldorf)

### Der zivile Schutz wird vernachlässigt

**Der Deutsche Städtetag ist der Auffassung, daß der zivile Schutz des Bürgers in der Bundesrepublik vernachlässigt werde. Im Ernstfall werde es möglicherweise zu einer Katastrophe kommen. Ein sogenannter „Negativkatalog zur zivilen Verteidigung“, den der Beirat des Deutschen Städtetages in Münster veröffentlicht hat, zählt die Argumente auf.**

Die Kritik gründet sich vor allem auf

den „völlig überalterten“ Kraftfahrzeug- und Gerätepark. Fünfzig Prozent der Zivilschutzfahrzeuge sind bereits über zehn Jahre alt. Auch müssen — nach Meinung des Beirates — wesentliche Teile des Geräts ausgedockt und ersetzt werden. Der Deutsche Städtetag befürchtet, daß die mit erheblichen öffentlichen Mitteln für ihre besonderen Funktionen ausgebildeten freiwilligen Helfer die Bereitschaft zur Mitarbeit im Katastrophenschutz aufkündigen könnten.

Der Mängelkatalog führt auch aus, daß die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Hilfsorganisationen äußerst schwierig sei. Verbands- und Gruppeninteressen verhinderten einen wirksamen Schutz der Bevölkerung.

(Westfälische Nachrichten, Münster)

### Rauhe Oberflächenstruktur mindert Strahlenwirkung

**Bei ebenerdigen oder teilweise aus dem Boden herausragenden Schutzräumen muß dem Problem der vom Erdboden ausgehenden Strahlung bei radioaktivem Niederschlag Rechnung getragen werden. Versuche, die in Texas mit Hilfe künstlicher radioaktiver Niederschläge durchgeführt wurden, haben ergeben, daß bei rauher Oberflächenbeschaffenheit eine teilweise erhebliche Verminderung der Ausstrahlung eintritt.**

Auf Oberflächen mit mehr oder weniger großer Oberflächenrauigkeit, auf der sich radioaktive Partikel ablagern, wird durch die Unebenheit des Bodens sowohl die Strahlungsrichtung als auch die Strahlungsintensität vermindert. Es wurden im Rahmen eines elektronischen Rechenprogramms Untersuchungen durchgeführt, in denen Strahlungseinwirkungen simuliert wurden. Eine Analyse des Rechenergebnisses zeigt, daß die Oberflächenrauigkeit den Strahlungswiderstand auf zweierlei Arten vergrößert. Einmal wird die Strahlungsmenge verringert, dadurch sinkt auch die Strahlungsintensität. Zum anderen werden durch die Oberflächenrauigkeit auch die Strahlungsenergie und ihre Richtungsverteilung verändert; dadurch wird auch der Strahlungsanteil vermindert. Dieser Strahlungswiderstand schwächt sich jedoch in größeren Höhen ab. (Kurzberichte aus der Bauforschung, Stuttgart)

### Rheinwasserschutz durch EWG

**Die Zunahme der Verschmutzung des Rheines, aus dem auch in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik in immer größerem Umfange Trinkwasser gewonnen werden muß, ist so besorgniserregend, daß sich die EWG-Kommission dafür einsetzt, ein Sofortprogramm zur Beseitigung dieser Mißstände durchzuführen.**

Damit soll eine Gefährdung der Bevölkerung durch das Wasser des Stromes verhindert werden. Außerdem hat die Kommission den Mitgliedstaaten ein Gemeinschaftsprogramm für den Umweltschutz vorgelegt. Dieses Programm soll einen gemeinsamen Rahmen für alle entsprechenden Maßnahmen im EWG-Raum schaffen. Neben der Einführung einheitlicher Methoden zur Messung der Umweltschäden und Qualitätsnormen für Luft und Wasser sollen außerdem die Bestimmungen über die Abfallbeseitigung, die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, Insektengiften und Düngemitteln sowie über Lärmschutz und die Verwendung von Brennstoffen angeglichen werden.

(Neue Rhein. Zeitung, Köln)

### Vorsicht vor Kartoffelvergiftungen

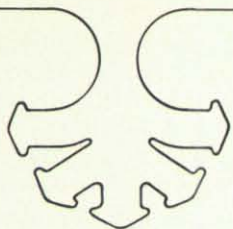
**Nicht jede Hausfrau, die eigene Kartoffelvorräte eingelagert hat, weiß auch, daß diese eingelagerten Kartoffeln im Frühjahr eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit bilden können. Die gleiche Gefährdung ist allerdings auch beim Kauf alter abgepackter Kartoffeln gegeben, wenn diese unsachgemäß gelagert und behandelt werden.**

Kartoffelvergiftungen kommen im Frühjahr immer wieder vor. In unreif geernteten und in auskeimenden Kartoffeln findet sich Saloinin; auch das Grünwerden von Kartoffeln weist auf einen erhöhten Saloinin gehalt hin. Die Symptome der Saloininvergiftung sind Übelkeit, Kopfschmerzen, Schweißausbrüche, Kratzen und Brennen im Hals, starker Brechreiz u. a. — sie werden sehr leicht auf andere Ursachen zurückgeführt, wobei die wahre Ursache, eine „Kartoffelvergiftung“ nicht erkannt wird.

Die Behandlung der Einkellerungskartoffeln mit Keimhemmungsmitteln hemmt sowohl die Gift- als auch die Keimbildung.

(Deutsches Rote Kreuz, Bonn)





## presseschau DES AUSLANDS

### Betriebsschutz schließt Zivilschutz ein

Zivilschutz  
Protection civile  
Protezione civile  
Protección civil

Die Betriebe der Rheinhäfen im Baselland haben sich in einer Genossenschaft zusammenge-

schlossen, die nach neu überarbeiteten Statuten sich außer mit dem Werksschutz nunmehr auch mit dem Betriebsschutz der Firmen befaßt. Man verspricht sich von dieser Neuorganisation eine bessere Effektivität — zumal zum Betriebsschutz auch die Maßnahmen des Zivilschutzes gehören.

Die „Genossenschaft für Betriebs- und Werkschutz“ nimmt jetzt in den Rheinhäfen des Basellandes u. a. folgende Aufgaben wahr:

Gemeinsame Errichtung und Unterhalt der erforderlichen Anlagen und Einrichtungen für den Betriebsschutz;  
Gemeinsame Beschaffung des vorgeschriebenen Zivilschutzmaterials;  
Ausbildung des Personals des Betriebsschutzes.

(Bern, Nr. 3/72)

### UN-Aktionsprogramm für den Umweltschutz

**amerika dienst**  
United States Information Service

Zur UN-Konferenz, die sich in Stockholm mit Problemen des Umweltschutzes auf internationaler Basis befaßt, werden die Delegierten von 130 Staaten erwartet. Einer der Hauptpunkte des Tagungsprogramms ist die Frage der Bildung internationaler Organisationen und die Finanzierung von Aktionsprogrammen sowie die Vorkehrungen gegen eine Beeinträchtigung des internationalen Handels durch Umweltschutzmaßnahmen bzw. die wirtschaftliche Benachteiligung einzelner Länder.

Die USA befürworten die Einsetzung

eines UN-Administrators für Umweltprogramme, der die einzelnen Maßnahmen leitet und koordiniert, die von den UN-Organisationen oder anderen Institutionen durchgeführt werden. Die Bildung eines zunächst mit 100 Millionen Dollar ausgestatteten UN-Fonds zur Durchführung internationaler Programme wurde von US-Präsident Nixon vorgeschlagen. Die USA würden wahrscheinlich in den ersten fünf Jahren bis zu 40 Prozent des Gesamtanteiles der übrigen Länder beisteuern.

Die ganze Welt muß sich der Umweltprobleme bewußt werden, weil diese die Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen angehen.

(Bonn-Bad Godesberg, Nr. 12/1972)

### Zusammenarbeit von unten herauf

## de paladijn

Im Stadthaus von Maastricht fand vor einiger Zeit eine bedeutsame Veranstaltung statt, die als ein gutes Beispiel einer Zusammenarbeit von unten her im Rahmen des Katastrophenschutzes zu werten ist.

Zwischen der Organisation des Bescherming Bevolking und dem Roten Kreuz des Kreises Limburg wurde ein Vertrag über die Zusammenarbeit beider Organisationen abgeschlossen.

Im Rahmen dieser Übereinkunft, die im Bereich von 58 Gemeinden — dem A-Kreis Limburg — Geltung hat, ist bestimmt, daß zwar gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung von Katastrophen in Friedenszeiten geplant und durchgeführt werden, jedoch die eigene Organisationsform der Beteiligten beibehalten wird. Die technische Entwicklung habe es mit sich gebracht, so Bürgermeister Baeten, Maastricht, daß bisher bereits verschiedene Organisationen in Notfällen Hilfe geleistet hätten. Ein Mangel sei es jedoch gewesen, daß eine Konzentration dieser Kräfte, wie sie bei größeren Katastrophen unbedingt notwendig sei, aus mancherlei Gründen nicht habe erfolgen können. Es ist bedeutsam, daß nunmehr zwei große Organisationen ihre Kräfte konzentriert auf ein Ziel ausrichten können, statt sie zu zersplittern. Insbesondere die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der ärztlichen Betreuung wird als bedeutsam angesehen.

(Den Haag, Nr. 1/1972)

### Vorsorge für den Ernstfall

## ZIVILSCHUTZ

Bewaffnete Neutralität ist nicht allein militärische Verteidigungsbereitschaft; Vorsorge für den — hoffentlich nie eintretenden — Ernstfall hat nur Sinn, wenn auch ausreichende Vorräte an Nahrungsmitteln und Medikamenten vorhanden sind.

Österreich muß gar nicht in einen Krieg verwickelt werden, um in eine prekäre Versorgungssituation zu kommen. Bereits Auseinandersetzungen zwischen anderen Ländern, selbst Naturkatastrophen, können zu gefährlichen Engpässen in der lebenswichtigen Versorgung führen.

Bereits vor Jahren erklärte ein hoher österreichischer Generalstabsoffizier, Österreich könne die Notsituation eines längeren „Neutralitätsfalles“ nur überstehen, wenn die Wirtschaft mehr Vorräte unterhalte.

(Wien, Nr. 3/1972)

### Internationale Katastrophenhilfe



ORGANISATION INTERNATIONALE DE PROTECTION CIVILE - OIPC  
INTERNATIONAL CIVIL DEFENCE ORGANIZATION - ICDO  
ORGANIZACIÓN INTERNACIONAL DE PROTECCIÓN CIVIL - OIPC

Vertreter aus 54 Ländern und 14 internationalen Organisationen waren auf der VI. Weltkonferenz für Zivilschutz in Genf anwesend.

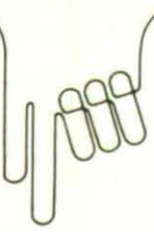
Die behandelten Hauptthemen waren in vier Gruppen aufgegliedert: Katastrophenhilfe; Rettungstechnik; Katastrophenmedizin; verschiedene Einsatzpläne.

Über die bei allen Katastrophenlagen gleichgearteten allgemeinen Probleme sprach David Frame, Leiter der Rettungsgruppe OXFAM/Bristol. Am Beispiel einer Überschwemmung, die die Stadt Lewes im Jahre 1959 betroffen hatte, zeigte er die wirksame Planungsarbeit des Zivilschutzes im Rahmen der Wiederinstandsetzungsphase auf. An Hand anderer Katastrophen orientierte er über die Verschiedenartigkeit der notwendigen Hilfeleistungen;

In seinen Ausführungen stellt er die Notwendigkeit eines auf Katastrophen spezialisierten Zivilschutzes klar heraus. Nur eine entsprechende, allumfassende Ausbildung macht den erfolgreichen Einsatz dieser Organisation für die Milderung und Beseitigung von Katastrophenfolgen überhaupt möglich.

(Genf, Jahrg. XIX/Nr. 200)





## ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Manuel de Securisme  
Paris, 1970

### **Die Organisation des Schutzes der Zivilbevölkerung**

Das Handbuch der Sicherheit, unter Mitarbeit verschiedener Ministerien der französischen Regierung durch das Französische Rote Kreuz herausgegeben, zählt in seinem Kapitel XII alle Organisationen auf, die in Frankreich mit Aufgaben des Zivilschutzes betraut sind.

Als Aufgabe des Nationaldienstes des Zivilschutzes wird die Durchführung von „Maßnahmen im Personen- und Güterschutz in besonderen Fällen im Frieden und in Kriegszeiten“ bezeichnet.

Der Plan ORSEC ist der Plan der departementalen Hilfsorganisationen, die für die Hilfeleistung bei einschneidenden Unfällen und Katastrophen — überhaupt Krisenfällen aller Art — zuständig ist. Diese Hilfe ist in großem Maße von der guten Koordination aller privaten und öffentlichen Hilfsmittel und nicht zuletzt auch von qualifiziertem Personal abhängig. Die Einzelheiten der Strukturform sind für den Fachmann hochinteressant.

Wehrmedizinische Monatsschrift  
München, 16. Jahrgang Nr. 1

### **Mikroalgen für die menschliche Ernährung**

In der Kohlenstoffbiologischen Forschungsanstalt e. V., Dortmund, werden intensive Arbeiten unternommen, um auf neuen Wegen für die Weltbevölkerung der künftigen Jahrzehnte die Ernährung sicherzustellen.

Der Beitrag von Dr. C. J. Soeder gibt einen Überblick über das bisher Erreichte auf diesem Gebiet. In den meisten Industriestaaten wird heute an Verfahren gearbeitet, mit deren Hilfe man Einzeller-Protein gewinnen kann. Verschiedene Methoden werden

dabei angewendet. Fischprotein-konzentrate und Proteinkonzentrate aus Blättern stehen heute bereits zur Verfügung.

Die Ausführungen über die Produktion und chemische Zusammensetzung von Mikroalgen dürften nicht weniger Aufmerksamkeit finden, als die über die Prüfung von Mikroalgen im Tierversuch und die Ernährungsversuche am Menschen. Mikroalgen werden als Nahrungsmittel Verwendung finden und sind auch als Bestandteil von Diätahrungen verwendbar. v.g.H.

Schweizer Illustrierte  
Zofingen, Nr. 13/1972

### **Alarm: Die Schweiz trocknet aus**

Die Alarmlagen häufen sich so, daß das Wochenblatt eine Dokumentation zusammengestellt hat, welche die verantwortlichen Stellen aufrüttelt und die Bevölkerung zu haus-  
hälterischem Umgang mit dem verknappten Wasser anhalten soll.

Die Bilder sind ungewöhnlich: Brücken, die über trockene Flüsse führen; der Rheinfluss, der nur als kleines Rinnsal betrachtet werden kann; leere Stauseen — und dies alles in einem Land, dessen Wasserreichtum bisher sprichwörtlich war. Jürg Zihler, Biologe im Eidgenössischen Amt für Umweltschutz, gibt seiner Besorgnis über die Lage an der Wasserfront Ausdruck, indem er auf die unmittelbaren und mittelbaren einschneidenden Folgen hinweist. Andere Fachleute kommen in dieser Dokumentation ebenfalls mit Vorschlägen zu Wort. Die Hilfsmaßnahmen, beispielsweise die Zuleitung von Rheinwasser zur Anreicherung von Grundwasser, können sehr fragwürdig werden, wenn zum akuten Wassermangel auch noch die Gefahr der Verschmutzung und Vergiftung kommt. P. X.

civiele verdediging  
Alphen aan den Rijn, Nr. 12/1972

### **Die zivile Verteidigung in der DDR**

Das niederländische Fachblatt hat in seiner Juli/August-Nummer 1971 erstmals eine Zusammenfassung aller neuen Gesetze der zivilen Verteidigung in der DDR gegeben und setzt die Information über die zivile Verteidigung der DDR in seiner Dezember-Ausgabe fort.

Im Oktober 1967 taucht der Begriff „zivile Verteidigung“ zum ersten Male im offiziellen Sprachgebrauch

auf, als vom Politbüro der SED die Vorlage eines „Gesetzes zur zivilen Verteidigung in der DDR“ vorbereitet wurde. Dieses Gesetz sollte ursprünglich in den ersten Monaten des Jahres 1968 von der Volkskammer angenommen werden. Mit der Begründung, das am 6. April 1968 in Kraft getretene neue Grundgesetz der DDR enthalte bereits eine entsprechende Basisregelung für die nationale Verteidigung, wurde dieses Gesetz jedoch zurückgestellt. Das Fachblatt gibt eine fast lückenlose Übersicht über die weitere Entwicklung, insbesondere darüber, wie im Rahmen einer Notstandsregelung verfahren werden konnte. Allerdings wird seit August 1969 der Versuch unternommen, in verstärktem Maße auch Parteilose für Führungspositionen in der zivilen Verteidigung zu gewinnen. Weitere interessante Einzelheiten der in diesem Zusammenhang wichtigen vormilitärischen Ausbildung werden ausgeführt.

DEUTSCHES ROTES KREUZ  
Bonn, Nr. 12/1972

### **Welche Rolle spielt heute das Rote Kreuz?**

Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Anton Schlögel, hat in Travemünde auf einer Justizartagung einen Grundsatzvortrag gehalten, mit dessen zweitem Teil, der Rolle des Roten Kreuzes in einer sich ändernden Welt, sich das Monatsblatt befaßt.

Beginnend mit der Aufgabenverteilung der Organisation, wie sie sich gegenwärtig durch die rechtliche Struktur darstellt, geht die Darstellung zu der Funktion der drei Rotkreuz-Instanzen in Kriegszeiten über. Diese Instanzen sind: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz; die Liga der Rotkreuz-Gesellschaften; die Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften. Es wird die Frage angeschnitten, ob, um die Wirksamkeit in Kriegszeiten zu steigern, nicht doch noch etwas andere institutionelle Lösungen gefunden werden könnten. Nachdem auch die Funktion der Rotkreuz-Organisationen beschrieben wurde, werden Überlegungen hinsichtlich einer neuen Struktur und Arbeitsweise des Roten Kreuzes in Krieg und Frieden angestellt. Es wird abschließend festgestellt, daß die Reform des Völkerrechtes und die Anpassung des Roten Kreuzes an die gegenwärtige Lage unabdingbar zusammengehören.



## WISSENSCHAFT UND TECHNIK

### Neue Feder-Stahlband-Schlauchbinde

In dem Bestreben, gewisse Nachteile der herkömmlichen Hebelschlauchbinde DIN 14824 durch eine bessere neue Konstruktion zu beseitigen, wurde eine flexible Stahlbandschelle entwickelt. Das sieben cm breite Feder-Stahlband ist auf der Innenseite mit einer weichen, sehr anpassungsfähigen und haltbaren Moosgummieinlage ausgelegt. Das Stahlband selbst ist mit einer roten (Größe C) bzw. hellblauen (Größe B) Einbrennfarbe kratzfest lackiert. Die Verschlußbeschläge sind in stabiler, hochglanz-verzinkter Stahlblechausführung hergestellt. Der Excenterverschluß ist auf verschiedene Schlauchaußendurchmesser (rohe und gummierte Ausführung) einstellbar. Da der Schlauch nur mit der weichen Gummieinlage in Berührung kommt, gibt es keinen Gewebeschaden durch harte Kanten. Die Gummieinlage bewirkt höchste Dichtfähigkeit und verhindert durch ihre Haftfähigkeit ein Verrutschen. Bei Überfahren entsteht keine Deformierung. Bei größeren Platzstellen können beliebig viele Schlauchbinden nebeneinander befestigt werden.

H.F.

### Mit 1800 Litern Luftvorrat

Leichte Ein-Flaschen-Preßluftatmer haben sich als Allzweck-Gasschutzgeräte in gasgefährdeten Industrieanlagen, vor allem in der chemischen Industrie, aber auch in kommunalen Betrieben wie in Fernheizwerken, Gaswerken oder Abwasseranlagen seit Jahren bewährt. Wie die Feuerwehren größerer Städte wollen auch immer mehr freiwillige Feuerwehren auf einen vollwertigen Atemschutz nicht mehr verzichten. Erst im vergangenen Jahr hat z. B. das Land Hessen 2370 Preßluftatmer des Typs PA 54/1800 bei einem Herstellerwerk in



Lübeck bestellt und an 800 Gemeinden verteilt. Ein entscheidender Fortschritt wurde mit diesem Gerät dadurch erzielt, daß es seinen Träger mit nur einer Preßluftflasche (Fülldruck 300 bar) für 30 bis 50 Minuten von der Umgebungsluft unabhängig macht. Der Luftvorrat beträgt immerhin 1800 Liter. Zwei eingebaute Signaleinrichtungen signalisieren, wenn vier Fünftel der Atemluft verbraucht sind und der Restvorrat nur noch ca. 6 Minuten ausreicht. Das Gerät besteht aus einer einfachen Rückentrageplatte, an der der Druckminderer mit Druckmesserleitung und die Begurtung befestigt sind, aus einer Maske mit eingebautem Lungenautomaten, der über einen Niederdruckschlauch mit dem Druckminderer verbunden ist, und aus der auf der Trageplatte zu befestigenden Preßluftflasche. Die Rückenplatte aus glasfaserverstärktem Kunststoff zeichnet sich neben einer körpergerechten Formgebung durch eine sehr geringe Wärmeleitfähigkeit aus. Sie dient sozusagen als Isolierung gegen die sich bei Luftentnahme stark abkühlende Preßluftflasche. Die neue Art der Begurtung gewährleistet einen festen Sitz und eine bequeme Tragweise des Gerätes.

H.F.

### Not-Plakate für Kraftfahrer

Als die Verwirklichung einer guten Idee, die einer hatte, der selber schon vergeblich am Straßenrand auf Pannenhilfe warten mußte, kann man das Autopannen-Signalbuch bezeichnen, dessen Erscheinen auf dem Markt von Presse, Rundfunk, Fernsehen und offiziellen Stellen begrüßt worden ist. Mit diesem Buch, das

neun verschiedene Notsituationen klar und unmißverständlich anzeigt, kann jeder Kraftfahrer vorbeifahrenden Autos unübersehbar signalisieren, welche Hilfe er braucht. Und das sind die neun Situationen: Arzt gesucht — Verletzter an Bord, es eilt — Habe Panne — Bitte Benzin — Wagen im Schlepp — Achtung Unfall — Bin ortsfremd — Ich hab's nicht eilig — Komme gleich wieder. Auch wenn der Heranfahrende den Text der Bücher nicht lesen kann — vielleicht ist er Ausländer — das Pannensymbol ist blitzschnell zu erfassen. Die Vorzüge des Not-Plakatbuches sind, daß es ein handliches DIN-A-4-Format hat und somit in jede Seitentasche oder auf die Heckablage paßt, daß man es im Wagenfenster oder auf dem Wagendach aufstellen und vorzeigen kann, daß es aus solidem Karton ist, dessen Außenseiten zellophankaschiert und dessen Innenseiten wasserabstoßend imprägniert sind. Eine beigefügte Kunststoffhülle hat



die doppelte Länge des Buches, damit das aufgeschlagene Buch hineingestellt werden kann, wenn man es im Regen benutzen muß. Der Preis dieses Buches beträgt 15,80 DM. Gestaltet wurde es von Hans Schultz-Severin. Es ist gesetzlich geschützt und erhältlich in Buchhandlungen oder beim Bleicher-Verlag, 7016 Gerlingen, Hofwiesenstraße 26.

H.F.

### Hinweis

Namen und Anschriften der Hersteller oder Lieferanten der auf dieser Seite beschriebenen Geräte oder Mittel können bei der Redaktion ZS-Magazin, 5 Köln 41, Eupener Straße 74, Tel.: 49 50 71, erfragt werden.



### Ölalarm

Aus der Reihe „Die Roten Hefte —  
Lehrschriften für den Feuerwehrmann“  
Von Oberbrandrat Dipl.-Ing.

Klingsohr

Verlag W. Kohlhammer GmbH,  
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz  
DM 3,50

In diesem Heft teilt der Verfasser seine mehrjährigen Erfahrungen mit, die er bei der Münchner Berufsfeuerwehr sammeln konnte. Das Heft ist in drei Hauptabschnitte „Grundwassergefährdende Flüssigkeiten“, „Ausrüstung“ und „Einsatztaktik“ gegliedert. Alles Wesentliche über den Feuerwehreinsatz bei der Ölschadenbekämpfung und die dafür notwendige Ausstattung wird in knapper allgemeinverständlicher Form abgehandelt. Die für den Feuerwehrmann geschriebene Lehrschrift kann auch den Angehörigen der KatS-Dienste, die auf Grund der jeweiligen behördlichen Ölalarmpläne mit entsprechenden Einsätzen rechnen müssen, als ausgezeichnete Informationsquelle empfohlen werden.

### Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung

Mit Beiträgen von: Karl W. Deutsch,  
Theodor Ebert, Klaus Gottstein,  
Carl Friedrich von Weizsäcker und  
anderen.

Bertelsmann Universitätsverlag,  
DM 19,80.

Das Jahrbuch, dessen Band I sich mit den „Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik“ befaßt, ist als eine ständige Kommunikation zwischen den verschiedenen Ansätzen, Schulen und beteiligten Disziplinen gedacht, um die zentrale Dimension der Übergangsstrategie in die Friedensforschung einzuführen. Maßgebliche Wissenschaftler sind zu der Auffassung gekommen, daß eine solche Übergangsstrategie im Zentrum der

Friedensforschung stehen muß. Mit ihr soll die Katastrophe vermieden werden, gleichzeitig aber der strukturelle Wandel des Abschreckungssystems induziert werden, der zu einem sicheren Frieden führt. Hierbei müssen natürlich sehr unterschiedliche Ansätze miteinander verbunden werden. Kritiklose Systemstabilisierung muß dabei genauso zurückgewiesen werden wie ein dogmatisches Denken in Alternativen. Gerade diese Problematik wird in den Beiträgen des Jahrbuches sehr deutlich angesprochen.

### Die sanften Mörder

Atomkraftwerke demaskiert  
Von Ralph Graeub

Albert Müller Verlag, Rüslikon,  
Stuttgart, Wien, DM 26,80

Dieses Buch ist eine Herausforderung; sie gilt den Kreisen der Wissenschaft und der Industrie. Zudem ist es für viele sicherlich ein unbequemes Buch. Graeub hat alle für unsere Verhältnisse geltenden Daten und Fakten, soweit sie die Errichtung und den Betrieb von Atomkraftwerken betreffen, zusammengestellt und dargestellt. Auch ein Nichtfachmann kann das verstehen und kann jedenfalls begreifen, worum es dem Verfasser geht. Ihm geht es einfach darum, mit der — seiner Meinung nach — einseitigen Information über die Anlage von Atomkraftwerken, die zudem von sehr wirtschaftlich denkenden Kreisen betrieben wird, Schluß zu machen. Er ist keinesfalls gegen den Fortschritt, aber dieser Fortschritt soll nicht einseitig beurteilt und entschieden werden.

Nicht mit Behauptungen, mit Beweisen und Überzeugung sollen die finanziell Beteiligten, die ja auch ein Geschäft machen wollen, die breite Öffentlichkeit gewinnen. Und deshalb ist zunächst einmal durchaus kritische Zurückhaltung geboten. Eine Lektüre, die nachdenklich stimmen wird.

### Empfehlenswerte Handbücher

Psychologische Beeinflussungs-  
möglichkeiten

Von Dipl.-Psychologe S. M. Hornthal  
und Polizeirat Alfred H. Honka

Verlag für polizeiliches Fachschrifttum,  
Lübeck, DM 2,80

### Erste Hilfe

Von Dr. Friedrich Daeschlein  
Bertelsmann Ratgeberverlag,  
Gütersloh, DM 7,50

Taschenbuch für den Sanitäts- und  
Gesundheitsdienst der Bundeswehr  
Redigiert von Dr. Bernhard Stolze  
Wehr und Wissen Verlagsgesellschaft  
mbH, Darmstadt, DM 14,80

Die 14. Folge dieses Taschenbuches, welches sich als Ratgeber und Nachschlagewerk im Sanitätsdienst bewährt hat, bringt neue Themenkreise: Arbeitsmedizinische Fragen; Abhandlungen zu medizinisch-juristischen Gebieten; Lebensmittelüberwachung. Eine wertvolle Unterstützung auch für zivile Organisationen, besonders des Katastrophenschutzes.

### Katastrophenschutz in Bayern

Bearbeitet von Ministerialdirigent

Dr. Josef Prandl, Leiter der  
Abteilung Zivile Verteidigung,  
Brand- und Katastrophenschutz, und  
Ministerialrat Dr. Hellmut Oehler,  
Referent für Brand- und Katastrophenschutz

Kommunalschriften-Verlag J. Jehle,  
München, DM 27,50

Das Bayerische Katastrophenschutzgesetz faßt die wichtigsten Bestimmungen über den Katastrophenschutz zusammen.

Die Ausgabe ist Orientierungshilfe und Nachschlagewerk für staatliche und kommunale Behörden. Von grundlegender Bedeutung ist dieses Werk aber auch für alle die, die im Katastrophenfall aufgerufen sind, durch ihr Eingreifen und überlegtes Handeln wirksame Hilfe zu leisten. Führungskräften und Helfern der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen ist mit den allgemeinverständlich abgefaßten Erläuterungen eine Hilfe gegeben, die sie in die Lage versetzt, sich von Fall zu Fall schnell über die maßgeblichen Vorschriften zu unterrichten. Das gilt auch für die Zusammenhänge zwischen den landesrechtlichen Vorschriften für den Katastrophenschutz und dem vom Bund verabschiedeten Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes zur Wahrnehmung der Aufgaben hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden im Verteidigungsfall.



# Rauchzeichen signalisieren Löschversuche

Bei der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt beschäftigt man sich auch mit der Brandbekämpfung

Über der Wahner Heide, nicht weit entfernt vom Flughafen Köln-Bonn, stiegen dicke schwarze Rauchwolken in den Himmel. Wer aus der Umgebung nicht informiert war, konnte an einen Flugzeugabsturz glauben. Doch die Rauchwolken waren nur das weithin sichtbare Zeichen von Löschversuchen der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR). Sie hat es sich nämlich zur Aufgabe gemacht, im Verlauf einer Testreihe zu erproben, mit welchen Löschmitteln Treibstoffbrände, wie sie auf Flughäfen, Straßen, Wasserstraßen und Meeren ausbrechen können, am wirkungsvollsten zu bekämpfen sind. Dabei ist es besonders wichtig, daß die Wirkung der Löschmittel nicht im Labor oder bei kleineren Bränden sondern an einem großen Kraftstoffbrand erprobt werden, da sich die Ergebnisse kleinerer Versuche nicht immer auf Brände größeren Ausmaßes übertragen lassen. Die Erprobung der Löschmittel wird in der Weise durchgeführt, daß 5 000 Liter Flugkraftstoff, wie er heute üblicherweise verwendet wird, in einem Teich entzündet werden. Zum Vergleich sei angeführt, daß ein Jumbo-Jet allein in der Startphase 13 000 Liter dieses Treibstoffes verbraucht. Nach der Zündung des Kraftstoffes wartet die bereitstehende Feuerwehr genau eine Minute, bis sich das Feuer richtig entwickelt hat. Dann erst tritt sie in Aktion. Gemessen werden dann die Löschzeit und die verbrauchte Löschmittelmenge. Es kam vor, daß die Feuerwehr mit 1 500 kg



**5000 Liter Flugkraftstoff brennen. Aber erst wenn das Feuer seinen Höhepunkt erreicht hat, wird die Feuerwehr eingreifen. Gemessen werden dann Löschzeit und Löschmittelmenge. Diese Aktion ist ein Teil eines Tests der DFVLR.**

eines im Handel befindlichen Löschmittels nicht imstande war, den Brand restlos zu löschen, d. h. die Flammen zu ersticken, weil das Pulver eindeutig zu leicht war und durch die starke Hitzeentwicklung in die Luft gewirbelt wurde. Es kam zu Rückzündungen, und nach kurzer Zeit war der Brand so gewaltig wie zuvor. Richard Fiola, Leiter der Gruppe für Feuerlöschwesen im Institut für Luftstrahlantriebe, erklärte: „Die Taktik der Brandbekämpfung ist geklärt. Jetzt müssen wir Versuche

mit den verschiedensten Löschmitteln machen. Auch wenn einmal ein Versuch fehlschlägt, so erhalten wir doch aufschlußreiche Erkenntnisse über Wirksamkeit, Schnelligkeit und Schlagkraft bei der Bekämpfung von Großbränden. Die Versuche sind nicht zuletzt wichtig für die Entwicklung zuverlässiger moderner Feuerlöschfahrzeuge.“ Und der Pressesprecher der DFVLR, Wolfgang Baumbach, fügte angesichts der riesigen Rauchwolke hinzu: „Es ist uns klar, daß wir für die kurze Zeit des Ver-

suches die Luft verschmutzen. Aber dieses Opfer muß im Interesse der allgemeinen Sicherheit gebracht werden.“

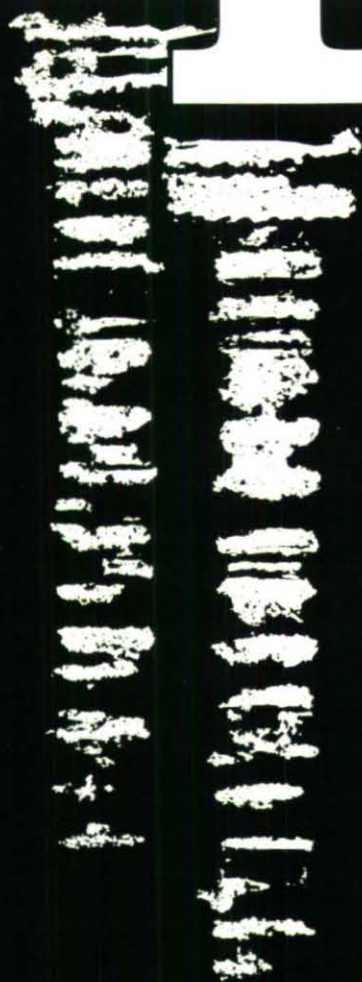
Die Testreihe mit ihrem großen Nutzen für die Allgemeinheit wurde erst durch die Unterstützung des Bundesministeriums der Verteidigung möglich, das die Kosten trägt. Außerdem werden von diesem Ministerium Löschmannschaften und Fahrzeuge des Fliegerhorstes Wahn zur Verfügung gestellt.

H.F.



Wir erwarten Sie auf der  
INTERSCHUTZ „DER ROTE HAHN“  
Frankfurt a. M. vom 24. 6. — 2. 7. 1972  
Halle 4, Gang A, Stand 4/123

# ölpest



Im Katastrophenfall:

## Ölabsorber **BN1**

nimmt ca. das Fünffache seines Eigengewichtes an Öl auf und stößt Wasser ab, emulgiert das Öl nicht, sondern bindet es, schwimmt auch in gesättigter Form, ebenso bei stark bewegter Wasseroberfläche, wird beim Streuen nicht vom Wind verweht und ist einfach in der Lagerhaltung.  
Schüttgewicht: ca. 180 g/Liter

